

Beteiligungsbericht für das Jahr 2024

Redaktioneller Hinweis

Der Beteiligungsbericht 2024 des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt stellt eine Stichtagsbetrachtung zum 31.12.2024 dar. Eintretene Änderungen im Jahr 2025 werden im Beteiligungsbericht 2025 berücksichtigt.

Stand: 30.09.2025

Vorwort

Deutschland und Thüringen erlebten 2024 ein bewegtes Jahr, das sowohl von politischen als auch wirtschaftlichen Herausforderungen geprägt war. Auf Bundesebene führte ein Bruch der Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP im Herbst zu einer Minderheitsregierung und verschlechterte die Stimmung im Land. Auch Thüringen war 2024 stark von politischen Veränderungen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten betroffen. Die schwierigen Mehrheitsverhältnisse nach der Landtagswahl am 1. September erschwerten eine stabile Regierungsbildung erheblich.

Die wirtschaftliche Lage blieb 2024 insgesamt angespannt. Die deutsche Wirtschaft rutschte zum zweiten Mal in Folge in eine Rezession. Hauptursachen waren hohe Energiekosten, gestiegene Zinsen und Unsicherheiten durch die internationale Lage sowie die politischen Turbulenzen im Land. Die Investitionsbereitschaft sowie die Exporte litten spürbar, besonders die Industrie und das Baugewerbe zeigten deutliche Schwächen. Die Inflationsrate sank zwar leicht, doch stieg die Arbeitslosenzahl auf rund 2,9 Millionen und die Konjunkturaussichten blieben verhalten. In Thüringen verzeichneten insbesondere Industrie und Baugewerbe deutliche Umsatzrückgänge. Die Stimmung in den Unternehmen war angespannt, und die Zukunftsaussichten blieben eingetrübt unter anderem durch unsichere politische Rahmenbedingungen und einen sich zunehmend auswirkenden Mangel an Fachkräften.

An dieser Stelle seien zwei Unternehmen erwähnt, die von diesen schwierigen Rahmenbedingungen besonders betroffen waren. Das sind zum einen die Thüringen-Kliniken „Georgius Agricola“ und die KomBus GmbH. Die Thüringen-Kliniken hatten bereits mit der Schließung der chirurgischen Notfallversorgung am Standort Pößneck eine wichtige strukturelle Entscheidung getroffen, um sich auf die neue Krankenhausfinanzierung mit ihrer Abkehr von den Fallpauschalen einzustellen. Hohe Energiepreise und hohe Tarifabschlüsse setzten das größte kommunale Klinikum in Thüringen ebenfalls unter wirtschaftlichen Druck. Neben weiteren Strukturanpassungen wurde die Planung für den Neubau eines Bettenhauses am Standort Saalfeld vorangetrieben. Dieser wird effizientere Abläufe in der Betreuung und moderne Bedingungen für Patienten und Mitarbeiter bringen und damit die Klinik zukunftssicher machen.

Bei der KomBus GmbH stellen neben dem Fachkräftemangel bei Busfahrerinnen und Busfahrern vor allem klimapolitische Rahmenvorgaben von Europäischer Union und Bundesregierung das Unternehmen in den kommenden Jahren vor große Herausforderungen. Der Fuhrpark muss sukzessive auf emissionsärmere Modelle umgerüstet werden. Als Zwischenschritt wurden im April vergangenen Jahres 15 Busse mit Gasantrieb und eine Gastankstelle am Saalfelder Betriebshof in Betrieb genommen. Die Umstellung des Fuhrparks wird deutliche Mehrkosten mit sich bringen, die nur über Fördermittel zu refinanzieren sind. Eine wichtige Voraussetzung für die Planung dieser langfristigen Investition sind verlässliche politische Vorgaben!

Dies sind nur zwei Beispiele für den laufenden Anpassungsprozess unserer kreisbeteiligten Unternehmen. Weitere Details erhalten Sie im vorliegenden Beteiligungsbericht für das Jahr 2024. Neben den gesetzlichen Pflichtangaben nach § 75 a ThürKO enthält er nicht berichtspflichtige Bestandteile wie beispielsweise Zweckverbände. Grundlage der Ausführungen sind die geprüften Jahresabschlüsse des Geschäftsjahres 2024. Ziel des Berichtes ist es, der Öffentlichkeit sowie den politischen Gremien einen umfassenden und transparenten Einblick in die Strukturen, die wirtschaftliche Lage und die gesellschaftsrechtlichen Rahmenbedingungen der kommunalen Unternehmen und Einrichtungen zu geben, um damit die Grundlage für Information, Mitgestaltung und Einflussnahme zu schaffen.

Trotz der eingangs genannten Umstände ist es unseren Beteiligungen gelungen, wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge zuverlässig zu erfüllen und zugleich Zukunftsprojekte in den Bereichen Nachhaltigkeit, Energiewende, Digitalisierung und medizinischer Grundversorgung voranzubringen.

Besonders deutlich zeigt sich dies, in der Vorbereitung zur Umsetzung eines neuen Bedienkonzeptes im öffentlichen Personennahverkehrs. Das bisherige Fahrplankonzept wird durch die Einführung eines

On-Demand-Verkehres deutlich aufgewertet und schafft insbesondere im ländlichen Raum neue Möglichkeiten der Verknüpfung. Mit Hilfe von digitalen Serviceangeboten rücken die Angebote näher an die Bedürfnisse der Fahrgäste heran. Damit leistet die KomBus einen entscheidenden Beitrag zur Attraktivität und Entwicklung unseres Landkreises. Die Umsetzung des Projektes steht beispielhaft für die Fähigkeit unserer kommunalen Unternehmen, sich flexibel auf veränderte Rahmenbedingungen einzustellen und gleichzeitig langfristige Strategien für Stabilität und Wachstum zu entwickeln.

Im Geschäftsjahr 2024 zeigte sich das Beteiligungsportfolio weitgehend konstant. Wesentliche Veränderungen der gesellschaftsrechtlichen Strukturen haben sich nicht ergeben, gleichwohl standen viele Unternehmen vor der Aufgabe, ihre Organisation und Arbeitsprozesse an neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Anforderungen anzupassen. Für diesen engagierten Einsatz danke ich den Geschäftsleitungen ebenso wie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufs Herzlichste. Ihr täglicher Beitrag stellt sicher, dass die Menschen in unserem Landkreis auf verlässliche Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge bauen können.



Marko Wolfram
Landrat

Saalfeld, den 29.09.2025

Inhaltsverzeichnis

Teil A – Definitionen und gesetzliche Grundlagen	10
Beteiligungen - Kommunale Unternehmen	10
Anstalt des öffentlichen Rechts hier: Sparkassen.....	11
Privatrechtliche Organisationsform hier: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH).....	11
Zweckverband.....	12
Beteiligungen im Überblick	13
Beteiligungsverhältnisse des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt auf einen Blick.....	13
Liste der Wirtschaftsprüfer	14
Liste der Mitarbeiterzahlen	15
Teil B – Beteiligungen des Landkreises Saalfeld–Rudolstadt	16
1 Bildungszentrum Saalfeld GmbH	16
Grundlagen	16
Organe der Gesellschaft.....	17
Wichtige Kennzahlen der Vermögens- und Ertragslage	18
Jahresabschluss.....	19
Lagebericht	21
2 Bildungszentrum Saalfeld - Service GmbH	33
Grundlagen	33
Organe der Gesellschaft.....	34
Wichtige Kennzahlen der Vermögens- und Ertragslage	34
Jahresabschluss.....	35
Lagebericht	37
3 IGZ - Innovations- und Gründerzentrum GmbH Rudolstadt	41
Grundlagen	41
Organe der Gesellschaft.....	42
Wichtige Kennzahlen der Vermögens- und Ertragslage	42
Jahresabschluss.....	43
Lagebericht	45
4 KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH	51
Grundlagen	51
Organe der Gesellschaft.....	52
Jahresabschluss.....	52
Lagebericht	53
5 KomBus GmbH	67
Grundlagen	67
Organe der Gesellschaft.....	68
Wichtige Kennzahlen der Vermögens- und Ertragslage:	68
Jahresabschluss.....	69
Lagebericht	71
6 KomBus Verkehr GmbH	79
Grundlagen	79
Organe der Gesellschaft.....	80
Wichtige Kennzahlen der Vermögens- und Ertragslage	80
Jahresabschluss.....	81

Lagebericht	83
7 KVV KomBus Verkehrsaus- und -weiterbildungs GmbH	92
Grundlagen	92
Organe der Gesellschaft.....	93
Wichtige Kennzahlen der Vermögens- und Ertragslage	93
Jahresabschluss.....	94
Lagebericht	96
8 Städtereinigung Rudolf Ernst & Co. GmbH	100
Grundlagen	100
Organe der Gesellschaft.....	101
Wichtige Kennzahlen der Vermögens- und Ertragslage	101
Jahresabschluss.....	102
Lagebericht	104
9 Thüringen-Kliniken „Georgius Agricola“ GmbH.....	108
Grundlagen	108
Organe der Gesellschaft.....	109
Wichtige Kennzahlen der Vermögens- und Ertragslage:	110
Jahresabschluss.....	111
Lagebericht	114
10 Thüringen-Kliniken Servicegesellschaft mbH	136
Grundlagen	136
Organe der Gesellschaft.....	137
Wichtige Kennzahlen der Vermögens- und Ertragslage:	138
Jahresabschluss.....	139
Lagebericht	141
11 Medizinisches Versorgungszentrum der Thüringen-Kliniken GmbH.....	145
Grundlagen	145
Organe der Gesellschaft.....	146
Wichtige Kennzahlen der Vermögens- und Ertragslage	147
Jahresabschluss.....	148
Lagebericht	150
Teil C – Eigenbetriebe & Zweckverbände	158
12 Thermische Verwertungsanlage Schwarzza (TVS).....	158
Grundlagen	158
Organe des Eigenbetriebs.....	158
Jahresabschluss.....	159
13 Zweckverband Abfallwirtschaft Saale-Orla (ZASO)	161
Grundlagen	161
Organe des Zweckverbandes	162
Jahresabschluss.....	163
14 Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA).....	165
Grundlagen	165
Organe des Zweckverbandes	166
Jahresergebnis	167
15 Zweckverband ÖPNV Saale-Orla	169

Grundlagen	169
Organe des Zweckverbandes	170
Jahresergebnis	172
16 Zweckverband Restabfallbehandlung Ostthüringen (ZRO)	173
Grundlagen	173
Organe des Zweckverbandes	173
Jahresabschluss.....	175
17 Zweckverband Thüringer Landestheater Rudolstadt und Thüringer Symphoniker.....	177
Grundlagen	177
Organe des Zweckverbandes	178
Jahresergebnis	180
18 Thüringer Landestheater Rudolstadt – Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt GmbH	181
Grundlagen	181
Organe der Gesellschaft.....	182
Wichtige Kennzahlen der Vermögens- und Ertragslage	182
Jahresabschluss.....	183
Lagebericht	185
19 Zweckverband Tierkörperbeseitigung Thüringen.....	194
Grundlagen	194
Organe des Zweckverbandes	195
Jahresergebnis	198
20 Zweckverband Tourismus und Infrastruktur „Thüringer Meer“	199
Grundlagen	199
Organe des Zweckverbandes	200
Jahresergebnis	202
Teil D – Anstalten	203
21 Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt.....	203
Grundlagen	203
Organe der Sparkasse	204
Jahresabschluss.....	205
Lagebericht	207
Teil E – Mitgliedschaften	241
Liste der übrigen Mitgliedschaften und Beteiligungen	241
Anhang	242
Formeln der Bilanzkennzahlen.....	242
Impressum.....	243

Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktiengesellschaft
AWV	Abfallwirtschaftszweckverband
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BZ	Bildungszentrum Saalfeld GmbH
EBITA	earnings before interest, taxes and amortization (Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	GmbH Gesetz
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen
IGZ	Innovations- und Gründerzentrum Rudolstadt GmbH
IHK	Industrie- und Handelskammer
KG	Kommanditgesellschaft
KHG	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KISA	Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen
KIV	Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH
KSK	Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt
KVT	Kommunaler Versorgungsverband Thüringen
KVW	KomBus Verkehrs- und -weiterbildungs GmbH
KWG	Kreditwesengesetz
MVZ	Medizinisches Versorgungszentrum der Thüringen-Kliniken GmbH
OHG	Offene Handelsgesellschaft
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PVG	Personenverkehrsgesellschaft Neuhaus a. Rennweg mbH
Städtereinigung Ernst	Städtereinigung R. Ernst & Co. GmbH
ThürGemHV	Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung
Thüringen-Kliniken	Thüringen-Kliniken "Georgius Agricola" GmbH

ThürKGG	Thüringer Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit
ThürKO	Thüringer Kommunalordnung
ThürÖPNVG	Thüringer Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr
ThürSpKG	Thüringer Sparkassengesetz
TierKBG	Tierkörperbeseitigungsgesetz
TITK	Thüringisches Institut für Textil- und Kunststoffforschung Rudolstadt e.V.
TKS	Thüringen-Kliniken Servicegesellschaft mbH
TVS	Thermische Verwertungsanlage Schwarza
WIFAG	Wirtschaftsförderagentur Region Saalfeld-Rudolstadt
ZASO	Zweckverband Abfallwirtschaft Saale-Orla
ZRO	Zweckverband Restabfallbeseitigung Ostthüringen
ZTI	Zweckverband Tourismus und Infrastruktur „Thüringer Meer“
ZV ÖPNV	Zweckverband ÖPNV Saale-Orla
ZV Tierkörperbeseitigung	Zweckverband Tierkörperbeseitigung Thüringen

Teil A – Definitionen und gesetzliche Grundlagen

Alljährlich zum 30. September erstellt der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt seinen Beteiligungsbericht entsprechend § 75 a Thüringer Kommunalordnung (ThürKO). Er kommt damit der Verpflichtung, den Kreistagsmitgliedern, der Rechtsaufsichtsbehörde, der Verwaltung und den interessierten Bürgern einen umfassenden Überblick über die unternehmenswirtschaftliche Betätigung des Landkreises und die Entwicklung der kommunalen Unternehmen im Berichtszeitraum aufzuzeigen, nach.

Im 4. Unterabschnitt §§ 71 ff. ThürKO finden sich die gesetzlichen Regelungen, die in Bezug auf die unternehmenswirtschaftliche Betätigung für den Landkreis gelten. Auf die Darstellung der einzelnen Paragraphen der ThürKO wird an dieser Stelle verzichtet.

Beteiligungen - Kommunale Unternehmen

Die handelsrechtliche Definition von Beteiligungen (§ 271 Abs. 1 HGB) stellt unter anderem auf die Höhe des kapitalmäßigen Anteils an der Gesellschaft ab. Für den kommunalen Bereich sollte jedoch jede aktiv gestaltbare Einflussnahme der Kommune auf Unternehmen/Einrichtungen des öffentlichen oder privaten Rechts als Beteiligung angesehen werden. Dabei sollte von einem wirtschaftlichen Unternehmensbegriff ausgegangen werden. Folglich fallen auch die rechtlich unselbstständigen Eigenbetriebe oder öffentlich-rechtlichen Zweckverbände unter diesen erweiterten Beteiligungs begriff (Quelle: Dr. Malcher Unternehmensberater).

Bei der Definition des Begriffs „Kommunale Unternehmen“ kann also letztendlich auf keine gesetzliche Bestimmung zurückgegriffen werden. In den Vorschriften über die wirtschaftliche Betätigung der Kommune lässt sich jedoch ein Anhaltspunkt dazu finden. So wird in § 71 ThürKO die Bezeichnung „Unternehmen“ als Rechtsbegriff verwendet. Nach herrschender Meinung in der Literatur lässt sich ein „Kommunales Unternehmen“ als eine aus der Kernverwaltung ausgegliederte, selbständige Organisationseinheit in öffentlicher oder privater Rechtsform deklarieren.

Kommunale Unternehmen

Öffentlich-rechtliche Organisationsformen	Privatrechtliche Organisationsformen
stehen ausschließlich einem Träger öffentlicher Verwaltung zur Verfügung	können sowohl von Privatpersonen als auch von Trägern öffentlicher Verwaltungen in Anspruch genommen werden
Regiebetrieb/Eigenbetrieb rechtsfähige Anstalt rechtsfähige Stiftung	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts OHG, KG nicht rechtsfähiger Verein rechtsfähiger Verein Genossenschaft rechtsfähige Stiftung GmbH AG

(Quelle zu 1.1, 1.2, 1.4: Creifelds Rechtswörterbuch; 1.3: Handbuch Unternehmen der öffentlichen Hand, Fabry/Augsten Hrsg.)

Anstalt des öffentlichen Rechts

hier: Sparkassen

Anstalten des öffentlichen Rechts sind von einem Hoheitsträger getragene, kraft öffentlichen Rechts gegründete, mit eigenem Personal und Sachmitteln versehene, nicht mitgliedschaftlich strukturierte Organisationen (Anstalten haben Benutzer), die der Erfüllung sachlich zusammenhängender öffentlicher Zwecke dienen.

Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts können durch Gesetz, aufgrund eines Gesetzes oder auf Grundlage des § 76 a ff. Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) gebildet werden. Sparkassen als Anstalten des öffentlichen Rechts bestehen in Thüringen auf der Grundlage des Thüringer Sparkassengesetzes (ThürSpKG).

Sie sind Kreditinstitute und unterliegen insoweit der Bankenaufsicht nach dem KWG. Organisation und Verwaltung gehören zum Bereich des landesrechtlich geregelten Kommunalrechts. Organe der Sparkassen sind danach ein Verwaltungsrat, der die Geschäftspolitik bestimmt und den Vorstand bestellt, ein aus ein oder mehreren Personen bestehender Vorstand zur Vertretung der Sparkassen und Führung der laufenden Geschäfte sowie ein Kreditausschuss, dem u. a. ehrenamtlich tätige Bürger angehören. Die Sparkassen unterliegen ferner einer Rechtsaufsicht der höheren und obersten staatlichen Verwaltungsbehörde.

Gemäß der Verständigung vom 17. Juli 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der EU-Kommission ("Brüsseler Verständigung") wurde die früher bestehende Gewährträgerhaftung mit einem Übergangsmodell abgeschafft und die Anstaltslast modifiziert. Ein öffentlicher Träger darf seiner Sparkasse nur dann Kapital zur Verfügung stellen, wenn sich dies für ihn wirtschaftlich lohnt. Verbindlichkeiten, die vor Beginn der Übergangsphase am 18. Juli 2001 eingegangen wurden, unterliegen weiterhin der Gewährträgerhaftung. Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit bis maximal 31. Dezember 2015, die während der Übergangsphase (18. Juli 2001 bis 18. Juli 2005) eingegangen wurden, unterliegen ebenfalls der Gewährträgerhaftung. Verbindlichkeiten, die nach der Übergangsphase oder in der Übergangsphase mit einer Laufzeit über den 31. Dezember 2015 hinaus eingegangen werden, unterliegen der Gewährträgerhaftung nicht mehr.

Privatrechtliche Organisationsform

hier: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist die in der kommunalen Praxis am häufigsten gewählte privatrechtliche Organisationsform. Die GmbH ist eine rechtlich selbständige juristische Person des Privatrechts. Im Unterschied zum kommunalen Eigenbetrieb ist die GmbH damit nicht nur wirtschaftlich, sondern auch rechtlich gegenüber dem Haushalt der Trägerverwaltung verselbständigt.

Da die GmbH nach § 1 GmbHG zu jedem gesetzlich zulässigen Zweck errichtet werden kann, steht sie den Kommunen sowohl für wirtschaftliche als auch für nichtwirtschaftliche Unternehmen zur Verfügung. Mit Blick auf die Beschränkung der Haftung gegenüber Gläubigern auf das Gesellschaftsvermögen – das Stammkapital der GmbH muss derzeit mindestens 25.000,00 Euro betragen – erfüllt die GmbH die Vorgabe sämtlicher Kommunalverfassungen, wonach die Haftung der Kommune bei der Beteiligung an Unternehmen beschränkt sein muss.

Die GmbH ist - vorbehaltlich der Vorgaben der jeweiligen Kommunalverfassungen zur Absicherung der Interessen der kommunalen Anteilseigner - in der inneren Ausgestaltung bei der Abfassung des Gesellschaftsvertrags relativ frei (vgl. § 45 Abs. 2 GmbHG). Zwingende Organe sind lediglich die Geschäftsführung, die die GmbH nach außen vertritt, und die Gesellschafterversammlung. In der Gesellschafterversammlung wird die Kommune grundsätzlich durch ihren gesetzlichen Vertreter, d. h. den Bürgermeister oder Landrat, vertreten.

Ungeachtet dessen, ob das Unternehmen aus mitbestimmungsrechtlichen Gründen zwingend einen Aufsichtsrat installieren muss, weil es mehr als 500 Arbeitnehmer hat (§ 77 BetrVG 1952), wird bei kommunalen Unternehmen in der Rechtsform der GmbH üblicherweise freiwillig ein Aufsichtsrat zur Überwachung der Geschäftsführung gebildet.

Die Rechtsverhältnisse einer kommunalen GmbH richten sich in erster Linie nach dem Gesetz betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbHG) sowie nach der Kommunalverfassung des jeweiligen Bundeslandes und dem auf dieser Grundlage festgesetzten Gesellschaftsvertrag.

Zweckverband

Ein Zweckverband ist ein Zusammenschluss von Gemeinden oder Kommunalverbänden zur gemeinsamen Erfüllung bestimmter Aufgaben. Der Zweckverband hat den Charakter einer Körperschaft des öffentlichen Rechts und verwaltet sich selbst in eigener Verantwortung, aber unter staatlicher Aufsicht.

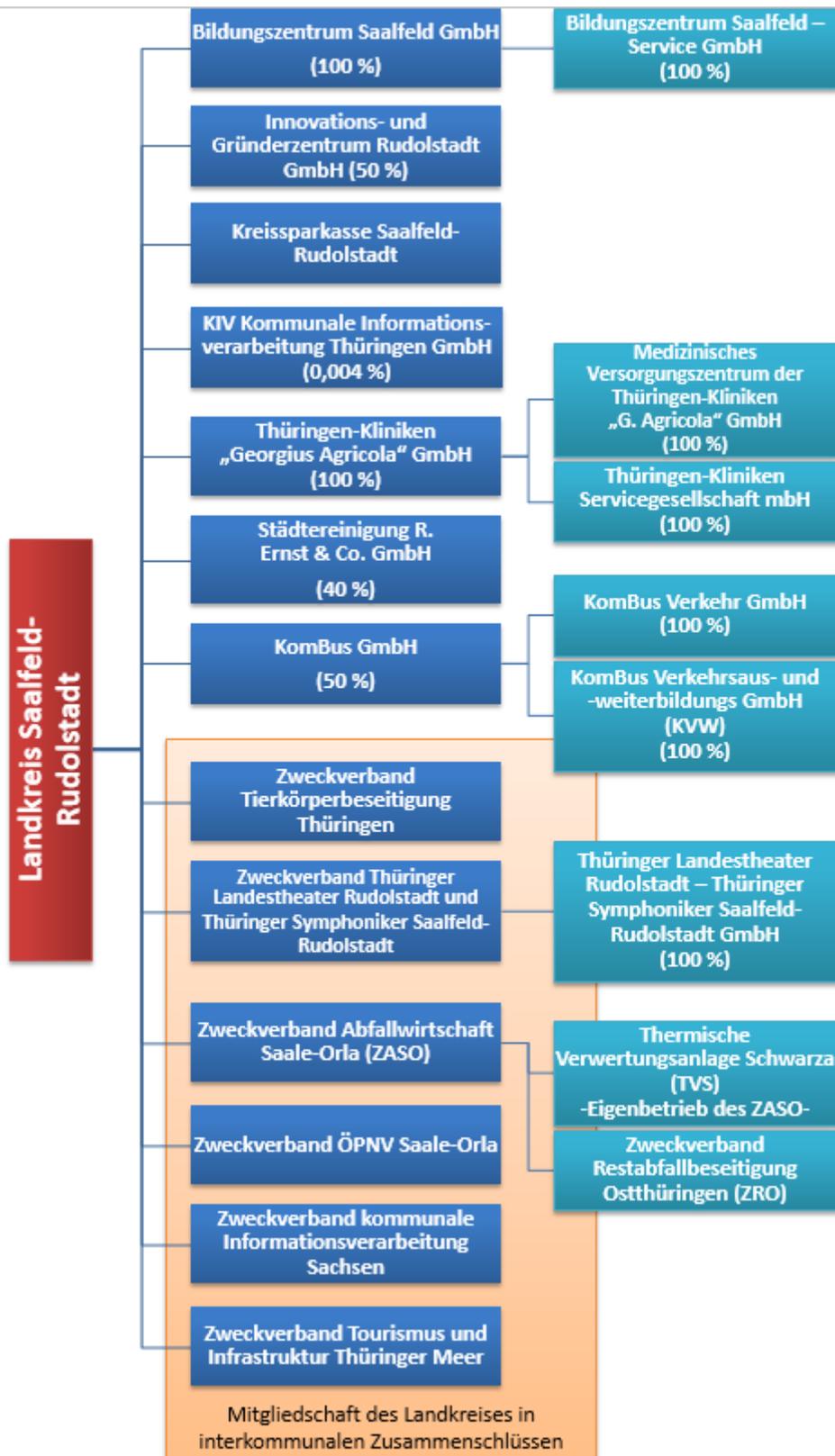
Zweckverbände entstehen entweder durch freiwilligen oder einen durch die Rechtsaufsichtsbehörde veranlassten Zusammenschluss. Die Rechtsverhältnisse des Zweckverbandes werden durch die Verbandssatzung geregelt. Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsitzende. Als weiteres Organ besteht teilweise ein Verbandsausschuss.

Im Rahmen seiner Finanzhoheit erhebt der Zweckverband eine Verbandsumlage, deren Höhe in der Regel nach dem Verhältnis des Vorteils zu bemessen ist, den die Mitglieder aus der Führung der Verbandsaufgabe haben.

Rechtsgrundlage ist das Thüringer Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 2001 (GVBl. S. 290).

Beteiligungen im Überblick

Beteiligungsverhältnisse des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt auf einen Blick



Liste der Wirtschaftsprüfer

Beteiligung (Kurzbezeichnung)	2019	2020	2021	2022	2023	2024
BZ Saalfeld - Service	KJF GmbH Wirtschaftsprüfung, Plauen verantw. Prüfer: Herr Schmidt	KJF GmbH Wirtschaftsprüfung, Plauen verantw. Prüfer: Herr Schmidt	KJF GmbH Wirtschaftsprüfung, Plauen verantw. Prüfer: Herr Schmidt	KJF GmbH Wirtschaftsprüfung, Plauen verantw. Prüfer: Herr Schmidt	KJF GmbH Wirtschaftsprüfung, Plauen verantw. Prüfer: Frau Kellner	KJF GmbH Wirtschaftsprüfung, Plauen verantw. Prüfer: Frau Kellner
BZ Saalfeld GmbH	KJF GmbH Wirtschaftsprüfung, Plauen verantw. Prüfer: Herr Schmidt	KJF GmbH Wirtschaftsprüfung, Plauen verantw. Prüfer: Herr Schmidt	KJF GmbH Wirtschaftsprüfung, Plauen verantw. Prüfer: Herr Schmidt	KJF GmbH Wirtschaftsprüfung, Plauen verantw. Prüfer: Herr Schmidt	KJF GmbH Wirtschaftsprüfung, Plauen verantw. Prüfer: Frau Kellner	KJF GmbH Wirtschaftsprüfung, Plauen verantw. Prüfer: Frau Kellner
IGZ	Saale Revision GmbH, Jena verantw. Prüfer: Herr Meyer	Saale Revision GmbH, Jena verantw. Prüfer: Herr Meyer	Saale Revision GmbH, Jena verantw. Prüfer: Herr Meyer	Saale Revision GmbH, Jena verantw. Prüfer: Herr Meyer	Göbel&Partner mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft verantw. Prüfer: Herr Göbel, Herr Beier	Göbel&Partner mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft verantw. Prüfer: Herr Göbel, Herr Beier
KISA			concredis Schlegel, Middrup & Weser Partnerschaft verantw. Prüfer: Herr Schlegel, Herr Weser	concredis Schlegel, Middrup & Weser Partnerschaft verantw. Prüfer: Herr Schlegel, Herr Weser	concredis Schlegel, Middrup & Weser Partnerschaft verantw. Prüfer: Herr Schlegel, Herr Weser	concredis Schlegel, Middrup & Weser Partnerschaft verantw. Prüfer: Herr Schlegel, Herr Weser
KIV				AKR Akzent Revisions GmbH	AKR Akzent Revisions GmbH	AKR Akzent Revisions GmbH Prüfer: Herr Fehr, Herr Schuhmacher
KomBus GmbH	Overhage & Overhage Partnerschafts- gesellschaft mbH, Köln	Overhage & Overhage* GmbH, Köln, verantw. Prüfer: Frau Braun	Overhage & Overhage* GmbH, Köln, verantw. Prüfer: Frau Braun	Löwen + Overhage GmbH, Köln verantw. Prüfer: Frau Löwen	Löwen GmbH, Köln verantw. Prüfer: Frau Löwen	Löwen GmbH, Köln verantw. Prüfer: Frau Löwen
KomBus Verkehr GmbH	Overhage & Overhage Partnerschafts- gesellschaft mbH, Köln	Overhage & Overhage* GmbH, Köln, verantw. Prüfer: Frau Braun	Overhage & Overhage* GmbH, Köln, verantw. Prüfer: Frau Braun	Löwen + Overhage GmbH, Köln verantw. Prüfer: Frau Löwen	Löwen GmbH, Köln verantw. Prüfer: Frau Löwen	Löwen GmbH, Köln verantw. Prüfer: Frau Löwen
KSK	Sparkassen-u. Girov. Hessen-Thüringen	Sparkassen-u. Girov. Hessen-Thüringen	Sparkassen-u. Girov. Hessen-Thüringen	Sparkassen-u. Girov. Hessen-Thüringen	Sparkassen-u. Girov. Hessen- Thüringen	Sparkassen-u. Girov. Hessen- Thüringen
KVW	Overhage & Overhage Partnerschafts- gesellschaft mbH, Köln	Overhage & Overhage* GmbH, Köln, verantw. Prüfer: Frau Braun	Overhage & Overhage* GmbH, Köln, verantw. Prüfer: Frau Braun	Löwen + Overhage GmbH, Köln verantw. Prüfer: Frau Löwen	Löwen GmbH, Köln verantw. Prüfer: Frau Löwen	Löwen GmbH, Köln verantw. Prüfer: Frau Löwen
MVZ	BDO AG, Erfurt verantw. Prüfer: Herr Moka	BDO AG, Erfurt verantw. Prüfer: Herr Moka	BDO AG, Erfurt verantw. Prüfer: Herr Moka	BDO AG, Erfurt verantw. Prüfer: Herr Alten Herr Hinz	BDO AG, Erfurt verantw. Prüfer: Herr Prof.Dr.Penter Herr Hinz	BDO AG, Erfurt verantw. Prüfer: Herr Prof.Dr.Penter Herr Hinz
Städtereinigung Ernst	Lorz & Partner GbR, Eichstätt verantw. Prüfer: Frau Lorz-Fröhle	Lorz & Partner GbR, Eichstätt verantw. Prüfer: Frau Lorz-Fröhle	Lorz & Partner GbR, Eichstätt verantw. Prüfer: Frau Lorz-Fröhle	Lorz & Partner GbR, Eichstätt verantw. Prüfer: Frau Lorz-Fröhle	Dr.Schwarz, Harrer vom Ende GmbH, Fürth verantw. Prüfer: Dr.Schwarz, Herr vom Ende	
Thüringen-Kliniken	BDO AG, Erfurt verantw. Prüfer: Herr Moka	BDO AG, Erfurt verantw. Prüfer: Herr Moka	BDO AG, Erfurt verantw. Prüfer: Herr Moka	BDO AG, Erfurt verantw. Prüfer: Herr Alten, Herr Hinz	BDO AG, Erfurt verantw. Prüfer: Herr Prof.Dr.Penter Herr Hinz	BDO AG, Erfurt verantw. Prüfer: Herr Prof.Dr.Penter Herr Hinz
Thüringer Theater GmbH	BDO AG Wirtschaftsprf., Erfurt verantw. Prüfer: Herr Reinhardt	BDO AG Wirtschaftsprf., Erfurt verantw. Prüfer: Herr Reinhardt	BBH AG Wirtschaftsprüfung München, NL Erfurt, Prüfer: Herr Reinhardt	BBH AG Wirtschaftsprüfung München, NL Erfurt, Prüfer: Herr Reinhardt	BBH AG Wirtschaftsprüfung München, NL Erfurt, Prüfer: Herr Mackenrodt, Frau Engel	BBH AG Wirtschaftsprüfung München, NL Erfurt, Prüfer: Herr Mackenrodt, Frau Engel
TKS	BDO AG, Erfurt verantw. Prüfer: Herr Moka	BDO AG, Erfurt verantw. Prüfer: Herr Moka	BDO AG, Erfurt verantw. Prüfer: Herr Moka	BDO AG, Erfurt verantw. Prüfer: Herr Alten Herr Hinz	BDO AG, Erfurt verantw. Prüfer: Herr Prof.Dr.Penter Herr Hinz	BDO AG, Erfurt verantw. Prüfer: Herr Prof.Dr.Penter Herr Hinz
TVS	Ebner & Stolz Wirtschaftsprf., Leipzig	Ebner & Stolz Wirtschaftsprf., Leipzig	Ebner & Stolz Wirtschaftsprf., Leipzig	Ebner & Stolz Wirtschaftsprf., Leipzig		
ZASO	Ebner & Stolz Wirtschaftsprf., Leipzig	Ebner & Stolz Wirtschaftsprf., Leipzig	Ebner & Stolz Wirtschaftsprf., Leipzig	Ebner & Stolz Wirtschaftsprf., Leipzig		
ZRO	Eureos GmbH Wirtschaftsprf.- gesellschaft, Dresden	Eureos GmbH Wirtschaftsprf.- gesellschaft, Dresden	Eureos GmbH Wirtschaftsprf.- gesellschaft, Dresden	Eureos GmbH Wirtschaftsprf.- gesellschaft, Dresden	Eureos GmbH Wirtschaftsprf.- gesellschaft, Dresden	Eureos GmbH Wirtschaftsprf.- gesellschaft, Dresden
ZTI	RPA des LRA SLF-RU	RPA des LRA SLF-RU	RPA des LRA SLF-RU	RPA des LRA SLF-RU	RPA des LRA SLF-RU	RPA des LRA SLF-RU
ZV ÖPNV	RPA des LRA SLF-RU	RPA des LRA SLF-RU	RPA des LRA SLF-RU	RPA des LRA SLF-RU	RPA des LRA SLF-RU	RPA des LRA SLF-RU
ZV Theater	RPA des LRA SLF-RU	RPA des LRA SLF-RU	RPA des LRA SLF-RU	RPA des LRA SLF-RU	RPA des LRA SLF-RU	RPA des LRA SLF-RU
ZV Tierkörperbeseitigung	RPA des LRA GRZ	RPA des LRA GRZ	RPA des LRA GRZ	RPA des LRA GRZ	RPA des LRA GRZ	RPA des LRA GRZ

Die Jahresabschlüsse der Städtereinigung Ernst, TVS und ZASO sowie die Jahresrechnungen der Zweckverbände Theater, ÖPNV und Thüringer Meer für das Jahr 2024 lagen zum Erstellungszeitpunkt nicht vor. Die Ergänzungen erfolgen redaktionell, sobald die Unterlagen zur Verfügung stehen.

Liste der Mitarbeiterzahlen

Beteiligung (Kurzbezeichnung)	2019	2020	2021	2022	2023	2024
BZ Saalfeld - Service GmbH	20	15	7	8	9	12
BZ Saalfeld GmbH	137	134	147	144	134	133
IGZ	3	3	3	3	3	3
KISA			131	142	157	168
KIV				51	48	53
KomBus GmbH	83	82	83	86	89	93
KomBus Verkehr GmbH	274	272	265	271	289	294
KSK	253	237	232	227	223	222
KVW	2	2	2	2	2	4
MVZ	98	104	114	146	154	148
Städtereinigung Ernst	76	77	74	75	71	
Thüringen-Kliniken	1.615	1.616	1.607	1.638	1.686	1.713
Thüringer Theater GmbH	193	191	172	172	187	183
TKS	82	86	89	94	97	93
TVS	20	20	21	21		
ZASO	73	75	80	80		
ZRO	15	15	15	15	15	16
ZTI	0	0	1	1	1	1
ZV ÖPNV	1	1	1	1	1	1
ZV Theater	0	0	0	0	0	0
ZV Tierkörperbeseitigung	2	2	2	2	2	2
Summe	2.947	2.932	3.046	3.179	3.168	3.139

Die Jahresabschlüsse der Städtereinigung Ernst, TVS und ZASO sowie die Jahresrechnungen der Zweckverbände Theater, ÖPNV und Thüringer Meer für das Jahr 2024 lagen zum Erstellungszeitpunkt nicht vor. Die Ergänzungen erfolgen redaktionell, sobald die Unterlagen zur Verfügung stehen.

Teil B – Beteiligungen des Landkreises Saalfeld–Rudolstadt

1 Bildungszentrum Saalfeld GmbH

Grundlagen

Unternehmen:

Bildungszentrum Saalfeld GmbH

(Die Gesellschaft ist anerkannt gemeinnützig gemäß Abgabenordnung.)

Sitz:

Saalfeld/Saale

Handelsregister:

Amtsgericht Jena, HRB 201397

Gesellschafter:

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt – 100 %

Gesellschaftsvertrag:

vom 11. März 1991, zuletzt geändert durch Beschluss vom 30. März 2016

Stammkapital:

25.600,00 EUR

Gegenstand des Unternehmens:

Gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages sind Gegenstand des Unternehmens:

- Maßnahmen zur Erziehung sowie der Volks- und Berufsbildung
- Anpassungsbildung, Umschulung, Aufstiegsfortbildung und Erstausbildung in allen für die Region wichtigen Branchen
- Auftragsmaßnahmen des Arbeitsamtes, von Unternehmen sowie Interessengruppen
- Maßnahmen zur Förderung von benachteiligten Personengruppen, die sich in persönlichen oder sozialen Problemlagen befinden, durch die Weiterentwicklung ihrer persönlichen und beruflichen Fähigkeiten und Qualifikationen sowie durch die Förderung beruflicher Wiedereingliederungsmöglichkeiten.

Insbesondere kann dies beinhalten:

- die Qualifizierung und Beschäftigung von Arbeitslosen
- die Erschließung von Dauerarbeitsplätzen
- die Erbringung von Leistungen, insbesondere Produktion und Vertrieb von Produkten, die im unmittelbaren Zusammenhang mit den beruflichen Qualifizierungs-, Bildungs- und Beschäftigungsprojekten stehen.

Die Gesellschaft arbeitet mit Institutionen zusammen, die sich einem gleichen oder ähnlichen Gesellschaftszweck widmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Gesellschaft arbeitet in den Geschäftsfeldern Berufliche Rehabilitation, darunter Integration behinderter Jugendlicher sowie Integration Erwachsener, außer- und überbetriebliche Bildung, soziale Projekte sowie Jugend und Präventionsprojekte. Alle Geschäftsfelder werden nach verschiedenen Programmen gefördert. Die Gesellschaft trägt mit ihrem Wirken zur Entlastung des Kreishaushaltes hinsichtlich des andernfalls oft durch den Landkreis zu unterstützenden Klientels bei.

Beteiligungen an Unternehmen:

Bildungszentrum Saalfeld – Service GmbH, Saalfeld/Saale – 100 %

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Gesellschafters:

keine

Organe der Gesellschaft**Geschäftsführung:**

Herr Dipl.-Volkswirt Christoph Majewski

Gesellschafterversammlung:

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt

Herr Marko Wolfram, Landrat

Aufsichtsrat:

Herr Marko Wolfram

Landrat des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Herr Martin Bayer

Vorstandsvorsitzender KSK Saalfeld-Rudolstadt
Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates

Herr Steffen Lutz

Mitglied des Kreistages Saalfeld-Rudolstadt

Herr Thomas Schubert

Mitglied des Kreistages Saalfeld-Rudolstadt

(bis 28.11.2024)

Frau Brunhilde Nauer

Mitglied des Kreistages Saalfeld-Rudolstadt

(bis 28.11.2024)

Herr Henry Götze

Mitglied des Kreistages Saalfeld-Rudolstadt

(ab 28.11.2024)

Herr Mirko Schreiber

Mitglied des Kreistages Saalfeld-Rudolstadt

(ab 28.11.2024)

Herr Andreas Henkel

Mitarbeiter BZ Saalfeld GmbH, Arbeitnehmervertretung

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates:

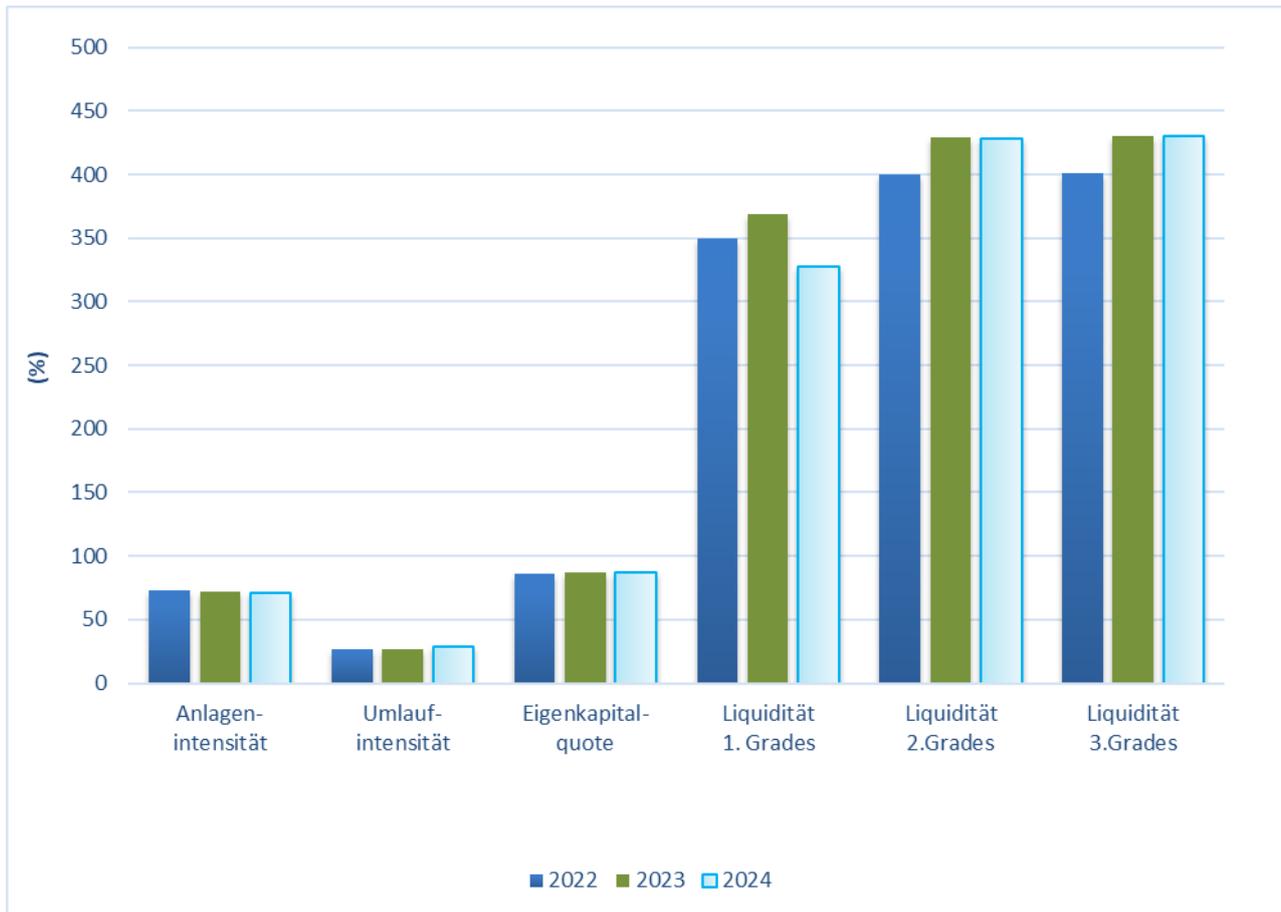
Geschäftsführung:

keine Angaben gem. § 286 Abs. 4 HGB

Aufsichtsrat:

759,50 EUR (Vorjahr: 1.447,50 EUR)

Wichtige Kennzahlen der Vermögens- und Ertragslage



Jahresabschluss

BILANZ

	Stand 31. Dezember 2024	Stand 31. Dezember 2023
	EUR	EUR
AKTIVA		
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.105,50	2.798,00
II. Sachanlagen	6.424.778,66	6.566.368,32
III. Finanzanlagen	50.000,00	50.000,00
	<u>6.475.884,16</u>	<u>6.619.166,32</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	12.021,23	7.241,82
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	663.723,74	390.219,76
III. Wertpapiere	0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.966.197,24	2.080.620,39
	<u>2.641.942,21</u>	<u>2.478.081,97</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	33.673,42	46.275,13
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0,00	0,00
Summe Aktiva	<u>9.151.499,79</u>	<u>9.143.523,42</u>
PASSIVA		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.600,00	25.600,00
II. Kapitalrücklage	0,00	0,00
III. Gewinnrücklage	7.372.812,48	7.335.518,87
IV. Bilanzgewinn	0,00	0,00
	<u>7.398.412,48</u>	<u>7.361.118,87</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.058.091,58	1.135.336,03
C. Rückstellungen	520.376,21	500.279,41
D. Verbindlichkeiten	147.590,77	106.375,41
E. Rechnungsabgrenzungsposten	27.028,75	40.413,70
Summe Passiva	<u>9.151.499,79</u>	<u>9.143.523,42</u>

Gewinn- und Verlustrechnung

	Stand 31. Dezember 2024 EUR	Stand 31. Dezember 2023 EUR
1. Umsatzerlöse	8.135.353,94	7.514.700,97
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	4779,41	590,09
3. andere aktivierte Eigenleistungen		
4. Sonstige betriebliche Erträge	178.390,48	244.271,76
5. Materialaufwand	425.381,91	377.604,24
6. Personalaufwand	6.049.807,06	5.658.914,13
7. Abschreibungen	313.266,43	308.826,97
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.509.597,58	1.380.400,94
9. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
10. Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	27.158,51	17.001,17
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.939,00	9.776,00
14. Ergebnis der gewöhl. Geschäftstätigkeit	40.690,36	41.041,71
15. außerordentliche Erträge	0,00	0,00
16. außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
17. außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-43,26	628,76
19. Sonstige Steuern	3.440,01	3.299,26
20. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	37.293,61	37.113,69
21. Entnahme aus der Gewinnrücklage	0,00	0,00
22. Einstellung in die Gewinnrücklage	37.293,61	37.113,69
23. Bilanzgewinn	0,00	0,00

Lagebericht

Bildungszentrum Saalfeld GmbH, Unterwellenborn

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Organisatorische Struktur

Das Unternehmen gliederte sich im Jahr 2024 in drei Fachgebiete:

- Soziale- und Integrationsprojekte,
- Aus- und Weiterbildung sowie
- Berufliche Rehabilitation.

Standorte

Die Bildungszentrum Saalfeld GmbH ist mit 133 Mitarbeitern (Jahresdurchschnitt) und 11 Standorten einer der größten Bildungsdienstleister im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt und darüber hinaus. Standorte sind:

- Ernst-Thälmann-Str. 21, Unterwellenborn,
- Maxhüttenstraße 14/16/21, Unterwellenborn,
- Bahnhofstraße 6a, Saalfeld,
- Käthe-Kollwitz-Straße 2/2a/7, Saalfeld,
- Am Steiger 10, Saalfeld,
- Orangerie, Halbe Gasse 20, Saalfeld,
- Klubhaus der Jugend, Breitscheidstraße 1, Saalfeld
- Prinz-Louis-Ferdinand-Str. 7, Saalfeld
- Albert-Schweitzer-Str. 134, Saalfeld
- Werner-Seelenbinder-Straße 14, Jena (IFD Ostthüringen),
- Tschaikowskistraße 37, 07548 Gera, (IFD Ostthüringen).

Geschäftstätigkeit

Die Kerngeschäfte der Bildungszentrum Saalfeld GmbH gliedern sich in:

- Maßnahmen der beruflichen Eingliederung nach § 45 SGB III,
- Maßnahmen der Berufswahl und Berufsausbildung nach dem dritten Abschnitt des dritten Kapitels des SGB III,
- Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach dem vierten Abschnitt des dritten Kapitels des SGB III,
- Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben nach dem siebten Abschnitt des dritten Kapitels des SGB III,
- Maßnahmen zur Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen – Artikel 1 SGB IX § 60 Andere Leistungsanbieter,
- Maßnahmen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit,
- Maßnahmen der Berufsorientierung von Schülern an Förder- und Regelschulen als auch Gymnasien,

- Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung betrieblicher Auszubildender und Mitarbeiter aus Unternehmen,
- Maßnahmen der Jugendhilfe.

In diesem Rahmen wurden im Jahr 2024 folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Berufsorientierungsmaßnahmen,
- Berufsvorbereitungsmaßnahmen und Berufsausbildungsmaßnahmen,
- Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation,
- Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes,
- Maßnahmen nach AZAV – Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Weiterbildung,
- Weiterbildungsmaßnahmen,
- Jugend- und Präventionsprojekte,
- Projekte im Rahmen von Landes-, Bundes-, oder ESF-Förderung,
- Jugendhilfemaßnahmen.

Die Bildungszentrum Saalfeld GmbH ist regional aufgestellt. Zu unseren Kunden zählen Unternehmen im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt sowie den angrenzenden Landkreisen, die Jobcenter in Saalfeld-Rudolstadt und Pößneck, die Agenturen für Arbeit in Ost- und Südthüringen, die Rentenversicherungsträger sowie das Landesverwaltungsamt Thüringen. Darüber hinaus arbeiten wir mit dem Landkreis Saalfeld-Rudolstadt und der Stadt Saalfeld im Bereich des SGB VIII zusammen.

Unser Teilnehmeraufkommen stammt überwiegend aus dem Landkreis Saalfeld-Rudolstadt sowie den angrenzenden Regionen.

Unser Geschäft wird maßgeblich beeinflusst durch:

- die Vergabepaxis der Bundesagentur für Arbeit,
- die Fördermittelpolitik des Freistaates Thüringen (Landeshaushalt und ESF),
- demografische Entwicklungen,
- den Fachkräftebedarf und die wirtschaftliche Konjunktur,
- die Finanzausstattung der öffentlichen Hand, der Agenturen für Arbeit und der Jobcenter,
- sowie die Wettbewerbssituation am Bildungsmarkt.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die kumulierten Krisen der vergangenen Jahre haben das Geschäft der BZ Saalfeld GmbH auch im Jahr 2024 weiterhin spürbar beeinflusst. Besonders gravierend wirkt sich die demografische Entwicklung in unserer Region aus. Seit der Gründung des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt Mitte der 1990er Jahre ist die Bevölkerung um fast 40.000 Personen geschrumpft. Heute zählt der Landkreis zu den Regionen mit einem der höchsten Durchschnittsalter bundesweit. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf den Bedarf an Aus- und Weiterbildung und damit unmittelbar auf den Umsatz unseres Unternehmens. Gleichzeitig verschärft der zunehmende Fachkräftemangel die Situation, da qualifiziertes Personal immer schwerer zu finden ist, was die Aufrechterhaltung und Erweiterung unseres Angebots erschweren.

Zusätzlich belasten stetig steigende Tarifierpassungen die betriebswirtschaftliche Situation, da sie direkt zu höheren Personalkosten führen. Hohe Investitionskosten für notwendige Modernisierungs- und Digitalisierungsmaßnahmen verstärken den finanziellen Druck. Gleichzeitig erschweren unsichere politische Rahmenbedingungen langfristige Planungen, da Investitionen zunehmend risikobehaftet sind.

Das Geschäftsjahr 2024 war geprägt von der Umsetzung der im November des Vorjahres verabschiedeten strategischen Ausrichtung. Der Fokus lag auf der Reduzierung der Mitarbeiterfluktuation und der Konzentration auf ertragreiche, nachhaltige Geschäftsfelder, um die wirtschaftliche Stabilität langfristig zu sichern. Hierbei galt es, eine ausgewogene Balance zwischen notwendigen Sparmaßnahmen und gezielten Investitionen zu wahren. Dazu zählten die Schließung unrentabler Bereiche und Standorte sowie die Fortsetzung der Standortkonsolidierung nach der Pandemie. Beispielsweise wurden im August 2024 die Standorte in Schleiz, Pößneck und Greiz geschlossen, wobei das dort beschäftigte Personal an anderen Standorten weiter eingesetzt wurde.

Weitere Maßnahmen umfassten die Verlegung des Bereichs "Reha Erwachsene" vom Standort Maxhüttenstraße in Unterwellenborn an die Kollwitz-Straße 2a in Saalfeld, wodurch eine bessere Raumauslastung und Optimierung des Personaleinsatzes ermöglicht wurden. Die freigewordenen Räumlichkeiten wurden für neue Jugendhilfemaßnahmen und Integrationskurse für Bewohner einer nahegelegenen Flüchtlingsunterkunft genutzt. Durch strukturelle Anpassungen in der Unternehmensorganisation sowie Einsparungen im Personalbereich konnten zudem zusätzliche Kostensenkungen realisiert und flachere Hierarchien eingeführt werden.

Trotz dieser Maßnahmen bleibt es essenziell, in zukunftsorientierte Projekte und qualifiziertes Personal zu investieren. Der Verlust von Fachkräften durch Renteneintritte und Eigenkündigungen im vergangenen Jahr führte zu Know-how-Verlusten sowie erhöhten Kosten in der Personalrekrutierung und Einarbeitung. Im Jahr 2024 wurden rund 30 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sollen gezielte Maßnahmen zur Förderung der Mitarbeiterzufriedenheit und -entwicklung weiter ausgebaut werden.

Die weiterhin schwierige Marktlage, verstärkt durch multiple Krisen (demografischer Wandel, Ukraine Konflikt, Inflation und pandemiebedingte Folgen), stellt eine anhaltende Belastung dar.

Neben Herausforderungen in den Bereichen Aus- und Weiterbildung sowie Arbeitsmarktdienstleistungen führen auch die Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem Ukraine Konflikt zu signifikanten Kostensteigerungen, insbesondere durch erhöhte Energie- und Materialpreise. Zusätzlich erschweren sich verändernde politische und gesetzliche Rahmenbedingungen, wie die Verschiebung von Zuständigkeiten zwischen Jobcentern und Arbeitsagenturen, die strategische Planung.

Die positiven Effekte der verstärkten Zuwanderung der letzten Jahre sind bislang nur begrenzt spürbar. Zwar verzeichnen wir im Bereich der Sprachkurse deutliche Zuwächse, doch bislang führt nur ein geringer Anteil der Zugewanderten den Weg in eine Aus- oder Weiterbildung, sodass nachhaltige Effekte auf den Bildungsmarkt ausbleiben.

Ähnlich wie während der Corona-Pandemie erhalten wir auch im Rahmen der Ukraine-Krise keine staatlichen Unterstützungsleistungen.

Die Abweichungen gegenüber der Planung vom Oktober 2023 für das Geschäftsjahr 2024 ergeben sich im Wesentlichen aus unerwartet hohen Anlauf- und Investitionskosten für die neu geschaffenen Jugendhilfemaßnahmen, deutlich gestiegenen Gebäudeversicherungsprämien sowie zusätzlichen Aufwendungen für Instandhaltung und IT.

Darüber hinaus beeinflussen folgende Faktoren das erwartete Jahresergebnis 2024 maßgeblich:

- Anpassung der Mitarbeitervergütung entsprechend dem Tarifvertrag für Aus- und Weiterbildung ab dem 1. Januar 2024 (4 % Steigerung),
- Realisierung des Projekts LAP/IngA ab August 2024 mit 80 Teilnehmern,
- Umsetzung der Berufseinstiegsbegleitung in Kooperation mit der ÜAG gGmbH,
- Verzicht auf Beteiligung an Ausschreibungen für BvB und BaE koop. im Saale-Orla-Kreis im Zuge der Standortkonsolidierung,
- Nicht erhaltener Zuschlag für die Ausschreibungen BaEint und AsAflex in Saalfeld,
- Erhöhte Kosten für Energie (Strom, Gas und Wasser),
- Anpassung der Gebäudeversicherungen,
- Zunahme der Reparatur- und Instandhaltungskosten,
- Höhere Kosten für IT-Dienstleistungen aufgrund des Umbaus der IT-Infrastruktur sowie steigender Investitionskosten in IT-Technik.

2. Geschäftsverlauf

Fachgebiet berufliche Rehabilitation

Schwerpunkte im Fachgebiet Berufliche Rehabilitation sind die rehaspezifische Berufsvorbereitung sowie die rehaspezifische Ausbildung von Jugendlichen und Erwachsenen. In enger Zusammenarbeit mit den regionalen Agenturen für Arbeit bieten wir folgende Maßnahmen an:

- Reha-Ausbildung
- Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme (BvB Reha)
- Wohnheim
- Betrieblich begleitete Ausbildung
- Arbeitserprobung / Eignungsabklärung.

Zum Stichtag 28.02.2025 konnten wir einen Vermittlungserfolg von 83 % für die Agentur für Arbeit Jena verzeichnen.

Begünstigt wurde die positive Entwicklung des Fachgebietes durch eine stabile Teilnehmerzahl in der Erstausbildung und im Wohnheim sowie eine wachsende Teilnehmerzahl in der BvB Reha.

Zusätzlich wurden folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Berufliche außerbetriebliche Erstausbildung (BaE)
- Azubinachhilfe
- AsA-flex an den Standorten Pößneck, Schleiz und Greiz
- Umschulung „Kaufmann/-frau für Büromanagement“
- Modulare Qualifizierung für Kaufleute
- Berufseinstiegsbegleitung (BerEb)

Umsatzmindernd wirkten sich insbesondere das Auslaufen der BaE integrativ sowie der AsA-flex an den Standorten Pößneck, Schleiz und Greiz zur Jahresmitte aus. Die BaE integrativ und AsA-flex am Standort Saalfeld wurden im Rahmen von Ausschreibungen an Mitbewerber vergeben. Im Zuge unseres Standortoptimierungsprogramms haben wir uns nicht mehr an den Ausschreibungen für die AsA-flex an den Standorten Pößneck, Schleiz und Greiz beteiligt. Neu hinzugekommen ist die Berufseinstiegsbegleitung (BerEb) im Raum Jena,

Saale-Holzland-Kreis und Landkreis Saalfeld-Rudolstadt, die wir in Kooperation mit der ÜAG Jena gGmbH durchführen.

Das Angebot des Bereiches Berufliche Rehabilitation Erwachsener umfasst:

- Reha-Vorbereitungslehrgang (gefördert durch die BA und die RV)
- Betreute betriebliche Umschulung
- Umschulungsbegleitende Hilfen
- Berufliche Perspektiven mit Arbeitserprobung
- Anderer Leistungsanbieter: Alternative Maßnahme zur Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) gemäß § 60 SGB IX
- Integration in den Arbeitsmarkt für psychisch Beeinträchtigte
- Eignungsabklärung / Arbeitserprobung
- Diagnose der Arbeitsmarktfähigkeit (Ausschreibungsmaßnahme der BA)
- Integrationsmaßnahme für Rehabilitanden
- Integration von Rehabilitanden in den Arbeitsmarkt (Ausschreibungsmaßnahme der BA)
- Umschulung Kaufmann/-frau für Büromanagement (rehaspezifisch)
- Integrationsfachdienst Ostthüringen an den Standorten Saalfeld, Gera und Jena
- Einheitliche Ansprechpartner für Arbeitgeber Ostthüringen

Durch die vollständige Integration des Bereichs Berufliche Rehabilitation Erwachsener in die Strukturen des Fachgebiets am Standort Käthe-Kollwitz-Straße 2/2a in Saalfeld Mitte 2024 konnten Synergien genutzt und erhebliche Kostenreduktionen erzielt werden.

Fachgebiet betriebliche Ausbildung

Im Fachgebiet Betriebliche Ausbildung bieten wir eine Vielzahl an Maßnahmen an, um betriebliche Auszubildende sowie Fachkräfte gezielt zu unterstützen und zu qualifizieren:

- Ergänzungslehrgänge und Zusatzqualifizierungen für betriebliche Auszubildende über den Ostthüringer Ausbildungsverbund
- AZAV-Modulare Qualifizierung zur Fachkraft für CNC-Technik sowie MQ-Schweißen
- AZAV-Umschulung zum/zur Zerspanungsmechaniker/-in (IHK) und zur Fachkraft für Metalltechnik
- Zusatzqualifizierung zur Elektrofachkraft für festgelegte Tätigkeiten
- Qualifizierung betrieblicher Fachkräfte in den Bereichen CNC, E-Technik, Digitalisierung, Rexroth-Steuerungstechnik und Schweißen
- Übernahme der Erstausbildung für Betriebe
- Zusatzqualifizierungen zur Prüfungsvorbereitung für Auszubildende
- Schulungen in den Bereichen Digitalisierung, Industrie 4.0 und 3D-Druck
- Ausbau des Online-Beschulungsangebots: Integration von Bausteinen in bestehende Lehrgänge der Zusatzqualifizierung betrieblicher Auszubildender und der AZAV-Qualifizierung
- Berufsorientierung im Rahmen des Projekts „BeOS“: Berufsfelderprobung, Berufsfelderkundung und Potenzialanalyse für Schülerinnen und Schüler ab der 7. Klasse
- Übergangskoordination (ÜKO)
- Summerschool für angehende Auszubildende

- German Professional School: Vorbereitung von Zugewanderten und Drittstaatlern auf eine Berufsausbildung in heimischen Betrieben
- Viona Onlinecampus: Virtuelle Akademie mit über 500 Kursangeboten

Die geplanten Umsätze im Fachgebiet Betriebliche Ausbildung konnten gesteigert und das wirtschaftliche Ergebnis verbessert werden.

Besonders positiv wirkte sich die stabile Entwicklung in der Erstausbildung für Betriebe sowie bei den Ergänzungslehrgängen und Zusatzqualifizierungen für betriebliche Auszubildende über den Ostthüringer Ausbildungsverbund aus. Zudem verzeichneten wir wachsende Teilnehmerzahlen im Bereich der Berufsorientierung (Projekt BeOS), da weitere Schulen für unser Angebot gewonnen werden konnten.

Rückläufig sind hingegen weiterhin die Teilnehmerzahlen bei Weiterbildungs- und Umschulungsangeboten, insbesondere in der betrieblichen Ausbildung von Fachkräften in den Bereichen CNC und E-Technik. Dies ist vor allem auf die begrenzten finanziellen Mittel der Agentur für Arbeit und der Jobcenter sowie auf die anhaltend gute wirtschaftliche Lage der Unternehmen im Jahr 2024 zurückzuführen. Die niedrige Arbeitslosenquote führte erneut zu einem geringeren Zulauf an Teilnehmern in AZAV-Maßnahmen über die Agentur für Arbeit und das Jobcenter.

Fachgebiet Soziale Projekte, inklusive Arbeits- und Beschäftigungsmaßnahmen

Das Fachgebiet Soziale- und Integrationsprojekte umfasst Maßnahmen und Projekte im Auftrag des Freistaates Thüringen, der Europäischen Union (ESF), der Stadt Saalfeld sowie des Landratsamtes Saalfeld-Rudolstadt. Ergänzend dazu werden Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes gemäß SGB II umgesetzt, die hauptsächlich durch Arbeitsgelegenheiten realisiert werden. Darüber hinaus wurden Maßnahmen zur „Öffentlich geförderten Beschäftigung und gemeinwohlorientierten Arbeit in Thüringen“ (ÖGB) durchgeführt. Maßnahmen im Fachgebiet Soziale- und Integrationsprojekte:

- Arbeits- und Beschäftigungsmaßnahmen:
 - Projekte in Arbeitsgelegenheiten ,
 - Projekte „Öffentlich geförderten Beschäftigung und gemeinwohlorientierte Arbeit in Thüringen“,
 - Maßnahmen nach § 16i SGB II,
 - Schulsozialarbeit an den Standorten:
 - RS Neusitz,
 - RS Königsee,
 - RS Gräfenthal,
 - RS Unterwellenborn,
 - FÖZ Saalfeld,
 - FÖZ Rudolstadt,
 - GS Rudolstadt-West,
 - Aktivierung und Integration:
 - Quartiersmanagement Beulwitz/Alte Kaserne,
 - match!2.0 – Beratungsstelle für Jüngere,
 - Integrationskurse,
 - Freiwilliges Soziales Jahr – Thüringen JahrFSJ,

- IngA – Integrationsprojekt zur nachhaltigen Arbeitsmarktintegration,
 - Jugend- und Präventionsprojekte:
- Mobile Jugendarbeit,
- ORANGE-RIE – Alternativer Lern- und Begegnungsort für außerschulische Jugendbildung,
- Quartiersmanagement,
- Armutsprävention (Projekt THINKA – Thüringer Initiative für Integration, Nachhaltigkeit, Kooperation und Aktivierung),
- Klubhaus der Jugend Saalfeld,
- Sommer- und Adventskino,
- Ferienspiele,
 - Jugendhilfe:
- Betreuung und Unterbringung von Jugendlichen nach § 13 Abs. 3 SGB VIII.

Alle laufenden Projekte und Maßnahmen verliefen im Geschäftsjahr stabil. Maßnahmen mit festen Teilnehmerquoten (match! 2.0, FSJ, IngA) waren gut bis sehr gut ausgelastet. Das Integrationsprojekt IngA zur nachhaltigen Arbeitsmarktintegration für rund 80 Teilnehmer wurde im Rahmen eines Konzeptauswahlverfahrens für ESF-Projekte erfolgreich gewonnen. Zudem waren die Teilnehmerzahlen in offenen Angeboten mit freiwilliger Inanspruchnahme (Schulsozialarbeit, THINKA, offene Jugendarbeit, Quartiersmanagement, Integrationskurse) überdurchschnittlich hoch.

Begünstigende Faktoren für die hohe Auslastung dieser Maßnahmen waren insbesondere:

- Der steigende Bedarf an Beratungs- und Hilfsangeboten, insbesondere bei THINKA sowie im Quartiersmanagement Beulwitz.
- Eine erhöhte Nachfrage nach Projekten und Veranstaltungen der Jugendarbeit, bedingt durch pandemiebedingte Einschränkungen in den Vorjahren (z. B. Sommerkino, Adventskino, Radcamping).
- Ein wachsender Bedarf an Einzelfallberatung, Elterngesprächen und Unterstützungsangeboten in der Schulsozialarbeit (u. a. aufgrund psychischer Auffälligkeiten und Schulverweigerung).
- Die anhaltende Flüchtlingszuwanderung, insbesondere aus der Ukraine, Ostafrika und Afghanistan, führte zu einer stark gestiegenen Nachfrage nach Integrationskursen. Diesem Bedarf wurde mit der Einrichtung von vier bis fünf parallel laufenden Kursen begegnet. Zudem haben sich die Möglichkeiten zur Rekrutierung von Lehrkräften inzwischen deutlich verbessert.

Aufgrund des gestiegenen Bedarfs an Unterbringungsmöglichkeiten in stationären Jugendhilfeeinrichtungen wurde im Jahr 2024 eine neue Maßnahme zur Betreuung und Unterbringung von Jugendlichen nach § 13 Abs. 3 SGB VIII ins Leben gerufen.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Fachgebiets verlief positiv: Die Erlöse im Geschäftsjahr 2024 konnten gesteigert und das Gesamtergebnis weiter verbessert werden.

Investitionstätigkeit der Gesellschaft

Ein zentraler Schwerpunkt der Investitionstätigkeit im Jahr 2024 war der Umbau des Gebäudes in der Maxhüttenstraße 16, der zu 60 % durch den Freistaat Thüringen gefördert wurde. Zusätzlich wurden am Standort Käthe-Kollwitz-Straße 2 eine Photovoltaikanlage installiert, energiesparende Leuchtmittel eingebaut und umfassende Renovierungsarbeiten durchgeführt. Darüber hinaus investierte die Gesellschaft in die Modernisierung der Telefonanlage sowie in die Optimierung der IT-Infrastruktur.

Im Rahmen des Investitionsplans 2024 wurden zudem aufgeschobene Investitionsmaßnahmen aus dem Jahr 2023 nachgeholt.

3. VFE – Lage: Darstellung, Analyse, Beurteilung

Unseren Schwerpunkt bei der Darstellung der finanziellen Leistungsindikatoren legten wir auf Umsatzentwicklung und Betriebsergebnis. Dazu nutzten wir für die interne Unternehmenssteuerung die Kennzahlen Barliquidität und Personalintensität.

a. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2024 wurden Umsatzerlöse von 8.135 TEUR erwirtschaftet. Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 178 TEUR.

Die Kostenposition Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 391 TEUR gestiegen. Im Jahresdurchschnitt verringerte sich die durchschnittliche Mitarbeiterzahl von 134 auf 133 Arbeitnehmer. Zum Jahresende waren es 133 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Position Materialaufwand hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 47 TEUR verändert. Dies ist durch den Anstieg der Aufwendungen für bezogene Leistungen, hier vorrangig auf Grund von Personalgestellung, begründet.

Im Geschäftsjahr 2024 wird ein Betriebsergebnis in Höhe von -11 TEUR ausgewiesen. Unter Berücksichtigung der neutralen Erträge und Aufwendungen sowie des Finanzergebnisses abzüglich der Steuern beträgt der Jahresüberschuss 37 TEUR.

b. Finanzlage

Die Liquidität im Geschäftsjahr 2024 war entsprechend unserer fortgeschriebenen Finanzplanung jederzeit gegeben. Der Bestand der liquiden Mittel hat sich gegenüber dem Vorjahr unwesentlich verändert und liegt bei ca. 2.000 TEUR. Liquiditätsengpässe waren und sind nicht zu verzeichnen.

Wir sind darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen.

Im Rahmen der Investitionstätigkeit erfolgten in Höhe von 170 TEUR Auszahlungen für Investitionen.

c. Vermögenslage

Die Bilanzsumme im Geschäftsjahr beträgt 9.151 TEUR. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Reduzierung in Höhe von 8 TEUR zu verzeichnen.

Das Anlagevermögen zum Jahresende 2024 wurde in Höhe von 6.476 TEUR ausgewiesen. Dies bedeutet eine Reduzierung gegenüber dem Vorjahr um -143 TEUR.

Die Anlageintensität ($\text{Anlagevermögen} \cdot 100 / \text{Gesamtvermögen}$) ist geringer als im Vorjahr und beträgt 70,7 %. Der wirtschaftliche Eigenkapitalanteil unter Berücksichtigung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse ($\text{Wirtschaftliches Eigenkapital} \cdot 100 / \text{Gesamtkapital}$) konnte im Geschäftsjahr 2024 in Höhe von 92,4 % und der Verschuldungsgrad ($\text{Fremdkapital} \cdot 100 / \text{Wirtschaftliches Eigenkapital}$) in Höhe von 8,2 % ausgewiesen werden. Der bilanzielle Eigenkapitalanteil beträgt 80,8 % der Bilanzsumme.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren

Auf Grund des Jahresergebnisses von 37 TEUR wurde im Geschäftsjahr 2024 eine Eigenkapitalrentabilität (Jahresergebnis*100/Wirtschaftliches Eigenkapital) von 0,4 % ausgewiesen. Die Umsatzrentabilität (Jahresergebnis* 100/Umsatzerlöse) beträgt 0,5 %.

Das EBITDA als Ergebnis vor Zinsen, Ertragsteuern, Abschreibungen und Korrekturen um die Erträge aus Auflösung von Sonderposten beträgt für das Geschäftsjahr 280 TEUR.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren haben einen großen Anteil am dauerhaften Erfolg der Gesellschaft. Diese Vermögenswerte sind nicht quantifizierbar und deshalb nicht bilanzierungsfähig. Dazu gehören unter anderem:

- motivierte und engagierte Mitarbeiter und Führungskräfte,
- vertrauensvolle und eingespielte Zusammenarbeit mit öffentlichen Institutionen und regionalen sowie überregionalen Unternehmen,
- Verankerung der Nachhaltigkeit im Geschäftsmodell.

Im Jahr 2024 beschäftigte die Gesellschaft 133 Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt). Fort- und Weiterbildungen wurden für das Personal nach Bedarf angeboten und durchgeführt. Die Gesellschaft möchte als attraktiver und verantwortungsvoller Arbeitgeber dauerhaft kompetente und engagierte Mitarbeiter an sich binden.

5. Gesamtaussage

Die Finanzlage und die Vermögenslage sind in der Gesellschaft stabil.

Trotz der schwierigen Situation auf dem Bildungsmarkt arbeiten wir daran, die Ertragslage planmäßig und schrittweise durch weitere Kostenreduzierungen und Ertragssteigerungen zu konsolidieren.

Die Planannahmen für das Geschäftsjahr gingen von einem EBITDA (Ergebnis vor Zinsen, Ertragssteuern, Abschreibungen und Korrekturen um die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten) von 253 TEUR aus. Das tatsächlich erzielte EBITDA beträgt für das Geschäftsjahr 280 TEUR.

III. Prognosebericht

Das Geschäftsjahr 2025 wird für die BZ Saalfeld GmbH von der konsequenten Fortsetzung der eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen geprägt sein. Die Geschäftsführung verfolgt dabei die folgenden geschäftspolitischen Ziele:

- Erfüllung des gemeinnützigen Auftrags,
- Sicherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (Liquidität und Rentabilität),
- Steigerung der Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit,
- Implementierung eines nachhaltigen Geschäftsmodells.

Im Fokus steht die Konzentration auf das Kerngeschäft des Unternehmens, insbesondere in den Bereichen berufliche Rehabilitation, Aus- und Weiterbildung sowie soziale und Integrationsprojekte.

Ziel ist es, die Rentabilität nachhaltig zu steigern. Dabei sollen Einsparmaßnahmen und Investitionen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Wesentliche Maßnahmen umfassen die Schließung oder Zusammenlegung unrentabler Bereiche, die Verschlinkung der Unternehmensstrukturen sowie die Optimierung des Personaleinsatzes.

Gleichzeitig ist geplant, in neue zukunftsorientierte Projekte zu investieren, insbesondere in den Bereichen Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und Flüchtlingsbetreuung. Im Rahmen der bereits im Vorjahr eingeleiteten Standortkonsolidierung wird der Fokus verstärkt auf die Standorte im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt gelegt, verbunden mit einer intensivierten Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern.

Ein weiteres zentrales Ziel für 2025 ist eine nachhaltige Personalpolitik, die den Herausforderungen steigender Personalkosten und des Fachkräftemangels begegnet. Dies soll durch gezielte Maßnahmen zur Mitarbeiterentwicklung und -bindung erreicht werden. Für das Geschäftsjahr 2025 rechnen wir mit steigenden Umsatzerlösen auf eine Höhe von rund 9.500 TEUR. Im Zuge der geplanten Konsolidierungsmaßnahmen wird eine Stabilisierung der Kosten angestrebt, insbesondere durch eine effizientere Nutzung der personellen Ressourcen. Weitere Einsparpotenziale werden in den Bereichen Standortkonsolidierung/Raumkosten sowie Honorare und Betriebsbedarf gesehen. Unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen planen wir für das Jahr 2025 ein ausgeglichenes Ergebnis unter Einbeziehung neutraler Erträge und Aufwände.

IV. Chancen- und Risikobericht

Risiken

Das Ergebnis wird durch verschiedene Faktoren beeinflusst und kann daher im Verlauf des Jahres 2025 Schwankungen unterliegen. Zu den wesentlichen Risiken zählen:

- Auswirkungen der Ukraine-Krise, Inflation und einer möglichen Rezession,
- Politisch motivierte Einschränkungen in der Jugend- und Flüchtlingsarbeit,
- Fehlende finanzielle Mittel seitens der Bedarfsträger (Jobcenter, Agentur für Arbeit), wodurch z. B. ein weiterer Erlösausfall im Bereich der Fort- und Weiterbildung über Bildungsgutscheine entstehen kann,
- Vergabe von Maßnahmen an auswärtige und überregionale Wettbewerber, die keine eigene Infrastruktur im Landkreis unterhalten oder finanzieren müssen,
- Ausschreibung von Maßnahmen durch die Bundesagentur für Arbeit im Kern- bzw. Bestands-geschäft,
- Fluktuation der Teilnehmer in geförderten Ausbildungsbereichen durch Abschluss der Ausbildung, teilnehmerbezogene Kündigungen und Maßnahmenabbrüche,
- Unsichere Teilnehmerentwicklung im neuen Ausbildungsjahr ab September 2025,
- Ergebnisbelastung durch strategische Investitionen, insbesondere in den Bereichen Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und Flüchtlingsbetreuung,
- Unerwartete Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen, die nicht durch die Planung gedeckt sind,
- Ungeplante Ausfälle oder Performanceprobleme der IT-Infrastruktur.

Ein weiteres wesentliches Risiko stellt der Fachkräftemangel dar. Insbesondere für die Bereiche Hauswirtschaft, Garten- und Landschaftsbau, Sozialpädagogik sowie Erziehung im Rahmen geplanter Jugendhilfemaßnahmen und für unser Wohnheim werden seit Monaten oder sogar Jahren dringend Fachkräfte gesucht.

Insgesamt schätzen wir das Risiko für das Jahr 2025 auf bis zu 10 % des prognostizierten Umsatzes.

Chancen

Den geschilderten Risiken stehen verschiedene Chancen und Entwicklungspotenziale gegenüber, in die wir im Jahr 2025 personell und finanziell investieren werden. Diese Investitionen werden erst nach einer längeren Aufbauphase die Möglichkeit bieten, positive Deckungsbeiträge zu erwirtschaften. Zu den bedeutendsten Chancen gehören:

- Vertragsverhandlungen mit der Bundesagentur für Arbeit zur Durchsetzung höherer Kostensätze im Reha-Bereich,
- Vertragsverhandlungen mit den Trägern der Eingliederungshilfe sowie der Jugendhilfe zur Erweiterung des Angebotsportfolios,
- Ausbau des Engagements im Bereich der "anderen Leistungsanbieter" nach § 60 SGB IX,
- Entwicklung neuer Angebote im Rahmen der German Professional School (GPS) Ostthüringen,
- Weiterer Ausbau des Integrationsfachdienstes und des Einheitlichen Ansprechpartners für Arbeitgeber (EAA),
- Beteiligung an Ausschreibungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit und des Freistaates Thüringen,
- Fortsetzung der Standortkonsolidierung zur Effizienzsteigerung,
- Weiterentwicklung und Implementierung der Digitalisierungsstrategie,
- Optimierung von Verwaltungsprozessen zur Senkung der Betriebskosten,
- Erweiterung des Weiterbildungsangebots über die Plattform bz-campus.de,
- Vertiefung der Kooperationen im Bereich der Höheren Berufsfachschule und der Pflegeschule.

Diese strategischen Maßnahmen sollen dazu beitragen, neue Ertragspotenziale zu erschließen, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und langfristig die wirtschaftliche Stabilität des Unternehmens zu sichern.

V. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Gesellschaft verfolgt eine auf hohe Sicherheit und minimales Risiko ausgerichtete Finanzierungsstrategie. Daher werden keine derivativen Finanzinstrumente eingesetzt.

VI. Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

Im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements werden externe Risiken, die sich insbesondere aus der aktuellen Entwicklung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik und aus der allgemeinen Branchenentwicklung ergeben, regelmäßig beobachtet, bewertet und im Rahmen der operativen und strategischen Ausrichtung der Gesellschaft verarbeitet. Es erfolgt ein wöchentliches schriftliches Reporting der aktuellen Geschäftslage (sog. Wochenbericht).

Ebenfalls wöchentlich findet eine Lagebesprechung der Geschäftsführung mit den Fachgebietsverantwortlichen statt. Monatlich werden leistungswirtschaftliche Kennzahlen erhoben und ausgewertet.

Saalfeld/Saale, 12. März 2025

gez. Christoph Majewski
Geschäftsführer

2 Bildungszentrum Saalfeld - Service GmbH

Grundlagen

Unternehmen:

Bildungszentrum Saalfeld - Service GmbH

Sitz:

Saalfeld/Saale

Handelsregister:

Amtsgericht Jena, HRB 210655

Gesellschafter:

Bildungszentrum Saalfeld GmbH – 100 %

Gesellschaftsvertrag:

vom 5. April 2004, zuletzt geändert durch Beschluss vom 10. Mai 2016

Stammkapital:

50.000 EUR

Gegenstand des Unternehmens:

Gemäß § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages ist Gegenstand des Unternehmens die Errichtung, Unterhaltung und Betrieb von Einrichtungen zur Förderung von Personengruppen, die sich in persönlichen oder sozialen Problemlagen befinden oder von solchen bedroht sind.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Bildungszentrum Saalfeld-Service GmbH erfüllt Aufgaben, die Teilmengen der Aufgaben der Muttergesellschaft darstellen. Die Aufgabenteilung erfolgt unter Berücksichtigung der Gemeinnützigkeit der Muttergesellschaft.

Beteiligungen an Unternehmen:

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises:

keine

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Herr Dipl.-Volkswirt Christoph Majewski

Gesellschafterversammlung:

Herr Christoph Majewski

Geschäftsführer Bildungszentrum Saalfeld GmbH

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

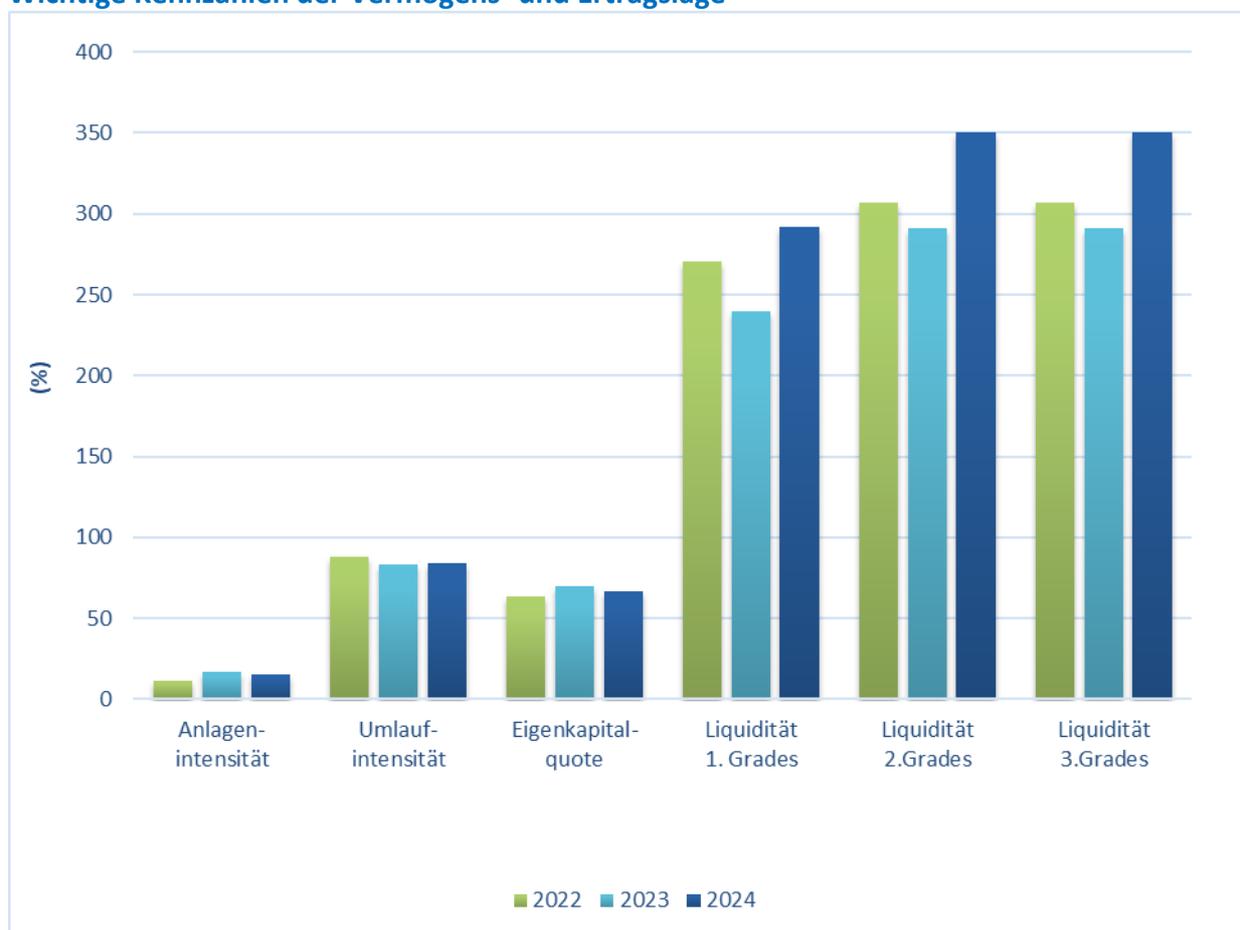
Geschäftsführung:

keine Angaben gemäß § 286 Abs. 4 HGB

Aufsichtsrat:

entfällt

Wichtige Kennzahlen der Vermögens- und Ertragslage



Jahresabschluss

BILANZ

	Stand 31. Dezember 2024	Stand 31. Dezember 2023
	EUR	EUR
AKTIVA		
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00
II. Sachanlagen	27.404,50	24.849,50
III. Finanzanlagen	0,00	0,00
	<u>27.404,50</u>	<u>24.849,50</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	0,00	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	24.541,17	21.596,70
III. Wertpapiere	0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	122.696,20	100.568,67
	<u>147.237,37</u>	<u>122.165,37</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	152,17	0,00
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0,00	0,00
Summe Aktiva	<u>174.794,04</u>	<u>147.014,87</u>
PASSIVA		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	50.000,00	50.000,00
II. Kapitalrücklage	0,00	0,00
III. Gewinnrücklage	0,00	0,00
IV. Gewinnvortrag/ Verlustvortrag	53.002,51	42.973,16
V. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	13.276,32	10.029,35
	<u>116.278,83</u>	<u>103.002,51</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	0,00	0,00
C. Rückstellungen	19.591,58	18.173,59
D. Verbindlichkeiten	38.923,63	23.101,77
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	2.737,00
Summe Passiva	<u>174.794,04</u>	<u>147.014,87</u>

Gewinn- und Verlustrechnung

	Stand 31. Dezember 2024 EUR	Stand 31. Dezember 2023 EUR
1. Umsatzerlöse	485.207,83	298.977,98
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
4. Sonstige betriebliche Erträge	3.920,90	2.960,28
5. Materialaufwand	40.720,31	24.750,15
6. Personalaufwand	353.996,00	208.761,12
7. Abschreibungen	10.391,30	3.024,97
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	65.561,00	50.588,40
9. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
10. Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
14. Ergebnis der gewöohnl. Geschäftstätigkeit	18.460,12	14.813,62
15. außerordentliche Erträge	0,00	0,00
16. außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
17. außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.932,97	4.784,27
19. Sonstige Steuern	250,83	0,00
20. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	13.276,32	10.029,35

Lagebericht

Bildungszentrum Saalfeld – Service GmbH, Unterwellenborn

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Bildungszentrum Saalfeld – Service GmbH ist eine Kleinstkapitalgesellschaft. Wir sind darauf ausgerichtet, unsere Dienstleistungsprozesse möglichst am Bedarf des Kunden auszurichten und zu optimieren. Hauptkunden sind die Bildungszentrum Saalfeld GmbH und der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt. In folgenden Aufgabenbereichen war unser Unternehmen im Geschäftsjahr aktiv:

- Ergotherapie,
- Hausmeister- und Reinigungsservice.

Im Jahresdurchschnitt waren in der Gesellschaft 12 Mitarbeiter an verschiedenen Standorten in Unterwellenborn und Saalfeld beschäftigt.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft führt Tätigkeiten aus, die das Geschäft der Bildungszentrum Saalfeld GmbH unterstützen, jedoch zum Zweck der Erhaltung der Gemeinnützigkeit ausgegliedert werden mussten.

Die Ergotherapie erbringt Dienstleistungen für die Bildungszentrum Saalfeld GmbH an deren Standorten sowie in ihren Praxisräumlichkeiten in der Ernst-Thälmann-Straße 21 in Unterwellenborn. Zuführungen sind hier meist rezeptpflichtig und von den Budgetierungen der Krankenkassen sowie gesetzlichen Regelungen bestimmt.

Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen.

Die Liquidität ist gesichert. Der Finanzmittelbestand zum Jahresende 2024 betrug 123 TEUR. Der Jahresüberschuss im Jahr 2024 beträgt 13 TEUR.

2. Geschäftsverlauf

Im Jahr 2024 war der Geschäftsverlauf im Bereich der Ergotherapie vor allem durch die Etablierung und den Ausbau unserer Praxis am neuen Standort Ernst-Thälmann-Straße 21 in Unterwellenborn geprägt. Die Personalsituation hatte sich nach den Herausforderungen des Jahres 2023, in dem wir unsere Praxis über weite Strecken nur mit zwei Mitarbeiterinnen führen konnten, deutlich verbessert: Ab Februar 2024 konnte die Praxis wieder mit vier Ergotherapeutinnen betrieben werden.

Diese personelle Stabilisierung trug entscheidend dazu bei, dass wir ein solides Geschäftsergebnis erzielen konnten. Ausschlaggebend hierfür war die anhaltend hohe Nachfrage nach unseren Therapieleistungen sowie der ausgezeichnete Ruf unserer Einrichtung. Insgesamt stiegen die Umsatzerlöse im Bereich Ergotherapie um 84 TEUR auf 213 TEUR.

Im Geschäftsbereich der Hausmeister- und Reinigungsdienstleistungen wurden insbesondere Leistungen für die Bildungszentrum Saalfeld GmbH und den Landkreis Saalfeld-Rudolstadt erbracht. Perspek-

tivisch planen wir, unser Angebot für den Landkreis weiter auszubauen. Insbesondere soll der Leistungsumfang durch Nutzung der Möglichkeiten einer sogenannten Inhouse-Vergabe ausgeweitet werden.

Im Jahr 2024 konnte der Bereich Hausmeister- und Reinigungsdienstleistungen einen Umsatzanstieg von 50 TEUR auf 85 TEUR verzeichnen.

3. VFE – Lage: Darstellung, Analyse, Beurteilung

Für die Darstellung der Lage des Unternehmens nutzen wir hauptsächlich die Leistungsindikatoren Umsatzentwicklung und Betriebsergebnis.

a. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2024 wurden Umsatzerlöse in Höhe von 485 TEUR erwirtschaftet. Gegenüber dem Vorjahr stellt dies eine Steigerung in Höhe von 186 TEUR dar. Dieser Zuwachs ist vor allem auf die zunehmende Zahl von Aufträgen im Bereich der Hausmeisterdienstleistungen sowie die positive Entwicklung der Ergotherapiepraxis zurückzuführen.

Sonstige betriebliche Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 1 TEUR gestiegen.

Die Kostenposition Personalaufwand beträgt in 2024 rd. 354 TEUR und ist gegenüber dem Vorjahr um 145 TEUR gestiegen.

Der Jahresüberschuss beträgt somit im Geschäftsjahr 13 TEUR.

b. Finanzlage

Entsprechend unserer fortgeschriebenen Finanzplanung war die Liquidität im Geschäftsjahr 2024 jederzeit gegeben. Die liquiden Mittel betragen zum Bilanzstichtag 123 TEUR.

Der Eigenkapitalanteil ($\text{Eigenkapital} \cdot 100 / \text{Gesamtkapital}$) konnte im Geschäftsjahr 2024 in Höhe von 66,3 % ausgewiesen werden.

Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen, entspricht unserer ständigen Aufmerksamkeit.

c. Vermögenslage

Die Bilanzsumme im Geschäftsjahr beträgt 175 TEUR. Gegenüber dem Vorjahr beträgt die Veränderung 28 TEUR.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Eigenkapitalquote ($\text{Eigenkapital} \cdot 100 / \text{Bilanzsumme}$) beträgt 66,3 %. Wir arbeiten daran, diese weiter zu verbessern.

Die Rückstellungsquote ($\text{Rückstellungen} \cdot 100 / \text{Bilanzsumme}$) beträgt 11,6 %, und die Verbindlichkeitsquote ($\text{Verbindlichkeiten} \cdot 100 / \text{Bilanzsumme}$) wurde in Höhe von 22,3 % ausgewiesen.

Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt im Jahr 2024 35 TEUR.

5. Gesamtaussage

Die Finanzlage der Bildungszentrum Saalfeld – Service GmbH ist stabil.

Eine Gefährdung des Fortbestandes der Gesellschaft ist nicht erkennbar.

III. Prognosebericht

Wir beurteilen unsere voraussichtliche Entwicklung positiv.

Wir werden auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

In Bezug auf die Veränderung in den Geschäftsfeldern prognostizieren wir im Geschäftsjahr 2025 einen Umsatz in Höhe von 500 TEUR. Insbesondere im Bereich der Ergotherapie rechnen wir nach der erfolgreichen Bewältigung der mit dem Umzug verbundenen Herausforderungen mit steigenden Erlösen. Auch im Geschäftsbereich Hausmeister- und Reinigungsdienstleistungen erwarten wir durch die geplante Erweiterung unseres Angebots ein Umsatzwachstum.

Grundlegende Änderungen in der Geschäftspolitik sind nicht vorgesehen. Wir gehen davon aus, dass wir im Geschäftsjahr 2025 ein positives Jahresergebnis erzielen werden.

IV. Chancen- und Risikobericht

Unser Unternehmen wird weiterhin die bestehenden Tätigkeitsfelder fokussieren und gleichzeitig Chancen zur Erweiterung des Leistungsportfolios wahrnehmen. Insbesondere sollen Maßnahmen zur Steigerung der Erlöse im Bereich Ergotherapie sowie Angebotserweiterungen im Bereich der Serviceleistungen für den Landkreis Saalfeld-Rudolstadt intensiviert werden.

Ein wesentlicher Risikofaktor bleibt die Vertragstreue und Zahlungsfähigkeit unserer Partnerfirmen. Die Nichteinhaltung vertraglicher Verpflichtungen oder Zahlungsausfälle könnten unsere zukünftige Geschäftsentwicklung beeinflussen.

Trotz der genannten Risiken konnte im Jahr 2024 ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden, wodurch das gezeichnete Kapital der Gesellschaft ungemindert bleibt. Die Liquiditätslage ist derzeit stabil, und Engpässe sind nicht absehbar.

Zum jetzigen Zeitpunkt lässt sich die konkrete Auswirkung der identifizierten Risiken auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für 2025 noch nicht präzise abschätzen. Nach heutigem Stand erwarten wir jedoch keine wirtschaftlichen oder finanziellen Beeinträchtigungen, die existenzbedrohende Risiken für die Gesellschaft darstellen könnten. Im Unternehmen genutzte Finanzinstrumente umfassen Forderungen, Verbindlichkeiten und Bankguthaben.

V. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Gesellschaft verfolgt eine auf hohe Sicherheit und minimales Risiko ausgerichtete Finanzierungsstrategie. Daher werden keine derivativen Finanzinstrumente eingesetzt.

VI. Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

Im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagements werden externe Risiken, die sich aus der allgemeinen Branchenentwicklung ergeben, regelmäßig beobachtet, bewertet und im Rahmen der operativen und strategischen Ausrichtung der Gesellschaft verarbeitet. Es erfolgt ein wöchentliches schriftliches Reporting der aktuellen Geschäftslage (sog. Wochenbericht). Ebenfalls wöchentlich findet eine Lagebesprechung der Geschäftsführung mit den verantwortlichen Mitarbeitern statt. Monatlich werden leistungswirtschaftliche Kennzahlen erhoben und ausgewertet.

gez. Christoph Majewski
Geschäftsführer

3 IGZ - Innovations- und Gründerzentrum GmbH Rudolstadt

Grundlagen

Unternehmen:

IGZ - Innovations- und Gründerzentrum GmbH Rudolstadt

Sitz:

Rudolstadt

Handelsregister:

Amtsgericht Jena, HRB 203855

Gesellschafter:

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt	50 %
Stadt Rudolstadt	50 %

Gesellschaftsvertrag:

vom 30. Juni 1993, in der geänderten Fassung vom 29. Juni 2021

Stammkapital:

538.000,00 EUR

Gegenstand des Unternehmens:

Gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages ist Gegenstand des Unternehmens die Errichtung und der Betrieb eines Innovations- und Gründerzentrums in Rudolstadt.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Gesellschaft fördert die Gründung und Ansiedlung vorzugsweise technologieorientierter Unternehmen durch optimale Rahmenbedingungen in einem Gründerzentrum. Die Erfüllung der Aufgabe wird durch den Freistaat Thüringen im Rahmen der "Einzelbetrieblichen Technologieförderung" unterstützt. Das Gründerzentrum ist mit 21 Unternehmen zum 31.12.2024 zu etwa 86 % ausgelastet.

Beteiligungen an Unternehmen:

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises:

keine

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Herr Matthias Fritsche (seit 01. Januar 2024)

Gesellschafterversammlung:

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt
Stadt Rudolstadt

Herr Marko Wolfram, Landrat
Herr Reichl, Bürgermeister

Gemäß § 7 Abs. 1 in Verbindung mit § 7 Abs. 10 Gesellschaftsvertrag haben die Gesellschafter das Recht, je zwei Beistände zu Beratungszwecken hinzuzuziehen. Davon machen die Gesellschafter wie folgt Gebrauch:

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt

Herr Dr. Thomas Lange
Frau Christin Ludwig

Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied

Stadt Rudolstadt

Herr Heinz Sibilski
Herr Arndt Markert

Stadtratsmitglied
Stadtratsmitglied

Beirat

nicht eingerichtet

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

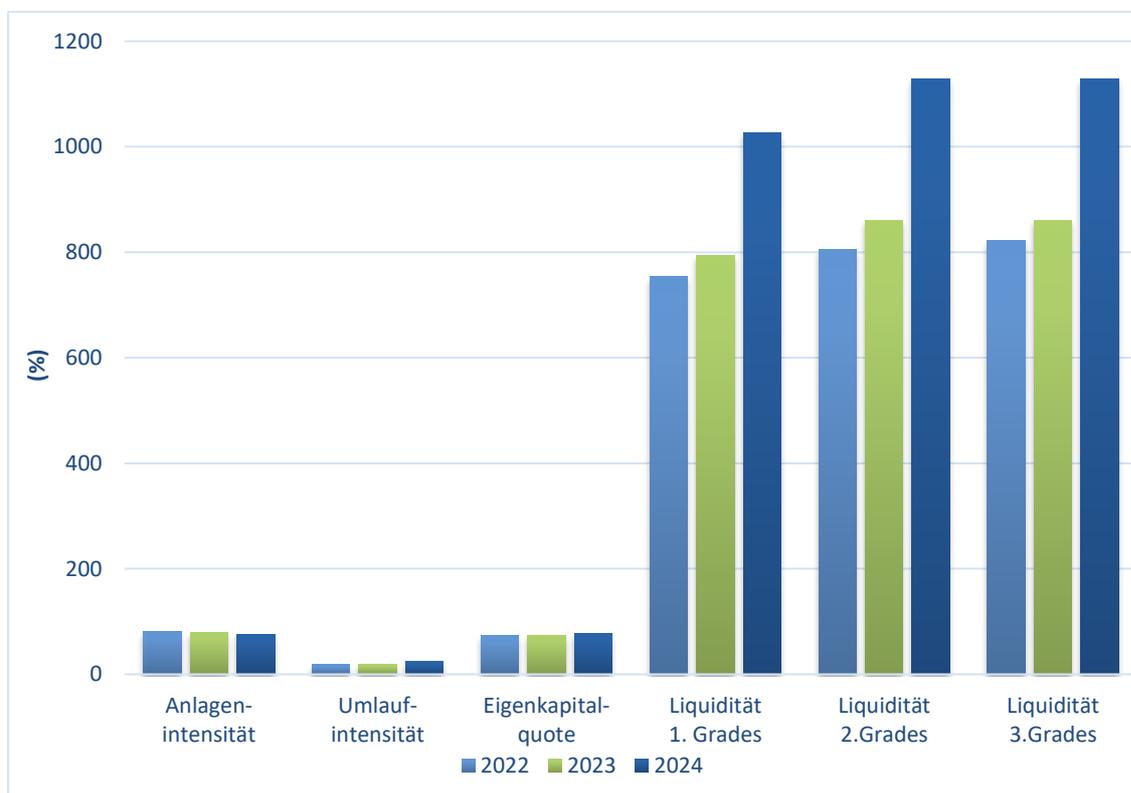
Geschäftsführung:

keine Angaben gemäß § 286 Abs. 4 HGB

Aufsichtsrat:

entfällt

Wichtige Kennzahlen der Vermögens- und Ertragslage



Jahresabschluss

BILANZ

	Stand 31. Dezember 2024	Stand 31. Dezember 2023
	EUR	EUR
AKTIVA		
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.331,00	5.449,00
II. Sachanlagen	1.522.368,36	1.579.488,36
III. Finanzanlagen	50.000,00	50.000,00
	<u>1.573.699,36</u>	<u>1.634.937,36</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	0,00	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	32.239,03	22.944,51
III. Wertpapiere	0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	474.672,38	381.514,72
	<u>506.911,41</u>	<u>404.459,23</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	14.625,76	9.675,28
Summe Aktiva	<u>2.095.236,53</u>	<u>2.049.071,87</u>
<hr/>		
	Stand 31. Dezember 2024	Stand 31. Dezember 2023
	EUR	EUR
PASSIVA		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	280.000,00	280.000,00
II. Kapitalrücklage	984.068,19	984.068,19
III. Gewinnrücklage	0,00	0,00
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	210.938,07	230.179,27
V. Bilanzgewinn	105.963,32	19.241,20
	<u>1.159.093,44</u>	<u>1.053.130,12</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	889.937,00	947.834,00
C. Rückstellungen	23.586,77	33.195,51
D. Verbindlichkeiten	22.619,32	14.912,24
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Summe Passiva	<u>2.095.236,53</u>	<u>2.049.071,87</u>

Gewinn- und Verlustrechnung

	Stand 31. Dezember 2024 EUR	Stand 31. Dezember 2023 EUR
1. Umsatzerlöse	407.132,90	425.707,10
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
4. Sonstige betriebliche Erträge	242.202,94	114.378,73
5. Materialaufwand	0,00	0,00
6. Personalaufwand	196.637,09	179.696,81
7. Abschreibungen	102.628,15	108.494,98
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	243.059,01	228.017,83
9. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
10. Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.015,68	776,69
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.529,52	1.181,44
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
14. Ergebnis der gewönl. Geschäftstätigkeit	112.556,79	25.834,34
15. außerordentliche Erträge	0,00	0,00
16. außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
17. außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,33	0,00
19. Sonstige Steuern	6.593,14	6.593,14
20. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	105.963,32	19.241,20

Lagebericht

IGZ – Innovations- und Gründerzentrum GmbH Rudolstadt

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024

- Grundlagen des Unternehmens

Die Tätigkeit der Gesellschaft im Jahr 2024 erstreckte sich auf den Betrieb des 1995 fertig gestellten und mit Nutzungsbeginn 01.01.2002 erweiterten Innovations- und Gründerzentrums einschließlich der Förderung und Betreuung der überwiegend jungen und technologieorientierten Einliegerunternehmen.

Neben der **Vermietung von Gebäude und Infrastruktur an unsere Bestandsmieter** waren auf der Grundlage der vermietbaren Flächenreserven Aktivitäten zur Akquisition von neuen Start-Ups bzw. jungen Unternehmen als Mieter der Schwerpunkt der Tätigkeit.

Daneben nahm angesichts der allgemeinen Wirtschaftslage und der zur Verfügung stehenden Förderprogramme die **Beratung und Betreuung der bereits angesiedelten Unternehmen** personelle Kapazität in Anspruch. Hier wurde ebenso wie in der Vergangenheit eine bedarfsorientierte Beratung und Begleitung der Unternehmen durchgeführt, die von der Gründungsberatung und Mitwirkung bei Businessplänen, Wettbewerben sowie Förderkonzepten bis hin zur Verwendungsnachweisführung über erhaltene Zuschüsse und zur Unterstützung bei der Standortsuche nach Auszug aus dem IGZ reichte.

Die während und nach den Corona-Krise **verstärkte Nutzung unserer Konferenz- und Beratungsräume durch Unternehmen der Region** hielt erfreulicherweise auch im Jahr 2024 an.

Ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt war der **Ausbau der Netzwerke** zusammen mit der Wirtschaftsförderagentur der Region, die auf der Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft gemäß § 4 ThürKGG vom Landkreis Saalfeld-Rudolstadt, den Städten Saalfeld, Rudolstadt und Bad Blankenburg sowie unserer Gesellschaft im Jahr 2007 gegründet wurde. Die IGZ GmbH ist Gründungsmitglied des am 29. Januar 2020 gegründeten SaaleWirtschaft e.V. mit Sitz und Geschäftsstelle im IGZ Rudolstadt.

Der **Betrieb des Schülerforschungszentrums Rudolstadt** im IGZ wurde im Berichtsjahr erfolgreich fortgeführt. Das SFZ Rudolstadt und das gemeinsam mit Wirtschaftsförderagentur Saalfeld-Rudolstadt und dem SaaleWirtschaft e.V. neu belebte **Netzwerk Schule-SaaleWirtschaft** dient als gutes Fundament für die Berufsorientierung und den Bundeswettbewerb „Jugend forscht“. Das Netzwerk Schule-SaaleWirtschaft wurde mit dem Projekt SchuleWirtschaftRAUM um einen digitalen Footprint erweitert bzw. ergänzt. Die Projektlaufzeit des Schülerforschungszentrums endet in der ersten Förderperiode am 31.12.2024, wird aber auch weiterhin vom Freistaat Thüringen gefördert. Entsprechende mündliche Verabredungen wurden im November 2024 zwischen dem Träger der Thüringer Schülerforschungszentren, der Stiftung für Technologie, Innovation und Forschung Thüringen (STIFT) und der IGZ GmbH getroffen. Eine vertragliche Untersetzung wurde seitens der STIFT im ersten Halbjahr 2025 zugesichert.

Die **Job-Messe InKontakt – Leben | Arbeiten | Wohnen**, die jährlich im IGZ stattfindet, wurde sowohl von den Unternehmen des Hauses als auch den regionalen Unternehmen wieder bestens angenommen. Die mit der Demografie einhergehende Herausforderung der bedarfsgerechten Akquise von Arbeits- und Fachkräften bereitet allen Unternehmen, also auch den jungen Unternehmen, zunehmend Schwierigkeiten und die Hausmesse ist eine super Gelegenheit zur Werbung neuer Arbeits- und Fachkräfte.

Die am 28.04.2022 gegründete **Arbeitsgemeinschaft Thüringer Gründerzentren (AGThüGZ)** verbesserte auch 2024 für unser IGZ die Wahrnehmung, vor allem beim Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft (TMWWDG), hinsichtlich der für alle Zentren nahezu deckungsgleichen Herausforderungen für die mittelfristige Zukunft: Marketing, Gründerkultur und notwendige Investitionen für Instandhaltung und Modernisierung der Gebäude und deren Infrastruktur.

Die stetig verbesserte Vernetzung in der Region und in Thüringen zahlt sich für unser IGZ dahingehend aus, dass unser Zentrum gerne als Tagungszentrum genutzt wird und auch die Nachfrage nach unseren Räumlichkeiten und der damit verbundenen Infrastruktur auf einem konstant hohen Niveau bleibt.

- Wirtschaftsbericht / Finanzlage

Die Auslastung als eine wirtschaftliche Leistungskennziffer des IGZ betrug jahresdurchschnittlich 86,5 % und schwankte unterjährig zwischen 84 % und 88,4 %. Angesichts der wegen des Ukraine-Kriegs, der daraus resultierenden Energie-Krise, der verschärften internationalen Wirtschaftlichen Spannungen sowie der prekären Situation in Bezug auf die Verfügbarkeit von Arbeits- und Fachkräften, durchaus angespannten wirtschaftlichen Lage, ist das für unser Zentrum eine überdurchschnittlich gute wirtschaftliche Lage.

Zahlungsausfälle gab es im Geschäftsjahr trotz mitunter angespannter wirtschaftlicher Lage nur bei zwei Mietern. Ein Mieter sah es bei einem auf mindestens 24 Monate angelegten Mietverhältnis ab August 2024 nicht mehr als notwendig an, die fälligen Zahlungen zu leisten. Eine entsprechende Klage wurde durch die von der IGZ GmbH beauftragte und bevollmächtigte Rechtsanwältin eingereicht. Eine Entscheidung in der Sache wird gegen Ende des ersten Halbjahres 2025 erwartet. Bei einem zweiten Mieter gibt es seit November 2024 fortwährend, teils erheblichen Verzug bei den Zahlungen. Für das Geschäftsjahr 2024 wurden alle Zahlungen, wenn auch verspätet, geleistet.

Insgesamt standen im Jahr 2024 den drei Einzügen zwei Auszüge gegenüber. Flächenmäßige Veränderungen innerhalb der der Bestandsmieter gab es keine.

Bei den Einzügen handelt es sich um Unternehmen im Anlagenbau, Consulting im Steuer- und Finanzwesen sowie Entwicklung, Bau und Vertrieb von Photovoltaik-Anlagen. Bei den Auszügen handelt es sich um Unternehmen aus dem IT-Bereich und der Kunststoff-Forschung. Die Auszüge waren in der schlechten Verfügbarkeit von Fachkräften im IT-Bereich sowie im Auslaufen der Projektförderung begründet.

Im Dezember 2024 waren ohne die IGZ GmbH selbst 21 Unternehmen sowie das Schülerforschungszentrum Rudolstadt im IGZ tätig, hiervon 14 technologieorientierte Unternehmen i.S. der Definition des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft, die 85 % der vermieteten Flächen nutzten.

Wesentlichstes Kennzeichen der wirtschaftsfördernden Wirkung eines IGZ ist neben der betriebswirtschaftlich relevanten Auslastung die wirtschaftliche Situation und Entwicklung der hier betreuten Unternehmen. Diese war über das Jahr 2024 durchweg stabil und überwiegend positiv. Die Auszüge der Unternehmen in andere Quartiere und Räumlichkeiten belegen zudem die wirtschaftsfördernde Funktion und Wirkung des IGZs.

Am Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres waren einschließlich des Geschäftsführers 3 Arbeitnehmer in Vollzeit beschäftigt. Mit dieser Personalausstattung liegt das IGZ im Vergleich mit ähnlichen Zentren im Mittel.

Zur wesentlichen Steuerungsgröße der Gesellschaft gehören die Umsatzerlöse.

Das im Geschäftsjahr 2023 bei einem Gesamtumsatz in Höhe von 407.132,90 € (Vorjahr 425.707,10 €) erreichte Jahresergebnis von 75.963,32 € liegt über dem des Vorjahres (19.241,20 €).

Die Umsatzerlöse konnten nahezu in allen relevanten Bereichen gesteigert werden, sowohl im Bereich der Kaltmieten auf 243.671,50 € (Vorjahr: 238.552,74 €), als auch bei den Servicepauschalen auf 35.866,49 € (Vorjahr 32.038,65 €), der Vermietung von Tagungsräumlichkeiten auf 17.707,00 € (Vorjahr: 15.821,50 €) und den InKontakt-Messen auf 35.352,28 € (Vorjahr: 26.647,00 €). Die Senkung der Betriebskostenvorauszahlungen im Erlösbereich auf 58.168,09 € (Vorjahr: 99.672,70 €) erfolgte in Absprache mit den Mietern vor dem Hintergrund, den Zahlungsdruck aufgrund der massiv gestiegenen Energiepreise im Jahr 2024 zunächst so niedrig wie möglich zu halten. Dies hat zwar größere Nachzahlungen nach der Endabrechnung in 2025 zur Folge, bot aber unserer Gesellschaft die Gelegenheit bis 2025 die laufenden Betriebskosten in allen Positionen zu überprüfen, auf ein erträgliches Maß zu senken und einen Wechsel bei der Strom- und Gasversorgung herbeizuführen, sodass es in bis Ende 2025 auf ein betriebswirtschaftlich erträgliches Mittel nivelliert werden kann.

Die geringfügige Steigerung der Bilanzsumme von T€ 2.049 (2023) auf T€ 2.095 resultiert im Wesentlichen aus der Steigerung bei den neutralen Erträgen.

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft liegt bei 53,9 % (Vorjahr 51,4%).

In der Höhe nennenswerte Investitionen wurden im Geschäftsjahr 2024 bis auf die Anschaffung und Installation einer 30kWp Photovoltaikanlage (ohne Speicher) auf der Dachfläche von Haus 2 in Höhe von 30.000 € keine getätigt, da sowohl im Geschäftsjahr als auch im Folgejahr einige Ersatzbeschaffungen anstehen, die finanziert werden müssen. Investiert hat die Gesellschaft in nachhaltige Sicherheitsmaßnahmen wie Videoüberwachung und Schließsystem. Die Gesellschaft war über das gesamte Jahr zahlungsfähig.

- Prognosebericht

Bis zum Berichtszeitpunkt war bereits einmal mehr sehr viel Bewegung im IGZ. Sowohl was die räumlichen Veränderungen von Mietern anlangt, als auch die Maßnahmen zur dauerhaften Senkung der Betriebskosten.

Seit Jahresbeginn 2025 konnte das IGZ gleich 2 neue Mieter begrüßen, denen kleine Büroflächen zur Verfügung gestellt werden konnten. Weiteren 6 Interessenten unterbreitete das IGZ bis zum Berichtszeitpunkt unterschiedliche Angebote für Büro-, Werkstatt- und Lagerflächen. Für 4 waren die Mietkonditionen zu hoch, von zweien fehlen noch die Rückmeldungen. Die Nachfrage nach kleineren Büroflächen ist dabei besonders groß. Weiterhin kam es planmäßig zu zwei Auszügen, die bereits langfristig angekündigt waren und zu zwei wesentlichen räumlichen Veränderungen, wobei eine bereits umgesetzt wurde und die andere für die zweite Jahreshälfte geplant ist. Zwei weitere räumliche Veränderungen steht aktuell noch zur Disposition. In 2026 erwarten wir planmäßig den Auszug des aktuell größten Mieters und eines weiteren Mieters, weswegen die IGZ GmbH gezwungen ist, größere Summen in das Marketing zu investieren. So soll ab 2025 mittels Übernahme der Personalkosten durch WIFAG-Vertragspartner eine Vollzeitarkbeitskraft für Marketing und Kommunikation direkt bei der IGZ GmbH beschäftigt werden, die unter anderem dieser Aufgabe gerecht werden kann.

Zur Senkung der Betriebskosten hat die Gesellschaft seit Mitte 2024 verschiedene Maßnahmen und Entscheidungen getroffen, die ab 2025 greifen. Dazu gehören u.a. die Installation einer 30 kW Photovoltaik-Anlage auf der Dachfläche von Haus 2, die Kündigungen teurer Lizenzsoftware, der Wechsel

des Strom- und Gasversorgers zu wesentlich besseren Konditionen für Geschäftsstelle und den Zentrumsbetrieb, den Wechsel von der Objekt-Bewachung durch ITT hin zur Videoüberwachung sowie einen Wechsel bei der Gebäudereinigung, die die IGZ GmbH nun nicht mehr durch eine Reinigungsfirma, sondern selbst durch zwei Minijobberinnen vornimmt und diesen Service auch im Rahmen der Möglichkeiten den Mietern anbietet.

Konferenz- und Seminarräume werden weiterhin für Workshops und andere Veranstaltungen durch regionale Unternehmen kurzfristig für kleine Gruppen gut nachgefragt und gebucht. Wesentliche Veränderungen für die zweite Jahreshälfte waren bis zur Berichterstellung nicht erkennbar.

Der Wirtschaftsplan 2025 geht von Umsätzen in Höhe von ca. T€ 377, aber einem positiven Ergebnis. Die Personalkosten bleiben in 2025 konstant. Neu hinzu kommt lediglich Gewährung von steuerfreien Sachbezügen für die Beschäftigten und die Minijobberinnen.

Es kann zusammengefasst werden, dass eine mittelfristige Prognose weiterhin sehr schwierig auszuformulieren ist. Für das Jahr 2025 besteht aus aktueller Sicht eine gewisse Planungssicherheit, da die Einzüge die Auszüge gut kompensieren. Eine weitreichendere bzw. differenziertere Aussage, in welchem Ausmaß sich in den nächsten Monaten Veränderungen an der Mieteranzahl und -struktur sowie deren wirtschaftlichen Stabilität ergeben, ist zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Berichterstattung seriös nicht möglich.

Für die Jahre 2026 ff. wird die Prognose pessimistischer ausfallen müssen, da die Risiken auch im letzten Jahr eher zu- als abnehmen: ein Ende der Kriegssituation in der Ukraine ist nicht absehbar, die Strom- und Gaspreise bleiben auf einem erhöhten Niveau, die Verfügbarkeit an Arbeits-/Fachkräften (sowohl faktisch als auch als Standort-/Produktionsfaktor) nimmt weiter ab, die Konjunktur schwächelt, die Krisenherde nehmen zahlenmäßig zu und die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen werden tendenziell schlechter als besser. Dies alles sind keine Treiber für (innovative) Gründungen.

Wie eingangs erwähnt, erfolgt sehr wahrscheinlich ein weiterer Auszug und in absehbarer, aber noch nicht konkret feststehender Zeit (aktuell geht man von 2026 aus) verlässt der aktuell größte Mieter unser Haus, da dieser ein neues Quartier in der Region beziehen möchte.

Vor diesen Hintergründen, aber auch aufgrund der sich häufenden, notwendigen Aufwendungen für Reparaturen, Instandhaltung und Modernisierung des Gebäudes, der Räume und der Infrastruktur wird die IGZ GmbH gezwungen sein, alle Maßnahmen zur Senkung der Betriebskosten zu ergreifen und gleichzeitig mehr Marketingaktivitäten für das IGZ mit seinen immer noch infrastrukturell sinnvollen und geschätzten Merkmalen und Leistungen zu betreiben.

- Chancen- und Risikobericht

Gemäß § 289 HGB wird in der Folge pflichtgemäß auf wesentliche Chancen und Risiken für die Entwicklung der Gesellschaft eingegangen:

Risiken werden zum einen in der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation gesehen, die das Gründungsklima und mithin die Nachfrage nach entsprechenden Gewerbeflächen unmittelbar (negativ) beeinflusst. Der zunehmende Mangel an Fachkräften hemmt das Gründungsgeschehen in den eher ländlich geprägten Regionen, die insgesamt mit ihrer schwierigen Demografie zu kämpfen haben, erheblich. Hinzu kommt die (in Teilen regional besonders) negative Entwicklung der Energiepreise für Gas und Strom. Ein latentes, aber zunehmendes Risiko ist in Teilen auch das Alter der Unternehmer bzw. Geschäftsführer / Inhaber und die daraus erwachsende Herausforderung der Unternehmensnachfolge.

Hier bestehen grundsätzlich direkte und nicht unmittelbar beeinflussbare Abhängigkeiten mit Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit der Betreuung eines Innovations- und Gründerzentrums.

Infolge der beschriebenen Situation wird die IGZ GmbH auch weiterhin gehalten sein, maßvoll und ohne Verzicht auf die grundsätzliche Ausrichtung als Gründerzentrum Mietverhältnisse mit Nicht-Gründern einzugehen, welche vorzugsweise die Standortgemeinschaft des Hauses synergetisch ergänzen und positiv beeinflussen. Die veränderte Mieterstruktur hat zur Folge, dass Fördermöglichkeiten des Freistaates Thüringen wie bspw. die Kaltmietfreistellung aus der Thüringer FTI-Richtlinie mindestens zeitweise nicht mehr in Anspruch genommen werden können.

Chancen sehen wir weiterhin in der Projekt-bezogenen Zusammenarbeit mit Unternehmernetzwerken, Wirtschaftsförderungs-Netzwerken, Forschungseinrichtungen und anderen innovativen Unternehmen und Einrichtungen, die das IGZ gerne als institutioneller Anlaufpunkt nutzen. Die 2022 vollzogene Gründung der Arbeitsgemeinschaft Thüringer Gründerzentren trägt erste Früchte und steigert zunehmend die Wahrnehmung der Zentren im TMWLL selbst und zukünftig auch nach außen. Eine Personalstelle wurde geschaffen, ein gemeinsamer Web-Auftritt ist bereits realisiert, und aktuell werden gemeinsame Messeauftritte und Aktionen geplant. Als ordentliches Mitglied im SaaleWirtschaft e.V., der seinen Sitz im IGZ hat, stehen in zunehmendem Maße die Themen Nachhaltigkeit und Energieeffizienz im Mittelpunkt der Zusammenarbeit mit den Unternehmen der Region. Durch den Sitz der Geschäftsstelle im IGZ wurde auch die Nachfrage nach Konferenz- und Tagungsräumlichkeiten durch die Mitgliedsunternehmen gesteigert und hat fortwährendes Potenzial. Eine weitere Aufwertung der digitalen Infrastruktur des Hauses sowie verstärkte Netzwerkarbeit soll diese Bemühungen unterstützen.

Die Geschäftsleitung sieht hinsichtlich der künftigen Entwicklung Chancen in der Nutzung frei gewordener Flächen zur Neuansiedlung von (innovativen und/oder jungen) Unternehmen, die erneut über mehrere Jahre im Zentrum wachsen und letztlich zur Wirtschaftlichkeit des Zentrumsbetriebs beitragen können. Damit wird die Wirkung des IGZ als Förderer der regionalen Wirtschaftsentwicklung mittelfristig erhalten bleiben. Eine weitere Chance zu den bereits im Prognosebericht erwähnten Maßnahmen zur Senkung der Betriebskosten sieht die Geschäftsleitung der IGZ GmbH in einer schrittweisen Installation mehrerer Photovoltaik-Anlagen, um die Stromkosten deutlich zu senken und in Zukunft Mieterstrommodelle anzubieten, die zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit beitragen. Die Lage der Dachflächen und ggf. auch Fassadenflächen sind dafür bestens geeignet, die Statik und Windlast ist dabei stets zu berücksichtigen bzw. zu prüfen. Der erste Schritt mit der Nutzung der intakten Dachfläche des Hauses 2 mit PV-Modulen wurde getan. Der zweite Schritt durch die Nutzung der Parkflächen mit Überdachung und PV-Modulen könnte in den nächsten 2 Jahren realisiert werden, ist aber letztlich abhängig ob und wenn ja, wann die Sanierung der Dachfläche von Haus 1 realisiert werden kann. Dies ist aus eigener wirtschaftlicher Kraft der IGZ GmbH nicht möglich und bedarf der Bezuschussung durch die Gesellschafter. Die PV-Anlagen können bei Bedarf bzw. ausreichenden finanziellen Mitteln durch entsprechende Speicher ergänzt werden.

Andere Angabe-pflichtige Sachverhalte i.S. von § 289 HGB bestehen nicht.

Rudolstadt, den 09.06.2025

gez. Matthias Fritsche
Geschäftsführer

4 KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH

Grundlagen

Unternehmen:

KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH

Sitz:

Gotha

Handelsregister:

Amtsgericht Jena, HRB 106362

Gesellschafter:

Freistaat Thüringen

ekom21 – Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen K. d. ö. R.

Gemeinde- und Städtebund Thüringen e. V.

172 Städte und Gemeinden mit jeweils 1,00 € (Stand 31.12.2024)

Gesellschaftsvertrag:

vom 04.03.1993, zuletzt geändert am 27.Mai 2020

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt beteiligt seit: 17.01.2022

Stammkapital:

25.800,00 €

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung, Wartung, Beschaffung, Bereitstellung, Betreuung und betriebliche Abwicklung technikunterstützter Informationsverarbeitung einschließlich der Erbringung aller damit in Zusammenhang stehenden Beratungs- und Schulungsleistungen. Es unterstützt insbesondere die Gesellschafter darin, ihre Verpflichtungen und Aufgaben aus dem Onlinezugangsgesetz des Bundes sowie dem Thüringer E-Government-Gesetz zu erfüllen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft entspricht den ursprünglich genannten Zielen.

Entsprechend dem Unternehmensgegenstand liegt öffentliches Interesse vor.

Beteiligungen an Unternehmen:

PSITA e.G. (ehemals KOP-IT e. G.) – 14,3 %

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Gesellschafters:

--

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Herr Andreas Heiroth	Geschäftsführer
Herr Thomas Gmilkowsky	Geschäftsführer

Aufsichtsrat:

Herr Michael Brychcy, Bürgermeister Waltershausen, Aufsichtsratsvorsitzender
 Herr Matthias Drexelius, Direktor ekom21 KGRZ Hessen, Usingen, stellv. Aufsichtsratsvorsitzender
 Herr Dr. Hartmut Schubert, Staatssekretär im Thüringer Finanzministerium
 Herr Fabian Giesder, Bürgermeister Stadt Meiningen
 Frau Peggy Greiser, Landrätin Schmalkalden-Meiningen
 Herr Dirk Schütze, Bürgermeister Stadt Bad Sulza
 Herr Dr. Johannes Bruns, Oberbürgermeister Stadt Mühlhausen
 Herr Hartmut Linnekugel, Bürgermeister a.D. Stadt Volkmarsen
 Herr Dr. Philipp Rottwilm, Bürgermeister Gemeinde Neuental

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates:

Geschäftsführung:	keine Angaben gemäß § 286 Abs. 4 HGB
Aufsichtsrat:	2,7 TEUR (Vorjahr: 3,2 TEUR)

Jahresabschluss

<u>BILANZ</u>	Stand	Stand
	31. Dezember 2024	31. Dezember 2023
	TEUR	TEUR
AKTIVA		
A. Anlagevermögen	472,2	383,6
B. Umlaufvermögen	5.675,2	3.426,0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5,0	17,8
Summe Aktiva	6.152,5	3.827,4
	Stand	Stand
	31. Dezember 2024	31. Dezember 2023
	TEUR	TEUR
PASSIVA		
A. Eigenkapital	3.530,2	2.377,3
B. Fremdkapital	2.622,3	1.450,1
Summe Passiva	6.152,5	3.827,4
<u>Gewinn- und Verlustrechnung</u>	Stand	Stand
	31. Dezember 2024	31. Dezember 2023
	TEUR	TEUR
1. Umsatzerlöse	20.328,6	12.107,6
2. Sonstige Erlöse/Erträge	74,7	56,5
3. Personalaufwand	3.657,4	3.188,2
4. Materialaufwand	13.883,5	7.231,3
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	732,5	764,8
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.459,9	614,0

Lagebericht

KIV GmbH

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH (im Dokument KIV genannt) wurde 1993 gegründet. Der Sitz des Unternehmens ist Gotha.

Ziel des Unternehmens ist es, für alle Bereiche der Informationsverarbeitung im kommunalen Bereich ein kompetenter und zuverlässiger Partner zu sein.

Dazu sind folgende Unternehmensziele formuliert:

- Betreuung von kommunalen Verwaltungen und artverwandten Einrichtungen in allen Fragen der Informationsverarbeitung- Angebot komplexer Lösungen aus einer Hand.
- Bereitstellung einer umfangreichen Produktpalette mit Datenschnittstellen zwischen den einzelnen Verfahren.
- In Abhängigkeit von den örtlichen Anforderungen werden zentrale und dezentrale Lösungen für die Verwaltung bereitgestellt.
- Durch eine umfassende Analyse und Beratung der Kommunen können kostengünstige Informationsverarbeitungs-Konzepte zu den konkreten Gegebenheiten in der Verwaltung angeboten und realisiert werden.
- Bei den zentralen Verfahren werden die hessischen Großrechnerlösungen (OWI21 und LOGA) eingesetzt. Für weitere Fachverfahren wird das KIV-Rechenzentrum genutzt. Dabei wird die Anbindung der Kommunen über PC-Netze und Internet realisiert.
- Im dezentralen Bereich wird der Einsatz von PC-Netzen unter WINDOWS-Betriebssystemen umgesetzt. Die technische Konzeption der PC-Netze, die Lieferung der Hardware und die Installation und Wartung der Netze sind Bestandteil des KIV-Leistungsspektrums.
- Die Rechenzentrumsleistungen werden in unserem Rechenzentrum und über Kooperationspartner abgewickelt.
- Programmierleistungen werden im Auftrag und in enger Zusammenarbeit mit der ekom21-KGRZ Hessen realisiert. Für alle angebotenen Produkte wird eine Betreuung, gegebenenfalls auch über Kooperationspartner, abgesichert.
- Das Internet mit seinen Kommunikationsmöglichkeiten wurde in die Produktgestaltung und Dienstleistungen der KIV integriert. Die Fernwartung wird ausschließlich über verschlüsselte Verfahren via Internet realisiert.
- Die KIV bietet zur Finanzierung von Hard- und Software für ihre Kunden lukrative Finanzierungsdienstleistungen an.
- Die Erarbeitung von Sicherheitskonzepten und das Stellen von KIV-Mitarbeitern als externe Datenschutzbeauftragte für Gemeinden und Stadtwerke ist eine weitere Dienstleistungsrichtung.
- Für die Unterstützung der Kommunen bei der Einführung von E-Government-Lösungen sind zunehmend komplexere Lösungen gefragt, so dass sich die KIV in Zukunft als der kommunale IT-Dienstleister in Thüringen entwickeln wird.
- Ausstattung von Schulen für Infrastruktur, Hardware, mobile Endgeräte und Präsentationstechnik sowie Digitale Bildungsangebote

2. Forschung und Entwicklung

Im Geschäftsjahr 2024 wurden die von der KIV angebotenen Leistungen entsprechend neuen Standards und Kundenanforderungen angepasst:

- Weiterentwicklung des firmeneigenen Rechenzentrums
 - Abarbeitung von verschiedenen Fachverfahren wie z. B. Personenstandswesen {AUTISTA), Einwohnermeldewesen (VOIS IMESO), HKR {H&H proDoppik)
 - Nutzung von zertifizierten Zugängen für Web-Lösungen wie Lohn- und Gehaltsabrechnung {LOGA), GIS (GMSC-K) u. a.
 - Betrieb des Langzeitspeichers von kommunalen Daten im firmeneigenen Rechenzentrum
 - Lösungen zur elektronischen Bearbeitung von Rechnungen, Steuerdaten und elektronische Akte (Produkte regisafe und develop) usw.
 - Entwicklung von digitalen Workflows in den Bereichen OZG und E-Government
- Eigene Produkte, die in den letzten Jahren aktualisiert und erweitert wurden: Liegenschaftsverwaltung mit Katasterdatenanschluss, Grafik - mit der neuen Möglichkeit die Daten auf eigenen Webseiten darzustellen -, Abgleich mit Meldedaten, ALKIS-Konvertierung für Thüringen, Bewertungsmodul zur Werteerfassung für die Doppik, vorbereitende Projektierung zum Integrieren eines Gebäudemanagements
 - Weiterentwicklung des Konzepts eines KIV-Datenmodells zum Datenaustausch
 - Ober alle wichtigen Verfahren und das Zusammenführen als zentrales Auskunftssystem für Entscheidungsträger
 - Behördenportal (ema21) zum Einsatz in Hessen
 - Erstellung von Datensicherheitskonzepten für Stadtwerke und Sicherstellung der Zertifizierungen

Die Weiterentwicklung der Kommunalsoftware webFlur in der Version 4.0 für Liegenschaften und Bau, ein strategisches Produkt der KIV, wurde durch eine direkte Verbindung zum Geoproxy Thüringen mit wöchentlich aktualisierten Datenbeständen aufgewertet.
- Entwicklung der KIV zum Kommunalen IT-Dienstleister in Thüringen
 - Unterstützung der Kommunen bei der Digitalisierung des Verwaltungshandelns
 - Ausbau und Betrieb der Kommunal-Cloud
 - Bereitstellung der OZG-Infrastruktur und Zugang zu den Fachverfahren
 - Schaffung von Sicherheitsstandards (ISMS) und damit verbundene Prozessoptimierung
 - Integration kommunaler Fachverfahren in die Digitalplattformen des Freistaates und des Bundes
 - Entwicklung eines KommunalGateways zur Anbindung von Fachverfahren zur OZG-Umsetzung

Ausschreibung zahlreicher Hard- und Softwareprodukte zur inhouse-fähigen Bereitstellung an die Gesellschafter

Ober den KIV-Gesellschafter-webShop

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach der Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung im Mai 2020 ist der Freistaat Thüringen der KIV beigetreten und die Thüringer Kommunen haben die Möglichkeit erhalten, einen Anteil von 1,00 € am Stammkapital zu erwerben.

Es fanden mehrere Notartermine statt. Inzwischen teilen sich die Gesellschafter (Stand 31.12.2024) wie folgt auf:

- 3 Hauptgesellschafter
 - ekom21- KGRZ Hessen,
Freistaat Thüringen, vertreten durch das Thüringer Finanzministerium
Gemeinde- und Städtebund Thüringen e. V.
- 172 weitere Gesellschafter

Bis zum Stichtag 31.12.2024 wurden die Stammkapitaleinlagen noch nicht aller neuen Gesellschafter eingezahlt. Der Gesellschafterbestand auf den 31.12.2024 stellt sich demnach wie folgt dar:

Freistaat Thüringen	2.344,00 €	9,08%
ekom21-KGRZ Hessen K6R	11.643,00 €	45,13%
Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.	11.641,00 €	45,12%
172 weitere Gesellschafter jeweils 1,00 €	172,00 €	0,67%
	25.800,00 €	100,00%

Am 13.12.2024 wurden die folgenden Verwaltungen als Gesellschafter der KIV GmbH aufgenommen:

- SV Zeulenroda-Triebes
- SV Heringen
- LG Sonnenstein
- VG Hermsdorf
- WBG Meiningen

Für das aktuelle Jahr 2025 sind weitere Beitrittsgespräche geplant.

Der Mietvertrag am Ekhoftplatz lief im März 2024 aus. Eine Option zur Verlängerung um 5 Jahre wurde nicht in Anspruch genommen, so dass sich der Mietvertrag jetzt von Jahr zu Jahr verlängert, solange nicht ein Vertragspartner kündigt. Auch für 2025 hat der Vermieter eine Mieterhöhung angekündigt.

Im Jahr 2024, mit Stand 31.12.2024 wurde ein Umsatzanteil mit den Gesellschaftern von über 80% erreicht (in 2024 85,69 %).

Fachbereich und Produkte

In Zusammenarbeit mit dem Freistaat Thüringen wurde die Integrationsplattform als zentrale OZG- Umsetzungsplattform weiter ausgebaut. Sie besteht aus den Produkten/Systemen:

- ThAVEL (Frontend des Freistaates Thüringen),
- dem KommunalGateway (kGateway) zur Anbindung von Fachverfahren,
- einem ePayment-System sowie
- Servicekanälen

Über 80 Thüringer kommunale Verwaltungen nutzen mind. eine, die meisten mehrere Anwendungen. Diese Themengebiete werden von der Abteilung Digitalisierung betreut.

Wird bei der Umsetzung der einzelnen OZG-Projekte festgestellt, dass kein Fachverfahren zur vollständig digitalen Abarbeitung vorhanden ist, kann das Workflow-Managementsystem Civento zur Verfügung gestellt werden.

Zur Einführung der E-Rechnung wurde ein Langzeitarchiv eingeführt, welches auch für dieses Projekt genutzt werden kann, und steht damit zur rechtssicheren Archivierung von Anträgen zur Verfügung. In diesem Zusammenhang wird das Antragsverfahren des Freistaates ThAVEL durch erweiterte Funktionalitäten des KommunalGateways ergänzt.

Weiterhin wird das ePayment-System zur Bezahlung von ThAVEL-Anträgen, das mit dem Freistaat Thüringen abgestimmt wurde, ausgerollt. Die KIV übernimmt dabei die komplette Abwicklung mit der Kommune wie z. B. die Beantragung der Zugänge, die datenschutzrechtliche Bewertung und den Abschluss von Verträgen. Mit der S-Public Services GmbH (ehemals Girosolution) und dem Thüringer Landesrechenzentrum (TLRZ) wurden Geschäftsprozesse zur Umsetzung abgestimmt.

Die bestehende ISO 27001 Zertifizierung des Rechenzentrums und der Geschäftsstelle wird weiterhin bestätigt. Die (Re-)Zertifizierung des bestehenden Zertifikats wurde in 2024 umgesetzt.

Das bestehende Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) wird permanent erweitert, verbessert und im täglichen Geschäftsbetrieb angewandt. So wurde ein Regelwerk für die Abwicklung digital gestützter Geschäftsprozesse erarbeitet und umgesetzt sowie ein Projektmanagement für die Abwicklung interner Projekte geschaffen.

Im Rahmen der Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes sowie des Thüringer E-Government-Gesetzes ist in der KIV ein Digitalisierungsbeauftragter benannt. In Zusammenarbeit zwischen der Geschäftsleitung, den einzelnen Fachbereichen, dem Freistaat Thüringen, den Spitzenverbänden, den Softwareherstellern und den Kunden werden Digitalisierungsvorhaben geplant, initiiert und umgesetzt. Hierzu werden mit den Kunden Anwendercluster gebildet, die konkrete Themen der Digitalisierung, wie z. B. e-Rechnung, Anbindung Fachverfahren an ThAVEL, e-Akte, Digitale Agenda usw. aufgreifen. Durch die partielle Zusammenarbeit können Aufgaben in Workshops aufbereitet und projekthaft beschrieben werden, um diese dann konkret umzusetzen. Hierfür werden enge Kontakte mit dem Thüringer Landesverwaltungsamt und dem Freistaat Thüringen zur Bereitstellung von Fördermitteln an die Kommunen gepflegt. Ohne die Fördermittel des Freistaates konnte eine Vielzahl von Digitalisierungsprojekten nicht umgesetzt werden.

Grundsätzlich hat sich der Beratungsbedarf unserer Kunden erhöht, d. h. die Kommunen brauchen einen kompetenten Partner, der bei der Vorbereitung und Durchführung von Projekten zur Zusammenführung von Verwaltungsleistungen unterstützen kann.

Hier bestätigt sich, dass die Entscheidungen der Vergangenheit zur Bereitstellung von komplexen Lösungen für die gesamte Verwaltung aus einer Hand und auch das Angebot eines Rechenzentrums zur Verbindung verschiedener Standorte richtig waren.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die KIV als Komplettanbieter von Hard- und Software für den kommunalen Bereich ihre marktführende Position weiter ausbauen konnte. Aufgrund der zunehmenden Komplexität der angeforderten Verwaltungsleistungen bei den Kommunen erhöht sich der Beratungsbedarf, den die KIV als All-In-One-Anbieter leisten kann.

Für die KIV bedeutet dies, dass sich der Personalbedarf weiter erhöht, da künftig produktübergreifende Projekte bzw. verfahrensübergreifende Lösungen realisiert werden müssen. Insofern wird die Bereitstellung von Dienstleistungen künftig weiter an Bedeutung gewinnen.

2. Geschäftsverlauf

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Der Umsatz im Geschäftsjahr 2024 ist gegenüber dem Vorjahr um mehr als 50 v.H. angestiegen und betrug erstmals T€ 20.329, wobei dies zu großen Teilen als Sondereffekt zu betrachten ist. Hauptursache dafür sind Hardwareverkäufe über den technischen Vertrieb und Web-Shop. Darüber hinaus konnten neue Kunden bei den Gesellschaftern erschlossen werden.

Außerdem kauften die Thüringer Schulträger aus diversen Landratsämtern ihren IT-Bedarf über die KIV ein. Daneben sind auch die Weiterführung der Projekte zur Digitalisierung (SMS, e-Rechnung, Digitale Agenda) und die Neukundengewinnung im Bereich Finanzwesen und Meldewesen zu nennen.

In den Umsatzerlösen des Geschäftsjahres 2024 sind außerdem periodenfremde Erträge in Höhe von T€ 240 enthalten. Diese resultieren aus Vertragsanpassungen und der Nachfakturierung erbrachter Dienstleistungen.

Wettbewerbssituation

Durch die Gebietsreform in Thüringen reduziert sich zwangsläufig die Anzahl der Kunden. Damit verschärft sich die Konkurrenzsituation auf dem Kommunalmarkt weiter. Hier hat sich die KIV als Komplettanbieter deutlich etabliert. Durch den Beitritt des Freistaates Thüringen und die Möglichkeit für die Kommunen, der KIV ebenfalls beizutreten, wird die KIV als Marktführer in Thüringen weiter gestärkt, da die Kommunen einfachere Möglichkeiten zum Bezug von Hard- und Software sowie von Dienstleistungen erhalten.

Marketing und Vertrieb

Die gemeindliche Gebietsreform bleibt ein ständiger Begleiter, dadurch setzen die neuen Verwaltungen zunehmend ihren Fokus auf die Vereinheitlichung von Produkten und Verfahren. So sind einige Neukundenumstellungen erfolgt, vor allem im Bereich Einwohnermeldewesen, Finanzwesen und GIS/Liegenschaften.

Durch die Neuaufgabe der E-Government- und OZG-Förderprojekte durch den Freistaat Thüringen in 2024 und 2025 kann mit einem Ausbau der KIV-Marktbeteiligung gerechnet werden.

Die Einführung von E-Government und OZG-Projekten wurde fortgeführt. Der Freistaat Thüringen setzt die Fördermaßnahmen fort, sodass auch in 2024 und 2025 mit Umstellprojekten vor allem im Finanzwesen gerechnet wird. Der Beratungs- und Unterstützungsbedarf ist hier erheblich.

Im Jahr 2024 wurden die größten Umsatzerfolge durch den technischen Vertrieb im Bereich der Schulverwaltungen erzielt, welche durch den DigitalPakt Schule realisiert werden konnten. Der Re- kordgewinn resultiert überwiegend aus diesem Bereich.

Die Neukundengewinnung basiert fast ausschließlich auf der Ablösung von Mitbewerberprodukten und der Übernahme der Betreuung von Kunden, die bisher von anderen Vertriebspartnern betreut wurden. Es konnten weitere Kunden für die Nutzung des Rechenzentrums der KIV gewonnen werden.

Investitionen

Für die Sicherstellung des Betriebs des KIV-Rechenzentrums wurden einzelne Servertechniken erweitert und auf beide Standorte verteilt. Damit ist das System ausfallsicher und dynamisch erweiterbar. Im Rechenzentrum sind weitere Investitionen erforderlich.

Kapital- und Finanzmaßnahmen

Wesentliche Kapital- und Finanzierungsmaßnahmen sind in 2024 nicht erfolgt. Durch flexible Tagesgeldanlagen konnten erstmals wieder Zinseinnahmen erzielt werden.

Personal

Zum 31.12.2024 hat der Geschäftsführer Herr Andreas Heiroth die KIV verlassen. Inzwischen wurde die Stelle ausgeschrieben. Die Entscheidung über die Besetzung der Stelle trifft die Gesellschafterversammlung.

Im Jahr 2024 wurden insgesamt 9 Mitarbeiter eingestellt, aber 5 Kollegen haben die KIV aus unterschiedlichen Gründen verlassen. Es wird zunehmend schwieriger, geeignete Mitarbeiter zu finden, da in allen Bereichen Spezialqualifikationen erforderlich sind. Umso wichtiger ist es also, dass neu eingestellte Mitarbeiter effektiv eingearbeitet werden und in das Team integriert werden.

Insgesamt muss man feststellen, dass die KIV zur Absicherung ihrer Leistungsfähigkeit weiteren Personalbedarf hat, der in den nächsten Jahren zu weiteren Einstellungen führen wird. In allen Bereichen sind die personellen Kapazitäten ständig ausgelastet. Die Arbeitsaufgaben in allen Bereichen sind sehr anspruchsvoll, es kommen ständig neue Aufgaben dazu, da die gesetzlichen Ansprüche an die Kommunen permanent steigen. Damit verbunden werden auch die Anforderungen der Kommunen an die KIV immer höher.

Grundsätzlich werden Einstellungen nur mit entsprechender Bedarfsermittlung und Gegenfinanzierung vorgenommen.

Die Bindung des vorhandenen Personals entwickelt sich deshalb zu einer permanenten Aufgabe, um die gewohnt hohe Qualität der Arbeitsleistung für die Kommunen gewährleisten zu können.

Gleichzeitig wurden gemeinsam mit dem Freistaat Thüringen die Aufgaben zur Realisierung des Onlinezugangsgesetzes fortgeführt, so dass hier weiterer erheblicher Personalbedarf entsteht, der kurzfristig gedeckt werden muss.

Inzwischen hat die KIV 57 Mitarbeiter.

3. Lage

a) Ertragslage

Das Unternehmen weist im Geschäftsjahr 2024 einen Jahresüberschuss in Höhe von T€ 1.460 aus, der sich wie folgt errechnet:

	2024	2023
Betriebsleistung	20.403.246,77 €	12.164.107,92 €
Betriebsaufwendungen	18.325.598,48 €	11.291.462,15 €
ebit	2.077.648,29 €	872.645,77 €
Finanzergebnis	6.975,59 €	28,87 €
Ertragsteuern	621.333,71 €	256.560,06 €
sonstige Steuern	3.433,00 €	2.117,00 €
Jahresüberschuss	1.459.857,17 €	613.997,58 €

Das Jahresergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht.

b) Vermögenslage

	31.12.2024	31.12.2023
Aktiva		
Anlagevermögen	472.215,50 €	383.603,00 €
Umlaufvermögen	5.675.247,24 €	3.426.038,35 €
Rechnungsabgrenzungsposten	5.013,77 €	17.790,22 €
	6.152.476,51 €	3.827.431,57 €
Passiva		
Eigenkapital	3.530.197,73 €	2.377.339,35 €
mittel- und langfristiges Fremdkapital	5.717,40 €	5.717,40 €
kurzfristiges Fremdkapital	2.616.561,38 €	1.444.374,82 €
	6.152.476,51 €	3.827.431,57 €

Das Anlagevermögen wird in vollem Umfang durch das Eigenkapital gedeckt. Das Umlaufvermögen deckt vollständig die kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Das Eigenkapital beträgt T€ 3.530 und konnte zum Vorjahr um ca. T€ 1.153 gesteigert werden. Die Eigenkapitalquote beträgt 57,4 % (VJ 62,1%). Das Fremdkapital umfasst nur kurzfristige Verpflichtungen.

c) Finanzlage

Der operative Cash Flow hat sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickelt:

	31.12.2024	31.12.2023	31.12.2022
operativer cash flow	2.381.000,00 €	840.000,00 €	136.000,00 €

Der Finanzmittelfonds zum 31.12.2024 setzt sich zusammen:

	31.12.2024	31.12.2023
Barkasse Buchhaltung	2.180,19 €	1.638,62 €
Barkasse Sekretariat	229,86 €	149,17 €
Kassenstand	2.410,05 €	1.787,79 €
Rhön-Rennsteig-Sparkasse #1705007690	1.146.936,56 €	445.125,25 €
Kreissparkasse Gotha #750003022	2.348.915,56 €	1.972.951,04 €
Kreissparkasse Gotha #300105282 UK	1.149,91 €	86,81 €
Kreissparkasse Gotha #888060343	277.119,09 €	22.038,93 €
Rhön-Rennsteig-Sparkasse #1706073905	310.342,81 €	60.432,81 €
Commerzbank #358546000	452.169,19 €	97.951,11 €
Guthaben bei Kreditinstituten	4.536.633,12 €	2.598.585,95 €
Kassen und Guthaben	4.539.043,17 €	2.600.373,74 €

Das Finanzmanagement beruht vor allem auf der kontinuierlichen Abstimmung der Werte aus der Finanzbuchhaltung mit der Finanzplanung. Die Finanzplanung wird regelmäßig fortgeschrieben.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung und zur Analyse der Vermögens- und Finanzlage werden mittel- und langfristige Deckungskennzahlen sowie kurzfristige Liquiditätskennzahlen herangezogen.

	31.12.2024	31.12.2023
Ertragslage		
ebit	2.077.648,29 €	870.528,77 €
Umsatz:	20.328.588,72 €	12.107.646,24 €
Umsatzrentabilität	10,22%	7,19%
Eigenkapital:	3.530.197,73 €	2.377.339,35 €
Eigenkapitalrentabilität	58,85%	36,62%
Vermögens- und Finanzlage		
Eigenkapital:	3.530.197,73 €	2.377.339,35 €
Anlagevermögen:	472.215,50 €	383.603,00 €
Anlagendeckung (Deckungsgrad I)	747,58%	619,74%
Umlaufvermögen:	5.680.261,01 €	3.443.828,57 €
kurzfristiges Fremdkapital:	2.622.278,78 €	1.450.092,22 €
working capital	3.057.982,23 €	1.993.736,35 €

Die vorstehenden Indikatoren sind aus dem Jahresabschluss und den die Lage des Unternehmens erläuternden Abschnitten des Lageberichtes ableitbar.

Die genutzten finanziellen Leistungsindikationen weisen hinsichtlich der im Vorjahr angegebenen Erwartungen eine günstige Entwicklung auf.

5. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Als nichtfinanzielle Leistungsindikatoren werden von der Gesellschaft insbesondere Kundenbelange sowie Arbeitnehmerbelange herangezogen.

III. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet für 2025 einen planmäßigen Geschäftsverlauf.

Erfolgsplan - Wirtschaftsplan - 2025

Bezeichnung	Planansatz 2025 in €	Ergebnis 2024 in €	Planansatz 2024 in €
Erlöse			
Umsatzerlöse	12.100.000,00	20.328.588,72	10.254.000,00
Sonstige betriebliche Erlöse	70.000,00	74.658,05	80.000,00
Zins- und Wertpapiererträge	0,00	6.975,59	0,00
Summe der Erträge	12.170.000,00	20.410.222,36	10.334.000,00
Aufwendungen			
Materialaufwand			
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie bezogene Waren	-4.800.000,00	-10.504.735,12	-3.250.000,00
Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.905.000,00	-3.378.753,75	-1.855.000,00
Personalaufwand			
Löhne und Gehälter	-3.350.000,00	-3.079.036,87	-3.271.000,00
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	-687.000,00	-578.330,97	-704.000,00
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen,			
Abschreibungen Finanzanlagen	-135.000,00	-52.231,53	-150.000,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-882.000,00	-732.510,24	-713.000,00
Zinsaufwendungen/-erträge	0,00	0,00	0,00
Steuern	-206.000,00	-624.766,71	-191.000,00
Summe der Aufwendungen	-11.965.000,00	-18.950.365,19	-10.134.000,00
Ergebnis	205.000,00	1.459.857,17	200.000,00

Der Erfolgsplan wird jeweils auf der Basis der Ergebnisse des laufenden Geschäftsjahres und den voraussichtlichen Veränderungen im Folgejahr sowie unter Berücksichtigung der strategischen Ziele des Unternehmens aufgestellt. Die Planung erfolgt deutlich defensiv.

Die gestiegenen Umsatzerlöse sowie das gestiegene Jahresergebnis werden sich aufgrund der Einmaleffekte aus dem DigitalPakt Schulen in 2025 deutlich abschwächen. Demgegenüber werden weitere Neukunden in den Bereichen VOIS, HKR, DMS und ISMS erwartet, so dass die Geschäftsführung weiterhin von einem Wachstum ausgehen kann.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Branchenrisiken

In den vergangenen Jahren kam es zu einer Verschärfung der Konkurrenzsituation auf dem Kommunalmarkt in Thüringen. Erzeugt wird dieser Marktdruck durch gesetzliche Änderungen (u. a. Grundsteuerreform, Gebietsreformen) im kommunalen Sektor. Dieser Entwicklung wird durch eine Steigerung der Mitarbeiteranzahl und Anpassung der innerbetrieblichen Prozesse entgegen- gewirkt.

Die Weltmarktlage hat sich hinsichtlich der Beschaffungsprobleme bei Hardware weiter verschlechtert. Diverse Faktoren haben auf die internationalen Produktionsstandorte und Lieferketten einen negativen Einfluss, der sich in Form von erhöhten Produkt- oder Komponentenpreisen auswirkt.

Das Auslaufen von Bundesforderungen (u. a. DigitalPakt Schule) wird Auswirkungen auf die Beschaffungsebene der Landratsämter haben, sodass in 2025 ein geringerer Auftragseingang erwartet wird.

In den letzten Jahren wurden die Ausschreibungen für verschiedene Produktsegmente durchgeführt. Die Laufzeit von ca. 10 Rahmenverträgen (u. a. Monitore, Laptops, Server, Speicherlösungen (Storage), Office-Softwarelösungen) endete Mitte bzw. Ende 2024. Eine realistische Einschätzung der Weltmarktlage kann derzeit nicht vorgelegt werden. Einfluss hat dies aber nur im Bereich der Beschaffung, wo mit steigenden Einkaufspreisen gerechnet werden muss.

Ertragsrisiken

Im 4. Quartal 2023 wurden mehrere technische und organisatorische Maßnahmen (u. a. Arbeitsanweisungen, Zahlungsbedingungen in Verträgen und Angeboten, Grenzwerterkennung im Bankprogramm) eingeführt, um frühzeitig Ertragseinbrüche zu erkennen.

Die Verkäufe von Hard- und Software unterliegen einem gestiegenen Risiko, da sich die Investitionstätigkeit der Kommunen nur sehr schwer einschätzen lässt.

Die Fördermittelpolitik des Freistaates Thüringen wird auch unter der neuen Regierung weitergeführt, sodass in einigen Bereichen (u. a. Finanzwesen (HKR), e-Akte, ISMS) mit einer Fortsetzung und einem anhaltend hohen Auftragseingang zu rechnen ist. Die fristgerechte Abarbeitung wird trotz hochqualifiziertem Personal zunehmend zum Risiko. Die Gewinnung von neuen Mitarbeitern in diesen Bereichen (u. a. Datenschutz, IT-Sicherheit und Finanzwesen) erhält vor diesem Hintergrund eine strategische Bedeutung, da durch übliche Ausfallzeiten Projektziele und Abrechnungstermine gefährdet sind. Bei den Projektpartnern insbesondere den Thüringer Kommunen sind ähnliche und höhere Ausfallraten bei den Mitarbeitern an der Tagesordnung, so dass sich einzelne Projekte immer wieder verzögern.

Die geschilderten Risiken sollen durch Einbeziehung aller Produktbetreuer reduziert werden. Eine qualifizierte Kundenbetreuung und eine Verbesserung der Organisation der Hotline (First- und Second-Level) sowie des Ticketsystems sollen zu einer Verbesserung der Kundenzufriedenheit führen.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Aufgrund der guten Jahresergebnisse in den vergangenen Jahren ist die Liquidität auf absehbare Zeit gesichert. Es erfolgt eine ständige Kontrolle der Zahlungseingänge und eine pünktliche Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen.

Personalrisiken

Die KIV ist bestrebt, einen hohen Anteil an Stammpersonal zu sichern. Für die neu gewonnenen Mitarbeiter wurden überwiegend unbefristete Verträge abgeschlossen. Es ist in der Vergangenheit gelungen, die Arbeitnehmer durch gute Arbeitsbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten an das Unternehmen zu binden. Die KIV hat hier eine konsequente familienfreundliche Haltung, die den Mitarbeitern die Möglichkeiten anbietet, die für eine Vereinbarung von Familie und Beruf erforderlich sind.

Weiterhin haben alle Mitarbeiter die Möglichkeit, geeignete Weiterbildungsangebote anzunehmen, um sich beruflich weiter zu qualifizieren. Es gibt entsprechende Qualifikationsvereinbarungen, in deren Rahmen die KIV auch die Kosten teilweise oder ganz übernimmt. Den künftig erhöhten Personalbedarf versucht die KIV durch intensive und externe Personalsuche zu kompensieren.

Rechtliche Risiken

Wesentliche rechtliche Risiken bestehen nicht.

Technische Risiken

Die technischen Risiken sind vergleichsweise hoch, zumal die KIV ein firmeneigenes Rechenzentrum an zwei Standorten betreibt. Das Rechenzentrum unterliegt einer permanenten versorgungstechnischen, hardwareseitigen und datensicherheitstechnischen Absicherung. Die höchste Priorität hat, dass die Kunden jederzeit arbeitsfähig sind. Dies wird über Bereitschaftsdienste und Wochenenddienste gewährleistet. Die technische Ausstattung muss dazu jederzeit den aktuellen Anforderungen entsprechen, darüber hinaus sind die Datenbestände gegen Missbrauch und Verlust entsprechend abzusichern.

Zur Sicherstellung des hohen Standards wird das Rechenzentrum und die entsprechenden Geschäftsprozesse regelmäßig auditiert. Die aktuelle Zertifizierung wurde Mitte 2024 durchgeführt und diese wurde ohne Nebenabweichungen bestanden. Planmäßig findet in der Jahresmitte 2025 eine Rezertifizierung statt.

2. Chancenbericht

Chancen für das Unternehmen ergeben sich durch eine weitere Marktdurchdringung aufgrund der Zusammenarbeit mit dem Freistaat Thüringen zur Digitalisierung der Verwaltung sowie durch die Erweiterung des Beratungs-, Schulungs- und Consultingangebotes im E-Government-Bereich, bei Datenschutzfragen/Datensicherheitskonzepten und Wirtschaftlichkeitsanalysen sowie Kosten- und Leistungsrechnungen.

Es ist vorgesehen, den Web-Shop mit weiteren Produkten und Ausschreibungen zu ergänzen, damit die Gesellschafter ein breites Produktangebot mit einer zugigen Bestellung von Hard- und Software vornehmen können. Durch das erweiterte inhouse-fähige Produktportfolio besteht auch für die neuen Kunden- und Themenbereiche eine immense Nachfrage. Hier sind explizit die Landratsämter und Schulträger zu nennen. Durch Erweiterung der Softwareprodukte können Umsätze in Themenfeldern mit wenig Marktdurchdringung erzielt werden (z. B. Kindergartenverwaltung, Tourismus/elektronischer Meldeschein).

Die im Rechenzentrum der KIV bereitgestellten Anwendungen können auch von kleinen bis mittelgroßen Verwaltungen ohne großen Investitionsaufwand genutzt werden. Es sind weitere Kommunen für neue Anwendungen im Rechenzentrumsbetrieb (u. a. VDI¹) gewonnen worden.

V. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Finanzmanagementziele bestehen in der Aufrechterhaltung der Liquidität und der Sicherstellung einer ausgewogenen Kapitalstruktur. Hierfür wurden technische und organisatorische Kontrollinstrumente eingeführt, um die Liquidität sicherzustellen.

Die Risiken aus Finanzierungsmaßnahmen werden von der Geschäftsführung fortlaufend anhand von Unterlagen aus dem Rechnungswesen und der Liquiditätsplanung überwacht.

Die Finanzierungsmaßnahmen umfassen die im üblichen Geschäftsverkehr vorherrschenden Aktivitäten zu marktüblichen Bedingungen. Wesentliche Risiken waren in 2024 nicht erkennbar. Derivative Finanzinstrumente werden nicht eingesetzt.

VI. Bericht über Zweigniederlassungen

Es existieren keine Zweigniederlassungen.

Gotha, den 04.04.2025

Thomas Gmilkowsky
Geschäftsführer

¹ VDI - Virtual Desktop Infrastructure bezeichnet eine Rechenzentrum -Infrastruktur in Unternehmen, bei der komplette Desktop-PCs virtualisiert werden

5 KomBus GmbH

Grundlagen

Unternehmen:

KomBus GmbH

Sitz:

Bad Lobenstein

Handelsregister:

Amtsgericht Jena, HRB 210421

Gesellschafter:

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt	50 %
Saale-Orla-Kreis	50 %

Gesellschaftsvertrag:

vom 25.11.2004, zuletzt geändert am 17.12.2024

Stammkapital:

26.000,00 EUR

Gegenstand des Unternehmens:

Gemäß § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages ist Gegenstand des Unternehmens die Beteiligung an Personenverkehrsgesellschaften und Erbringung übergeordneter Dienstleistungen für Personenverkehrsgesellschaften sowie Vornahme aller Geschäfte, die hiermit im unmittelbaren und wirtschaftlichen Zusammenhang stehen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Das Unternehmen erfüllt Aufgaben des örtlichen öffentlichen Personennahverkehrs im Rahmen des durch den Zweckverband ÖPNV Saale-Orla erstellten Nahverkehrsplanes.

Beteiligungen an Unternehmen:

KomBus Verkehr GmbH - 100 %

KomBus Verkehrs- und -weiterbildungs GmbH - 100 %

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Gesellschafters:

keine

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Herr Bert Hamm (bis 30.06.2024)

Herr Dirk Bergner

Gesellschafterversammlung:

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt

Saale-Orla-Kreis

Herr Marko Wolfram, Landrat

Herr Christian Herrgott, Landrat

Aufsichtsrat:

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt:

Herr Landrat Marko Wolfram

Herr Martin Friedrich

Herr Bernhard Schmidt

Herr Torsten Wagner (bis 08/2024)

Herr Mike George (bis 08/2024)

Herr Carsten Hähner (ab 08/2024)

Herr Thomas Schuber (ab 08/2024)

Landkreis Saale-Orla:

Herr Landrat Christian Herrgott

Herr Ralf Kalich

Herr Carsten Sachse

Herr Marc Bonhardt

Herr Christian Meyer (bis 08/2024)

Herr Dr. Enrico Kleebusch (ab 08/2024)

Alle Aufsichtsratsmitglieder sind Mitglieder des Kreistages in den jeweiligen Landkreisen. Den Vorsitz führen jährlich abwechselnd gemäß § 14 des Gesellschaftsvertrages der Landrat Saale-Orla-Kreis (ungerade Jahre) und der Landrat Saalfeld-Rudolstadt (gerade Jahre).

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates:

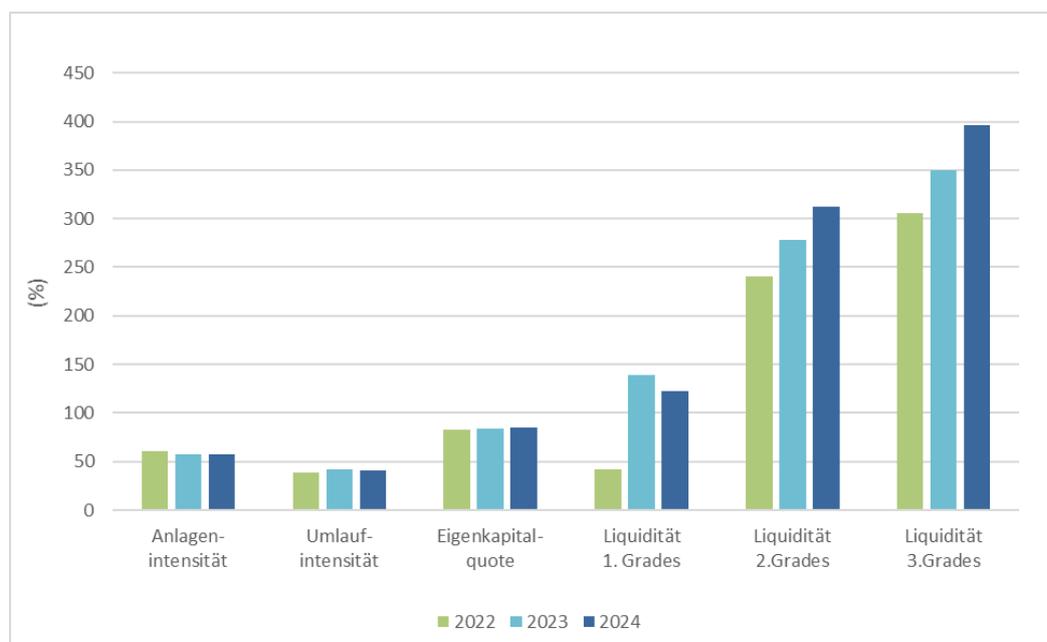
Geschäftsführung:

keine Angaben gemäß § 286 Abs. 4 HGB¹

Aufsichtsrat:

438,23 EUR (Vorjahr: 414,41 EUR)

Wichtige Kennzahlen der Vermögens- und Ertragslage:



¹ Da zwei gleichrangige Geschäftsführer bestellt sind und sich somit die Bezugshöhe für jedes Mitglied der Geschäftsführung ermitteln lässt, wird auf die Angabe der Gesamtbezüge gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Jahresabschluss

<u>BILANZ</u>	Stand	Stand
	31. Dezember 2024	31. Dezember 2023
AKTIVA	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	127.547,00	163.296,00
II. Sachanlagen	331.522,00	297.931,00
III. Finanzanlagen	4.212.035,41	4.212.035,41
	<u>4.671.104,41</u>	<u>4.673.262,41</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	710.474,00	691.999,16
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.601.259,31	1.332.894,23
III. Wertpapiere	0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.033.069,82	1.327.644,61
	<u>3.344.803,13</u>	<u>3.352.538,00</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	73.680,91	64.220,83
<u>Summe Aktiva</u>	<u>8.089.588,45</u>	<u>8.090.021,24</u>
	Stand	Stand
	31. Dezember 2024	31. Dezember 2023
	EUR	EUR
PASSIVA		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00
II. Kapitalrücklage	4.434.000,00	4.434.000,00
III. Gewinnrücklage	0,00	0,00
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	2.326.916,89	2.070.533,85
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	56.349,35	256.383,04
	<u>6.843.266,24</u>	<u>6.786.916,89</u>
B. Sonderposten für Investitionszuwendungen	0,00	0,00
C. Rückstellungen	401.355,94	344.865,70
D. Verbindlichkeiten	844.966,27	958.238,65
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
<u>Summe Passiva</u>	<u>8.089.588,45</u>	<u>8.090.021,24</u>

Gewinn- und Verlustrechnung

	Stand 31. Dezember 2024 EUR	Stand 31. Dezember 2023 EUR
1. Umsatzerlöse	12.990.161,34	12.615.972,72
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
4. Sonstige betriebliche Erträge	67.175,06	33.652,26
5. Materialaufwand	5.737.744,34	5.884.240,68
6. Personalaufwand	5.796.974,82	5.068.399,25
7. Abschreibungen	247.503,11	231.398,95
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.269.232,58	1.238.634,81
9. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
10. Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des	0,00	0,00
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	29.494,22	34.682,30
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinn-abführungsvertrags		
13. erhaltene Gewinne	25.520,82	23.134,37
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	269,24	1.470,10
15. Aufwendungen aus Verlustübernahmen	0,00	0,00
16. Ergebnis der gewöhl. Geschäftstätigkeit	60.627,35	283.297,86
17. außerordentliche Erträge	0,00	0,00
18. außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
19. außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
20. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	22.660,00
21. Sonstige Steuern	4.278,00	4.254,82
22. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	56.349,35	256.383,04

Lagebericht

KomBus GmbH

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Geschäftsmodell

Die KomBus GmbH ist eine jeweils fünfzigprozentige Tochter des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt sowie des Saale-Orla-Kreises. Sie ist zu je 100 % Mutterunternehmen und sowohl Beteiligungs- als auch Verwaltungs – Holding der KomBus Verkehr GmbH sowie der KomBus Verkehrsaus- und –weiterbildungs GmbH, beide mit Sitz in Saalfeld.

Zwischen der KomBus GmbH und den beiden Tochterunternehmen bestehen jeweils Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge.

Hauptschwerpunkt der Unternehmenstätigkeit der KomBus Gruppe besteht in der Erbringung von Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr in den Landkreisen Saalfeld-Rudolstadt, Saale-Orla und in äußerst begrenztem Umfang durch ausstrahlende Linien in angrenzenden Kreisen in Thüringen, Sachsen sowie Bayern.

Bei der KomBus GmbH werden für die beiden Tochterunternehmen alle kaufmännischen und planerischen Prozesse, der zentrale Einkauf, die Schadensbearbeitung und Abwicklung, Marketing und Vertrieb sowie alle anderen verwaltungstechnischen Aufgaben abgewickelt.

Darüber hinaus werden die Wartungs- und Reparaturarbeiten sowie die Inspektionen an den Fahrzeugen der Tochterunternehmen durchgeführt. Dazu werden Werkstätten in allen Betriebshöfen des Tochterunternehmens genutzt.

Des Weiteren vertreibt die KomBus GmbH Treibstoffe an die beiden Tochterunternehmen sowie in begrenztem Umfang an Firmen und kommunale Einrichtungen des Einzugsgebietes.

Die gegenseitige Leistungsberechnung zwischen Mutter- und Tochterunternehmen erfolgt zu Einstandspreisen, wobei Leistungen sowohl direkt (Werkstatt, Treibstoffeinkauf, Weiterberechnung sonstiger Leistungen) als auch über abgeschlossene Geschäftsbesorgungsverträge berechnet werden.

1.2 Forschung und Entwicklung

Eine eigene Forschungs- und Entwicklungsabteilung existiert im Unternehmen nicht.

Entwicklungstätigkeit ist im Sinne von Marktbeobachtung, Auswertung von Fahrangeboten und infrastrukturellen Maßnahmen zu verstehen, welche die Attraktivität des Personennahverkehrs erhöhen sollen.

Das Unternehmen betrachtet das Unternehmen die weitere Digitalisierung des ÖPNV als dringend notwendig und ist aus diesem Grunde kontinuierlich mit deren Weiterentwicklung befasst.

So wurde in Zusammenarbeit mit einem ortsansässigen Softwarehersteller an der Entwicklung einer App für den einzuführenden On-Demand-Verkehr des Tochterunternehmens gearbeitet.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Da das Unternehmen als Dienstleister für die Tochterunternehmen mit Schwerpunkt des Verkehrsunternehmens agiert, hat es die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die für Unternehmen im ÖPNV gelten, zu beachten und einzuhalten.

Gegenüber dem Vorjahr sank laut Statistischem Bundesamt der Erzeugerpreisindex für Dieselmotorkraftstoff bei Abgabe an Großverbraucher um 4,93%, während dessen der Index für die Anschaffung von Bussen um 2,48% stieg.

Die durchschnittlichen jährlichen Einkaufspreise von Treibstoff sanken von 1,28€/l im Jahr 2023 auf 1,25€/l im Berichtsjahr. Treibstoffe und Ersatzteile werden ohne Gewinnaufschlag an die Tochterunternehmen weiter berechnet.

Auch der Verbraucherpreis als Rechengröße für die sonstigen Kosten im Unternehmen stieg lt. Statistischem Bundesamt um 2,2%.

Somit verteuerten sich die Einkaufspreise für Ersatzteile, aber auch die Kosten bei Dienstleistungen und Wartungsverträgen.

Der im Mai 2023 abgeschlossene Lohntarifvertrag lief bis zum 31.12.2024. Dieser bedingte eine Lohnsteigerung gegenüber dem Vorjahr von etwas über 10%.

2.2 Geschäftsverlauf

Schwerpunkt der Unternehmenstätigkeit der KomBus-Gruppe mit dem Mutterunternehmen KomBus GmbH, besteht in der Durchführung des ÖPNV im Saale-Orla-Kreis und dem Landkreis Saalfeld-Rudolstadt.

Dabei verantwortet das Mutterunternehmen die Verwaltung und Absicherung der Leistungen der beiden Tochterunternehmen, mit Schwerpunkt des Verkehrsunternehmens.

Dabei erbringt die KomBus GmbH zentral alle administrativen Aufgaben für die Tochterunternehmen, die zentrale Organisation der Leistungserbringung im öffentlichen Straßenpersonennahverkehr, im Miet- und Gelegenheitsverkehr, der Instandhaltungen sowie des Ein- und Verkaufs von Treibstoffen.

Die Leistungen werden über Geschäftsbesorgungsverträge, monatliche Rechnungen und jährliche Abrechnung sonstiger Kosten verursachungsgerecht an die Tochterunternehmen weiter belastet.

Neben den kontinuierlich anfallenden Aufgaben war der Geschäftsverlauf im Wesentlichen gekennzeichnet von der weiteren Planung von On-Demand-Verkehren des Tochterunternehmens. In Zusammenarbeit mit einem Softwareunternehmen der Region wurde und wird gegenwärtig noch eine Softwarelösung für den Betrieb dieser Verkehre erarbeitet. In 2025 wird mit dem Probetrieb dieser Verkehrsform begonnen.

Die vom Land Thüringen beabsichtigte Einführung eines integralen Taktverkehrs, bei dem der Saale-Orla-Kreis als Musterregion avanciert, wurde maßgeblich durch das Unternehmen begleitet. Dazu wurden Planungsrechnungen; Kostenrechnungen, Mitarbeiterbedarf und Fahrplanungen erstellt.

Das Gesamtprojekt betreut die Landesentwicklungsgesellschaft.

Auf Grund der nicht gesicherten Finanzierung des Projektes durch das Land wurde die Mitarbeit vorerst eingestellt. Teile des Projektes werden aber intern weiterentwickelt, da diese Grundlage für die Einführung des On-Demand-Systems beim Tochterunternehmen darstellen.

Die Einführung des Deutschlandtickets im Mai 2023, und die damit verbundenen Nachweispflichten, Berechnungen und Geltendmachung von Umsatzausfällen wirkten unverändert auch im Jahr 2024 weiter und erhöhen die Herausforderungen an das Unternehmen.

Im Berichtsjahr wurden im Unternehmen ein Verantwortlicher für Liegenschaften sowie ein Betriebs- handwerker eingestellt.

Als Dienstleister ist das Mutterunternehmen mittelbar natürlich abhängig von der Leistungserbringung der Tochterunternehmen, hier vor allem des Verkehrsunternehmens.

Der Geschäftsverlauf kann auch im Berichtsjahr als solide eingeschätzt werden.

2.3 Lage des Unternehmens

2.3.1 Ertragslage

Die Ertragslage der KomBus GmbH wird im Wesentlichen von der Erbringung der Leistungen gegenüber den beiden Tochterunternehmen bestimmt. Diese beträgt 94,7%, (VJ 93,2%) des Umsatzes. Die verbleibenden 5,3%, (VJ 6,8%) werden durch Drittgeschäfte, im Wesentlichen Tankungen, Werkstattleistungen und im Berichtsjahr auch anderen Dienstleistungen generiert.

Das Ergebnis der KomBus GmbH vor Gewinnübernahme beträgt T€ 31 (VJ ./ T€ 233). Dies entspricht einem Rückgang von 87%.

Dabei waren sowohl der Ertrag mit T€ 180 (1,4%) als auch der Aufwand mit T€ 150 (1,2%) höher als im Plan-ansatz.

Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Erträge um T€ 408, die Aufwendungen um T€ 602.

Umsatz

Die Umsatzerlöse stiegen zum Vorjahr um T€ 374 auf T€ 12.990.

Sie gliedern sich dabei in Umsatzerlöse gegenüber Konzernunternehmen (T€ 12.297, VJ T€ 11.763) und gegenüber Dritten (T€ 693, VJ T€ 853).

Zum Planansatz waren die Umsatzerlöse gegenüber den Tochterunternehmen um T€ 292 höher, gegenüber Dritten um T€ 130 geringer.

Die Umsatzerlöse gliedern sich sowohl konzernintern als auch gegenüber Dritten in Erträge aus Werkstatt- (21,5% bzw. 2,1%), Tank- (30,6% bzw. 2,9%) und sonstigen Dienstleistungen (42,6% bzw. 0,4%).

Die detaillierte Zusammensetzung mit Jahresvergleich ist dem Anhang zu entnehmen.

Sonstige wesentliche Erträge und Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen gegenüber dem Vorjahr um T€ 34, gegenüber der Planung um

T€ 39. Der Zuwachs (+ T€ 31) gegenüber dem Vorjahr betrifft im Wesentlichen Zuschüsse von Krankenkassen für Mutterschutz sowie Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit für berufliche Qualifikation von Mitarbeitern.

Der Materialaufwand insgesamt sank gegenüber dem Vorjahr um insgesamt T€ 147 auf T€ 5.737. Dabei verringerte sich der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe um T€ 150, während sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen leicht um T€ 3 erhöhten.

Während sich die Treibstoffkosten nochmals um T€ 285 verringerten, erhöhten sich die Kosten für den Einkauf von Ersatzteilen um T€ 125.

Gegenüber dem Planansatz verringerte sich der gesamte Materialaufwand um T€ 156 (2,7%).

Zusammensetzung und Jahresvergleich sind dem Anhang zu entnehmen.

Der Personalaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr um T€ 729 (14,8%), gegenüber der Planung um T€ 126 (2,2%). Dies lag an der Auszahlung der Inflationsausgleichsprämie, der Steigerung gemäß gültigem Lohntarifvertrag als auch an der Aufstockung von 2 Personalen gegenüber dem Vorjahr.

Die Abschreibungen lagen um T€ 47 (23,7%) über dem Planansatz und mit T€ 16 (7%) über dem Vorjahreswert. Dies ist im Wesentlichen mit Investitionen aus dem Jahr 2024 zu begründen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um T€ 30 (2,4%) und liegen um T€ 197 (18,4%) über dem Planansatz. Dabei sanken gegenüber dem Vorjahr die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen um T€ 16 (./ 2,2%), die Vertriebsaufwendungen stiegen um T€ 36 (8,1%) und die übrigen Aufwendungen stiegen um T€ 9 (8,6%).

Die Anstiege der Kosten sind im Wesentlichen durch den Anstieg freiwilliger Sozialleistungen, Werbe- und Verkaufsaufwendungen, Fortbildung sowie periodenfremder Aufwendungen zu verzeichnen.

Zusammensetzung und Jahresvergleich sind dem Anhang zu entnehmen.

Das Finanzergebnis verringerte sich um T€ 4 auf nunmehr T€ 29. Dabei stehen einem Zinsaufwand von T€ 0,3 einem Zinsertrag aus T€ 29,5 gegenüber.

Ertragssteuern fallen im Berichtsjahr nicht an.

Somit kann der Planansatz grundsätzlich als realistisch und erfüllt eingeschätzt und eine stabile Ertragslage konstatiert werden, auch wenn es innerhalb des Planansatzes zu Verschiebungen kam.

2.3.2 Finanzlage

Die folgende verkürzte Kapitalflussrechnung stellt die Entwicklung der Finanzlage dar:

	2024	2023
	T€	T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-64	1.046
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-230	-134
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	0	-1
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-295	911
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	1.328	417
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	1.033	1.328

Das Jahresergebnis beträgt vor Gewinnübernahmen T€ 31 und ist damit um T€ 202 geringer als in 2023.

Dabei ergibt sich die massive Abnahme des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit aus der Zunahme der sonstigen Vermögensgegenstände (Forderungen aus Umsatz- und Ertragssteuern + T€ 361) im Vergleich zum Vorjahr. Der Cashflow aus Investitionstätigkeit bildet den Kauf immaterieller Wirtschaftsgüter und Sachanlagen ab. Kredite mussten dafür nicht aufgenommen werden.

Im Wirtschaftsjahr war die Liquidität zu jedem Zeitpunkt gesichert, Kontokorrentlinien mussten nicht in Anspruch genommen werden.

2.3.3 Vermögenslage

Die Vermögenslage ist, wie in den Vorjahren, durch einen hohen Anteil langfristig gebundenen Vermögens gekennzeichnet.

Es beträgt 57,8%, (VJ 57,8%) der Bilanzsumme, wobei allein 52,1% (VJ 52,1 %) auf die Beteiligung an den Tochterunternehmen entfallen und ist in vollem Maße durch Eigenkapital hinterlegt.

Bilanzstruktur und -summe haben sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig verändert.

	31.12.2024		31.12.2023		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
langfristiges Vermögen	4.671,1	57,74	4.673,3	57,77	-2,2
... davon Beteiligung an Tochterunternehmen	4.212,0	52,07	4.212,0	52,06	0,0
kurzfristiges Vermögen	3.418,5	42,26	3.416,8	42,23	1,7
Aktiva	8.089,6	100,00	8.090,0	100,00	-0,4
wirtschaftliches Eigenkapital	6.843,3	84,59	6.786,9	83,89	56,3
lang- und mittelfristiges Fremdkapital	129,6	1,60	118,0	1,46	11,6
kurzfristiges Fremdkapital	1.116,7	13,80	1.185,1	14,65	-68,4
Passiva	8.089,6	100,00	8.090,0	100,00	-0,4

Durch den Jahresüberschuss von T€ 56 erhöht sich das Eigenkapital auf T€ 6.843.

Die Eigenkapitalquote beträgt 84,6% (VJ 83,9%). Die Eigenkapitalrendite, berechnet aus Gewinn ohne Gewinnabführung/Verlustübernahme durch Eigenkapital, liegt im Jahr 2024 bei 0,5% (VJ 3,4%).

Die Investitionsquote ohne Berücksichtigung der Finanzanlagen beträgt 53,4% (VJ 31,8%).

Der handelsrechtliche Gewinn des Jahres 2024 von T€ 56 entfällt auf den Gewinn des Mutterunternehmens KomBus (T€ 31), des Verkehrsunternehmens (T€ 1) und des Ausbildungsunternehmens (T€ 24).

Die Umsatzrendite, berechnet aus Gewinn vor Gewinnabführung durch Umsatz, liegt bei 0,24 % (VJ 1,85 %), vor Steuern und Gewinnabführung/Verlustübernahme beträgt diese 0,2%, (VJ 2,0%).

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird von der Geschäftsführung als weiterhin sehr stabil eingeschätzt.

- **Finanzielle und Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren**

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird im Wesentlichen von folgenden finanziellen Leistungsindikatoren beeinflusst: Bedienung der Geschäftsbesorgungsverträge durch die beiden Tochterunternehmen sowie die Zahlung der separat in Rechnung gestellten Werkstatt-, Tank- und Fahrleistungen sowie anderer Logistikleistungen. Aufwandsseitig sind hier vor allem der Abschluss günstiger und, sofern möglich, langfristiger Liefer- und Leistungsverträge zu nennen.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren liegen vor allem in der hohen fachlichen Qualifikation der Arbeitskräfte. Aus diesem Grund sind kontinuierliche Fortbildungen auf den jeweiligen Tätigkeitsgebieten unerlässlich.

Auch der Einsatz optimal auf die jeweiligen Bedürfnisse abgestimmter Softwareprogramme und deren Vernetzung ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

- **Gesamtaussage zum Wirtschaftsbericht**

Ausgehend von der Planung mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis hat das Unternehmen vor Gewinnübernahmen einen Gewinn von T€ 31 erwirtschaftet.

Dabei ist das Ergebnis in hohem Maße abhängig vom Umsatz gegenüber den Tochterunternehmen (94,7%) und hier vor allem gegenüber dem Verkehrsunternehmen.

Die wirtschaftliche Entwicklung ist im Rahmen der Gegebenheiten weiterhin als konstant einzuschätzen.

3. Chancen- und Risikobericht

Die Chancen und Risiken des Unternehmens hängen maßgeblich von der Leistungserbringung sowie der weiteren strategischen Ausrichtung des Tochterunternehmens KomBus Verkehr GmbH ab.

Auf Grund des bis zum 31.12.2026 gültigen öffentlichen Dienstleistungsauftrag zwischen dem Aufgabenträger und dem Tochterunternehmen ist auch eine ausreichende Finanzierung des Mutterunternehmens in den beiden Folgejahren gesichert.

Da das Unternehmen alle administrativen Aufgaben für beide Tochterunternehmen übernimmt, alle Aufgaben für das Verkehrsunternehmen im Verbund übernimmt und für die Umsetzung aller verkehrlichen Aktivitäten verantwortlich ist, ergeben sich auch in den nächsten Jahren weitere Chancen für eine stabile Geschäftsentwicklung.

Durch Mitarbeit in den Fachgremien des Verkehrsverbundes kann der Einfluss der KomBus-Gruppe auf die Steigerung der Attraktivität des ÖPNV in Thüringen gerade im ländlichen Raum weiter erhöht werden.

Durch die gemeinsame Tarifentwicklung im Verbund, Attraktivitätssteigerungen durch moderne Fahrgastinformationssysteme und elektronische Ticketing-Systeme kann es im Verbund besser gelingen, den ÖPNV als eine gute wirtschaftliche Alternative zum motorisierten Individualverkehr zu etablieren.

In der KomBus GmbH ist ein zentrales Risikomanagementsystem installiert, in welches auch die beiden Tochterunternehmen integriert sind. Durch regelmäßige Überarbeitung und Anpassung, interne und externe Audits wird sichergestellt, frühzeitig Maßnahmen zur Minimierung erkennbarer Risiken ergreifen zu können.

So wurde am Mai 2025 das 3. Überwachungsaudit für die DIN EN ISO 9001:2015 ohne wesentliche Beanstandungen durchgeführt.

Über die Lage der Unternehmen wird mindestens zweimal im Jahr an den Aufsichtsrat berichtet. Risiken stellen sich derzeit vor allem in der geopolitischen Weltlage dar und der deswegen voraussichtlich wieder steigenden Inflation, welche den Kostendruck weiter erhöhen wird. Ein auch weiterhin nicht zu unterschätzendes Risiko besteht unseres Erachtens in der Gewinnung von Fachkräften, weswegen auch weiterhin in Aus- und Weiterbildung sowie Umschulung investiert wird.

4. Prognosebericht

Die Prognose des Unternehmens ist in hohem Maße von der Leistungserbringung des Tochterunternehmens KomBus Verkehr GmbH abhängig.

Diese ist zumindest bis zum Ende des Jahres 2026 mit Auslaufen des derzeitigen ÖDLA gesichert. Der Aufgabenträger wird bis Juni 2025 im Europäischen Amtsblatt die beabsichtigte Direktvergabe der Leistungen im ÖPNV ab 01.01.2027 an das Tochterunternehmen KomBus Verkehr GmbH veröffentlichen.

Damit wäre auch der weitere Geschäftsbetrieb des Mutterunternehmens gesichert.

Im Jahr 2025 wird es vorrangige Aufgabe des Unternehmens sein, alle planerischen Voraussetzungen für die Einführung des On-Demand-Systems des Tochterunternehmens zu schaffen.

Dazu wird es auch notwendig sein, dieses Vorhaben der Bevölkerung umfassend vorzustellen und zu erläutern.

Sofern sich dieses neuartige Bediensystem etabliert, wovon im Unternehmen als auch beim Aufgabenträger ausgegangen wird, so stellt dieses einen Quantensprung bei der Anbindung des ländlichen Raums mittels ÖPNV dar.

Der in 2023 eingeschlagene Weg, Bio-CNG Busse im Tochterunternehmen einzusetzen, wird zumindest bis zum Jahr 2025 fortgesetzt.

Mittelfristig sind darüber hinaus Szenarien für die weitere Beschaffung von Fahrzeugen zu erstellen und mit Vorbereitungen für die Umstellung bzw. Neuaufstellung der Infrastruktur zu beginnen.

Erste Busanbieter haben schon signalisiert, dass sie in die Entwicklung von Dieselmotoren, welche die Euro 7-Norm erfüllen, nicht mehr investieren werden. So kann es durchaus sein, dass sich allein durch die Einführung dieser Norm der Beschaffungsmarkt für Busse radikal ändern wird.

Derzeit muss davon ausgegangen werden, dass mittelfristig der Einsatz von Elektrofahrzeugen zumindest in den Stadtverkehren unausweichlich sein wird.

Auf diese logistische und finanzielle Herausforderung wird das Unternehmen Antworten finden müssen.

Da die Betriebshöfe des Unternehmens nunmehr 30 Jahre und älter sind, wird es trotz regelmäßiger Instandhaltungsmaßnahmen immer häufiger zu größeren Instandsetzungsmaßnahmen kommen, welche sowohl finanziell als auch logistisch abgesichert werden müssen.

Auf dem Weg der weiteren energetischen Sanierung wird im Jahr 2025 vorerst in einem Betriebshof eine Photovoltaikanlage errichtet. Damit wird auch die Abhängigkeit von steigenden Energiepreisen verringert.

Im Februar 2025 wurde zwischen den Tarifpartnern der neue Lohntarifvertrag mit einer Laufzeit von 24 Monaten abgeschlossen. Damit entsteht in diesem Kostenblock Planungssicherheit. Der Manteltarifvertrag wird in diesem Jahr weiterverhandelt. Hier gilt es, die geänderten Bedingungen der letzten Jahre zukunftsweisend fortzuschreiben.

Insgesamt stehen in den nächsten Jahren weiterhin große Herausforderungen vor dem Unternehmen, um den ÖPNV im ländlichen Raum attraktiver, flexibler, umwelt- und kundenfreundlicher zu gestalten.

Ohne Einbeziehung der Ergebnisauswirkungen aus den Ergebnisabführungsverträgen schließt die Planung 2025, wie in jedem Jahr, für das Mutterunternehmen mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Die Geschäftsführung schätzt ein, dass der Fortbestand des Unternehmens aus heutiger Sicht nicht gefährdet und dies auch für die absehbare Zukunft nicht erkennbar ist.

Bad Lobenstein, den 31. März 2025

gez. Dirk Bergner

Geschäftsführer

6 KomBus Verkehr GmbH

Grundlagen

Unternehmen:

KomBus Verkehr GmbH

Sitz:

Saalfeld/Saale

Handelsregister:

Amtsgericht Jena, HRB 200986

Gesellschafter:

KomBus GmbH, Bad Lobenstein – 100 %

Gesellschaftsvertrag:

vom 09.12.2004, gültig in der Fassung vom 26.06.2013

Stammkapital:

255.645,94 EUR

Gegenstand des Unternehmens:

Gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages ist Gegenstand des Unternehmens die Personenbeförderung mit Kraftomnibussen im Linienverkehr einschließlich des nicht genehmigungspflichtigen Verkehrs und im Gelegenheitsverkehr sowie die Vornahme aller Geschäfte, die hiermit im unmittelbaren wirtschaftlichen Zusammenhang stehen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die KomBus Verkehr GmbH erfüllt Aufgaben des örtlichen öffentlichen Personennahverkehrs.

Beteiligungen an Unternehmen:

VMT GmbH – 10%

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Gesellschafters:

Mit der KomBus GmbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Herr Bert Hamm (bis 30.06.2024)
Herr Dirk Bergner

Gesellschafterversammlung:

Herr Bert Hamm
Herr Dirk Bergner

Geschäftsführer KomBus GmbH
Geschäftsführer KomBus GmbH

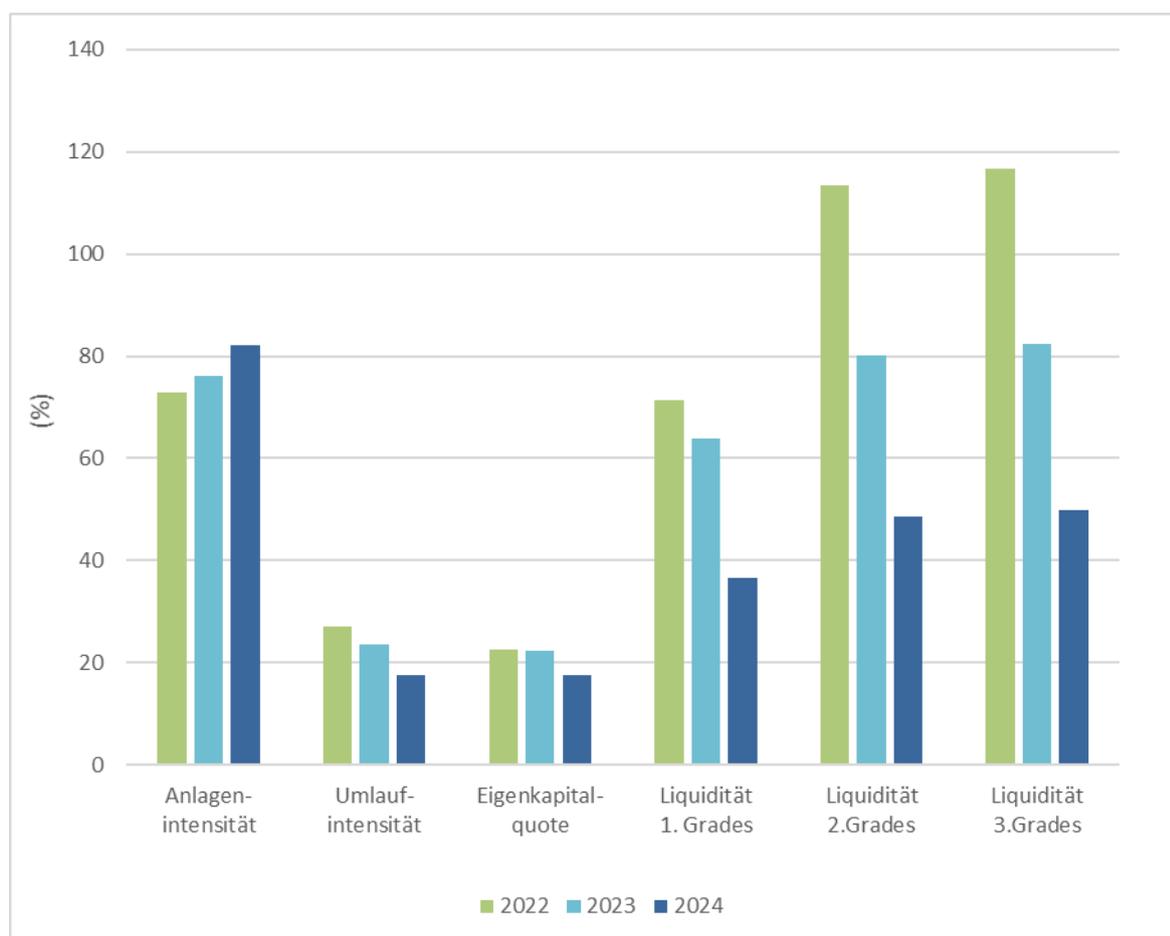
Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates:

Geschäftsführung: keine Angaben gemäß § 286 Abs. 4 HGB²
Aufsichtsrat: entfällt

Wichtige Kennzahlen der Vermögens- und Ertragslage



² Da zwei gleichrangige Geschäftsführer bestellt sind und sich somit die Bezugshöhe für jedes Mitglied der Geschäftsführung ermitteln lässt, wird auf die Angabe der Gesamtbezüge gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Jahresabschluss

BILANZ	Stand 31. Dezember 2024	Stand 31. Dezember 2023
	EUR	EUR
AKTIVA		
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	213.975,00	114.339,00
II. Sachanlagen	17.544.208,68	14.156.143,98
III. Finanzanlagen	35.199,78	35.199,78
	17.793.383,46	14.305.682,76
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	111.064,80	114.292,90
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	909.368,41	874.087,23
III. Wertpapiere	0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.791.235,82	3.433.566,73
	3.811.669,03	4.421.946,86
C. Rechnungsabgrenzungsposten	27.480,91	37.866,43
Summe Aktiva	21.632.533,40	18.765.496,05
PASSIVA		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	255.645,94	255.645,94
II. Kapitalrücklage	2.161.917,90	2.161.917,90
III. Gewinnrücklage	28.649,07	28.649,07
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0,00	0,00
V. Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00
	2.446.212,91	2.446.212,91
B. Sonderposten für Investitionszuwendungen	2.737.220,15	3.492.547,67
C. Rückstellungen	1.331.206,00	1.447.135,00
D. Verbindlichkeiten	15.117.894,34	11.366.844,71
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	12.755,76
Summe Passiva	21.632.533,40	18.765.496,05

Gewinn- und Verlustrechnung

	Stand 31. Dezember 2024 EUR	Stand 31. Dezember 2023 EUR
1. Umsatzerlöse	35.533.362,61	32.845.818,40
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
4. Sonstige betriebliche Erträge	1.515.253,83	1.734.288,32
5. Materialaufwand	10.721.353,56	10.411.296,44
6. Personalaufwand	15.029.721,55	13.733.602,57
7. Abschreibungen	3.331.822,48	3.320.889,46
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.724.686,76	6.953.907,14
9. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
10. Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des	0,00	0,00
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	35.032,19	20.900,43
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	242.764,14	139.305,05
14. Ergebnis der gewöohnl. Geschäftstätigkeit	33.300,14	42.006,49
15. außerordentliche Erträge	0,00	0,00
16. außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
17. außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00
19. Sonstige Steuern	32.493,00	27.132,61
20. Erträge aus Verlustübernahme	0,00	0,00
auf Grund einer Gewinnngemeinschaft, eines		
21. Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	807,14	14.873,88
22. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00

Lagebericht

KomBus Verkehr GmbH

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Geschäftsmodell

Die KomBus Verkehr GmbH ist eine hundertprozentige Tochter der KomBus GmbH, welche wiederum eine jeweils fünfzigprozentige Tochter des Landkreises Saalfeld- Rudolstadt sowie des Saale-Orla Kreises ist. Zwischen der KomBus GmbH und der KomBus Verkehr GmbH besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.

Die KomBus Verkehr GmbH erbringt Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr in den Landkreisen Saalfeld-Rudolstadt, dem Saale-Orla-Kreis und in äußerst begrenztem Umfang durch ausstrahlende Linien in angrenzenden Kreisen in Thüringen, Sachsen sowie Bayern. Hauptschwerpunkte sind hierbei die Erbringung von Leistungen im sogenannten Jedermanns-Linienverkehr sowie die Absicherung des Schülerverkehrs als Leistungen der Daseinsfürsorge im ÖPNV gemäß § 42 PBefG.

Auftraggeber für die oben beschriebenen Leistungen ist der Zweckverband ÖPNV Saale-Orla. Maßgeblich für die Quantität und Qualität der zu erbringenden Leistungen ist dabei der momentan gültige gemeinsame Nahverkehrsplan des o.g. Zweckverbandes für die Jahre 2022 bis 2026.

Zwischen dem Verkehrsunternehmen und dem Zweckverband besteht seit 1. Januar 2017 ein öffentlicher Dienstleistungsauftrag (ÖDLA) im Sinne des Artikels 3 Abs. 1 Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 (nachfolgend „VO 1370/2007“). Hierin sind in sehr detaillierter Form die Grundlagen, gemeinwirtschaftlichen Pflichten, Ausgleichsleistungen sowie einzuhaltende Qualitätsstandards festlegt, nach denen das Verkehrsunternehmen im Zweckverbandgebiet eine ausreichende Verkehrsbedienung im Straßenpersonennahverkehr im Sinne von § 1 Abs. 1 Satz 1 ThürÖPNVG zu gewährleisten hat.

Der ÖDLA hat eine Laufzeit bis 31. Dezember 2026, bis zu diesem Zeitpunkt gelten auch alle Liniengenehmigungen.

Über die Leistungen des ÖPNV hinaus erbringt das Unternehmen Leistungen im freigestellten Linienverkehr, Mietwagen-, Gelegenheits- und Reiseverkehr sowie im Schienenersatzverkehr und betreibt die Mühlen-Fähre auf dem Hohenwarte-Stausee.

1.2 Forschung und Entwicklung

Eine eigene Forschungs- und Entwicklungsabteilung existiert im Unternehmen nicht. Im Geschäftsjahr 2024 gab es keine Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Im Auftrag des Zweckverbandes ÖPNV Saale-Orla betreibt das Unternehmen im Kerngeschäft den ÖPNV im Saale-Orla-Kreis sowie dem Landkreis Saalfeld-Rudolstadt. Für Teilleistungen, u.a. die Beförderung behinderter Menschen zeichnen dabei Subunternehmer verantwortlich, im Wesentlichen mit Kleinbussen, teilweise mit Spezialfahrzeugen.

Das Unternehmen ist seit Ende 2020 Partner und seit 2022 Mitgesellschafter im Verkehrsverbund Mittelthüringen (VMT), dessen Aufgabe und Ziel es ist, den regionalen Nahverkehr als einfache, umweltfreundliche und preiswerte Mobilitätslösung anzubieten. So wird in einem einheitlichen Tarifsysteem

dem Fahrgast die Möglichkeit geboten, mit nur einem Ticket Bus, Bahn und Straßenbahn im gesamten Verbundsystem zu nutzen.

Wurde in den letzten Jahren die insgesamt positive Entwicklung des ÖPNV durch die Corona-Pandemie mit rapidem Einbruch der Fahrgastzahlen abrupt gestoppt, so haben sich diese beginnend in 2022 auch in 2024 weiter erholt.

Das im Jahr 2023 eingeführte Deutschlandticket, markiert einen tiefgreifenden Paradigmenwechsel im ÖPNV.

Die Systematik der Preisgestaltung hat sich grundlegend verändert und verfolgt neu eine vertiefte sozial- und weniger verkehrspolitische Zielsetzung. Dieser Schritt geht einher mit einem bislang unklaren grundlegenden Rollenverständnis von Bund, Ländern und Kommunen in Bezug auf die langfristige Finanzierung des ÖPNV insgesamt.

Für einen dauerhaften Erfolg des Deutschlandtickets ist es wichtig, neben einem attraktiven Fahrpreis auch ein gutes und verlässliches Verkehrsangebot zu haben.

Gegenüber dem Vorjahr sank laut Statistischem Bundesamt der Erzeugerpreisindex für Dieselmotorkraftstoff bei Abgabe an Großverbraucher um 4,93%, während dessen der Index für die Anschaffung von Bussen um 2,48% stieg.

Die durchschnittlichen jährlichen Einkaufspreise von Treibstoff welche ohne Gewinnaufschlag vom Mutter- an das Unternehmen belastet werden, sanken von 1,28€/l im Jahr 2023 auf 1,25€/l im Berichtsjahr.

Die Branche ist gekennzeichnet von einer hohen Förder- und Zuschussquote.

So erhalten die Unternehmen zur Absicherung des ÖPNV als Daseinsvorsorge Ausgleichszahlungen der Aufgabenträger sowie des Landes als auch Investitionskostenzuschüsse des Landes.

Fahrgeldeinnahmen allein könnten einen ÖPNV, vor allem in ländlichen Gebieten, nicht am Leben erhalten.

2.2 Geschäftsverlauf

Schwerpunkt der Unternehmenstätigkeit der KomBus Verkehr GmbH bestand im Geschäftsjahr in der Erbringung von Dienstleistungen für den Aufgabenträger im öffentlichen Straßenpersonennahverkehr. Das Fahrplanangebot wurde in dem vom Zweckverband geforderten und im Nahverkehrsplan verankerten Umfang erbracht.

Die KomBus Verkehr GmbH erbrachte im Jahr 2024 8,85 (2023 8,92) Millionen eigene Wagenkilometer im ÖPNV, was einem Anteil von ca. 92,1 % der gesamten Eigenleistung ausmacht. Die restliche Leistung wurde im freigestellten Schülerverkehr (3,3%) sowie im Gelegenheits-, Mietwagen- und Schienenersatzverkehr (4,6%), erbracht. Darüber hinaus waren 0,60 Mio. Linienkilometer im ÖPNV sowie weitere 0,87 Mio. km im freigestellten Schülerverkehr an Subunternehmer vergeben.

Das durch die Bundesregierung mit Wirkung vom 1. Mai 2023 eingeführte Deutschland -Ticket wurde zwar recht gut angenommen, verfehlte aber gerade im ländlichen Raum sein Ziel, dem ÖPNV dauerhaft mehr Fahrgäste zuzuführen.

Hier fehlt es derzeit schlicht und ergreifend noch an den notwendigen Angeboten im ÖPNV.

Außerdem kam es durch dessen Einführung zu massiven Verwerfungen in der Umsatzstruktur des Unternehmens. So sanken die Fahrgeldeinnahmen im Linienverkehr nach § 42 PBefG um nominal T€ 542

bzw. 7,9% gegenüber dem Vorjahr, gegenüber der Planung sogar um T€ 854. Gleichzeitig sanken die Ausgleichszahlungen für die verbilligte Beförderung von Schülern gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.332 bzw. 36,4% massiv.

Damit erhöhte sich der durch den Zweckverband notwendige Ausgleichsbedarf.

Die außerhalb des ÖPNV durchgeführten Verkehre stabilisierten sich weiter.

Auch im Jahr 2024 wurde die kontinuierliche Investitionspolitik durch das Unternehmen trotz schwieriger Marktsituation fortgesetzt. So wurden wiederum 15 Niederflur- Überlandbusse mit Bio-CNG- Antrieb bestellt. Auf Grund von Schwierigkeiten beim Lieferanten konnten diese aber erst im Jahr 2025 durch das Unternehmen übernommen und auf die Straße gebracht werden. Darüber hinaus wurden 5 Midi-Busse für die Einführung von On-Demand-Verkehren angeschafft.

Weitere größere Investitionen betrafen die Entwicklung einer App für die Organisation des geplanten On-Demand- Verkehrs (T€ 85), den Kauf eines Grundstücks für den Betriebshof in Rudolstadt und dessen Einfriedung (T€ 67), den Ersatz von Technischen Anlagen und Maschinen (T€ 32) sowie von diverser Betriebs- und Geschäftsausstattung (T€ 339).

2.3 Lage des Unternehmens

2.3.1 Ertragslage

Das Ergebnis der KomBus Verkehr GmbH vor Gewinnabführung an das Mutterunternehmen beträgt T€ 1 (VJ T€ 15). Der Gewinn wird auf Grund des Ergebnisabführungsvertrages an den Gesellschafter, die KomBus GmbH abgeführt. Da sowohl der Ertrag um T€ 802 (+ 2,21%) als auch der Aufwand um T€ 921 (./ 2,55%) höher als im Planansatz ausgefallen sind, lag das Ergebnis mit T€ 119 unter dem Planansatz.

Gegenüber dem Vorjahr konnte der Ertrag um T€ 2.469 gesteigert werden. Allerdings erhöhten sich auch die Aufwendungen um T€ 2.468.

Die Ertragslage wird bei den Einnahmen im Wesentlichen bestimmt durch Fahrgelderlöse (30,2%), Ausgleichszahlungen des Landes (7,1%) und der Aufgabenträger mit 61,4% des Umsatzes. Der Anteil an den Gesamtaufwendungen stellt sich in den wesentlichen Posten wie folgt dar: Materialaufwand (28,9%), Personalaufwand (40,6%), Abschreibungen (9,0%) und sonstige betriebliche Aufwendungen mit 20,9%.

Umsatzrückgänge bei den Fahrgeldeinnahmen im ÖPNV, den Ausgleichszahlungen des Landes, im Wesentlichen bedingt durch die Einführung des Deutschlandtickets, als auch Kostensteigerungen im ÖPNV werden durch den Aufgabenträger ausgeglichen.

Diesbezüglich besteht ein 2. Nachtrag zum ÖDLA vom April 2023.

Umsatz

Die Umsatzerlöse stiegen gegenüber dem Vorjahr um T€ 2.688 (6,5%) auf nunmehr T€ 35.533, liegen damit T€ 396 (+ 1,13%) über dem Planansatz.

Während die kassentechnischen Einnahmen durch den Fahrscheinverkauf im Wesentlichen konstant blieben (./ T€ 7) erhöhten sich die an den Verbund abzuführenden Anteile an der Einnahmeverteilung um T€ 536.

Dies hing im Wesentlichen mit der Einführung des Deutschlandtickets im Jahr 2023 zusammen, wodurch die Aufteilungsmasse im Verbund drastisch sank.

Umsatzrückgänge im ÖPNV durch die Auswirkungen der Einführung des Deutschlandtickets wurden im Wesentlichen durch erhöhte Ausgleichszahlungen des Aufgabenträgers (+ T€ 3.861) abgefangen. Darin enthalten ist der Ausgleich von Einnahmeverlusten bedingt durch das Deutschlandticket, welcher in Form von Ausgleichszahlungen von Bund und Land an den Aufgabenträger gezahlt wurden.

Bei den sonstigen Verkehren erhöhte sich der Umsatz zum Vorjahr um T€ 797, die sonstigen Umsatzerlöse sanken um T€ 80.

Die detaillierte Zusammensetzung mit Jahresvergleich ist dem Anhang zu entnehmen.

Sonstige wesentliche Erträge und Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken um T€ 219 (./ 12,6%) auf nunmehr T€ 1.515 gegenüber dem Vorjahr. Gegenüber der Planung stiegen sie um T€ 405 (36,5%). Im Plan waren die Erträge aus der Schadensregulierung von Versicherungen, Zuschüssen sowie die Auflösung von Rückstellungen nach kaufmännischer Vorsicht angesetzt.

Der Materialaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr um T€ 310 (+ 3,0%), und liegt auch um 8,1% über dem Planansatz.

Während die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (im Wesentlichen Diesel und Ersatzteile/Reifen) um T€ 200 gegenüber dem Vorjahr und T€ 155 gegenüber dem Plan sanken, erhöhten sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen gegenüber dem Vorjahr um T€ 510, gegenüber dem Planansatz um T€ 959. Dies lag insbesondere an der Erhöhung der Umlagen für Kfz-Versicherungen und Schadensaufwand für Unfallschäden (+T€ 123), Kfz-Reparaturen (+ T€ 93) sowie des Aufwandes für Subunternehmerleistungen (+T€ 282).

Auf Grund der abgeschlossenen Lohntarifverträge werden Subunternehmerleistungen jährlich dynamisiert.

Zusammensetzung und Jahresvergleich sind dem Anhang zu entnehmen.

Der Personalaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.296 (9,4%). Dies lag zum einen an der Änderung des Lohntarifvertrages zum Mai 2023, zum anderen an der Aufstockung von 5 Mitarbeitern im Fahrdienst gegenüber dem Vorjahr.

Gegenüber der Planung war der Personalaufwand um T€ 463 (+ 3,0%) geringer, da hier schon mit einer Aufstockung des Personals als auch der Lohntarifsteigerung geplant wurden war.

Die Abschreibungen lagen mit 0,3% über dem Vorjahr und 2,4% über dem Planansatz. Hier machte sich bemerkbar, dass die für 2024 geplanten Linienbusse erst im Jahr 2025 aktiviert werden konnten.

Die gegenüber dem Vorjahr um T€ 771 (+ 11,1%) gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus den Konzernumlagen an das Mutterunternehmen (+ T€ 751).

Zusammensetzung und Jahresvergleich sind dem Anhang zu entnehmen.

Im Finanzierungsaufwand machen sich die seit dem Jahr 2022 wieder spürbar gestiegenen Zinsen bemerkbar.

Auch wenn der Planansatz mit einer Abweichung von T€ 119 nicht erreicht wurde, kann dieser grundsätzlich als realistisch und erfüllt eingeschätzt und eine stabile Ertragslage konstatiert werden.

2.3.2 Finanzlage

Die folgende verkürzte Kapitalflussrechnung stellt die Entwicklung der Finanzlage dar.

	2024	2023
	T€	T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	4.752	2.189
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-6.609	-3.107
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	1.215	1.287
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-642	369
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	3.434	3.065
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	2.791	3.434

Das Jahresergebnis vor Gewinnabführung beträgt T€ 1 (VJ T€ 14).

Der gegenüber dem Vorjahr erhöhte Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit resultiert im Wesentlichen aus der Verringerung der Forderungen sowie der Zunahme der Verbindlichkeiten sowie Erhöhung der Zinserträge.

Durch die Aktivierung der Busse aus 2024 verringerte sich der Cashflow aus Investitionstätigkeit. Korrespondierend dazu verringert sich der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit, da sich die Zinsaufwendungen in diesem Jahr erhöht haben.

Im Wirtschaftsjahr war, auch auf Grund des der jeweiligen Situation angepassten Mittelflusses durch den Aufgabenträger, die Liquidität jederzeit gesichert.

2.3.3 Vermögenslage

Die Vermögenslage ist, wie in den Vorjahren, durch einen hohen Anteil langfristig gebundenen Vermögens gekennzeichnet. Dieses ist sowohl durch Eigenmittel als auch Fremdkapital, in Form von Darlehen finanziert. Die Eigenmittel enthalten Investitionszuschüsse.

Die Bilanzstruktur hat sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig verändert. Die Bilanzsumme ist auf Grund der getätigten Investitionen vor allem im Busbereich um T€ 2.868 gestiegen.

	31.12.2024		31.12.2023		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
langfristiges Vermögen	17.793,4	82,3	14.305,7	76,2	3.487,7
kurzfristiges Vermögen	3.839,1	17,7	4.459,8	23,8	-620,0
	21.632,5	100	18.765,5	100	2.867,7
wirtschaftliches Eigenkapital	5.183,4	24,0	5.938,8	31,6	-755,3
Lang- und mittelfristiges Fremdkapital	8.818,1	40,8	7.411,2	39,5	2.766,3
kurzfristiges Fremdkapital	7.631,0	35,3	5.415,5	28,9	1.051,6
	21.632,5	100	18.765,5	100	2.867,7

Die Änderung beim kurzfristigen Fremdkapital resultiert aus der Auflösung des passiven Rechnungsausgleichspostens des Vorjahres, die Erhöhung des lang- und mittelfristigen Fremdkapitals aus der Aufnahme von Darlehen für Investitionen.

Die Eigenkapitalquote beträgt ohne Hinzurechnung der Sonderposten für Investitionszuwendungen 11,3 % (VJ 13,0%), mit Einbeziehung des Sonderpostens 24,0% (VJ 31,6%).

Die Eigenkapitalrendite, berechnet aus Gewinn (vor Gewinnabführung/Verlustausgleich) durch Eigenkapital ohne Sonderposten für Investitionszuwendungen, liegt im Jahr 2024 bei 0,06% (VJ 0,61%) und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 0,55% verschlechtert.

Die Investitionsquote berechnet aus Zugängen zum Anlagevermögen durch Buchwert des Anlagevermögens des Vorjahres beträgt 48,0% (VJ 30,8%).

Die Umsatzrendite, berechnet aus Gewinn vor Gewinnabführung durch Umsatz, liegt bei 0,002% (VJ 0,05%) und ist damit gegenüber dem Vorjahr um 0,04 Prozentpunkte gesunken.

- Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird neben den Fahrgeldeinnahmen vor allem von folgenden finanziellen Leistungsindikatoren beeinflusst: Ausgleichszahlung des Aufgabenträgers für gemeinwirtschaftliche Verkehre, Ausgleichszahlungen des Landes für den Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Schülerverkehr sowie für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Personen gemäß § 233ff. SGB IX, Investitionskostenzuschüsse des Landes sowie die Bereitstellung von Krediten für Investitionen.

Als nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind im Wesentlichen zu nennen: Einkauf umweltfreundlicher und energieeffizienter Fahrzeuge, Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur, mobile Fahrplandaten, Einsatzbereitschaft, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Freundlichkeit des Fahrpersonals sowie vorausschauende Fahrweise zur Vermeidung von Unfällen. Wichtig ist dabei vor allem die Kundenzufriedenheit.

- Gesamtaussage zum Wirtschaftsbericht

Ausgehend von einem geplanten Jahresergebnis von T€ + 120 hat das Unternehmen vor Gewinnabführung ein Jahresergebnis von + T€ 1 erzielt.

Damit liegt dieses sowohl unter den Planerwartungen als auch unter dem Vorjahresergebnis.

Allerdings kann die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft Rahmen der Gegebenheiten als konstant und solide eingeschätzt werden.

Chancen- und Risikobericht

Das Unternehmen ist nunmehr seit 4 vollen Jahren Mitglied im Verkehrsverbund Mittelthüringen und seit dem Jahr 2022 auch 10. Gesellschafter der Verkehrsgemeinschaft Mittelthüringen GmbH. Somit kann es noch aktiver auf die Belange des ÖPNV in Thüringen Einfluss nehmen, und hat im Verbund bessere Möglichkeiten, die Attraktivität des ÖPNV zu stärken.

In Zusammenarbeit mit dem VMT werden in den nächsten Jahren Kundenrückgewinnungsprogramme aufgelegt, um die Umsatzzahlen aus 2019 wieder zu erreichen. Durch die gemeinsame Tarifentwicklung im Verbund, Attraktivitätssteigerungen durch moderne Fahrgastinformationssysteme und elektronische Ticketing-Systeme kann es im Verbund besser gelingen, den ÖPNV als eine gute wirtschaftliche Alternative zum motorisierten Individualverkehr zu etablieren.

Mit touristischen Aktivitäten wie Wander- und Fahrradbus oder Kultur-Tours sollen die Angebote des ÖPNV einem breiteren potentiellen Fahrgastkreis nähergebracht werden.

Es wird vor allem darauf ankommen, die Verkehre im ländlichen Raum durch neue Innovationen attraktiver zu gestalten, ohne die Verkehre in den Städten aus den Augen zu verlieren.

Wenige Tage vor Erstellung dieses Berichts beschloss der Zweckverband die Einführung eines On-Demand-Verkehrs ab dem Fahrplanwechsel im Dezember 2025. Dieser wird im Wesentlichen aus 2 Teilen bestehen, zum einen einer besseren Vertaktung von Hauptverkehrslinien mit der Erweiterung von landesbedeutsamen Linien und zum anderen dem eigentlichen On-Demand-Verkehr.

Dabei haben Fahrgäste aus Regionen, die nur ungenügend an das Hauptnetz angebunden sind, die Möglichkeit vorzugsweise über eine Handy-App aber auch telefonisch mit einer gewissen Vorlaufzeit einen Bus zu ordern, welcher Sie dann zu einem Umsteigepunkt an einer Hauptlinie oder aber direkt zum gewünschten Ort befördert.

Die notwendige App wurde in Zusammenarbeit von Kollegen des Mutterunternehmens mit einer ortsansässigen Softwarefirma entwickelt und steht kurz vor dem letzten Praxistest.

Sofern dieses System von den Fahrgästen angenommen wird, stellt es eine grundlegende Veränderung von Verkehrsbeziehungen des ÖPNV im ländlichen Raum dar.

Die KomBus Verkehr GmbH ist in das zentrale Risikomanagementsystem der KomBus-Gruppe integriert. Durch regelmäßige Überarbeitung und Anpassung, interne und externe Audits wird sichergestellt, frühzeitig Maßnahmen zur Minimierung erkennbarer Risiken ergreifen zu können.

So wurde im Mai 2024 das 3. Überwachungsaudit für die DIN EN ISO 9001:2015 ohne wesentliche Beanstandungen durchgeführt.

Der ÖDLA wurde mit der bundesweiten Einführung des Deutschlandtickets im April 2023 angepasst. Darin wird zum einen festgelegt, dass das Unternehmen den Tarif des Deutschlandtickets anzuwenden, zum anderen der Zweckverband Einnahmeausfälle, welche durch den Verkauf dieses Tickets entstehen, auszugleichen hat.

Bisher hat nur das Land Thüringen im dritten Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr vom 19. September 2023 in § 9 Rechtssicherheit für die Aufgabenträger und damit auch die Verkehrsunternehmen geschaffen. In Absatz 1 ist festgeschrieben, dass den Aufgabenträgern finanzielle Nachteile, welche durch die Einführung des Deutschlandtickets entstehen, vom Land auszugleichen sind.

Im Laufe des Jahres 2025 soll die bundesweite Aufteilung der Einnahmen aus dem Deutschlandticket in der Stufe 2 in Kraft treten. Das Vertragsdokument soll zwischen der aufteilenden Stelle, der D-Tix GmbH & Co. KG und den jeweiligen Verkehrsunternehmen wurde Ende März auf der Homepage des Vorsitzlandes der Verkehrsministerkonferenz veröffentlicht und muss bis Ende April unterzeichnet sein.

Auf Grund der soliden Lage des Unternehmens geht die Geschäftsführung davon aus, dass die Investitionen durch unsere finanzierenden Banken weiterhin zu günstigen Marktkonditionen begleitet werden.

Die Jahre 2022 bis 2024 brachten eine deutliche Zinswende nach oben. Auch wenn derzeit über eine Zinssenkung der EZB spekuliert wird, ist nicht klar, wie sich das Zinsniveau in Zukunft darstellt.

Die Situation der letzten Jahre hat gezeigt, dass die meisten Risiken durch geeignete Gegenmaßnahmen zumindest abgedeckt werden können. Wichtig dabei ist die konstruktive und konzertierte Zusammenarbeit zwischen den Aufgabenträgern, Schulverwaltungsträgern und Behörden auf der einen Seite und den Verkehrsunternehmen auf der anderen Seite und deren gemeinsames Handeln zur Aufrechterhaltung der Daseinsfürsorge ist von wesentlicher Bedeutung.

Ein weiteres, nicht zu unterschätzendes Risiko besteht in der Gewinnung von Fahrpersonal. Durch das Schwesterunternehmen, die KomBus Verkehrs- und -weiterbildungs GmbH wird deshalb die Ausbildung junger Leute im Beruf Kraftfahrer im Personenverkehr vorangetrieben, aber auch die Umschulung für diesen Beruf. Der im Mai 2023 abgeschlossene Lohnvertrag hat eine deutliche Erhöhung der Bezüge mit sich gebracht. Dadurch sollte es auch attraktiver werden, den Beruf des Kraftfahrers für Personenverkehr in unserem Unternehmen zu ergreifen.

3. Prognosebericht

Durch den bis zum 31.12.2026 geltenden Öffentlichen Dienstleistungsvertrag mit dem Zweckverband ÖPNV Saale-Orla sowie der bis zum gleichen Datum geltenden Liniengenehmigungen im ÖPNV wurde der Rechtsrahmen der Zusammenarbeit bis zum 31. Dezember 2026 abgesteckt und die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs gesichert.

Durch mehrmalige Anpassungen dieses Vertrages wird auch eine beihilferechtlich konforme Weiterleitung der Zuschüsse von Bund und Land, durch den Zweckverband an das Unternehmen gesichert.

Die vorläufigen Ausgleichszahlungen des Zweckverbandes ÖPNV für das Jahr 2025 sind durch die Annahme des Zweckverbandshaushaltes im Dezember 2024 in der notwendigen Höhe gesichert.

Der Aufgabenträger arbeitet derzeit an den Unterlagen zur Bekanntmachung des Vorhabens einer Direktvergabe der Leistungen im ÖPNV ab dem 01.01.2027 an das eigene Verkehrsunternehmen. Diese Bekanntmachung muss bis Juni 2025 im Europäischen Amtsblatt veröffentlicht sein.

Zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV und besserer Anbindung des ländlichen Raums wird in den nächsten Jahren verstärkt die Etablierung von On-Demand-Verkehren vorangetrieben.

Der in 2023 eingeschlagene Weg, Bio-CNG Busse zu beschaffen und einzusetzen, wird zumindest bis zum Jahr 2025 fortgesetzt.

Es bleibt abzuwarten, was die Novellierung der Clean-Vehicles-Richtlinie in den nächsten Jahren als Anforderung bei Neuanschaffungen mit sich bringen wird.

Auf Grund der gestiegenen Energiepreise und der ökologischen und ökonomischen Notwendigkeit weiterer Energieeinsparungen wird der in 2022 begonnene Weg der energetischen Sanierungen fortgesetzt. Weiteres Augenmerk ist auf die regelmäßige Instandhaltung der Betriebshöfe, teilweise über bzw. knapp 30 Jahre alt, zu legen. Diesbezüglich wurden im Jahr 2024 ein Mitarbeiter für Liegenschaftsangelegenheiten sowie ein Betriebshandwerker eingestellt.

Durch Werbemaßnahmen, Bonusprogramme, Einsatz von Fahrschein-Apps und ähnliches, soll auch in den nächsten Jahren kontinuierlich an der Erhöhung der Fahrgastzahlen gearbeitet werden. Sollten sich die Fahrgastzahlen weiter erhöhen, aber durch politisch gewollte Ticketangebote die Umsätze rückläufig sein, wären höhere Ausgleichzahlungen des Zweckverbandes notwendig, um das bestehende Angebot, vor allem im ländlichen Raum, beibehalten zu können.

Eine qualitativ bahnbrechende Veränderung und Verbesserung des ÖPNV sieht das Unternehmen in der Einführung des oben beschriebenen On-Demand-Verkehrs.

Die Planung 2025 schließt mit einem vorläufigen Gewinn für das Verkehrsunternehmen von T€ 116 ab, wobei durch die Einnahmeverteilungsmechanismen im Verbund sowie dem Ausgleich für Einnahmeausfälle durch das Deutschlandticket einige Unwägbarkeiten bestehen.

Für das kommende Wirtschaftsjahr sind wiederum Investitionen i.H. von ca. T€ 5.280 Euro geplant. Wie in jedem Jahr stellt die Ersatzinvestition in 15 Linienbusse, davon 10 mit Bio-CNG-Antrieb, mit einem Volumen von T€ 4.575 den größten Posten.

Die vergangenen Jahre mit Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieges haben gezeigt, dass das Unternehmen sehr schnell und vorausschauend auf Änderungen der Lage reagieren kann. Dies gilt auch für zukünftige Herausforderungen, welche das Geschäftsfeld des öffentlichen Nahverkehrs mit sich bringen wird.

Die Geschäftsführung schätzt ein, dass der Fortbestand des Unternehmens aus heutiger Sicht nicht gefährdet und dies auch für die absehbare Zukunft nicht erkennbar ist.

Saalfeld, den 31. März 2025

gez. Dirk Bergner

Geschäftsführer

7 KVV KomBus Verkehrsaus- und -weiterbildungs GmbH

Grundlagen

Unternehmen:

KomBus Verkehrsaus- und -weiterbildungs GmbH

Sitz:

Saalfeld/Saale

Handelsregister:

Amtsgericht Jena, HRB 502663

Gesellschafter:

KomBus GmbH, Bad Lobenstein – 100 %

Gesellschaftsvertrag:

vom 22.04.2008, zuletzt geändert am 14.01.2014

Stammkapital:

26.000,00 €

Gegenstand des Unternehmens:

Gemäß § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages ist Gegenstand des Unternehmens die Organisation und Durchführung der Berufs- und der Fahrschul Ausbildung bei Berufen des Personenverkehrs mit Omnibussen und die Durchführung der erforderlichen Weiterbildung sowie die Vornahme aller Geschäfte, die hiermit im unmittelbaren wirtschaftlichen Zusammenhang stehen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Das Unternehmen ist im Wesentlichen für die Berufsausbildung der ggw. 32 Auszubildenden (darunter 24 Auszubildende als Berufskraftfahrer) und gesetzlich vorgeschriebenen Weiterbildungen der Berufskraftfahrer in der Personenbeförderung der KomBus-Gruppe verantwortlich.

Beteiligungen an Unternehmen:

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Gesellschafters:

Mit der KomBus GmbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Herr Michael Algermissen

Geschäftsführer

Gesellschafterversammlung:

Herr Bert Hamm

Geschäftsführer KomBus GmbH

Herr Dirk Bergner

Geschäftsführer KomBus GmbH

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates:

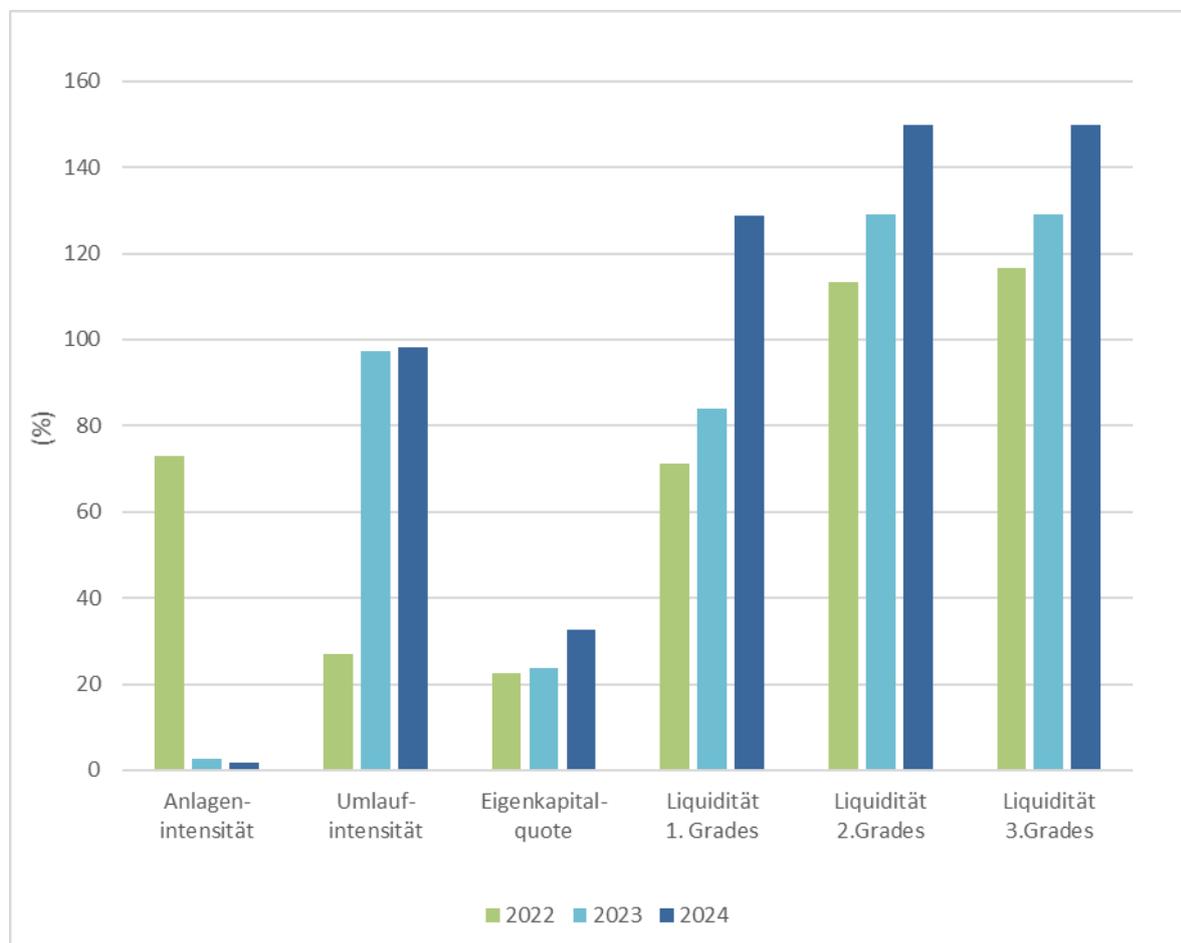
Geschäftsführung:

keine Angaben gemäß § 286 Abs. 4 HGB

Aufsichtsrat:

entfällt

Wichtige Kennzahlen der Vermögens- und Ertragslage



Jahresabschluss

<u>BILANZ</u>	Stand 31. Dezember 2024	Stand 31. Dezember 2023
	EUR	EUR
AKTIVA		
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00
II. Sachanlagen	1.508,00	3.039,00
III. Finanzanlagen	0,00	0,00
	<u>1.508,00</u>	<u>3.039,00</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	0,00	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.058,01	37.470,31
III. Wertpapiere	0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	66.995,50	69.789,49
	<u>78.053,51</u>	<u>107.259,80</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
<u>Summe Aktiva</u>	<u>79.561,51</u>	<u>110.298,80</u>
PASSIVA		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00
II. Kapitalrücklage	0,00	0,00
III. Gewinnrücklage	0,00	0,00
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0,00	0,00
V. Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00
	<u>26.000,00</u>	<u>26.000,00</u>
C. Rückstellungen	14.676,92	12.740,56
D. Verbindlichkeiten	38.884,59	71.558,24
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
<u>Summe Passiva</u>	<u>79.561,51</u>	<u>110.298,80</u>

Gewinn- und Verlustrechnung

	Stand 31. Dezember 2024 EUR	Stand 31. Dezember 2023 EUR
1. Umsatzerlöse	297.071,29	262.839,50
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
4. Sonstige betriebliche Erträge	23.399,13	9.742,14
5. Materialaufwand	32.376,98	32.498,45
6. Personalaufwand	208.571,76	90.282,98
7. Abschreibungen	2.647,07	7.513,50
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	51.751,57	132.021,58
9. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
10. Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.403,80	582,67
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	625,16	1.399,31
14. Ergebnis der gewöhnl. Geschäftstätigkeit	25.901,68	9.448,49
15. außerordentliche Erträge	0,00	0,00
16. außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
17. außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00
19. Sonstige Steuern	1.188,00	1.188,00
20. Erträge aus Verlustübernahme	0,00	0,00
auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines		
21. Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	24.713,68	8.260,49
22. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00

Lagebericht

KVW - KomBus Verkehrsaus- und -weiterbildungs GmbH

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024

1. Grundlagen des Unternehmens

Die KomBus Verkehrsaus- und –weiterbildungs GmbH (im Weiteren auch KVW genannt) ist 100%-ige Tochter der KomBus GmbH. Zur Gruppe gehört außer diesen beiden Unternehmen noch die KomBus Verkehr GmbH, welche den wesentlichen Leistungserbringer in der Gruppe darstellt.

Hauptschwerpunkt der Unternehmenstätigkeit besteht in der Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern

der KomBus-Gruppe. Dabei koordiniert die Gesellschaft die Auswahl, Einstellung und Ausbildung aller Lehrlinge der KomBus-Gruppe, betreut und organisiert deren Ausbildung im Verbund mit Mutter- und Schwesterunternehmen. Wie schon in den vergangenen Jahren wurden im Jahr 2024 wieder Umschüler ausgebildet.

Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt besteht in der geforderten Weiterbildung des Fahrpersonals, welches zum Erhalt der Führerscheinklasse D/DE innerhalb von jeweils 5 Jahren 35 Qualifizierungsstunden nachweisen muss.

Das Unternehmen ist anerkannter Ausbilder für den Ostthüringer Ausbildungsverbund und nunmehr seit 15 Jahren erfolgreich in der Aus- und Weiterbildung etabliert.

Auch in diesem Berichtsjahr unternahm das Unternehmen wiederum umfangreiche Aktivitäten in Bezug auf Lehrlings- und Fachkräftegewinnung und –betreuung. So trat das Unternehmen auf diversen Berufsmessen auf, z.B. der „InKontakt“ in Bad Blankenburg oder der „Berufe Aktuell“ in Neustadt/Orla. Auch am durch die Bundesagentur für Arbeit organisierten Tag der Berufe beteiligte sich das Unternehmen, ebenso am IHK Schüler College. Im Berichtsjahr wurde das „rollende Klassenzimmer“ eingeführt, bei dem ein Bus mit 2 Expert:Innen Schulen ansteuert, Jugendlichen Einblicke in unsere Arbeit gewährt und Fragen beantwortet. Des Weiteren wurde in den sozialen Medien und durch die Tagespresse, sowie in der monatlich erscheinenden und der gesamten Bevölkerung beider Landkreise zur Verfügung gestellten Fahrgastzeitung von Bus & Bahn Thüringen „Omni“ über die Möglichkeiten der Ausbildung in unseren Unternehmen geworben.

Es besteht ein enger Kontakt zur Agentur für Arbeit, Rentenversicherungsträgern, dem Berufsförderdienst der Bundeswehr und anderen öffentlichen Einrichtungen.

2. Wirtschaftsbericht

- Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Unternehmen ist im Wesentlichen für die Ausbildung der Lehrlinge und die Weiterbildung des Fahrpersonals der KomBus-Gruppe verantwortlich.

Wettbewerb gegen Fahrschulen am freien Markt ist von der Genehmigungsbehörde untersagt und auch nicht Zweck des Unternehmens. Somit tritt das Unternehmen lediglich durch zeitweilige Vermietung von Fahrschulentechnik bzw. Anmietung von LKW zur Ausbildung des eigenen Personals am Markt auf.

In geringem Maße wird Weiterbildung für Nachunternehmer sowie Unternehmen des öffentlichen Dienstes, des Berufsförderdienstes der Bundeswehr, welche keine eigene Lehrausbildung betreiben, durchgeführt.

- Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf ist im Wesentlichen beschränkt auf konzerninterne Aus- und Weiterbildung sowie die Ausbildung von Lehrlingen im Berufsbild Kraftfahrer im Personenverkehr im Auftrag des Ostthüringer Ausbildungsverbundes.

Wesentlichen Einfluss auf den Geschäftsverlauf hatte die Ausbildung und Betreuung von meist bis zu 31 Auszubildenden, so zum Beispiel in den Fachrichtungen Kraftfahrer im Personenverkehr (bis zu 21), Mechatronik (bis zu 7), Bürokommunikation (2) sowie 1 Auszubildende im Bereich Marketing. Diese Auszubildenden verteilen sich auf 3 Lehrjahre. Der Großteil der Auszubildenden sind beim Mutterunternehmen angestellt, 2 Auszubildende beim Schwesterunternehmen.

Dabei zeichnet die KVV für die theoretische und praktische Ausbildung der Berufskraftfahrer direkt verantwortlich, während die anderen Lehrlinge lediglich organisatorisch betreut werden. Da die gesamte Aus- und Weiterbildung nicht vom allein tätigen Geschäftsführer durchgeführt werden kann, wurden im Februar 2 Mitarbeiter des Schwesterunternehmens, welche im Besitz des Fahrlehrerscheins sind, in das Unternehmen eingestellt. In der Berufskraftfahrerweiterbildung werden darüber hinaus auch Kollegen des Mutterunternehmens eingebunden.

Im Jahr 2023 wurden 6 Personen aus den Bereichen Fernverkehr/ Speditionen mit Erfolg zu Berufskraftfahrern im Personenverkehr mit Erfolg umgeschult, welche im Schwesterunternehmen KomBus Verkehr GmbH angestellt sind.

Alle Auszubildenden des 3. Lehrjahres in dieser Fachrichtung konnten ihren Abschluss ebenfalls mit Erfolg ablegen.

Durch die nunmehr seit 15 Jahren in der Gruppe erfolgreich durchgeführte Berufsausbildung konnten im Wesentlichen Engpässe beim Personalbedarf recht gut abgedeckt und überbrückt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt des Unternehmens besteht in der gesetzlich vorgeschriebenen Weiterbildung aller Berufskraftfahrer des Schwesterunternehmens gemäß Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz.

Somit werden Erträge des Unternehmens hauptsächlich konzernintern generiert. Lediglich die Erträge aus der Betätigung für den Ostthüringer Ausbildungsverbund sowie die Vermietung des Fahrschulbusses (gesamt: T€ 21, VJ T€ 27) werden extern vereinnahmt.

Lage des Unternehmens

Ertragslage

Wie oben beschrieben, ist die Ertragslage im Wesentlichen geprägt durch konzerninterne Erträge. Diese sind abhängig von der Anzahl der Auszubildenden bzw. der Weiterbildungslehrgänge. Die Umsatzerlöse sind im Berichtsjahr wieder gestiegen (T€ 297, VJ T€ 262).

Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen von T€ 10 im Vorjahr auf T€ 23 im Berichtsjahr. Dieser Anstieg resultiert allerdings im Wesentlichen aus Zuschüssen der Bundesagentur für Arbeit für die Ausbildung eines Fahrlehrers.

Der Materialaufwand liegt wie schon im Vorjahr bei T€ 32, wobei der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe um T€ 1 gesunken und für bezogene Leistungen um T€ 1 gestiegen ist.

Der Personalaufwand stieg im Berichtsjahr um T€ 118. Es wurden die beiden Fahrlehrer, die bisher von der KomBus Verkehr GmbH ausgeliehen wurden, eingestellt.

Im Zusammenhang damit sind die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Berichtszeitraum um 60,6% auf T€ 52 gesunken.

Während der Ertrag gegenüber der Planung um 19,1% stieg, stieg der Aufwand gegenüber der Planung um 21,1%. Somit konnte der geplante Gewinn von T€ 25 mit tatsächlich T€ 25 erreicht werden.

Finanzlage

Zur Finanzlage ist nur insofern etwas zu berichten, als dass die Umsatzerlöse, wie schon im vorangegangenen Berichtsjahr, zu 81,4% aus konzerninternen Geschäften resultieren.

Auf eine Cashflow-Rechnung wird an dieser Stelle verzichtet. Die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds beträgt ./ T€ 3.

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen in Höhe von T€ 26 (VJ T€ 64), Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen gab es in diesem Jahr keine (VJ T€ 27).

Das Unternehmen hat keinerlei Darlehensverpflichtungen gegenüber Dritten.

Vermögenslage

Auf der Aktivseite verringern sich die Buchwerte des Anlagevermögens um T€ 1,5. Dies entfällt ausschließlich auf die Jahresabschreibungen der Wirtschaftsgüter. Investitionen ins Anlagevermögen wurden lediglich in Höhe von T€ 1 getätigt.

Das langfristige Vermögen ist vollständig durch Eigenkapital abgedeckt.

Das langfristig gebundene Vermögen beträgt 1,9 %, (VJ 2,8 %) der Bilanzsumme.

Die kurzfristigen Forderungen sind gesunken gegenüber dem Vorjahr um T€ 26, wobei keine Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen. Die liquiden Mittel sanken um T€ 3 auf T€ 67.

Die Rückstellungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um T€ 2 auf nunmehr T€ 15.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sanken um T€ 38 auf T€ 26. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die sonstigen Verbindlichkeiten stiegen im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt T€ 5,3.

Die Eigenkapitalquote beträgt 32,7% gegenüber dem Vorjahr mit 23,6%.

Die Eigenkapitalrendite, berechnet aus Gewinn vor Gewinnabführung durch Eigenkapital, liegt in diesem Jahr bei 95,1%, (VJ 31,8%), die Umsatzrendite, berechnet aus Gewinn vor Gewinnabführung durch Umsatz, liegt bei 8,3%, (VJ 3,1%).

- Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren bestehen in den Zahlungen durch Mutter- und Schwesterunternehmen für die Ausbildung und Betreuung der Lehrlinge, die Durchführung der Weiterbildung der Berufskraftfahrer sowie des Ostthüringer Ausbildungsverbundes für die Absicherung der Verbundausbildung. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren bestehen im Wesentlichen in der qualitativ hohen fachlichen Eignung der Ausbilder.

Der Geschäftsverlauf wird somit wesentlich geprägt von der Anzahl der auszubildenden Lehrlinge und der damit verbundenen Fahrschulprüfungen sowie der Umschulung von Mitarbeitern auf den Beruf des Kraftfahrers für Personenverkehr.

Sowohl der Geschäftsverlauf als auch die Lage des Unternehmens können als solide und stabil bezeichnet werden.

- Gesamtaussage zum Wirtschaftsbericht

Ausgehend von der Planung und Prognose eines Jahresergebnisses von T€ 25 hat das Unternehmen vor Gewinn- und Verlustübernahmen ein Jahresergebnis von T€ 25 erwirtschaftet. Damit wurde das geplante Ergebnis erreicht, Gründe dafür wurden oben schon beschrieben und liegen im Wesentlichen im konzerninternen Bereich.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Chancen und Risikobericht

Die KVV GmbH ist in das zentrale Risikomanagementsystem der KomBus-Gruppe integriert. Durch regelmäßige Überarbeitung und Anpassung, interne und externe Audits wird sichergestellt, frühzeitig Maßnahmen zur Minimierung erkennbarer Risiken ergreifen zu können.

Wesentliche Risiken bestehen lediglich in einem Rückgang der Bewerberzahlen zur Ausbildung als Berufskraftfahrer im Personenverkehr sowie einem längerfristigen Ausfall des Geschäftsführers. Diesem kann aber in Zukunft durch die Einstellung weiterer Fahrlehrer entgegengewirkt werden.

Prognosebericht

Die Prognose hängt im Wesentlichen mit der Fortführung des Schwesterunternehmens zusammen. Da diese gesichert ist, ist auch der Fortbestand der KomBus Verkehrsaus- und –weiterbildungs GmbH gesichert.

Da die KomBus-Gruppe weiterhin in die Ausbildung eigener Nachwuchskräfte investiert und die gesetzlichen Anforderungen an die Weiterbildung der Berufskraftfahrer eher steigen denn sinken, ist damit zu rechnen, dass die Erträge langfristig wieder gesteigert werden können.

Für das Jahr 2025 wird ein Jahresüberschuss von T€ 5 geplant.

Insgesamt kann somit von einer positiven Prognose ausgegangen werden.

Saalfeld, den 31. März 2025

gez. Michael Algermissen
Geschäftsführer

8 Städtereinigung Rudolf Ernst & Co. GmbH

Grundlagen

Unternehmen:

Städtereinigung Rudolf Ernst & Co. GmbH

Sitz:

Uhlstädt-Kirchhasel

Handelsregister:

Amtsgericht Jena, HRB 200480

Gesellschafter:

Städtereinigung Rudolf Ernst GmbH & Co. KG	60 %
Landkreis Saalfeld-Rudolstadt	40 %

Gesellschaftsvertrag:

gültig in der vom 18. Juni 2009 geänderten Fassung

Stammkapital:

525.000,00 EUR

Gegenstand des Unternehmens:

Gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages ist Gegenstand des Unternehmens die Städtereinigung. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten und sich an anderen Unternehmen, insbesondere als persönlich haftende Gesellschafterin, zu beteiligen oder deren Geschäftsführung zu übernehmen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Das Unternehmen erfüllt Entsorgungsaufgaben im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt und Saale-Orla-Kreis. Der Kreistag hat mit Beschluss vom 15.11.2005 den Wegfall des öffentlichen Zwecks festgestellt.

Beteiligungen an Unternehmen:

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises:

Gewinnausschüttung in Höhe von 80.000 EUR

Jahresabschluss

<u>BILANZ</u>	Stand	Stand
	31. Dezember 2023	31. Dezember 2022
<u>AKTIVA</u>	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	9,00	1.137,00
II. Sachanlagen	4.045.141,65	4.117.072,65
III. Finanzanlagen	0,00	0,00
	<u>4.045.150,65</u>	<u>4.118.209,65</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	130.832,77	193.583,02
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	893.712,46	784.574,67
III. Wertpapiere	0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	458.946,92	516.292,78
	<u>1.483.492,15</u>	<u>1.494.450,47</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	29.981,93	20.034,73
<u>Summe Aktiva</u>	<u>5.558.624,73</u>	<u>5.632.694,85</u>
	Stand	Stand
	31. Dezember 2023	31. Dezember 2022
	EUR	EUR
<u>PASSIVA</u>		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	525.000,00	525.000,00
II. Kapitalrücklage (Sonderposten für Investitionszuschüsse)	0,00	0,00
III. Gewinnrücklage	1.831.530,90	1.831.530,90
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.551.209,04	1.551.249,13
V. Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	183.111,84	199.959,91
	<u>4.090.851,78</u>	<u>4.107.739,94</u>
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	31.234,92	45.101,19
C. Rückstellungen	152.909,00	91.300,00
D. Verbindlichkeiten	637.681,36	759.222,72
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2947,67	2031,00
F. Passive latente Steuern	643.000,00	627.300,00
<u>Summe Passiva</u>	<u>5.558.624,73</u>	<u>5.632.694,85</u>

Hinweis: Der Jahresabschluss der Städtereinigung Ernst für das Jahr 2024 lag zum Erstellungszeitpunkt nicht vor. Die Ergänzung erfolgt redaktionell, sobald die Unterlagen vorliegen.

<u>Gewinn- und Verlustrechnung</u>	Stand 31. Dezember 2023 EUR	Stand 31. Dezember 2022 EUR
1. Umsatzerlöse	7.058.866,86	7.727.663,45
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
4. Sonstige betriebliche Erträge	100.606,15	106.670,53
5. Materialaufwand	2.804.979,53	3.527.964,93
6. Personalaufwand	2.806.231,51	2.720.941,34
7. Abschreibungen	633.058,78	622.754,82
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	626.003,19	645.398,22
9. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
10. Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	49,00	360,00
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.511,46	6.817,75
14. Ergebnis der gewöohnl. Geschäftstätigkeit	285.737,54	310.816,92
15. außerordentliche Erträge	0,00	0,00
16. außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
17. außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	77.416,92	84.922,23
19. Sonstige Steuern	25.208,78	25.934,78
20. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	183.111,84	199.959,91

Hinweis: Der Jahresabschluss der Städtereinigung Ernst für das Jahr 2024 lag zum Erstellungszeitpunkt nicht vor. Die Ergänzung erfolgt redaktionell, sobald die Unterlagen vorliegen.

Lagebericht

LAGEBERICHT für das Geschäftsjahr 2023 der Firma Städtereinigung Rudolf Ernst & Co. GmbH

- Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Wir sind im Dienstleistungssektor der Entsorgungswirtschaft tätig. Unser Tätigkeitsbereich ist ausschließlich regional. Die Kerngeschäftsfelder erstrecken sich auf:

- kommunale Entsorgung und Sammelsysteme (Hausmüll, Papier, Sperrmüll, Schrott, Systembetreiber für Duale Systeme, Einsammeln und Transportieren von Leichtverpackungen und Glas)
- Abfallentsorgung (Nassentsorgung, gewerbliche Entsorgung einschließlich Containerdienst, Wertstoffhöfe).

- Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Wirtschaftskrise in Deutschland setzt sich auch im Jahr 2023 fort. Das BIP sank um 0,3% im Vergleich zum Vorjahr. Die Inflation betrug im Vergleich zum Vorjahr (2022) +5,9%. Sie bewegt sich damit weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. *(Quelle: Statistisches Bundesamt)*

Die Preise für die Sorte „gemischtes Altpapier“ bewegten sich im Jahr 2023 auf einem sehr niedrigen Niveau. Der Preisindex „mittlerer Euwid“ für diese Sorte lag im Bereich von -15,00 € bis + 10,00 €.

Geschäftsverlauf

Trotz sinkender Umsatzerlöse konnte der Rohertrag um 48 T€ gesteigert werden. Ursächlich für den doch deutlichen Umsatzrückgang waren die über den gesamten Jahresverlauf niedrigen Altpapierpreise. Dies betraf jedoch nicht nur die Verkaufseite, sondern auch die Einkaufseite, sodass beim Rohertrag ein leichter Zuwachs verbucht werden konnte.

Die Personalkosten stiegen planmäßig um ca. 3 %. Im Jahresdurchschnitt waren 71 Mitarbeiter (Vj. 75 Mitarbeiter) beschäftigt.

Die Auftragslage ist durch die bestehenden Entsorgungsverträge bis mindestens 2024 abgesichert.

Lage

Das Rohergebnis liegt mit TEuro 4.354 (Vj. TEuro 4.306) leicht über dem Vorjahresniveau.

Die Gesamtinvestitionen im Geschäftsjahr beliefen sich auf TEuro 560. Diese wurden aus eigenen Mitteln finanziert. Im Wesentlichen handelt es sich dabei Müllsammelfahrzeuge, Behältertechnik und ein Identsystem.

Das Ergebnis vor Ertragsteuern beträgt TEuro 261 (Vj. TEuro 285). Es liegt damit auf Höhe des erwarteten Ergebnisses.

Das Betriebsergebnis vor Abschreibung, Zinsen und Steuern (EBITDA) ermittelt sich wie folgt:

	31.12.2023	31.12.2022
	TEuro	TEuro
Jahresüberschuss	183	200
Steuern vom Einkommen und Ertrag	77	85
Zinsergebnis	3	6
= EBIT	264	291
Abschreibung	633	623
= operative Ertragskraft (EBITDA)	897	914

Zur Beurteilung der Finanzlage dient die Kapitalflussrechnung.

	31.12.2023	31.12.2022
	TEuro	TEuro
erwirtschafteter Cash Flow	818	827
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	918	591
Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit	-551	-395
Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit	-424	-526
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittel- fonds	-57	-330
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	516	846
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	459	516

Unsere Gesellschaft weist unverändert eine solide Vermögens- und sichere Finanzlage auf. Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets unter Ausnutzung von Skonto innerhalb der Zahlungsfristen zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Der Gesellschaft stehen ausreichend flüssige Mittel sowie ein nicht beanspruchter Kreditrahmen zur Verfügung.

Die für die Vermögens- und Finanzlage bezeichnenden Kennzahlen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

Die Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital hat sich von 100,3 % auf 98,9 % minimal reduziert, die Eigenkapitalquote stieg von 72,9 % auf 73,6 % und die Nettoverschuldung (Fremdkapital minus flüssige Mittel) hat sich von TEuro 334 auf TEuro 332 nahezu nicht verändert.

Im Geschäftsjahr wurden Darlehen in Höhe von TEuro 220 getilgt. Eine Neuaufnahme erfolgte nicht. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten belaufen sich auf TEuro 137.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Wir ziehen für unsere interne Unternehmenssteuerung im Wesentlichen die Kennzahlen Umsatzrendite und den Cash-Flow heran. Aufträge werden auf der Grundlage verschiedener Deckungsbeitragsstufen kalkuliert.

Die Umsatzrendite berechnen wir mit dem EBIT im Verhältnis zu den Umsatzerlösen, den Cash-Flow aus der Summe aus Jahresergebnis, Abschreibungen, der Dotierung (bzw. Auflösung) längerfristiger Rückstellungen sowie der Neutralisierung von latenten Steuern. Sowohl die Umsatzrendite von 3,7% (Vj. 3,8%), als auch der Cash Flow von TEuro 832 (Vj. TEuro 842) bewegen sich auf Vorjahresniveau.

Unsere wirtschaftliche Lage kann insgesamt als gut bezeichnet werden.

- Nachtragsbericht

Zu Ereignissen nach dem Bilanzstichtag wird im Anhang und im nachfolgenden Prognosebericht Stellung genommen.

- Prognosebericht

Die allgemeine wirtschaftliche Lage und auch die Situation in der Entsorgungswirtschaft ist von großer Unsicherheit geprägt. Die Entsorgungswirtschaft ist in vielfältiger Weise von vielen anderen Branchen abhängig. Wir gehen weiterhin von steigenden Kosten im Beschaffungssektor sowie bei den Personalkosten aus. Im Herbst 2024 wurde rückwirkend zum 01.01.2024 ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Dieser beinhaltet erstmals eine Entgelttabelle. Die daraus resultierenden Erhöhungen bewegen sich im zweistelligen Prozentbereich.

Für das Jahr 2024 rechnen wir mit einer leichten Ergebnisverbesserung, sowie einer leichten Verbesserung der Umsatzrendite und des Cash Flow. Gründe dafür sind verbesserte Konditionen in die ab 2024 beginnenden neuen Entsorgungsverträgen sowie allgemein Preisanpassungen.

- Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Branchenspezifische Risiken und Auftragsrisiken

Die derzeitigen hohen Energie- und Treibstoffkosten zählen für uns zum größten Risiko. Die weitere Entwicklung ist hier auch nicht abschätzbar. Niedrige bzw. schwankende Wertstoffpreise stellen ein mittleres Risiko dar. Die wesentlichen Mengen sind vertraglich abgesichert. Dem Fachkräftemangel begegnen wir durch eigene Ausbildungsmöglichkeiten und gute Arbeitsbedingungen.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Finanzwirtschaftliche Risiken sind derzeit nicht erkennbar. Die Liquidität ist auf einem ausreichend hohen Niveau. Weitere Risiken aus Kundeninsolvenzen ergeben sich nicht aus wesentlichen Forderungen, da hier Hauptauftraggeber die öffentliche Hand und die Dualen Systeme sind.

Sonstige Risiken

Interne sowie sonstige Risiken sind derzeit nicht ersichtlich. Insgesamt sehen wir bei der guten Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft keine Bestandsgefährdungspotentiale.

Chancenbericht

Auf der Absatzseite können wir auf mittel- und längerfristige Verträge zurückgreifen, die unseren Bestand gewährleisten.

Dem Wettbewerb am Markt begegnen wir weiterhin durch Erfahrung, Zuverlässigkeit und ein hohes Maß an Qualität.

Gesamtaussage

Risiken der künftigen Entwicklung sehen wir in steigenden Rohstoffpreisen und starken Schwankungen des Sekundärrohstoffmarktes. Vor dem Hintergrund unserer finanziellen Stabilität sehen wir uns für die Bewältigung der künftigen Risiken gut gerüstet. Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar.

- Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Hauptauftraggeber der Gesellschaft sind Kommunen, Forderungsausfälle sind hier nicht zu befürchten; zudem werden die Entsorgungsgebühren direkt von den Bürgern eingefordert. Unser gewerblicher und übriger Kundenstamm ist solvent. Ein aktives Forderungsmanagement vermeidet hohe Außenstände. Forderungsausfälle sind eher die Ausnahme.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen, in der Regel mit Skonto, bezahlt.

Im kurzfristigen Bereich finanziert sich die Gesellschaft überwiegend mittels Lieferantenkrediten und Eigenmitteln. Für Spitzenausgleiche sind ausreichend Kreditlinien unserer Hausbank vorhanden.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Bei erkennbaren Ausfall- und Bonitätsrisiken von Vermögenswerten wird eine entsprechende Wertberichtigung vorgenommen.

Uhlstädt-Kirchhasel, den 18. Dezember 2024

gez. Jürgen Ernst
(Geschäftsführer)

gez. Peter Thieme
(Geschäftsführer)

9 Thüringen-Kliniken „Georgius Agricola“ GmbH

Grundlagen

Unternehmen:

Thüringen-Kliniken „Georgius Agricola“ GmbH
(Die Gesellschaft ist anerkannt gemeinnützig gemäß Abgabenordnung.)

Sitz:

Saalfeld/Saale

Handelsregister:

Amtsgericht Jena, HRB 204236

Gesellschafter:

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt – 100 %

Gesellschaftsvertrag:

vom 23. Juni 1992, zuletzt geändert durch Beschluss vom 07. August 2024

Stammkapital:

1.050.000,00 EUR

Gegenstand des Unternehmens:

Gemäß § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages ist Gegenstand des Unternehmens der Betrieb von Krankenhauseinrichtungen, insbesondere des Krankenhauses Thüringen-Kliniken „Georgius Agricola“ GmbH mit den Standorten in Saalfeld, Rudolstadt und Pößneck sowie die Vornahme aller Geschäfte, die hiermit im unmittelbaren und wirtschaftlichen Zusammenhang stehen. Das Unternehmen verpflichtet sich, seinen im Krankenhausplan festgelegten Versorgungsauftrag zu erfüllen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Thüringen-Kliniken "Georgius Agricola" GmbH erfüllt die Aufgaben gemäß geltendem Thüringer Krankenhausplan.

Beteiligungen an Unternehmen:

Thüringen-Kliniken Servicegesellschaft mbH Saalfeld/Saale - 100 %
Medizinisches Versorgungszentrum der Thüringen-Kliniken „G. Agricola“ GmbH, Saalfeld/Saale – 100 %

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises:

keine

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Herr Dr. Thomas Krönert

Gesellschafterversammlung:

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt

Herr Marko Wolfram, Landrat

Aufsichtsrat:

Vorsitzender:

Herr Marko Wolfram

Landrat des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt

Stellvertretender Vorsitzende/r:

Frau Andrea Wende (bis 07/2024)

Mitglied des Kreistages

Herr Dr. Steffen Kania (ab 08/2024)

Mitglied des Kreistages

Mitglieder:

Frau Regina Kräußel (bis 07/2024)

Mitglied des Kreistages

Frau Brunhilde Nauer (bis 07/2024)

Mitglied des Kreistages

Herr Alfred Weber (bis 07/2024)

Vorstandsvorsitzender Sparkasse i. R.

Herr Andreas Kraußel

Mitglied des Kreistages

Frau Andrea Wende (ab 08/2024)

Mitglied des Kreistages

Herr Jörg Reichl (ab 08/2024)

Mitglied des Kreistages

Herr Oliver Weder (ab 08/2024)

Mitglied des Kreistages

Herr Jörg Gasda (ab 08/2024)

Mitglied des Kreistages

Arbeitnehmervertreter:

Frau Helke Krompholz

Betriebsratsvorsitzende

Frau Heike Schöneburg

Hygienefachschwester

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

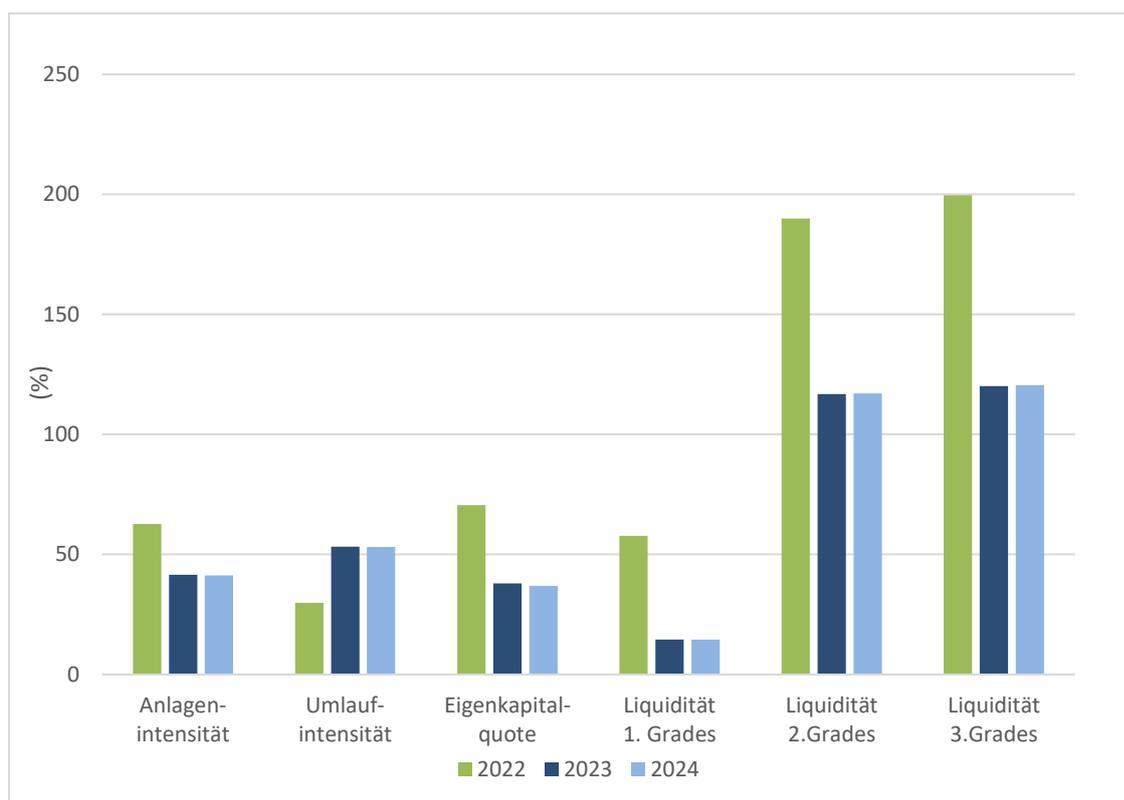
Geschäftsführung:

keine Angaben gemäß § 286 Abs. 4 HGB

Aufsichtsrat:

18 TEUR (Vorjahr: 16 TEUR)

Wichtige Kennzahlen der Vermögens- und Ertragslage:



Jahresabschluss

<u>BILANZ</u>	Stand	Stand
	31. Dezember 2024	31. Dezember 2023
<u>AKTIVA</u>	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.026.660,65	2.317.651,99
II. Sachanlagen	101.120.553,30	103.559.086,48
III. Finanzanlagen	500.000,00	500.000,00
	<u>103.647.213,95</u>	<u>106.376.738,47</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	3.923.639,06	3.735.857,29
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	118.393.908,96	116.009.896,05
III. Wertpapiere	0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	10.733.070,53	16.447.835,71
	<u>133.050.618,55</u>	<u>136.193.589,05</u>
C. Ausgleichsposten nach dem KHG	13.438.413,29	13.055.270,29
D. Rechnungsabgrenzungsposten	538.340,88	292.426,56
E. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0,00	0,00
<u>Summe Aktiva</u>	<u>250.674.586,67</u>	<u>255.918.024,37</u>
	Stand	Stand
	31. Dezember 2024	31. Dezember 2023
<u>PASSIVA</u>	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	1.050.000,00	1.050.000,00
II. Kapitalrücklage	28.032.280,60	28.032.280,60
III. Gewinnrücklage	42.745.856,26	45.530.148,94
IV. Bilanzgewinn	-3.117.662,63	-2.784.292,68
	<u>68.710.474,23</u>	<u>71.828.136,86</u>
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	64.346.293,43	66.543.228,30
C. Rückstellungen	10.292.800,00	9.606.703,24
D. Verbindlichkeiten	107.272.500,04	107.389.601,09
E. Rechnungsabgrenzungsposten	52.518,97	550.354,88
<u>Summe Passiva</u>	<u>250.674.586,67</u>	<u>255.918.024,37</u>

Gewinn- und Verlustrechnung

	Stand 31. Dezember 2024 EUR	Stand 31. Dezember 2023 EUR
1. Erlöse aus allg. Krankenhausleistungen	141.706.045,14	134.994.897,58
2. Erlöse aus Wahlleistungen	149.604,04	114.482,65
3. Erlöse aus amb. Leistungen des Krankenh.	5.533.656,50	4.438.400,46
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	1.358.479,72	1.276.404,47
4.a. Umsatzerlöse eines Krankenhauses nach § 277 des Handelsgesetzbuches, soweit nicht in den Posten Nr. 1 bis 4 enthalten	8.310.115,57	9.356.563,12
5. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-85.214,22	1.117.844,56
6. andere aktivierte Eigenleistungen	38.116,05	0,00
7. Zuweisungen und Zuschüsse der öff. Hand	3.485.945,82	8.796.245,99
8. sonstige betriebliche Erträge	4.091.710,16	3.122.280,29
9. Personalaufwand	114.669.958,18	110.296.370,87
10. Materialaufwand	36.248.207,06	38.100.380,03
Zwischenergebnis	13.670.293,54	14.820.368,22
11. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	4.723.081,99	94.116.810,59
12. Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten aus Darlehensförderung und für Eigenmittelförderung	383.143,00	383.143,00
13. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten /Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	7.405.809,26	7.437.989,38
Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	0,00	0,00
14. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	5.186.013,37	94.529.015,40
15. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	447.495,06	464.192,88
17. Aufwendungen aus der Auflösung der Ausgleichsposten aus der Darlehensförderung und für Eigenmittelförderung	0,00	0,00
18. Abschreibungen	9.049.234,02	9.210.124,81
19. Sonstige betriebliche Aufwendungen	14.766.298,73	15.227.108,86
Zwischenergebnis	-3.266.713,39	-2.672.130,76

20. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
21. Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00
22. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	369.025,86	255.627,99
23. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
24. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	255.041,76	263.624,93
25. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.152.729,29	-2.680.127,70
26. außerordentliche Erträge	0,00	0,00
27. außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
28. außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
29. Steuern	35.066,66	-104.164,98
30. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-3.117.662,63	-2.784.292,68
31. Gewinnvortrag		
32. Ergebnisverwendung	in Pkt. 31 enthalten	in Pkt. 31 enthalten
33. Bilanzgewinn	-3.117.662,63	-2.784.292,68

Lagebericht

Thüringen-Kliniken „Georgius Agricola“ GmbH, Saalfeld/Saale

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024

I. GRUNDLAGEN DER GESELLSCHAFT

Die Thüringen-Kliniken „Georgius Agricola“ GmbH (im Folgenden auch „Thüringen-Kliniken“ oder „Gesellschaft“ genannt) mit Standorten in Saalfeld, Pößneck und Rudolstadt sind ein nach § 108 Nr. 2 Sozialgesetzbuch V (SGB V) zugelassenes Krankenhaus. Die Gesellschaft befindet sich in kommunaler Trägerschaft des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt und wird als eigenständiges Unternehmen in der Rechtsform einer GmbH geführt. Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Die Thüringen-Kliniken unterliegen der Krankenhausplanung des Freistaates Thüringen und sind in den Krankenhausplan des Freistaates Thüringen aufgenommen. Entsprechend des 7. Thüringer Krankenhausplanes besitzen die Thüringen-Kliniken einen überregionalen Versorgungsauftrag mit 824 Planbetten in 12 Fachrichtungen.

Die Thüringen-Kliniken sind akademisches Lehrkrankenhaus des Universitätsklinikums Jena und einer der größten Arbeitgeber der Region.

Die Gesellschaft hält 100 % der Anteile an der im Februar 2006 zur ambulanten Versorgung von Patienten gegründeten Medizinisches Versorgungszentrum der Thüringen-Kliniken 'G. Agricola' GmbH (MVZ) sowie an der im November 2018 gegründeten Thüringen-Kliniken Servicegesellschaft mbH. Das MVZ verfügte im Berichtszeitraum über 5 Betriebsstätten, 11 Fachrichtungen und 35 Vertragsarztsitze.

In der Vergangenheit über Fremdanbieter bezogene Reinigungsleistungen werden seit dem Jahr 2019 durch die Thüringen-Kliniken Servicegesellschaft mbH erbracht. Durch die erfolgreiche wirtschaftliche Führung der Tochtergesellschaften werden die Thüringen-Kliniken in Prozessteilen maßgeblich unterstützt und integrieren den ambulanten Versorgungsbereich durch Übernahme der Sicherstellung einer wohnortnahen medizinischen Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen medizinischen Leistungen im ambulanten vertragsärztlichen Bereich.

II. WIRTSCHAFTSBERICHT

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Bundesweite Entwicklung

Die Wirtschaftsleistung ging das zweite Jahr in Folge zurück: Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im Jahr 2024 um 0,2 % gesunken. Das BIP lag im Jahr 2024 nur noch 0,3 % höher als vor der Corona-Pandemie im Jahr 2019. Konjunkturelle und strukturelle Belastungen standen im Jahr 2024 einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung im Wege. (Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 019 vom 15. Januar 2025)

Gemäß dem aktuellen Krankenhausbarometer 2024 hat sich die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser in Deutschland, wie bereits in den Vorjahren prognostiziert, weiter verschlechtert und auch für das Jahr 2025 werden weitere Rückgänge erwartet. Aus der aktuellen Umfrage ergibt sich für das Jahr 2024 insgesamt eine weitere Verschärfung der wirtschaftlichen Lage der Krankenhäuser. Im Vergleich zum Jahr 2023 wird der Anteil der Häuser mit negativem Jahresergebnis von 61 % auf voraussichtlich 79 % ansteigen. (Quelle: DKI Krankenhaus Barometer Umfrage 2024, https://www.dki.de/fileadmin/user_upload/DKI_Krankenhaus_Barometer_2024_final.pdf)

Die schwierige wirtschaftliche Lage, in welcher sich Krankenhäuser gegenwärtig befinden, ergibt sich aus einer Vielzahl von Sachverhalten, mit denen sich die Krankenhäuser konfrontiert sehen. Seit Jahren kämpfen die deutschen Krankenhäuser mit einer strukturellen Unterfinanzierung.

Laut Veröffentlichung der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) vom 27.12.2024 ist die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser in Deutschland so dramatisch wie noch nie.

Der Anteil der Kliniken mit unbefriedigender wirtschaftlicher Lage erreicht im Jahr 2024 einen neuen Höchststand. Zwei Drittel der Häuser erwarten für 2025, dass sich ihre wirtschaftliche Situation weiter verschlechtert.

Vor allem Preissteigerungen bei den Personal- und Sachkosten wirken sich laut der DKI-Umfrage in 88 % der Krankenhäuser stark oder sehr stark auf ihre Liquiditätssituation aus.

Die Weltwirtschaft stand und steht vor einer Vielzahl von Herausforderungen, die das Jahr 2024 prägten und auch das Jahr 2025 weiter prägen werden. Die hohe Inflationsrate und gestiegene Zinsen sowie anhaltende und zunehmende geopolitische Spannungen führen zu wirtschaftlicher Unsicherheit und führen insbesondere weiterhin zu Lieferengpässen und Preisanstiegen über alle Wertschöpfungsstufen hinweg.

Regionale Entwicklung

Berichte über Klinikschließungen, insbesondere in ländlichen Gebieten, häufen sich. So auch im Umkreis der Thüringen-Kliniken. In unmittelbarer Umgebung der Standorte der Thüringen-Kliniken schlossen innerhalb des Jahres 2024 das Krankenhaus Schleiz und das Krankenhaus Neuhaus. Das Krankenhaus Sonneberg konnte zunächst durch eine Bürgerschaft des Kreises Sonneberg vor der Insolvenz bewahrt werden.

2. Geschäftsverlauf

2.1 Ergebnis

Das Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2024 beläuft sich auf einen Jahresfehlbetrag i. H. v. 3.118 TEUR. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang um 333 TEUR.

2.2 Leistungsentwicklung

Die Leistungserbringung der Thüringen-Kliniken erfolgt in den Leistungsbereichen der Somatik und der Psychiatrie.

Im somatischen Bereich (entlassene Behandlungsfälle, inklusive Überlieger) ergibt sich in der Jahresbetrachtung 2024 sowohl ein Rückgang der Fallzahlen als auch der Bewertungsrelationen in Höhe von -2 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 2023.

Der Leistungsbereich der Psychiatrie (entlassene Behandlungsfälle, inklusive Überlieger) gibt im Jahr 2024 ein ebenfalls rückläufiges Leistungsbild der Fallzahlen in Höhe von -4 % sowie bei den Bewertungsrelationen in Höhe von -2 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 2023 wieder.

2.3 Budgetentwicklung

Landesbasisfallwert 2024

Der Landesbasisfallwert für das Jahr 2024 war seit 1. Februar 2024, für alle ab dem 1. Februar 2024 aufgenommenen stationären Behandlungsfälle in Höhe von 4.205,76 EUR (mit Ausgleichen) gültig. Das entspricht einer Steigerungsrate in Höhe von 5,35%.

Budgetverhandlungen 2024

Für das Budgetjahr 2024 fanden die Verhandlungen mit den Kostenträgern am 13. August und 14. August 2024 statt. Es konnte Einigung in nahezu allen Budgetbestandteilen erzielt werden.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes stehen die Vereinbarungen und schlussendlich auch die Genehmigungen des Jahres 2024 noch aus. Hintergrund ist eine noch ausstehende Einigung zu einer die Vorjahre betreffenden Ausgleichsthematik im Bereich der Psychiatrie. Falls keine Einigung möglich ist, muss eine Entscheidung der Schiedsstelle Klärung herbeiführen.

Eine zwischenzeitliche Verständigung zur schriftlichen Vereinbarung der bereits geeinten Budgetteile erfolgte und wird voraussichtlich im II. Quartal 2025 zur Umsetzung gelangen.

2.4 Personalentwicklung und Tarifverhandlungen

Im Kalenderjahr 2024 betrug die durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer insgesamt 1.713.

Bei den Personalkosten ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung i. H. v. rd. 4 %. Der Anstieg ist hauptsächlich auf Tarifsteigerungen, tariflichen Sonderzahlungen und Steigerung bei der Mitarbeiteranzahl zurückzuführen.

Die tariflichen Steigerungen im ärztlichen Bereich betragen 2024 gegenüber 2023 linear 2,5 %. Aus den Tarifverhandlungen für den nichtärztlichen Dienst ergaben sich für das Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr 2023 lineare Tarifsteigerungen i. H. v. 3,5 %, ab 1. Juli 2024 unter Hinzurechnung eines Sockelerhöhungsbetrages von 150 EUR Der Einbezug des Sockelerhöhungsbetrages über alle Tabellenentgelte ergab rechnerische Tarifsteigerungen zwischen 6 und bis zu 11 % und im Mittelwert zwischen 8 bis 9 %. Hiermit erfolgten die in den Vorjahren ausgebliebenen linearen Steigerungen zu einer erheblichen tariflichen Steigerung in 2024.

2.5 Investitionen und Instandhaltung

2.5.1 Investitionen

Im Geschäftsjahr 2024 wurden Investitionen mit einem Betrag i. H. v. rd. 6.370 TEUR (Vj. 6.551 TEUR) getätigt. Diesen Investitionen liegen insbesondere folgende Finanzierungsarten zu Grunde:

- Pauschalfördermittel 2.095 TEUR
- Eigenmittel 1.773 TEUR
- Einzelfördermittel für den Neubau des Bettenhauses rd. 1.053 TEUR
- Kreditmittel für den Umbau der Rettungswache in Pößneck 812 TEUR
- Fördermittel aus dem Krankenhausstrukturfonds für Maßnahmen der Digitalisierung rd. 526 TEUR.

Der Investitionsschwerpunkt im Bereich der Pauschal- und Eigenmittelförderung lag vor allem im Bereich des medizinischen Bedarfs (2.648 TEUR).

Hier wurde vorrangig in medizinische Geräte investiert. Im Rahmen der technischen Anlagen wurde u.a. ein Personenaufzug (176 TEUR) ausgetauscht.

2.5.2 Instandhaltung

Die Aufwendungen für Instandhaltung, Reparaturen und Wartung belaufen sich im Geschäftsjahr 2024 auf einen Betrag von insgesamt 5.944 TEUR (Vorjahr: 5.889 TEUR). Davon entfielen im Wesentlichen 2.464 TEUR (Vorjahr: 2.344 TEUR) auf die Medizintechnik, 1.211 TEUR (Vorjahr: 1.169 TEUR) auf die Gebäudesubstanz (davon Dachsanierung des Süd- und Ostflügels rd. 716 TEUR) und 797 TEUR (Vorjahr: 1.146 TEUR) auf technische Anlagen.

2.6 Medizinische Strategie

Das Gesundheitswesen in Deutschland und damit auch die stationäre Versorgung als Domänenmarkt der Thüringen-Kliniken stehen vor einem radikalen Umbau. Das eherne Versprechen gleicher Gesundheitsleistungen für alle Bürger, ist unter der jetzigen Finanzlast nicht mehr lange zu halten. Kostensenkungen sind nötig, um die Versorgung der Bevölkerung abzusichern. Als ein fruchtbringender Weg wurde die Ambulantisierung identifiziert und fest in der Gesundheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland verankert. Seit jeher ist die medizinische Leistungserbringung in Deutschland sektoral in ambulant und stationär geteilt. Diese Grenzen werden mehr und mehr aufgebrochen und Krankenhäuser zunehmend für die ambulante Versorgung ertüchtigt. Dieser Schritt ist nur folgerichtig, da aus volkswirtschaftlicher Sicht teure Infrastruktur geschaffen wurde und nur für die stationäre Versorgung genutzt wird. Führt man das seit Jahren auf gleichem Niveau verbleibende ambulante Operieren als stationärsersetzende Maßnahme an, so wird die Einführung der hybriden DRG und deren zunehmendes Rollout die Versorgung revolutionieren. Mit dem Mittel der übergangsweisen hybriden Finanzierung ambulanter Leistungen mit einem erhöhten Entgelt wird es möglich, Strukturen zu schaffen, die dauerhaft einen nennenswerten Beitrag in der Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten Leistungen leisten.

Die Thüringen-Kliniken steuern die Leistungserbringung seit Jahren so, dass ihre Leistungsstrukturen den Märkten angepasst sind und eine Marktteilnahme mit dem gesamten Leistungsportfolio abgesichert wird. Dies dient natürlich den betriebswirtschaftlichen Interessen des Unternehmens Thüringen-Kliniken, sichert aber auch die Erfüllung des volkswirtschaftlichen Auftrages der Erbringung von Gesundheitsleistungen auf einem hohen Niveau.

Die dafür notwendigen Strukturen werden über die Fortführung sämtlicher Bauprojekte generiert. Dabei werden zukunftsfähige Infrastrukturen geschaffen, die marktgerecht und modern sind.

Die Thüringen-Kliniken sind in der Lage, die aktuellen Herausforderungen anzunehmen und rüsten sich zeit- und fristgerecht.

Im Hinblick auf das Rollout der Leistungsgruppen sind alle notwendigen Strukturqualitäten vorhanden, um das gewünschte Leistungsportfolio erbringen zu dürfen. Aufgrund der solitären Lage der Thüringen-Kliniken als alleiniger Versorger für Süd-Ostthüringen sind die Möglichkeiten der Kooperation mit anderen Krankenhäusern begrenzt, werden dennoch insbesondere bei hochspezialisierten Leistungen aktiv wahrgenommen. Die geschieht vorrangig als akademisches Lehrkrankenhaus des Universitätsklinikum Jena mit ebendiesem.

Die Thüringen-Kliniken gestalten für ihr Versorgungsgebiet die Umsetzung der Krankenhausreform aktiv und nehmen diese als Chance wahr, ein etabliertes Leistungsportfolio langfristig auszurichten und dies an den tatsächlichen Bedarf an Gesundheitsleistungen anzupassen.

2.7 Qualitätsmanagement / Zertifizierungen

Das einrichtungsinterne Qualitätsmanagement dient der kontinuierlichen Sicherung und Verbesserung der Patientenversorgung, sowie der Organisationsentwicklung. Mit dem primären Ziel einer größtmöglichen Patientensicherheit werden neben einer bewussten Patientenorientierung auch die Perspektiven der an der Gesundheitsversorgung beteiligten Akteure berücksichtigt.

In den Thüringen-Kliniken werden Umsetzung und Wirksamkeit des implementierten Qualitätsmanagementsystems regelmäßigen Prüfungen unterzogen. Dies geschieht durch Zertifizierungen, Rezertifizierungen und Überwachungsaudits nach den Anforderungen von Fachgesellschaften sowie denen der ISO Reihen. Die Teilnahme an der gesetzlich geforderten Qualitätssicherung „Richtlinie zur datengestützten einrichtungsübergreifenden Qualitätssicherung“ erfolgt mit gutem Ergebnis.

3. Lage des Unternehmens

3.1 Finanz- und Liquiditätslage

Die Finanz- und Liquiditätslage der Thüringen-Kliniken „Georgius Agricola“ GmbH sind stabil. Zum Bilanzstichtag beträgt die Liquidität aus Kassen- und Bankguthaben (finanzieller Leistungsindikator) 10.733 TEUR (Vorjahr: 16.448 TEUR) und entwickelte sich somit planmäßig. Das entspricht einer Senkung der Liquidität um 5.715 TEUR. In vorstehendem Betrag sind zweckgebundene Mittel i. H. v. 2.643 TEUR (Vorjahr: 1.934 TEUR) enthalten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verblieben relativ konstant auf 4.401 TEUR. Den planmäßigen Tilgungen i. H. v. 783 TEUR stand die Neuaufnahme für ein neues Projekt (Rettungswache Pößneck) i. H. v. 829 TEUR gegenüber.

Die Gesellschaft ist ein finanziell konservativ handelndes Unternehmen. Das Finanzierungsprofil ist auf Stabilität ausgerichtet. Die Planung notwendiger Investitionen erfolgt mittel- bzw. langfristig entsprechend den Regelungen im Gesellschaftsvertrag und in Form des Wirtschaftsplanes.

Die Zahlungsfähigkeit war im gesamten Jahr durchgängig gegeben und zu keinem Zeitpunkt gefährdet.

Für den Stichtag 31. Dezember 2024 wurde im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2024 von einem Finanzmittelbestand in Höhe von 11.497 TEUR ausgegangen. Insbesondere in Folge der Ausreichung eines Darlehens an eine Tochtergesellschaft (1.000 TEUR) fällt der Finanzmittelbestand zum 31. Dezember 2024 um 764 TEUR niedriger aus.

3.2 Vermögenlage

Die Bilanzsumme beträgt 250.675 TEUR. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Bilanzsumme um 5.243 TEUR vermindert. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen die geschäftliche Entwicklung.

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen einschließlich der Zugänge bei den Anlagen im Bau i. H. v. 6.370 TEUR getätigt. Der Hauptanteil entfällt mit einem Betrag i. H. v. 3.570 TEUR auf Einrichtungen und Ausstattungen, davon 2.570 TEUR auf den medizinischen Bedarf. Weiterhin relevant sind die Investitionen in Neubauten mit einem Betrag i. H. v. 2.032 TEUR. Investitionsmaßnahmen werden vorrangig unter Einsatz von Fördermitteln gemäß Krankenhausfinanzierungsgesetz und Eigenmitteln finanziert. Sollten diese Mittel die Investitionssumme nicht decken, wird die Finanzierungslücke mittels Aufnahme von Fremdkapital geschlossen. Der Neubau der Rettungswache in Pößneck wird durch ein Darlehen finanziert.

Ein wesentlicher Einzelposten des Umlaufvermögens sind die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen i. H. v. 17.269 TEUR. Zum Vorjahr sind diese um 937 TEUR gesunken. Die Senkung resultiert im Wesentlichen aus der Minderung der Forderungen gegen Krankenkassen um -1.230 TEUR. Die Wertberichtigungen der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind um 401 TEUR gesunken.

Die Forderungen nach dem KHG, dem KHZG sowie nach dem KHEntgG haben sich um 2.375 TEUR erhöht. Die Veränderung ergibt sich im Wesentlichen aus der Inanspruchnahme der Fördermittel für den Bettenhausneubau (EUR 941 TEUR) sowie der Erhöhung in den Ausgleichsposten insbesondere durch das Pflegebudgets (3.107 TEUR).

Die Steigerung bei den Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultiert aus der Ausreichung eines Darlehens an eine Tochtergesellschaft in Höhe von 1.000 TEUR.

Das Eigenkapital beträgt 68.710 TEUR (Vorjahr: 71.828 TEUR). Davon entfallen auf das voll eingezahlte Stammkapital 1.050 TEUR. Alleiniger Gesellschafter ist der Landkreis Saalfeld- Rudolstadt.

Unter Berücksichtigung der Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens bemisst sich das Eigenkapital im weiteren Sinn auf 133.057 TEUR, was einer Eigenkapitalquote von 53,1 % entspricht (Vorjahr: 54,1 %). Die um den Fördermittelbescheid für den Bettenhausneubau (90.207 TEUR) korrigierte Eigenkapitalquote beträgt 82,9 %.

3.3 Ertragslage

Die Umsatzerlöse, bestehend aus den Posten 1 bis 4a der Gewinn- und Verlustrechnung (finanzieller Leistungsindikator), sind im Berichtsjahr (um 6.877 TEUR) auf insgesamt 157.058 TEUR gestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf die gestiegenen Erlöse aus Krankenhausleistungen (+ 6.711 TEUR) zurückzuführen.

Im Einzelnen lässt sich die Entwicklung wie folgt begründen:

Die Erlöse aus DRG-Entgelten, Zusatzentgelten und tagesbezogenen Entgelten sind von 121.045 TEUR auf 117.570 TEUR gesunken. Das entspricht einer Abnahme von rd. 3 % (- 3.475 TEUR). Die Pflegeerlöse sind gegenüber dem Vorjahr um 5.135 TEUR infolge des Wegfalls des erhöhten sowie fehlenden neuverhandelten Basisentgeltwertes gesunken. Gegenüber dem Vorjahr steigende Erlöse i. H. v. 1.974 TEUR resultieren aus den DRG-Abrechnungen mit dem neuen Basisfallwert.

Die größte positive Abweichung bei den Erlösen aus Krankenhausleistungen gegenüber dem Vorjahr ergibt sich mit 9.117 TEUR aus der Bildung von Ausgleichsbeträgen nach BpflV und KHEntgG. Der Betrag ist wesentlich durch die Pflegeerlöse beeinflusst.

Die ambulanten Leistungen sind insbesondere durch die Abrechnung von Hybrid-DRGs um 1.095 TEUR gestiegen.

Die sonstigen Umsatzerlöse sind von 9.357 TEUR auf 8.310 TEUR gesunken. Ursächlich hierfür sind insbesondere die periodenfremden Umsatzerlöse (-3.120 TEUR) sowie bei den periodengerechten sonstigen Umsatzerlösen die Erlöse der Apotheke, ein um 1.810 TEUR höherer Erlös als im Vorjahr, dem jedoch auch gestiegene Kosten für Arzneimittel gegenüberstehen.

Bei den periodenfremden Erlösen besitzen die Kürzungen der Erlöse ggü. Krankenkassen aus Vorjahren i. H. v. 1.714 TEUR den größten Einfluss. Dieser Betrag beruht vorrangig auf der Bildung einer Rückstellung für eine eventuelle Rückzahlung von empfangen PEPP-Ausgleichszahlungen während der Coronapandemie (1.673 TEUR). Die Kürzungen von DRG Erlösen (830 TEUR) aus Vorjahren werden nahezu durch die im Vorjahr gebildeten Rückstellungen für drohende Verluste aus Prüfungen des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen bzw. Einzelwertberichtigungen ausgeglichen. Überdies werden die periodenfremden Umsatzerlöse insbesondere auch durch die Erlöse aus Ausgleichsbeträgen für Vorjahre beeinflusst. Diese haben sich gegenüber dem Vorjahr um 1.124 TEUR reduziert.

Die Erlöse aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand sind gegenüber dem Vorjahr um 5.310 TEUR gesunken. Ursächlich hierfür ist der Wegfall der Energiepreisbremsen und der Energiekostenhilfen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Wesentlichen durch die Erträge aus Rückvergütungen von Personalkosten Mutterschutz sowie Beschäftigungsverboten (788 TEUR), Erstattungen von Kosten durch das Personal (268 TEUR), Erträge von verbundenen Unternehmen aus Weiterberechnungen (335 TEUR), Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen (1.366 TEUR), Erträgen aus der Auflösung von Einzelwertberichtigungen (418 TEUR) sowie erhaltenen Boni (266 TEUR) geprägt.

Der Personalaufwand hat sich um 4.374 TEUR auf 114.670 TEUR erhöht, was einem Anstieg um 4,0 % entspricht. Weitere Einzelheiten können dem Abschnitt 2.3 Personalentwicklung und Tarifverhandlungen entnommen werden.

Der Materialaufwand ist insgesamt um 1.852 TEUR gesunken. Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren haben mit 1.645 TEUR dazu beigetragen. Im Wesentlichen setzt sich dieser Wert aus gesunkenen Preisen im Energiesektor (Kosteneinsparung 3.706 TEUR) sowie den gestiegenen Kosten für Arzneimittel (Mehrkosten 1.781 TEUR) zusammen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 461 TEUR gesunken. Im Wesentlichen basiert dieser Effekt auf den gestiegenen Kosten für EDV (516 TEUR sowie den geringeren Aufwendungen für Wertberichtigungen (893 TEUR).

In den Erträgen aus Zuwendungen sind im Jahr 2024 insbesondere Pauschalfördermittel sowie Fördermittel aus der Krankenhausstrukturfonds - Digitalisierung - Fördertatbestand II enthalten. Der Rückgang dieses Postens beruht auf einem Einmaleffekt aus Zuführung von Einzelfördermitteln für den Bettenhausneubau i. H. v. 91.500 TEUR im Vorjahr.

Den Erträgen aus Zuwendungen stehen Aufwendungen für die Zuführungen zu den Verbindlichkeiten gem. KHG in deckungsgleicher Höhe gegenüber.

Das Geschäftsjahr 2024 schließt mit einem Jahresergebnis (finanzieller Leistungsindikator) in Höhe von -3.118 TEUR (Vorjahr: -2.784 TEUR) ab.

Die Geschäftsleitung ist im Rahmen der Planung für das Geschäftsjahr 2024 von Umsatzerlösen in Höhe von 155.784 TEUR sowie zumindest von einem ausgeglichenen Jahresergebnis 2024 ausgegangen. Die geplanten Umsatzerlöse wurden insbesondere durch die Pflegeerlöse inklusive Ausgleiche unter Abzug der hinter den Erwartungen liegenden ambulanten Erlösen erreicht. Das geplante Jahresergebnis wurde vorrangig aufgrund außerordentlich gestiegener Kosten für Personal sowie im medizinischen Bedarf nicht erreicht.

III. PROGNOSEBERICHT

Laut Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung wird für das Jahr 2025 ein verhaltener Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,3 Prozent prognostiziert. Weiterhin geht die Bundesregierung von einer Inflationsrate in Höhe von 2,2 Prozent aus. Bei einem leicht überdurchschnittlichen Zuwachs bei den Dienstleistungspreisen, die wesentlich durch die zuvor höheren Lohnabschlüsse geprägt waren, stehen die anhaltenden Wirkungen der vorangegangenen geldpolitischen Straffungen, gesunkener Energiekosten sowie entlastende Preisentwicklungen auf den vorgelagerten Preisstufen gegenüber. Temporär inflationserhöhende Effekte ergeben sich zu Jahresbeginn 2025 durch administrative Preiserhöhungen wie die Anhebung der CO₂-Abgabe sowie erhöhte Beitragsätze bei Kranken- und Pflegeversicherungen.

(Quelle: https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Infografiken/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/2025/02/04-download-jahreswirtschaftsbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=6)

Der Prognosebericht beschreibt die erwartete Entwicklung für das Geschäftsjahr 2025.

Im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2025 und damit einer bereits erfolgten prognostischen Vorausschau auf das Jahr 2025 wird im Ergebnis und unter Bewertung aller weitestgehend bekannter Einflussfaktoren, bei einem Anstieg der Umsatzerlöse von ca. 8 Prozent, von einem Jahresergebnis von -1,0 Mio. EUR bis -1,5 Mio. EUR ausgegangen. Liquiditätsengpässe werden im Geschäftsjahr 2025 nicht erwartet. Unter Berücksichtigung der Erfolgsplanung, den geplanten Investitionen und den Maßnahmen der Finanzierung wird für den 31. Dezember 2025 ein um ca. 4,9 Mio. EUR geringerer Finanzmittelbestand geplant.

Vor diesem Hintergrund wurde durch die Thüringen-Kliniken ein Konzept zur strategischen Ausrichtung erarbeitet.

Das Konzept verfolgt das Ziel, durch eine detaillierte Analyse der aktuellen Situation und die Entwicklung gezielter Maßnahmen die Effizienz des Krankenhauses zu steigern, die Finanzlage zu stabilisieren und die Basis für eine nachhaltige Entwicklung zu schaffen, ohne dabei mögliche Einschränkungen der Qualität der Patientenversorgung in Erwägung zu ziehen.

Die Herausforderung in der Leistungsentwicklung im Sinne von Fallzahlen und Bewertungsrelationen liegt vor allem in der ausbleibenden Umsatzerholung nach der Corona-Pandemie, Folgen der Ambulantisierung, bestehender erheblicher Leistungs- und Kapazitätseinschränkungen, bedingt durch den Fachkräfte- und Personalmangel und der damit verbundenen sinkenden Produktivität des Unternehmens. Es handelt sich hierbei nicht um eine regionale, sondern eine deutschlandweite Tendenz. Das Fallzahlniveau des Jahres 2024 bewegte sich noch immer ca. 17 % unter dem des Jahres 2019. Der absolute Fallzahlverlust, lässt sich zwar durch Effekte der Ambulantisierung von bisher stationären Fällen und die Etablierung von Hybrid-DRGs ein wenig relativieren, egalisiert am Ende jedoch nicht.

Trotz der in den vergangenen Jahren rückläufigen Leistungsmengen, gehen die Thüringen-Kliniken, durch verschiedene bereits eingeleitete und begonnene Maßnahmen zur Leistungsausweitung, von einer prognostisch positiven Entwicklung aus, so dass ein Leistungs- und Erlöszuwachs durchaus realisiert werden kann.

Zielsetzung ist es, die stationären Leistungsmengen, durch gezielte Maßnahmen wieder auf ein höheres Niveau zu heben, um zusätzliche Erlöse zu generieren und im langfristigen Kontext eine solide Basis für anstehende Bewertungs- und Umsetzungsschritte innerhalb der Krankenhausreform zu schaffen. Im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2025 werden für das Geschäftsjahr 2025 Erlöse aus Krankenhausleistungen und ambulanten Leistungen in Höhe von 157.158 TEUR erwartet.

Im Rahmen der Ertragslage geht die Geschäftsführung von einer leicht positiven Entwicklung des Leistungsgeschehen aus. In die Betrachtungen ebenfalls eingeflossen ist die Annahme einer weiteren Anpassung des Landesbasisfallwertes in Höhe von 4.385,06 EUR und somit einer Steigerung von 4,26% (mit Ausgleich) für Thüringen.

Den prognostizierten Erträgen stehen deutliche höhere Aufwendungen gegenüber.

Ursächlich hierfür sind Erhöhungen bei den Betriebsaufwendungen, bei den Personalaufwendungen (Tariferhöhungen) sowie bei Sachaufwendungen (Inflationsbedingte Preissteigerungen).

Bei Umsetzung aller benannter Maßnahmen im Rahmen der strategischen Ausrichtung der Thüringen-Kliniken wird eine Umkehr des Kosten-Erlös-Verhältnisses ab dem Jahr 2026 erwartet.

In den Folgejahren wird dieses Ergebnis weiter ausgebaut und konsolidiert.

Durch unterjährig geänderte Rahmenbedingungen können die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen. Aufgrund weiterhin bestehender Risiken im Hinblick auf die erwartete Geschäftsentwicklung, wie u.a. Aus- und Folgewirkungen des anhaltenden Ukraine-Krieges sowie des Nahost-Konfliktes, kann nach jetzigem Ermessen eine sichere Einschätzung nicht erfolgen. Bei einer weiterhin hohen Inflation etc. können negative Einflüsse auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für 2025 nicht ausgeschlossen werden. Die Geschäftsführung geht zum Zeitpunkt der Berichterstellung ungeachtet dessen von einer geordneten Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für das Jahr 2025 und die Folgejahre aus.

IV. CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

4.1 Risikomanagementsystem

Das betriebswirtschaftliche Risikomanagement der Thüringen-Kliniken ist umfassend für alle wesentlichen Unternehmensbereiche und Tochtergesellschaften aufgestellt.

Als Unternehmen der Gesundheitswirtschaft unterliegen die Thüringen-Kliniken verschiedensten Risiken. Diese können sich aus Marktveränderungen und der originären Tätigkeit der Gesellschaft heraus ergeben.

Um Risiken frühzeitig zu erkennen, ihnen zu begegnen oder im optimalen Fall sogar zu vermeiden, bedarf es gezielter Maßnahmen. Risiken dürfen nicht zufällig entdeckt, sondern müssen proaktiv identifiziert werden.

In den Thüringen-Kliniken ist ein Risikofrüherkennungs- und Überwachungssystem etabliert. Ein zugehöriges, auf die Thüringen-Kliniken fokussiertes Risikomanagementhandbuch enthält u.a. die Grundsätze des Risikomanagementsystems, Verantwortlichkeiten, die Risikopolitik, die Risikostrategie und den gesamten Risikomanagementprozess.

Grundsätzlich erfolgt eine Unterteilung in betriebswirtschaftliche und klinische Risiken.

Durch Implementierung und ständige Anpassung des Risikomanagementsystems werden bereits bekannte Risiken nach Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkung klassifiziert. Das System unterstützt die Gesellschaft in geeigneter Form, um mögliche Risiken, sofern beeinflussbar, frühzeitig zu erkennen und rechtzeitig Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Jährlich, so auch im Berichtsjahr 2024, wurde eine umfassende Risikoinventur durchgeführt, diese mündet in einem Risikobericht, welcher für alle Bereiche des Konzerns Anwendung findet. Die Ergebnisse sind allen Gremien zugänglich.

Der Risikobericht gibt ein aussagefähiges Gesamtbild über mögliche Risikosituationen der Gesellschaft sowie des erforderlichen Handlungsbedarfes zur Risikobewältigung. Eine kontinuierliche Überwachung aller wesentlichen Risiken ist gegeben. Gleichfalls erfolgt unterjährig, im Rahmen der quartalsweisen Berichterstattung, eine Darstellung sich aktuell ergebender Risiken.

Bestandsgefährdende Risiken ergeben sich, laut aktueller Einschätzung des Risikomanagements zum Ende des Geschäftsjahres 2024, nicht.

Als Risiken mit dringendem Handlungsbedarf werden folgende Risiken identifiziert:

- negatives Geschäftsergebnis
- strukturelle Defizite der Bausubstanz am Standort Saalfeld
- Zunahme an Personalausfällen
- Fachkräftemangel - Ärzte
- Fachkräftemangel - Pflege

Das implementierte Compliance Management System wurde weiter ausgebaut und ein Hinweisgebersystem implementiert. Diese Systeme sind darauf ausgerichtet, Gesetzeswidrigkeiten frühzeitig zu erkennen, um potenziellen, finanziellen bzw. immateriellen Schäden für das Unternehmen entgegenwirken zu können.

4.2 Chancenbericht

Das Gesundheitswesen ist ein wichtiger und im Zuge des demografischen Wandels wachsender Wirtschaftsfaktor, der in einem hohen Maß zur Wertschöpfung und Beschäftigung beiträgt. In Deutschland wächst die Gesundheitswirtschaft stärker als der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt. Im Durchschnitt der letzten 10 Jahre wuchs die Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft um 3,9 Prozentpunkte (Gesundheitswirtschaftliche Gesamtrechnung BMWK). Die Gesundheitswirtschaft ist zudem Beschäftigungsmotor für die deutsche Wirtschaft insgesamt. Mehr als jeder sechste Erwerbstätige in Deutschland arbeitet in der Gesundheitswirtschaft. (Quelle: <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/gesundheitswesen/gesundheitswirtschaft/bedeutung-der-gesundheitswirtschaft.html>)

Mit der Krankenhausreform, welche das Gesundheitssystem die nächsten Jahre begleiten wird, soll das aktuelle Finanzierungssystem, welches bisher hauptsächlich über Fallpauschalen dominiert wurde, durch die Vorhaltefinanzierung ergänzt werden. (Quelle: <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/krankenhaus/krankenhausreform.html>)

Das abschließende Gesetz zur Krankenhausreform, das Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz, kurz: KHVVG) trat am 1. Januar 2025 in Kraft.

Wesentliche Themen bzw. Auswirkungen auf den Bereich der Krankenhäuser sind:

- Krankenhausplanung anhand bundeseinheitlicher Leistungsgruppen
- Einführung einer Vorhaltevergütung
- Weiterentwicklung der Tarifraten und Bestimmung der Obergrenze

- Weiterentwicklungen beim Pflegebudget
- Einführung sektorenübergreifender Versorgungseinrichtungen
- Weiterentwicklung der ambulanten und sektorenübergreifenden Versorgung am Krankenhaus (AOP/Hybrid-DRG)
- Errichtung eines Transformationsfonds
- Weiterentwicklung der MD-Prüfverfahren
- Einführung einer ärztlichen Personalbemessung im Krankenhaus und einer Kommission für Personalbemessung im Krankenhaus
- Einführung einer gesetzlichen Standortdefinition
- Einführung einer Definition für Fachkliniken
- Anpassungen bei den Sicherstellungszuschlägen
- Erhöhung Förderbeträge für Pädiatrie, Geburtshilfe, Stroke Unit, Spezielle Traumatologie, Intensivmedizin und Notfallversorgung etc.

Mit der Krankenhausreform werden laut dem Ministerium für Gesundheit folgende zentrale Ziele verfolgt: Sicherung und Steigerung der Behandlungsqualität, Gewährleistung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung für Patientinnen und Patienten, Steigerung der Effizienz in der Krankenhausversorgung sowie Entbürokratisierung.

Auch vor dem Hintergrund der Entwicklung der medizinischen und pflegerischen Fachkräftesituation in Deutschland soll eine qualitativ hochwertige, flächendeckende und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung für die Zukunft sichergestellt werden.

Um diese Ziele zu erreichen, soll den Krankenhäusern zukünftig eine Vorhaltevergütung für definierte Leistungsgruppen gewährt werden, welche den Krankenhäusern zuvor von den Planungsbehörden der Länder zugewiesen wurden und deren Qualitätskriterien erfüllt werden müssen. Die Erreichung von Qualitätszielen erfolgt durch Leistungsgruppen und deren damit verbundene Qualitätsvoraussetzungen.

Die Thüringen-Kliniken verfügen über ein regional umfassendes Gesundheitsnetzwerk in Südostthüringen und eine umfangreiche fachliche Expertise in den unterschiedlichsten medizinischen Fachdisziplinen.

Aufgrund des vorgehaltenen umfangreichen Leistungsangebotes und der besonderen geographischen und ausgeprägt ländlichen Lage sehen die Thüringen-Kliniken zunächst hieraus insbesondere Chancen für eine zu erwartende Vorhaltevergütung, welche sich durch die Vielzahl möglicher Leistungsgruppen ergeben könnte.

Dem KHVVG vorgelagert war bereits im März 2024 das Gesetz zur Förderung der Qualität der stationären Versorgung durch Transparenz (Krankenhaustransparenzgesetz). Beide Gesetze bilden im Zentrum die Basis der Krankenhausreform und sind unmittelbar miteinander verbunden.

Wesentliche Themen bzw. Auswirkungen auf den Bereich der Krankenhäuser sind:

- Einrichtung eines Transparenzverzeichnisses mit zusätzlichen Daten über das Leistungsangebot der Kliniken anhand der vereinbarten Leistungsgruppen, personeller Ausstattung und Qualitätsdaten
- Ausweitung der Datenlieferpflichten der Krankenhäuser um Angaben zur Zuordnung von Leistungsgruppen
- verpflichtende quartalsweise Meldung an das InEK, jeweils zum 15. des auf das Quartal folgenden Monats
- Zuordnung von Krankenhäusern zu bundeseinheitlichen Versorgungsstufen/Leveln mit definierten Voraussetzungen
- Beauftragung des IQTIG mit der Aufbereitung, Zusammenführung und Analyse sowie Prüfung der Daten; Aufgaben bezüglich der Krankenhaustransparenz sollen prioritär vom IQTIG bearbeitet werden
- Maßnahmen zur Verbesserung der Liquidität im Bereich der Pflegepersonalkosten

Mit dem Krankenhaustransparenzgesetz flankiert die Bundesregierung die geplante Krankenhausreform. Das Gesetz ist Basis für die geplante Veröffentlichung von Struktur- und Leistungsdaten der Krankenhäuser in Deutschland. Ziel des Gesetzes ist die Stärkung der Transparenz von krankenhausspezifischen Leistungs- und Qualitätsinformationen sowie die Stärkung der Liquidität der Krankenhäuser. Seit Mai 2024 werden verständlich und transparent Informationen über den Umfang und die Qualität des stationären Versorgungsgeschehens in Deutschland sowie Informationen über die Personalausstattung in den Krankenhäusern im Bundes-Klinik-Atlas veröffentlicht. (Quelle: <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/krankenhaus/krankenhausreform.html>)

Der Bundes-Klinik-Atlas enthält frei zugängliche Informationen darüber, welches Krankenhaus welche Leistungen mit welcher Qualität anbietet. Schlussendlich werden der Bevölkerung folgende Daten bereitgestellt:

- Fallzahlen von Leistungen (differenziert nach Leistungsgruppen)
- vorgehaltenes ärztliches und pflegerisches Personal
- Komplikationsraten für ausgewählte Eingriffe
- Zuordnung zu Versorgungsstufen (Level) nach der Anzahl und Art der mindestens zu erbringenden Leistungen, zusammengefasst nach Leistungsgruppen

Das Krankenhaustransparenzgesetz bietet den Thüringen-Kliniken die Chance auf transparente Darstellung erbrachter Leistungen. Es ermöglicht eine einheitliche und vergleichbare Darstellung und Kommunikation der Versorgungsqualität nach außen.

Konkrete Auswirkungen der Krankenhausreform auf die Thüringen-Kliniken können zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abschließend erfolgen.

Die Thüringen-Kliniken als kommunales Krankenhaus mit 3 Standorten erbringen eine Vielzahl qualitativ hochwertiger medizinischer und pflegerischer Leistungen in der Region und sichert die gesamte medizinische Versorgung in Südostthüringen.

Der demographische Wandel, weniger die Bevölkerungsentwicklung an sich, lassen eine deutliche Tendenz für einen Bedarf von mehr medizinischen Leistungen und Pflege prognostizieren. Daraus ergeben sich grundsätzlich Chancen für ein Wachstum der Leistungen und einen möglichen Ausbau der Geschäftstätigkeit. Auch vor dem Hintergrund der Krankenhausreform sehen die Thüringen-Kliniken aufgrund der Vielzahl an Leistungen und der geographischen Einzellage Chancen in der Anerkennung möglicher Leistungsgruppen und schlussendlich im weiteren Ausbau von Leistungsmengen.

Chancen für die Thüringen-Kliniken ergeben sich grundhaft aus einem weiterhin umfassenden medizinischen Leistungsspektrum mit gleichzeitig hoher Behandlungsqualität. Ziel ist die Anerkennung als Maximalversorger.

Neben der Krankenhausreform findet gegenwärtig in den deutschen Kliniken eine umfassende Digitalisierungsreform statt. Die Digitalisierung der Krankenhäuser wird teilweise durch den Bund gefördert und durch das Krankenhauszukunftsgesetz vorangetrieben. Die Thüringen-Kliniken erhalten Förderungen im Rahmen des Krankenhauszukunftsgesetzes innerhalb der Fördertatbestände „Patientenportale für ein digitales Aufnahme-, Behandlungs- und Entlassungsmanagement“ und „Digitale Pflege- und Behandlungsdokumentation“. Darüber hinaus erfolgten ergänzende Fördermaßnahmen durch den Freistaat Thüringen zur Digitalisierung im Bereich der Notfallaufnahmen. Neben den benannten Maßnahmen finden in weiteren Bereichen Digitalisierungsoffensiven statt.

Das Gesundheitswesen unterliegt gegenwärtig einem umfassenden digitalen Wandel. Von diesem Wandel unmittelbar betroffen sind ebenfalls Patientinnen und Patienten. Sie werden durch die Entwicklung der Digitalisierung, von digitalen Patientenservices bis hin zu Portallösungen, zukünftig eine weitaus aktivere Rolle als bisher im Gesundheitswesen einnehmen und einnehmen müssen. Vorbereitend und umsetzend befinden sich die Thüringen-Kliniken daher gegenwärtig in der Realisierung der gesetzlichen Vorgaben.

Investitionen in die digitale Infrastruktur können erheblich dazu beitragen, die bestehenden innerbetrieblichen Prozesse zu optimieren und knappe personelle Ressourcen gezielter einzusetzen. Entscheidenden Einfluss auf die Attraktivität der Thüringen-Kliniken werden auch die gegenwärtig in Planung befindlichen Baumaßnahmen an den Standorten Saalfeld und Pößneck haben.

Durch diese vorgesehenen erheblich hohen Investitionen des Landes in die Infrastruktur werden zeitgemäße Umgebungen für die medizinische Versorgung mit positivem Einfluss auf Effizienz und Qualität der medizinischen Leistungen geschaffen. Gleichzeitig ergeben sich moderne und attraktive Arbeitsbedingungen für das Personal mit gegebenenfalls positiven Auswirkungen auf die Gewinnung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Chancen werden durch die Geschäftsleitung, neben den bereits beschriebenen Rahmenbedingungen und gesundheitspolitischen chancenimmanenten Sachverhalten, vor allem in der Realisierung des strategischen Konzeptes gesehen.

Das Konzept verfolgt das Ziel, nach erfolgter detaillierter Analyse der aktuellen Situation und die Entwicklung gezielter Maßnahmen die Effizienz des Krankenhauses zu steigern, die Finanzlage zu stabilisieren und die Basis für eine nachhaltige Entwicklung zu schaffen.

Das Konzept beruht auf verschiedenen Schwerpunkten. Diese lassen sich differenzieren in erreichbare Leistungsaufwüchse, Personalkosteneinsparungen und Sachkosteneinsparungen.

Trotz der in den vergangenen Jahren rückläufigen Leistungsmengen, gehen die Thüringen-Kliniken, durch verschiedene bereits eingeleitete und begonnene Maßnahmen zur Leistungsausweitung, von einer prognostisch positiven Entwicklung aus, so dass ein Leistungs- und Erlöszuwachs durchaus realisiert werden kann.

Zielsetzung ist es, u.a. die stationären Leistungsmengen, durch gezielte Maßnahmen wieder auf ein höheres Niveau zu heben, um zusätzliche Erlöse zu generieren und im langfristigen Kontext eine solide Basis für anstehende Bewertungs- und Umsetzungsschritte innerhalb der Krankenhausreform zu schaffen.

Basis der definierten Personalkosteneinsparungen bilden umfassende Personalbedarfsberechnungen und neu definierte Stellenpläne für die Thüringen-Kliniken. Gleichzeitig befinden sich bereits eine Vielzahl an Prozessautomatisierungen in der Umsetzung. Diese werden weiter vorangetrieben, um eine Entlastung u.a. des medizinischen Personals realisieren zu können.

Die deutliche und anhaltende Sachkostensteigerung ist vor allem auf die Preissteigerungen im Bereich des medizinischen Verbrauchsmaterials zurückzuführen. Der jährliche, inflationsbedingte Aufwuchs der Sachkosten soll so weit wie möglich durch die volle Hebung aller vorhandenen Einsparpotentiale aufgefangen werden.

Neben der Realisierung von identifizierten Wirtschaftlichkeitsreserven ist die Weiterentwicklung des medizinischen Leistungsspektrums sowohl auf horizontaler (in Form der Diversifikation des Leistungsangebotes) als auch auf vertikaler Ebene (Ergänzung des Leistungsangebotes um vor- oder nachgelagerte Aspekte der Krankenhausbehandlung) ein weiterer Schwerpunkt zur Zukunftssicherung. Diese werden nachdrücklich verfolgt.

Besondere Beachtung finden gesetzlich definierte Vorgaben zur Strukturvoraussetzungen. Die Thüringen-Kliniken verwenden erhebliche Anstrengungen darauf, Vorgaben lückenlos zu erfüllen, um die Leistungserbringung in diesen sensiblen Bereichen entsprechend perspektivisch zu sichern. Bisher stattgefundenen Qualitäts- und Strukturprüfungen bestätigten die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben vollumfänglich.

Insbesondere mit Blick auf die Implementierung der Leistungsgruppen im Rahmen der Krankenhausreform bilden die bisher durchgeführten und bestätigten Prüfungen des Medizinischen Dienstes eine gute und solide Basis, von welcher die Thüringen-Kliniken durchaus profitieren können.

Unabhängig von definierten Risiken, welche im Risikobericht formuliert werden, können sich durch anstehende gesetzliche Neuregelungen einschließlich der Krankenhausreform durchaus auch Markt Vorteile für die Thüringen Kliniken ergeben. Hierzu gehören, vor dem Hintergrund einer gezielten und gewollten Leistungserweiterung und Zentralisierung von Leistungen, durch Marktberreinigung, Chancen im Hinblick auf Maßnahmen zur Entbürokratisierung mit Aussicht auf einen effizienteren Einsatz von Personal und sich möglicherweise, durch weiterhin stattfindende Klinikschließungen, ergebende Potenziale und Chancen der Anwerbung von dringend benötigtem qualifiziertem Personal.

4.3 Risikobericht

Das Gesundheitswesen gilt als ein wesentlicher und im Zuge des demografischen Wandels weiter deutlich wachsender Wirtschaftszweig. Er trägt in einem erheblichen Maß zur Wertschöpfung und Beschäftigung bei.

Risiken im Krankenhaus- bzw. Gesundheitssektor ergeben sich vor allem aus der Abhängigkeit von politischen und sonstigen Einflüssen und den daraus resultierenden Auswirkungen auf die Finanz- und Ertragslage.

Das Berichtsjahr ist weiterhin durch die Aus- und Folgewirkungen geopolitischer Konflikte, dem Krieg in der Ukraine und dem Konflikt im Nahen Osten sowie einer anhaltend verhältnismäßig hohen Inflation geprägt, wodurch sich zusätzliche branchenspezifische Risiken, ergeben. Auswirkungen insbesondere auf Lieferketten und dadurch ausgelöste Preissteigerungen, können eine Verschlechterung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage bewirken.

Die deutsche Gesundheitswirtschaft steht in den kommenden Jahren vor enormen Herausforderungen. Diese ergeben sich aus der dringenden Notwendigkeit der Sicherstellung der Finanzierung des Gesundheitswesens, der demographischen Entwicklung der Bevölkerung und dem sich weiter verschärfenden Fachkräftemangel, welcher zu einer Limitierung in der Leistungserbringung führt.

Grundhaft dominiert werden die Risiken für Krankenhäuser durch Themen wie Investitions- und Instandhaltungsstau, Personalkostenentwicklung, Fachkräftemangel sowie die ausreichende Ausstattung mit Liquidität. Gleichzeitig ergeben sich weitere Risiken aus der bevorstehenden Krankenhausreform, der Digitalisierung sowie durch die Zunahme von IT- und Cyber-Angriffen.

Für die Thüringen-Kliniken wurden im Rahmen des Risikomanagementberichtes des Jahres 2024 folgende bedeutendste Risiken (TOP Risiken) identifiziert: negatives Jahresergebnis, strukturelle Defizite der Bausubstanz am Standort Saalfeld, Zunahme von Personalausfällen und Fachkräftemangel. Das Ergebnis ergibt ein nahezu identisches Abbild im Vergleich zur Gesamtbranche.

Aufgrund der Entwicklung des operativen Ergebnisses hat die Geschäftsführung Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung initiiert und etabliert. Innerhalb des Lageberichtes erfolgen ausführliche Darstellungen inwieweit dem Risiko des negativen Jahresergebnisses entgegengewirkt werden kann und wird. Hervorzuheben ist hierbei das Konzept zur strategischen Ausrichtung der Thüringen-Kliniken. Das Konzept verfolgt das Ziel, nach erfolgter detaillierter Analyse der aktuellen Situation und die Entwicklung gezielter Maßnahmen die Effizienz des Krankenhauses zu steigern, die Finanzlage zu stabilisieren und die Basis für eine nachhaltige Entwicklung zu schaffen.

Das Konzept beruht auf verschiedenen Schwerpunkten. Diese lassen sich differenzieren in erreichbare Leistungsaufwüchse, Personalkosten- und Sachkosteneinsparungen.

Aus der aktuellen Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2025 sowie die Folgejahre 2026 und 2027 ergibt sich weiterhin ein steigender Liquiditätsbedarf, insbesondere vor dem Hintergrund der geplanten Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen, tariflich vereinbarter Steigerungen der Personalkosten, welche nicht über das Pflegebudget finanziert werden können und steigender Kosten aufgrund der Entwicklung der aktuellen Inflationsraten.

Wesentlich beeinflussend und risikobehaftet sind die Ergebnisse aus zukünftigen Tarifabschlüssen. Diese übersteigen zunehmend realisierte Budgetzuwächse. Insofern ist von weiterhin bestehenden und zunehmenden Finanzierungslücken auszugehen, die im Rahmen der aktuellen Krankenhausfinanzierung nicht kompensierbar sind.

Die Gebäudestruktur der Thüringen-Kliniken besteht zu einem großen Teil aus sanierungsbedürftigen Gebäuden und Gebäudeteilen. Durch die, im Verhältnis zur hohen Altersstruktur, immer weniger und nur begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel in der Vergangenheit besteht ein erheblicher Instandhaltungsrückstand. Für einen Abbau der bestehenden Rückstände sind umfangreiche Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen notwendig, die über den bereits stattgefundenen Einsatz von Eigenmitteln hinaus nur über öffentliche Fördermittel finanziert werden können.

Beruhend auf knappen Haushaltsmitteln des Landes wurden die Pauschalen Fördermittel gem. § 12 Abs. 1 ThürKHG für alle Thüringer Krankenhäuser im Jahr 2024 gegenüber dem Vorjahr reduziert. Der Freistaat stellte 2024 607 TEUR weniger an pauschalen Fördermitteln als im Vorjahr zur Verfügung. Die jährliche pauschale Förderung durch Mittel des Landes Thüringen für den investiven Bereich im Jahr 2024 betrug rd. 1.828 TEUR (Vj 2.432 TEUR).

Die Mittelbereitstellung entsprechend der geltenden Krankenhausgesetzgebung ist nach wie vor der Höhe nach nicht geeignet, den erforderlichen Bedarf an Finanzierung von Entgelten für die Nutzung von Anlagegütern, hier vor allem Ersatzbeschaffungen, und Maßnahmen des kleinen Baubedarfs sowie Kosten für die notwendige digitale Infrastruktur zu kompensieren.

Die Bereitstellung dieser Mittel wird auch prospektiv nicht ausreichen, um den Werteverzehr des Anlagevermögens zu decken.

Um als zukunftsfähiges Unternehmen weiter am Markt bestehen zu können, ist ein Neubau am Hauptstandort der Thüringen-Kliniken dringend erforderlich. Dies hat nicht nur direkten Einfluss auf die Höhe erforderlicher investiver Kosten, welche bei alten Bausubstanzen deutlich höher sind. Für die derzeitigen Stationsgrößen sind im Verhältnis höhere personelle Besetzungen und somit höhere Personalaufwendungen erforderlich. Deutlich höhere Energiekosten gehen ebenfalls mit der alten Bausubstanz einher und unterstreichen die Notwendigkeit der Maßnahme.

In deutschen Krankenhäusern ist seit einigen Jahren eine Zunahme krankheitsbedingter Personalausfälle fast flächendeckend zu verzeichnen. Die Ausfallquoten der Thüringen-Kliniken des Jahres 2024 liegen auf einem annähernd sehr hohen Niveau, ähnlich dem Jahr 2023, allerdings mit einer weiter leicht steigenden Tendenz.

Diese sehr hohen Ausfallzeiten müssen kompensiert werden und können sich nachteilig auf die Absicherung der Patientenversorgung und reglementierte vorzuhaltenden Kapazitäten personeller Art auswirken. Drohende Sanktionen im Rahmen von Qualitätsvorgaben müssen vermieden werden, stellen jedoch ein beachtliches Risiko dar. Vor dem Hintergrund der anhaltend sehr hohen Ausfallzeiten wurden und werden durch die Thüringen-Kliniken entsprechende Maßnahmen eingeleitet, welche zu einer Reduzierung beitragen können.

Ein Fachkräftemangel ist in nahezu allen Bereichen zu verzeichnen, weshalb es beim Stammpersonal zu einer höheren Arbeitsbelastung kommen kann. Durch den Auf- und Ausbau umfassender Rekrutierungs- und Qualifizierungskonzepte, insbesondere in der Pflege und im ärztlichen Bereich, werden gute Möglichkeiten gesehen, dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken.

Mit Einführung und Erweiterung der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung (PpUGV) sind für Krankenhäuser in nahezu allen Fachbereichen zusätzliche Herausforderungen entstanden. Es ergeben sich fortlaufend und weiterhin Risiken in der Umsatz- und Ertragsentwicklung. Zum einen

durch mögliche Reglementierungen in der Leistungserbringung, zum anderen durch drohende Sanktionen bei Nichteinhaltung der Mindestpersonalbesetzungen. Diesem Risiko wird mit flexibleren Einsatzplanungen und dem Vorhalten von Personalpools begegnet.

Neben den benannten TOP Risiken bestehen für die Thüringen-Kliniken folgende weitere Risiken auf denen der Fokus der Risikominimierung gerichtet ist.

Gemäß der geplanten Krankenhausreform ab dem Jahr 2025 sollen Krankenhäuser zukünftig in definierte Versorgungsstufen eingeteilt werden. Verbunden mit der zugeteilten Versorgungsstufe und Relevanz des Standortes erfolgt perspektivisch die Zuteilung finanzieller Mittel in Form von Vorhaltekosten. Basis der Zuordnung zu den verschiedenen Versorgungsstufen und der Höhe der Vorhaltefinanzierung bilden Leistungsgruppen, welche durch das jeweilige Krankenhaus vorgehalten werden. Voraussetzung der Genehmigung von Leistungsgruppen, ist die Erfüllung von Qualitätskriterien. Die Prüfung der Qualitätskriterien obliegt dem Medizinischen Dienst im Auftrag des Landes.

Die stationäre Vergütung erhält demzufolge einen weiteren Budgetbestandteil in Form der Vorhaltevergütung und wird künftig vorrangig über Vorhaltepauschalen (60 Prozent) und wie bisher Fallpauschalen (40 Prozent) finanziert.

Das Konzept bzw. die Reform beinhaltet ausschließlich die Finanzierung der Betriebskosten, nicht aber eine adäquate Finanzierung der Investitionskosten.

Mit der Umsetzung wird im Jahr 2025 begonnen. Die Realisierung ist für das Jahr 2027 vorgesehen. Welche finanziellen Risiken damit verbunden sind, ist zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht abschätzbar.

Weitere Risiken entstehen durch die zunehmenden Ambulantisierung und einem damit verbundenen Absinken von stationären Fällen. Dem wird durch eine fortwährende Verbesserung des stationären Leistungsangebots sowie durch ständige strukturelle Anpassungen entgegengewirkt.

Durch die zunehmende Digitalisierung von Arbeitsabläufen, die Vernetzung von medizintechnischen Systemen sowie die politisch und gesellschaftlich angestrebte Vernetzung von Akteuren im Gesundheitswesen entstehen zunehmend komplexere und tendenziell störungsanfälliger IT-Infrastrukturen. Daraus ergeben sich Risiken, welche einen partiellen oder gesamthaften Ausfall der IT-Infrastruktur mit erheblichen Einschränkungen der Leistungsfähigkeit zu Folge haben können. Diesen Risiken wird durch entsprechende und umfassende Schutzmaßnahmen entgegengewirkt.

Es erfolgen interne und externe Audits, welche die Leistungsfähigkeit definierter Sicherheitsmaßnahmen überprüfen. Um die Sicherheit zu erhöhen, finden u.a. regelmäßig angesetzte Penetrationstests und ein professionalisiertes Patch-Management statt. Hiermit sollen bekannt

gewordene Sicherheitslücken schnell geschlossen und die Organisation auf den Ernstfall vorbereitet werden.

Die dargestellten Risiken und Chancen beeinflussen die wirtschaftliche Entwicklung der Thüringen-Kliniken. Aufgrund der Vielzahl etablierte Maßnahmen zur Überwachung definierter Risiken ist eine rechtzeitige Reaktion möglich und eine Vermeidung bzw. Verminderung der Ausprägung möglicher Risiken gegeben.

Zusammenfassend hat sich die Risikolage der Gesellschaft im Vergleich zum Vorjahr nicht wesentlich verschlechtert.

Weitere Sachverhalte, welche bestands- oder liquiditätsgefährdende Auswirkungen haben, sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt.

Unmittelbar bestandsgefährdende Risiken sind für die Thüringen-Kliniken gegenwärtig nicht abzuleiten.

4.4 Gesamtaussage

Das Geschäftsjahr 2024 schließt mit einem negativen Ergebnis.

Auf Basis der dargestellten Rahmenbedingungen geht die Geschäftsführung zwar von einer herausfordernden Zukunft aus, die ergriffenen Gegenmaßnahmen erscheinen jedoch nach aktuellem Stand geeignet, die geschilderten Risiken zu kompensieren.

Weitere Sachverhalte, welche bestands- oder liquiditätsgefährdende Auswirkungen für das Klinikum haben, sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Dynamik aller Sachverhalte und den damit möglicherweise verbundenen Auswirkungen auf das Unternehmen, ist eine verlässliche Abschätzung der Entwicklung der wirtschaftlichen Situation für unser Unternehmen aktuell nur sehr schwer einschätzbar. Die tatsächlichen Ergebnisse können durch unterjährig geänderte Rahmenbedingungen wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen.

Die Geschäftsführung geht zum Zeitpunkt der Berichterstellung dennoch von einer geordneten Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für das Jahr 2025 und die Folgejahre aus.

Saalfeld, den 26.05.2025

gez. Dr. Thomas Krönert
Geschäftsführer

10 Thüringen-Kliniken Servicegesellschaft mbH

Grundlagen

Unternehmen:

Thüringen-Kliniken Servicegesellschaft mbH

Sitz:

Saalfeld

Handelsregister:

Amtsgericht Jena, HRB 515145

Gesellschafter:

Thüringen-Kliniken „Georgius Agricola“ GmbH, Saalfeld/Saale – 100 %

Gesellschaftsvertrag:

vom 18. September 2018, zuletzt geändert durch Beschluss am 07. August 2024

Stammkapital:

100.000,00 EUR

Gegenstand des Unternehmens:

Gemäß § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages erbringt die Gesellschaft erbringt gegenüber der Muttergesellschaft und deren Gesellschaftern sowie Unternehmen, mit denen seitens der Muttergesellschaft ein Beteiligungsverhältnis besteht, Leistungen zu deren Aufgabenerfüllung, der Versorgung und Unterhaltung, der Verpflegung, der hauswirtschaftlichen und technischen Dienste sowie der Verwaltung, einschließlich der Liegenschaftsverwaltung.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Gesellschaft erbringt gegenüber der Muttergesellschaft und deren Gesellschaftern sowie Unternehmen, mit denen seitens der Muttergesellschaft ein Beteiligungsverhältnis besteht, Leistungen zu deren Aufgabenerfüllung und ist somit vom öffentlichen Zweck derselben gedeckt.

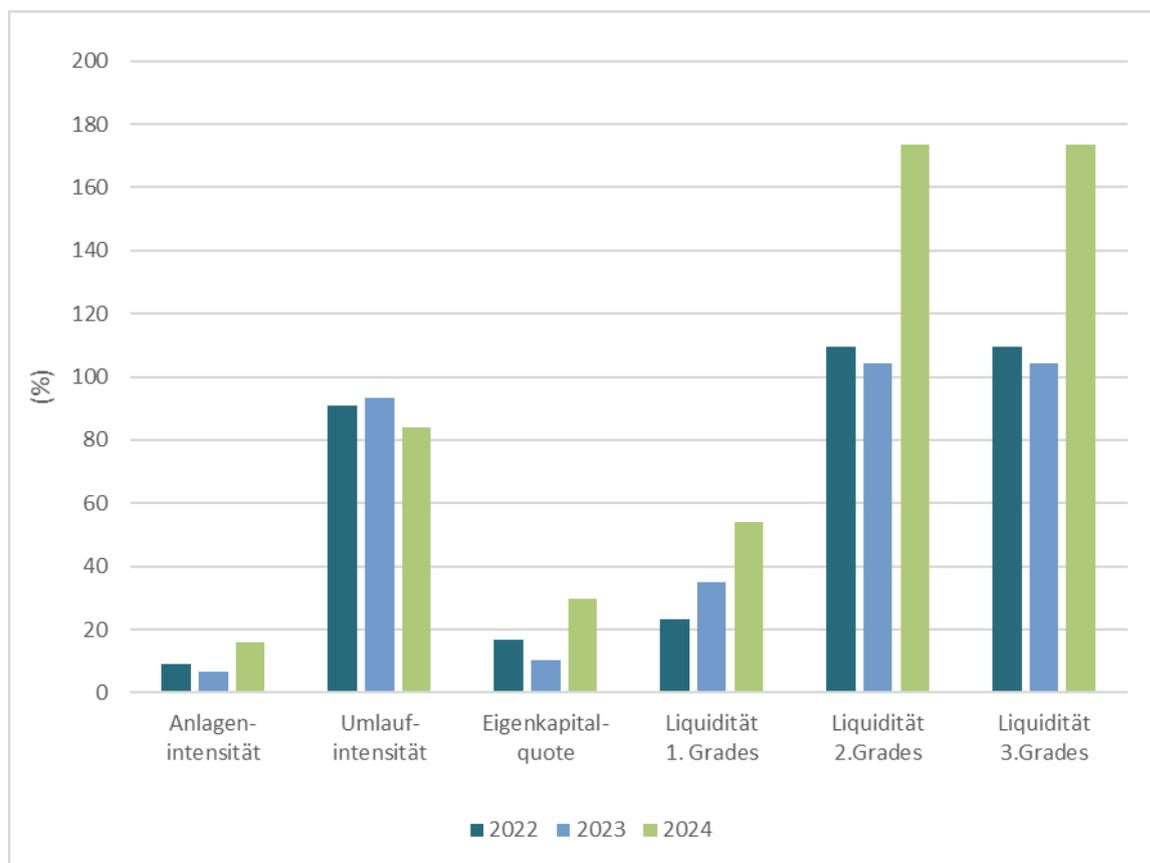
Beteiligungen an Unternehmen:

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises:

keine

Wichtige Kennzahlen der Vermögens- und Ertragslage:



Jahresabschluss

<u>BILANZ</u>	Stand	Stand
	31. Dezember 2024	31. Dezember 2023
AKTIVA	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	8.123,00	13.537,00
II. Sachanlagen	142.789,00	130.712,00
III. Finanzanlagen	0,00	0,00
	<u>150.912,00</u>	<u>144.249,00</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	0,00	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	429.458,53	1.327.091,40
III. Wertpapiere		
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	353.576,83	672.352,16
	<u>783.035,36</u>	<u>1.999.443,56</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Summe Aktiva	<u>933.947,36</u>	<u>2.143.692,56</u>
	Stand	Stand
	31. Dezember 2024	31. Dezember 2023
PASSIVA	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	100.000,00	100.000,00
II. Kapitalrücklage	0,00	0,00
III. Gewinnrücklage	123.513,36	107.616,80
IV. Bilanzgewinn	55.559,29	15.896,56
	<u>279.072,65</u>	<u>223.513,36</u>
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	0,00	0,00
C. Rückstellungen	280.304,00	278.471,00
D. Verbindlichkeiten	374.570,71	1.641.708,20
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Summe Passiva	<u>933.947,36</u>	<u>2.143.692,56</u>

Gewinn- und Verlustrechnung

	Stand 31. Dezember 2024 EUR	Stand 31. Dezember 2023 EUR
1. Umsatzerlöse	3.370.654,64	12.962.699,79
2. sonstige betriebliche Erträge	18.390,51	3.202.470,94
3. Materialaufwand	127.894,57	9.899.216,05
4. Personalaufwand	2.821.766,61	2.760.125,15
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	30.550,37	28.783,40
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	325.883,73	3.437.494,90
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	483,00	906,50
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	372,18	0,00
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	83.060,69	40.457,73
10. Steuer vom Einkommen und Ertrag	23.776,23	11.841,79
11. sonstige Steuern	3.725,17	12.719,38
12. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	55.559,29	15.896,56
13. Gewinn-/ Verlustvortrag		
14. Bilanzgewinn	55.559,29	15.896,56

Lagebericht

Thüringen-Kliniken Servicegesellschaft mbH

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

I. GRUNDLAGEN DER GESELLSCHAFT

Die Thüringen-Kliniken Servicegesellschaft mbH wurde mit notariellem Vertrag vom 6. November 2018 gegründet und am 26. November 2018 in das Handelsregister unter der Nummer HRB 515145 beim Amtsgericht Jena eingetragen. Der Sitz der Gesellschaft befindet sich in Saalfeld. Die Geschäftsadresse lautet: Thüringen-Kliniken Servicegesellschaft mbH, Rainweg 68, 07318 Saalfeld.

Das Stammkapital beträgt 100 TEUR. Gesellschafter ist mit 100% die Thüringen-Kliniken „Georgius Agricola“ GmbH.

II. WIRTSCHAFTSBERICHT

1. Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gegenstand des Unternehmens ist die Leistungserbringung vorrangig gegenüber dem Gesellschafter und dem Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt. Zur Aufgabenerfüllung zählen insbesondere:

die Versorgung und Unterhaltung,

die hauswirtschaftlichen und technischen Dienste sowie
die Verwaltung.

Mit der Thüringen-Kliniken „Georgius Agricola“ GmbH und dem Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt bestehen Leistungs- und Liefervereinbarungen.

Die Weltwirtschaft stand und steht vor einer Vielzahl von Herausforderungen, die das Jahr 2024 prägen und auch das Jahr 2025 weiter prägen werden. Die hohe Inflationsrate und gestiegene Zinsen sowie anhaltende und zunehmende geopolitische Spannungen führen zu wirtschaftlicher Unsicherheit und führen insbesondere weiterhin zu Lieferengpässen und Preisanstiegen über alle Wertschöpfungsstufen hinweg.

Die Wirtschaftsleistung ging das zweite Jahr in Folge zurück: Das preisbereinigte Bruttoinlandprodukt (BIP) ist im Jahr 2024 um 0,2 % gesunken. Das BIP lag im Jahr 2024 nur noch 0,3 % höher als vor der Corona-Pandemie im Jahr 2019. Konjunkturelle und strukturelle Belastungen standen im Jahr 2024 einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung im Wege. (Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 019 vom 15. Januar 2025)

Die deutsche Gesundheitswirtschaft steht in den kommenden Jahren vor enormen Herausforderungen. Diese ergeben sich aus der dringenden Notwendigkeit der Sicherstellung der Finanzierung des Gesundheitswesens, der demographischen Entwicklung der Bevölkerung und dem sich weiter verschärfenden Fachkräftemangel, der zu einer Limitierung in der Leistungserbringung führt.

Für die Aktivitäten der Gesellschaft spielen die gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen aufgrund der gesellschaftsrechtlichen Beziehungen zu den Leistungsnehmern eine untergeordnete Rolle.

Tarifvertragliche Basis bildet der Tarifvertrag für das Gebäudereiniger-Handwerk, welcher in der Gesellschaft Anwendung findet. Seit dem 01.01.2024 erhalten die Mitarbeiter über Vergütung der Lohngruppe 1 13,50 EUR pro Stunde. Dies entspricht einer Steigerung in Höhe von 3,8%.

Dieser Betrag liegt demzufolge +9% oberhalb des gesetzlichen Mindestlohnes in Höhe von 12,41 EUR pro Stunde.

2. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Servicegesellschaft hat im Jahr 2024 ein positives Ergebnis erzielt. Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss (finanzieller Leistungsindikator) in Höhe von 56 TEUR (Vorjahr: 16 TEUR) sowie Umsatzerlösen (finanzieller Leistungsindikator) in Höhe von 3.371 TEUR (Vorjahr: 12.963 TEUR einschließlich der Umsatzerlöse aus der Energieweiterlieferung) ab.

Insgesamt konzentriert sich die Geschäftstätigkeit stark auf die Muttergesellschaft.

Die Höhe des Anlagevermögens beträgt 151 TEUR (Vorjahr: 144 TEUR). Die kurzfristigen Aktiva betragen zum Stichtag 783 TEUR (Vorjahr: 1.999 TEUR). Das entspricht einer Verringerung um 1.216 TEUR. Die Bilanzsumme reduzierte sich von 2.144 TEUR im Vorjahr auf 934 TEUR zum Bilanzstichtag. Ursächlich für die Reduzierung ist der Wegfall des Energiebereichs.

Das Eigenkapital beträgt 279 TEUR (Vorjahr: 224 TEUR) und hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr um den Jahresüberschuss i. H. v. 56 TEUR erhöht.

Die Kapitalstruktur zeigt eine Abnahme des kurzfristigen Fremdkapitals um 1.267 TEUR auf 375 TEUR. Die Eigenkapitalquote 29,9% (Vorjahr: 10,4%) und die Fremdkapitalquote 70,1% (Vorjahr: 89,6%) entwickelten sich positiv.

Zum Bilanzstichtag 31.12.2024 beträgt die Liquidität aus Kassen- und Bankguthaben der Gesellschaft 354 TEUR (Vorjahr: 672 TEUR).

Die Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung sind durch den Wegfall des Energiebereichs wesentlich gesunken. Der Materialaufwand im Reinigungsbereich konnte durch Umsetzung von Kosteneinsparungspotentialen im Berichtsjahr auf 119 TEUR (Vorjahr: 142 TEUR) gesenkt werden.

Die Personalaufwendungen beliefen sich, inklusive der sozialen Abgaben und bedingt durch Tarifsteigerungen, auf 2.822 TEUR (Vorjahr: 2.760 TEUR). Die Lohnhöhe ist durch die Tarifpartner ab 01.01.2024 neu festgeschrieben worden. Nach dem Lohnvertrag stieg das Entgelt ab Januar 2024 in der untersten Entgeltgruppe von 13,00 EUR auf 13,50 EUR pro Stunde. Dies entspricht einer Steigerung von 3,8%.

Die Zahlungsfähigkeit war im gesamten Jahr durchgängig gegeben und zu keinem Zeitpunkt gefährdet.

III. PROGNOSEBERICHT

Für das Geschäftsjahr 2025 wird erneut von einem positiven Jahresergebnis ausgegangen.

Ab 25.01.2025 erhalten die Mitarbeiter in der Lohngruppe 1 einen Stundenlohn i. H. v. 14,25 EUR. Die aktuelle Differenz zwischen Tariflohn und Mindestlohn (12,82 EUR) beträgt dann rund 11% oberhalb des Mindestlohnes.

IV. RISIKO- UND CHANCENBERICHT

Die maßgeblichen Geschäftsrisiken wurden identifiziert und klassifiziert.

Die Risiken werden kontinuierlich überwacht, in regelmäßigen Berichten aufbereitet und zeitnah der Geschäftsführung und den Gesellschaftern vorgetragen. Die Monatsabschlüsse unterliegen einem regelmäßigen sowie zeitnahen Controlling.

Die Gesellschaft erzielt den größten Teil ihrer Umsatzerlöse durch Geschäfte mit der Thüringen-Kliniken „Georgius Agricola“ GmbH. Damit ist sie in starkem Maße abhängig von der Entwicklung der Muttergesellschaft. So hat ein Rückgang der Belegungszahlen durch die Schließung von Stationen oder Teilbereichen der Klinik direkten Einfluss auf die Höhe der Umsatzerlöse in der Gebäudereinigung bei kurzfristig kaum beeinflussbaren Fixkosten.

Die Laufzeit des Dienstleistungsvertrages für den Bereich der Gebäudereinigung mit der Thüringen-Kliniken „Georgius Agricola“ GmbH endete am 30. Juni 2024.

Der Vertrag verlängerte sich automatisch um ein Jahr, da keine Kündigung mit einer Frist von 6 Monaten vor Vertragsende erfolgte. Vor diesem Hintergrund ist ein wesentliches Risiko in der relativ kurzen Vertragslaufzeit bzw. Kündigungsfrist zu sehen. Derzeit ist davon auszugehen, dass der Dienstleistungsvertrag mit der Thüringen-Kliniken „Georgius Agricola“ GmbH unverändert bis zum 30. Juni 2025 und darüber hinaus fortgeführt wird.

Chronischer Personalmangel und das daraus resultierende Risiko möglicher Personalausfälle bestimmt die Einsatzplanung fortlaufend. Ein entsprechendes operatives Ausfallmanagement findet Anwendung.

Sofern es gelingt, die Leistungsbeziehung mit Blick auf die Gebäudereinigung zu der Thüringen-Kliniken „Georgius Agricola“ GmbH aufrechtzuerhalten und Kostensteigerungen, die z.B. im Bereich Personal durch tarifliche Entgeltsteigerungen und im Bereich Sachkosten zu erwarten sind, durch entsprechende Erlössteigerungen zu kompensieren, ist eine positive Zukunftsprognose für die Gesellschaft realistisch.

V. Vorgänge nach Schluss des Geschäftsjahres

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes waren die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage geordnet.

Saalfeld/Saale, den 13. Mai 2025

gez. Dr. Thomas Krönert
Geschäftsführer

11 Medizinisches Versorgungszentrum der Thüringen-Kliniken GmbH

Grundlagen

Unternehmen:

Medizinisches Versorgungszentrum der Thüringen-Kliniken „Georgius Agricola“ GmbH

Sitz:

Saalfeld/Saale

Handelsregister:

Amtsgericht Jena, HRB 500214

Gesellschafter:

Thüringen-Kliniken „Georgius Agricola“ GmbH – 100 %

Gesellschaftsvertrag:

vom 13. Februar 2006, zuletzt geändert durch Beschluss vom 07. August 2024

Stammkapital:

400.000,00 EUR

Gegenstand des Unternehmens:

Gesellschaftszweck des Unternehmens gemäß § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages ist der Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums im Sinne des § 95 Sozialgesetzbuch Teil V (SGB V), insbesondere im Rahmen der vertragsärztlichen und privatärztlichen Versorgung sowie der sonstigen ärztlichen Tätigkeiten.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Das Medizinische Versorgungszentrum hat die Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung für die Region sowie eine Verbesserung der Einweisungen in die Unternehmen der Thüringen-Kliniken zum Ziel.

Beteiligungen an Unternehmen:

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Landkreises:

keine

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Herr Dr. Thomas Krönert

Gesellschafterversammlung:

Herr Dr. Thomas Krönert

Geschäftsführer der Thüringen-Kliniken

Gesellschafterausschuss bis 07/2024:

Herrn Marko Wolfram

Landrat und Vorsitzender Gesellschafterausschuss

Herr Jörg Reichl

Bürgermeister Stadt Rudolstadt, Kreistagsmitglied

Herr Dr. Steffen Kania

Bürgermeister Stadt Saalfeld, Kreistagsmitglied

Aufsichtsrat der Thüringen Kliniken ab 08/2024:

Vorsitzender:

Herr Marko Wolfram

Landrat des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt

Stellvertretender Vorsitzende/r:

Herr Dr. Steffen Kania

Mitglied des Kreistages

Mitglieder:

Herr Andreas Krauße

Mitglied des Kreistages

Frau Andrea Wende

Mitglied des Kreistages

Herr Jörg Reichl

Mitglied des Kreistages

Herr Oliver Weder

Mitglied des Kreistages

Herr Jörg Gasda

Mitglied des Kreistages

Arbeitnehmervetreter:

Frau Helke Krompholz

Betriebsratsvorsitzende

Frau Heike Schöneburg

Hygienefachschwester

Frau Jana Walter

Oberärztin

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Gesellschafterausschusses

Geschäftsführung:

keine Angaben gemäß § 286 Abs. 4 HGB

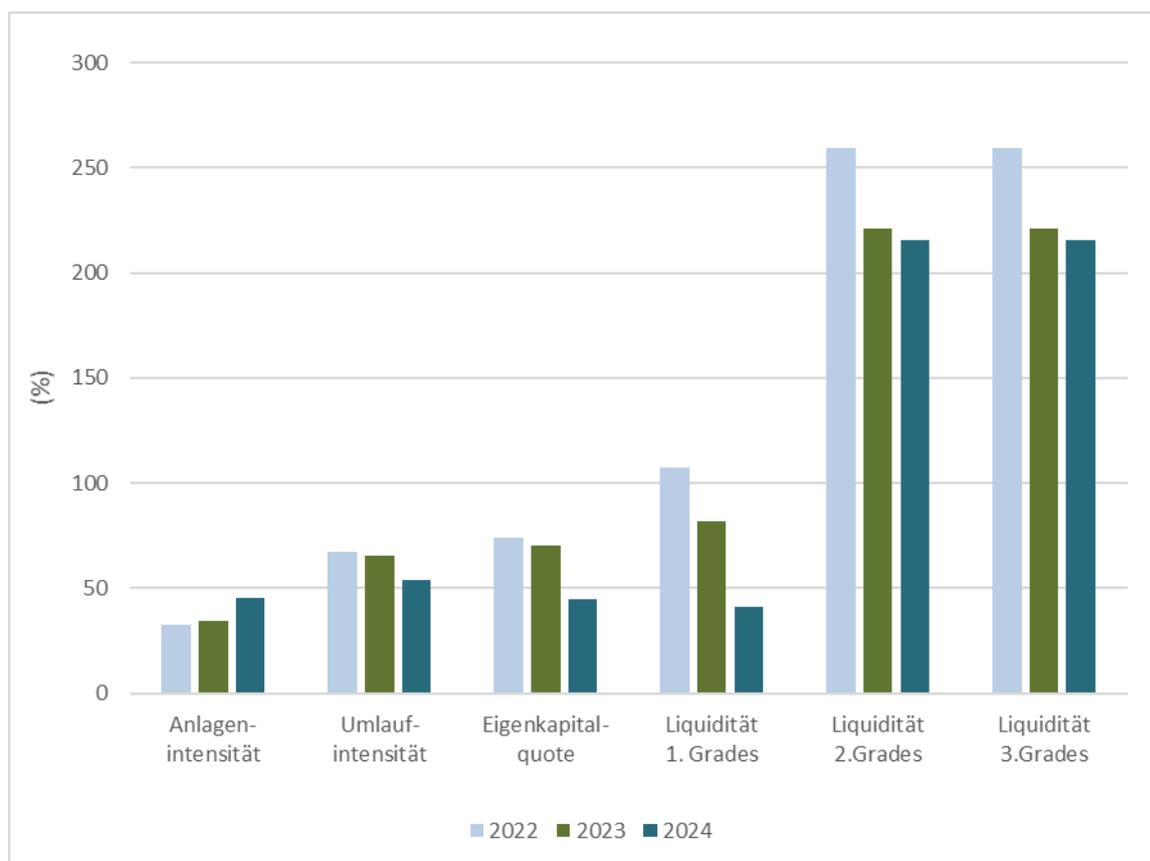
Gesellschafterausschuss:

650 EUR (Vorjahr: 1.300 EUR)

Aufsichtsrat:

entfällt

Wichtige Kennzahlen der Vermögens- und Ertragslage



Jahresabschluss

<u>BILANZ</u>	Stand 31. Dezember 2024	Stand 31. Dezember 2023
AKTIVA	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	901.365,00	999.543,00
II. Sachanlagen	1.048.723,00	587.783,00
III. Finanzanlagen	0,00	0,00
	<u>1.950.088,00</u>	<u>1.587.326,00</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	0,00	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.754.787,90	1.909.755,87
III. Wertpapiere	0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	551.071,68	1.092.450,16
	<u>2.305.859,58</u>	<u>3.002.206,03</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	34.977,20	12.089,25
<u>Summe Aktiva</u>	<u>4.290.924,78</u>	<u>4.601.621,28</u>
	Stand 31. Dezember 2024	Stand 31. Dezember 2023
	EUR	EUR
PASSIVA		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	400.000,00	400.000,00
II. Kapitalrücklage	0,00	0,00
III. Gewinnrücklage	0,00	0,00
IV. Bilanzgewinn	1.513.925,97	2.828.202,95
	<u>1.913.925,97</u>	<u>3.228.202,95</u>
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	0,00	0,00
C. Rückstellungen	292.720,00	430.179,50
D. Verbindlichkeiten	2.084.278,81	943.238,83
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
<u>Summe Passiva</u>	<u>4.290.924,78</u>	<u>4.601.621,28</u>

Gewinn- und Verlustrechnung

	Stand 31. Dezember 2024 EUR	Stand 31. Dezember 2023 EUR
1. Umsatzerlöse	10.965.273,54	11.357.357,14
2. sonstige betriebliche Erträge	201.102,96	180.429,74
3. Materialaufwand	778.908,40	607.581,07
4. Personalaufwand	8.428.187,61	8.300.148,94
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	493.364,64	478.192,07
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.775.525,10	2.522.359,06
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	129,03	22,34
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	140,00	4.000,00
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.309.620,22	-374.471,92
10. Steuer vom Einkommen und Ertrag	2.785,24	2.524,90
10. sonstige Steuern	1.871,52	6.684,60
11. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.314.276,98	-383.681,42
12. Gewinn-/Verlustvortrag	2.828.202,95	3.211.884,37
13. Bilanzgewinn	1.513.925,97	2.828.202,95

Lagebericht

Medizinisches Versorgungszentrum der Thüringen-Kliniken GmbH

Lagebericht der Medizinisches Versorgungszentrum der Thüringen-Kliniken 'G.Agricola' GmbH vom 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2024

I. GRUNDLAGEN DER GESELLSCHAFT

Die Medizinisches Versorgungszentrum der Thüringen-Kliniken 'G.Agricola' GmbH (Medizinisches Versorgungszentrum bzw. MVZ) wurde 2006 gegründet.

Zweck der Gesellschaft ist der Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums im Sinne des § 95 Sozialgesetzbuch Teil V (SGB V), insbesondere im Rahmen der vertragsärztlichen und privatärztlichen Versorgung sowie der sonstigen ärztlichen Tätigkeiten.

Ziel des Medizinischen Versorgungszentrums, mit seinen fünf Betriebsstätten und aktuell 35 Vertragsarztsitzen in Saalfeld, Rudolstadt, Pößneck und Bad Lobenstein, ist die Sicherstellung der ambulanten vertragsärztlichen Versorgung für die Region sowie eine Verbesserung der Einweisungen in die Thüringen-Kliniken „Georgius Agricola“ GmbH.

Das MVZ dient als zukunftssträchtiger Träger der Idee der sektorenübergreifenden Versorgung, Hybrides Krankenhaus. Es soll dazu beitragen, die Position des leistungsfähigen Gesundheitszentrums Thüringen-Kliniken weiter zu festigen, durch:

- eine enge Kooperation ärztlicher und nichtärztlicher Leistungserbringer,
- kurze Wege für die Patienten,
- Schaffung optimierter Kostenstrukturen durch eine gemeinsame Nutzung von Ressourcen unter gegenseitiger kollegialer Abstimmung,
- Sicherung einer hohen Versorgungsqualität auf der Basis der gemeinsamen Entwicklung fachlicher Konzepte zur Bildung von Behandlungsketten sowie gemeinsam festgeschriebenen Qualitätskriterien,
- Sicherstellung der ambulanten Versorgung bei (drohender) Unterversorgung in bestimmten spezialisierten Fachgebieten und Planungsbereichen durch Beantragung von Ermächtigungen von Klinikärzten.

II. WIRTSCHAFTSBERICHT

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaft stand und steht vor einer Vielzahl von Herausforderungen, die das Jahr 2024 prägen und auch das Jahr 2025 weiter prägen werden. Die hohe Inflationsrate und gestiegene Zinsen sowie anhaltende und zunehmende geopolitische Spannungen führen zu wirtschaftlicher

Unsicherheit und weiterhin zu Lieferengpässen und Preisanstiegen über alle Wertschöpfungsstufen hinweg.

Die Wirtschaftsleistung ging das zweite Jahr in Folge zurück: Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im Jahr 2024 um 0,2 % gesunken. Das BIP lag im Jahr 2024 nur noch 0,3 % höher als vor der Corona-Pandemie im Jahr 2019. Konjunkturelle und strukturelle Belastungen standen im Jahr 2024 einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung im Wege. (Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 019 vom 15. Januar 2025)

Die deutsche Gesundheitswirtschaft steht in den kommenden Jahren vor enormen Herausforderungen. Diese ergeben sich aus der dringenden Notwendigkeit der Sicherstellung der Finanzierung des Gesundheitswesens, der demographischen Entwicklung der Bevölkerung und dem sich weiter verschärfenden Fachkräftemangel, welcher zu einer Limitierung in der Leistungserbringung führt.

2. Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2024 erfolgten keine weiteren Praxisübernahmen.

Zum Medizinischen Versorgungszentrum gehören gegenwärtig 35 Arztpraxen in fünf Betriebsstätten, angesiedelt in den Landkreisen Saalfeld-Rudolstadt und Saale-Orla.

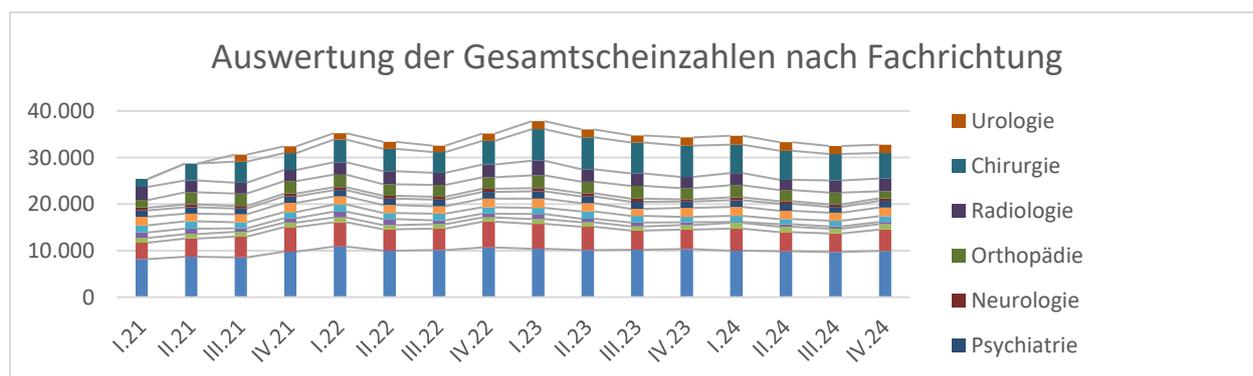
Innerhalb des Geschäftsjahres waren einige Arztabgänge im MVZ zu verzeichnen, deren Kompensation nicht unmittelbar gegeben war. Dadurch konnten einige Umsatzziele nicht erreicht werden.

2.1 Ergebnis

Das negative Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2024 beläuft sich auf 1.314 TEUR. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Rückgang um 931 TEUR.

2.2 Leistungs- und Budgetentwicklung

Die folgende Übersicht zeigt die Leistungsentwicklung der MVZ GmbH anhand der Scheinzahlen (entspricht dem Behandlungsfall eines Patienten im Quartal pro Arztpraxis) über die letzten Jahre:



Im Jahr 2024 wurden insgesamt 133.148 Fälle zur Abrechnung gebracht. Dies entspricht einem Rückgang von 9.781 Fällen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Ursächlich hierfür sind vor allem unbesetzte Arztsitze, Arztwechsel, Arbeitszeitreduzierungen und Krankheitsausfälle. Ebenfalls negativ beeinflussend sind Fluktuationen im Bereich des Praxispersonals, technische Probleme (Ausfall Röntgenanlagen) und Probleme mit der Praxissoftware.

Der Orientierungswert - und damit die Preise für alle ärztlichen und psychotherapeutischen Leistungen - stieg dem Beschluss zufolge zum 1. Januar 2024 um 3,85 Prozent. Er hat dann 11,9339 Cent (2023 waren es 11,4915 Cent) betragen. Die restliche Erhöhung der Finanzmittel ergibt sich aus der Veränderungsrate für die Morbidität. Quelle: KBV

Dennoch lässt sich aus den Bescheiden der Kassenärztlichen Vereinigung für das Geschäftsjahr 2024 ableiten, dass die flotende Honorarverteilung einer kontinuierlichen Abwertung des Punktwertes unterliegt. Dies trifft insbesondere für den fachärztlichen Bereich zu.

2.3 Personal- und Personalkostenentwicklung

Das Geschäftsjahr 2024 war geprägt von politischen Diskussionen über die Reform des ambulanten Sektors sowie von einem weiter zunehmenden Fachkräftemangel, insbesondere im ärztlichen und pflegerischen Bereich. Die Nachbesetzung vakanter Arztsitze war kaum noch möglich. Bewerberinnen und Bewerber stellen zunehmend höhere Gehaltsforderungen, welche durch das Finanzierungssystem der KV keiner vollständigen Refinanzierung unterliegen.

Die Anzahl der Arztsitze entspricht aufgrund der Teilzeitanstellungen nicht den Vollkräften.

Im Geschäftsjahr 2024 wurde den Mitarbeitern ein monatlicher steuer- und sozialabgabebefreiter Inflationsausgleich in Höhe von 187,50 EUR je Vollkraft gewährt. Ab dem 01.01.2025 entfallen diese Zahlungen. Die Personalkosten belaufen sich im Jahr 2024 auf insgesamt 8.428 TEUR (Vorjahr: 8.300 TEUR).

Die Steigerung ist vor allem auf die personelle Aufstockung im Funktionsbereich sowie Verwaltungsdienst zurückzuführen. Auch Gehaltsanpassungen, um Mitarbeiter im Unternehmen zu halten bzw. neue Mitarbeiter zu gewinnen, waren erforderlich.

2.4 Investitionen und Instandhaltung

Die Summe der Investitionen betragen im Jahr 2024 insgesamt 864 TEUR.

Der Betrag ergibt sich insbesondere aus der Notwendigkeit der Umstellung der EDV auf eine neue einheitliche Praxissoftware. Bis zum 31.12.2024 wurden ca. 50 % der Praxen mit der neuen Praxissoftware ausgestattet. Für die noch umzustellenden Praxen erfolgten bereits umfassende Vorarbeiten. Die komplette Umstellung soll bis Mitte des Jahres 2025 abgeschlossen sein.

In den weiteren Bereichen waren, zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der Praxen zahlreiche Ersatzinvestitionen notwendig. Insbesondere erfolgten Investitionen in eine Röntgenanlage am Standort Lobenstein (205 TEUR), in Sterilisationsgeräte chirurgischer Praxen (111 TEUR). Ebenfalls führten Arztwechsel und damit verbundene Umstellungen des Leistungsportfolios zu ungeplanten und erforderlichen Investitionen (90 TEUR).

Zusätzlich belasten steigende Neben- und Erhaltungskosten, insbesondere für Energie, Miete, Instandhaltung medizinischer Geräte sowie IT-Infrastruktur, die laufende Liquidität erheblich.

Unabhängig von den dringend erforderlichen Investitionen, existiert, wie auch in weiteren Bereichen des Gesundheitswesens ein erheblicher Investitionsstau, welcher mit Mitteln aus dem laufenden Prozess und dem Vergütungssystem der KV nicht behebbar erscheint.

Geplante Modernisierungen von Praxisräumen und Medizintechnik konnten nur teilweise umgesetzt werden.

2.5 Qualitätsmanagement

Das einrichtungsinterne Qualitätsmanagement dient der kontinuierlichen Sicherung und Verbesserung der Patientenversorgung, sowie der Organisationsentwicklung. Mit dem primären Ziel einer größtmöglichen Patientensicherheit werden neben einer bewussten Patientenorientierung auch die Perspektiven der an der Gesundheitsversorgung beteiligten Akteure berücksichtigt.

Im Rahmen des Qualitätsmanagements erfolgen auf verwaltungstechnischer Ebene regelmäßige Qualitätszirkel um Prozesse in den Praxen zu unterstützen, sicher und effektiv zu gestalten und um die Kommunikation einzelner Dienstleister am Prozess verbessern.

3. Lage des Unternehmens

3.1 Finanz- und Liquiditätslage

Die Gesellschaft verfügt zum 31. Dezember 2024 über liquide Mittel in Höhe von 551 TEUR und konnte im Geschäftsjahr 2024 ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen.

Auf Grund der Liquiditätslage wurde zur Sicherung der Liquidität durch die Muttergesellschaft ein Darlehen in Höhe von 1,0 Mio. EUR zum 01.11.2024 ausgereicht. Das Darlehen ist im Juni 2027 zurückzuzahlen.

Die Gesellschaft verfügt über ein voll eingezahltes Stammkapital in Höhe von 400 TEUR.

3.2 Vermögenslage

Die im Jahr 2024 getätigten Investitionsmaßnahmen betreffen Einrichtung und Ausstattung der Praxen des Medizinischen Versorgungszentrums.

Die Investitionen der Gesellschaft betragen im Jahr 2024 insgesamt 864 TEUR (siehe 2.4 Investitionen und Instandhaltung). In eine neue einheitliche Abrechnungssoftware und damit verbunden auch neue Hardware wurden weitere 334 TEUR investiert. Der Restbuchwert des Anlagevermögens beläuft sich mit Stand 31. Dezember 2024 auf 1.950 TEUR (Vj 1.587 TEUR).

Die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände betragen in Summe zum Bilanzstichtag 1.755 TEUR (Vj 1.910 TEUR). Darauf entfallen Forderungen gegenüber der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen in Höhe von 847 TEUR (Vj 1.682 TEUR).

Die Verbindlichkeiten des Unternehmens betragen zum Bilanzstichtag insgesamt 2.084 TEUR. Dementsprechend sind die Verbindlichkeiten um einen Betrag i. H. v. 1.141 TEUR angestiegen. Im Wesentlichen ist die Erhöhung auf die Ausreichung eines Kredites i. H. v. 1 Mio. EUR durch die Muttergesellschaft zurückzuführen.

Es wurden sonstige Rückstellungen i. H. v. von 293 TEUR (Vj 428 TEUR) berücksichtigt.

3.3 Ertragslage

Die periodengerechten Erlöse (finanzieller Leistungsindikator) aus Abrechnungen gegenüber der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen betragen im Jahr 2024 9.858 TEUR (Vorjahr: 10.100 TEUR). Hierbei nehmen die Individualbudgets der Kassenärztlichen Vereinigungen wesentlichen Einfluss auf die erzielbaren Umsätze.

Die Erlöse aus der Behandlung von Privatpatienten und berufsgenossenschaftlichen Patienten sowie für Nutzungsentgelte der angestellten Ärzte betragen im Jahr 2024 818 TEUR (Vorjahr: 816 TEUR).

III. PROGNOSEBERICHT

Laut Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung wird für das Jahr 2025 ein verhaltener Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,3 Prozent prognostiziert. Weiterhin geht die Bundesregierung von einer Inflationsrate in Höhe von 2,2 Prozent aus. Bei einem leicht überdurchschnittlichen Zuwachs bei den Dienstleistungspreisen, die wesentlich durch die zuvor höheren Lohnabschlüsse geprägt waren, stehen die anhaltenden Wirkungen der vorangegangenen geldpolitischen Straffungen, gesunkener Energiekosten sowie entlastende Preisentwicklungen auf den vorgelagerten Preisstufen gegenüber. Temporär inflationserhöhende Effekte ergeben sich zu Jahresbeginn 2025 durch administrative Preiserhöhungen wie die Anhebung der CO₂-Abgabe sowie erhöhte Beitragssätze bei Kranken- und Pflegeversicherungen. (Quelle: https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Infografiken/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/2025/02/04-download-jahreswirtschaftsbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=6)

Der Prognosebericht beschreibt die erwartete Entwicklung für das Geschäftsjahr 2025.

Zum Zeitpunkt der Wirtschaftsplanerstellung 2025 und damit einer bereits erfolgten prognostischen Vorausschau auf das Jahr 2025 wurde von einem ausgeglichenen Jahresergebnis ausgegangen. Nunmehr sehen die seit Mitte Mai 2025 vorliegenden Bescheide der Kassenärztlichen Vereinigung für das IV. Quartal 2024 eine kontinuierliche Abwertung des Punktwertes für in der Vergangenheit erbrachte Leistungen vor. Die Abwertung des Punktwertes trifft insbesondere für die flotende Honorarverteilung des fachärztlichen Bereiches zu. Diese außerordentliche Abwertung war nicht zu erwarten. Dem Vorsichtsprinzip folgend wurden auf dieser Grundlage die Erlöse des Jahres 2024 sowie auch die Erlösprognose des Jahres 2025 angepasst. Infolge dessen wird momentan von einem leicht negativen Jahresergebnis 2025 der Medizinischen Versorgungszentrum GmbH ausgegangen.

Vor dem Hintergrund des Jahresfehlbetrages des Jahres 2024 wurde durch das Medizinische Versorgungszentrum ein Konzept zur strategischen Ausrichtung erarbeitet.

Das Konzept verfolgt das Ziel, durch eine detaillierte Analyse der aktuellen Situation und die Entwicklung gezielter Maßnahmen die Effizienz des Medizinischen Versorgungszentrums zu steigern, die Finanzlage zu stabilisieren und die Basis für eine nachhaltige Entwicklung zu schaffen ohne dabei mögliche Einschränkungen der Qualität der Patientenversorgung in Erwägung zu ziehen.

Ambulante Leistungserbringer sind mehr denn je gefordert, durch interne Maßnahmen und durch neue Strukturen die Wirtschaftlichkeit ihres Unternehmens zu sichern bzw. zu stabilisieren.

Das umfassende Strukturkonzept besteht zum einen aus allgemeinen Lösungsansätzen und zum anderen aus einer Detailanalyse zur Kostenoptimierung auf Ebene der Einzelpraxen.

Bei Umsetzung aller benannter Maßnahmen wird eine Umkehr des Kosten-Erlös-Verhältnisses ab dem Jahr 2026 erwartet.

Durch unterjährig geänderte Rahmenbedingungen können die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen. Aufgrund weiterhin bestehender Risiken im Hinblick auf die erwartete Geschäftsentwicklung, wie u.a. Aus- und Folgewirkungen des anhaltenden Ukraine-Krieges sowie des Nahost-Konfliktes, kann nach jetzigem Ermessen eine sichere Einschätzung nicht erfolgen. Bei einer weiterhin hohen Inflation etc. können negative Einflüsse auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für 2025 nicht ausgeschlossen werden. Die Geschäftsführung geht zum Zeitpunkt der Berichterstellung ungeachtet dessen von einer grundsätzlich geordneten Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für das Jahr 2025 und die Folgejahre aus.

IV. CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

4.1 Risikomanagementsystem

Das betriebswirtschaftliche Risikomanagement der Thüringen-Kliniken ist umfassend für alle wesentlichen Unternehmensbereiche und Tochtergesellschaften aufgestellt.

Als Unternehmen der Gesundheitswirtschaft unterliegt das Medizinische Versorgungszentrum verschiedensten Risiken. Diese können sich aus Marktveränderungen und der originären Tätigkeit der Gesellschaft heraus ergeben.

Um Risiken frühzeitig zu erkennen, ihnen zu begegnen oder im optimalen Fall sogar zu vermeiden, bedarf es gezielter Maßnahmen. Risiken dürfen nicht zufällig entdeckt, sondern müssen proaktiv identifiziert werden.

Im Konzern der Thüringen-Kliniken ist ein Risikofrüherkennungs- und Überwachungssystem etabliert. Unternehmensinterne Risiken werden von der Geschäftsführung und dem Konzerncontrolling speziell bei der Ausreichung der Honorarbescheide der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen gesehen, da diese zwei Quartale versetzt an die Betriebsstätten versendet werden. Somit sind die Hochrechnungen für das jeweilige Geschäftsjahr ungenau und es liegt eine eingeschränkte Steuerungsfähigkeit vor, welche nicht beeinflussbar ist. Diesbezüglich erfolgt eine regelmäßige Risikoeinschätzung.

4.2 Chancenbericht

Ziel der Umsetzung des Strukturkonzeptes im MVZ ist es, zum einen Kostenniveaus zu senken und zum anderen Leistungsniveaus anheben.

Folgende Ansätze und Chancen liegen dem Strukturkonzept zugrunde:

- mengenmäßiges Verhältnis der Hausarztpraxen zu Facharztpraxen
- Zentralisierung
- Personalkontinuität
- Investitionen und Wartungskosten
- Standardisierung Praxissoftware
- Arbeitsverträge Ärzte
- Ausschreibung Lieferverträge
- Sonstige Verträge

Die Zusammenführung der Facharztpraxen auf gemeinsame Standorte und somit eine noch intensivere Nutzung vorhandener Ressourcen, die stärkere Motivation der Mitarbeiter für ihre Arbeit im Unternehmen, die Erfüllung des Versorgungsauftrages zum Wohl unserer Patienten haben oberste Priorität. Dies geschieht immer unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit.

Das Leistungscontrolling (Helmsauer-MVZ-Navigator) wurde im vergangenen Jahr implementiert und bildet die Basis für Auswertungsgespräche mit den Fachärzten des Medizinischen Versorgungszentrums. Die Software erstellt anhand von Routinedaten ein umfangreiches leistungs-, finanz- und kennzahlenbasiertes Controlling. Die Nutzung der Software unterstützt den Gesamtprozess des Strukturkonzeptes erheblich und bildet eine gute Grundlage in Gesprächen mit den Ärzten der Praxen und dem gesamten Praxispersonal.

Die neue Praxissoftware und damit die MVZ-weite Standardisierung bietet die Möglichkeit zeitnaher, einheitlicher und umfassender Auswertungen. Darüber hinaus erleichtert es die Zusammenführung von Daten des Finanz- und Leistungscontrollings sowie der Erstellung von Kennzahlen.

Um die Sachkosten zu senken, wurden der medizinische Bedarf und der Bürobedarf neuausgeschrieben. Hier werden Einsparpotentiale in Höhe von ca. 20 % erwartet.

Im Jahr 2025 steigt der Orientierungspunktwert erneut um 3,85 % auf 12,3934 Cent. Die für Thüringen maßgebliche länderspezifische Veränderungsrate beträgt 0,4189 Prozent. Dadurch können die Erlöse bei gleichen Leistungsinhalten steigen.

Um die ambulante Versorgung durch die Schließung von Krankenhäusern finanziell nicht noch mehr zu belasten, werden ab dem Jahr 2025 jene Arztstellen, die über die Bedarfsplanung hinausgehen (Sonderbedarfszulassungen und Ermächtigung) und im Zusammenhang mit der

Schließung von Krankenhäusern von den Zulassungsgremien beschlossen werden, von den Krankenkassen zusätzlich finanziert.

Darüber hinaus sollen Tarifverträge der Medizinischen Fachangestellten künftig regelhaft auf Basis der aktuellen Abschlüsse in den Honorarabschlüssen Berücksichtigung finden. Für das Jahr 2025 fand aufgrund von Nichteinigung zwischen den Vertretern der Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigung bisher keine Berücksichtigung statt.

Nach der Entbudgetierung der pädiatrischen Praxen im Jahr 2024, folgte Anfang 2025 der Beschluss zur Entbudgetierung der Hausärzte. Für Thüringen spielt dies nur eine untergeordnete Rolle, da die Vergütung bereits mit nahezu 100 % der eingereichten Leistungen erfolgt.

Im Jahr 2025 wird ein verschärfter Fokus auf die KV-Abrechnung und die Schulung der Mitarbeiter in diesem Bereich gelegt.

Ziel ist die nachhaltige Festigung der Wirtschaftlichkeit und dauerhafte Erreichung eines positiven Operativen Ergebnisses.

4.3 Risikobericht

Der gesamte Gesundheitssektor der Bundesrepublik Deutschland leidet im Moment unter einer chronischen Unterfinanzierung. Auch der ambulante Bereich der Kassenärztlichen Vereinigung ist davon betroffen. Konnten bisher Inflationsausgleiche durch Mengeneffekte kompensiert werden, so sorgen die gleichbleibenden Basiserlöse mit minimalen Steigerungen oder wie in der Radiologie gar Absenkungen nunmehr dafür, dass gestiegene Kosten im Sach- und im Personalkostenbereich nicht mehr aufgefangen werden können. Zudem handelt es sich bei der MVZ GmbH um ein Konstrukt, dass auf Praxisebene nicht inhabergeführt ist. Damit bleiben Leistungsniveaus, trotz eines Anreizsystems im Sinne eines Risikotransfers zum Eigner, limitiert. Verluste einzelner Praxen konnten bisher durch Gewinne anderer Praxen der MVZ GmbH kompensiert werden. Aufgrund des wie vorbeschrieben deutlich veränderten Kostenniveaus, ist dies im Moment nicht mehr möglich.

Der ambulante Sektor der Gesundheitsversorgung hat seine eigenen wirtschaftlichen Gesetze, diese variieren je Fachrichtung und je Bundesland. Die Abrechnungen der erbrachten Leistungen durch die jeweiligen Kassenärztlichen Vereinigungen erfolgen mit einem halben Jahr Verzögerung. Zu spät um gezielte Maßnahmen ergreifen und Wirtschaftspläne rechtzeitig anzupassen zu können.

Die Anwerbung und Einstellung von Ärztinnen und Ärzten sowie von medizinischem Fachpersonal gestaltet sich zunehmend schwierig.

4.4 Gesamtaussage

Das Geschäftsjahr 2024 schließt mit einem negativen Ergebnis.

Auf Basis der dargestellten Rahmenbedingungen geht die Geschäftsführung zwar von einer herausfordernden Zukunft aus, die ergriffenen Gegenmaßnahmen erscheinen jedoch nach aktuellem Stand geeignet, die geschilderten Risiken zu kompensieren.

Weitere Sachverhalte, welche bestands- oder liquiditätsgefährdende Auswirkungen für das Medizinische Versorgungszentrum haben, sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Dynamik aller Sachverhalte und den damit möglicherweise verbundenen Auswirkungen auf das Unternehmen, ist eine verlässliche Abschätzung der Entwicklung der wirtschaftlichen Situation für die Medizinisches Versorgungszentrum GmbH aktuell nur sehr schwer möglich. Die tatsächlichen Ergebnisse können durch unterjährig geänderte Rahmenbedingungen wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen.

Saalfeld, den 23. Mai 2025

gez. Dr. Thomas Krönert
Geschäftsführer

Teil C – Eigenbetriebe & Zweckverbände

12 Thermische Verwertungsanlage Schwarza (TVS)

(Eigenbetrieb des ZASO)

Grundlagen

Unternehmen:

Thermische Verwertungsanlage Schwarza (TVS)

Sitz:

Rudolstadt-Schwarza

Betriebsatzung:

1. April 2005 in der Fassung vom 01. Oktober 2013

Aufgabe des Eigenbetriebs:

Aufgabe des Betriebes ist die thermische Verwertung geeigneter Abfälle, die die entsprechenden Bedingungen des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz - KrWG) vom 24.02.2012 (BGBl. I S. 212), in der aktuell gültigen Fassung, erfüllen, vorwiegend Abfälle der Anrainer des Industriegebietes darstellen und ergänzend aus dem Gebiet des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Saale-Orla stammen, soweit behördlicherseits keine anderen Verfügungen getroffen werden.

Der Betrieb kann alle seinen Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührenden Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben. Zur Erfüllung kann er sich anderer Einrichtungen oder Unternehmen bedienen.

Organe des Eigenbetriebs

Vorsitzender:

Herr Michael Modde

Werksausschuss:

Die Zweckverbandsversammlung des ZASO nimmt auch die Aufgaben des Werksausschusses wahr.

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt:

Herr Landrat Marko Wolfram
 Herr Sascha Krüger
 Herr Denis Häußner
 Herr Thomas Schubert (bis 08/2024)
 Herr Sebastian Heuchel (bis 08/2024)
 Herr Michael Stockheim (bis 08/2024)
 Herr Toni Hübner (ab 08/2024)
 Herr Andreas Gloth-Pfaff (ab 08/2024)
 Frau Daniella Gasda (ab 08/2024)

Saale-Orla-Kreis:

Herr Landrat Christian Herrgott
 Herr Michael Modde
 Herr Wolfgang Kleindienst
 Herr Dr. Arnfried Völlm
 Herr Manfred Bentz (bis 06/2024)
 Herr Klaus Möller (bis 06/2024)
 Herr Heiko Bergner (ab 06/2024)
 Herr Marc Roßner (ab 06/2024)

Jahresabschluss

<u>BILANZ</u>	Stand	Stand
	31. Dezember 2022	31. Dezember 2021
AKTIVA	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	187.883,00	144.723,00
II. Sachanlagen	8.933.272,16	9.184.002,66
III. Finanzanlagen	701.000,00	701.000,00
	<u>9.822.155,16</u>	<u>10.029.725,66</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	539.358,87	482.603,64
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	16.839.415,92	9.593.498,33
III. Wertpapiere	0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guth. bei Kreditinst.	3.633.742,25	5.435.337,64
	<u>21.012.517,04</u>	<u>15.511.439,61</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.842,47	2.653,10
<u>Summe Aktiva</u>	<u>30.836.514,67</u>	<u>25.543.818,37</u>
	Stand	Stand
	31. Dezember 2022	31. Dezember 2021
PASSIVA	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	50.000,00	50.000,00
II. Rücklagen		
Allgemeine Rücklage	4.066.460,00	3.908.160,00
Zweckgebundene Rücklage	0,00	0,00
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0,00	0,00
V. Jahresüberschuss	164.700,00	158.300,00
	<u>4.281.160,00</u>	<u>4.116.460,00</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.119.591,00	1.775.982,00
C. Rückstellungen	103.269,00	103.698,26
D. Verbindlichkeiten	25.332.494,67	19.547.678,11
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
<u>Summe Passiva</u>	<u>30.836.514,67</u>	<u>25.543.818,37</u>

Hinweis: Der Jahresabschluss des ZASO und des zugehörigen Eigenbetriebs TVS für die Jahre 2023 und 2024 lagen zum Erstellungszeitpunkt nicht vor. Die Ergänzung erfolgt redaktionell, sobald die Unterlagen vorliegen.

Gewinn- und Verlustrechnung	Stand 31. Dezember 2022 EUR	Stand 31. Dezember 2021 EUR
1. Umsatzerlöse	12.761.503,20	9.953.887,68
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an		
2. fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
4. sonstige betriebliche Erträge	43.919,31	7.205.629,60
5. Materialaufwand	7.187.431,64	5.390.400,65
6. Personalaufwand	1.309.432,42	1.325.862,25
7. Abschreibungen	1.462.664,39	830.740,82
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	2.587.069,38	9.364.345,21
9. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des		
10. Finanzanlagevermögens	2.619,34	2.675,49
11. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf		
12. Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	27.152,79	26.922,45
14. Ergebnis der gewöhl. Geschäftstätigkeit	234.291,23	223.921,39
15. außerordentliche Erträge	0,00	0,00
16. außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
17. außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	66.557,92	62.360,68
19. sonstige Steuern	3.033,31	3.260,71
20. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	164.700,00	158.300,00

Hinweis: Der Jahresabschluss des ZASO und des zugehörigen Eigenbetriebs TVS für die Jahre 2023 und 2024 lagen zum Erstellungszeitpunkt nicht vor. Die Ergänzung erfolgt redaktionell, sobald die Unterlagen vorliegen.

13 Zweckverband Abfallwirtschaft Saale-Orla (ZASO)

Grundlagen

Bezeichnung:

Zweckverband Abfallwirtschaft Saale-Orla (ZASO)

Sitz:

Pößneck

Verbandssatzung:

vom 29. März 1994, i. d. F. der 6. Änderungssatzung vom 2. Dezember 2013

Geschäftsleitung:

Frau Butz, LL.M.

Mitglieder:

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt

Landkreis Saale-Orla

Umlageschlüssel:

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt	50 %
Saale-Orla-Kreis	50 %

Stimmverteilung:

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt	6 Stimmen
Saale-Orla-Kreis	6 Stimmen

Aufgabe des Zweckverbandes:

Der Zweckverband hat als zuständige Körperschaft gemäß dem Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG) vom 24.02.2012 (BGBl. I S. 212) in der aktuell gültigen Fassung, sowie in Vollzug des Thüringer Gesetzes über die Vermeidung, Verminderung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Thüringer Abfallwirtschaftsgesetz - ThAbfG) vom 15.06.1999 (GVBl. S 385), zuletzt geändert durch Art. 15 Thüringer Haushaltsbegleitgesetz 2008/2009 vom 20.12.2007 (GVBl. S. 267), in der aktuell gültigen Fassung, und den zugehörigen Verordnungen sowie die im Verbandsgebiet anfallenden Abfälle zu entsorgen.

Er hat das Ziel, die Verwaltungen der Verbandsmitglieder von allen mit der Abfallentsorgung verbundenen Aufgaben zu entlasten. Die Aufgaben des Landratsamtes als „Untere Abfallbehörde“ bleiben davon unberührt.

Des Weiteren hat der Zweckverband die Aufgabe, bedarfsgerechte Abfallentsorgungsanlagen zu konzipieren, zu planen, vorzuhalten, zu betreiben und zu rekultivieren bzw. zu sanieren.

Beteiligung:

Der Zweckverband unterhält die Thermische Verwertungsanlage Schwarza als Eigenbetrieb.

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Saale-Orla ist Mitglied im Zweckverband Restabfallbehandlung Ostthüringen (ZRO).

Organe des Zweckverbandes

Vorsitzender: Herr Michael Modde

Zweckverbandsversammlung:

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt:

Herr Landrat Marko Wolfram

Herr Thomas Schubert

Herr Sebastian Heuchel

Herr Denis Häußler

Herr Michael Stockheim

Herr Sascha Krüger

Saale-Orla-Kreis:

Herr Landrat Thomas Fügmann

Herr Michael Modde

Herr Wolfgang Kleindienst

Herr Dr. Arnfried Völlm

Herr Manfred Bentz

Herr Klaus Möller

Jahresabschluss

BILANZ	Stand	Stand
	31.Dezember 2022	31.Dezember 2021
AKTIVA	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	138.172,00	96.456,00
II. Sachanlagen	12.128.931,03	11.469.251,27
III. Finanzanlagen	11.474.000,00	10.136.000,00
	<u>23.741.103,03</u>	<u>21.701.707,27</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	242,95	566,24
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.061.067,79	5.323.059,50
III. Wertpapiere	0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guth. bei Kreditinst.	8.107.663,23	7.812.748,62
	<u>14.168.973,97</u>	<u>13.136.374,36</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	74.075,74	105.737,34
Summe Aktiva	<u>37.984.152,74</u>	<u>34.943.818,97</u>
	Stand	Stand
	31.Dezember 2022	31.Dezember 2021
PASSIVA	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
I. Allgemeine Rücklage	4.996.961,85	4.996.961,85
II. Zweckgebundene Rücklage	0,00	0,00
III. Gewinnvortrag	2.143.660,27	1.666.654,25
III. Jahresgewinn/-verlust	468.237,38	477.006,02
IV. Bilanzgewinn	<u>7.608.859,50</u>	<u>7.140.622,12</u>
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	131.283,69	150.038,51
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen	0,00	0,00
2. Rückstellungen für Deponienachsorge	24.207.000,00	22.924.000,00
3. Sonstige Rückstellungen	4.100.570,00	2.838.471,00
	<u>28.307.570,00</u>	<u>25.762.471,00</u>
D. Verbindlichkeiten	1.936.439,55	1.881.006,04
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	9.681,30
Summe Passiva	<u>37.984.152,74</u>	<u>34.943.818,97</u>

Hinweis: Der Jahresabschluss des ZASO und des zugehörigen Eigenbetriebs TVS für die Jahre 2023 und 2024 lagen zum Erstellungszeitpunkt nicht vor. Die Ergänzung erfolgt redaktionell, sobald die Unterlagen vorliegen.

Gewinn- und Verlustrechnung	Stand	Stand
	31.Dezember 2022	31.Dezember 2021
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	18.434.866,74	16.796.570,56
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
4. Sonstige betriebliche Erträge	1.753.546,29	2.530.483,56
5. Materialaufwand	9.284.497,70	9.475.312,16
6. Personalaufwand	3.891.789,95	3.757.473,98
7. Abschreibungen	1.178.697,75	1.158.544,77
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.270.356,80	4.380.382,67
9. Erträge aus Beteiligungen		
10. Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	46.000,02	39.468,06
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	82.811,90	75.015,60
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	218.475,20	188.248,42
14. Ergebnis der gewöhl. Geschäftstätigkeit	473.407,55	481.575,78
15. außerordentliche Erträge	0,00	0,00
16. außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
17. außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00
19. Sonstige Steuern	5.170,17	4.569,76
20. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	468.237,38	477.006,02
21. Entnahme aus zweckgebundener Rücklage	0,00	0,00
22. Bilanzgewinn	468.237,38	477.006,02

Hinweis: Der Jahresabschluss des ZASO und des zugehörigen Eigenbetriebs TVS für die Jahre 2022 und 2023 lagen zum Erstellungszeitpunkt nicht vor. Die Ergänzung erfolgt redaktionell, sobald die Unterlagen vorliegen.

14 Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)

Grundlagen

Bezeichnung:

Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)

Sitz:

Leipzig

Verbandssatzung:

vom 16.Juni 2016, i.d.F. der 4. Änderungssatzung vom 22.November 2021

Verbandsvorsitzender

Ralf Rother, Bürgermeister der Stadt Wilsdruff

Mitglieder:

276 Mitglieder mit 3311 Stimmen, davon hat Landkreis Saalfeld-Rudolstadt 20 Stimmen (0,604 %)

Beteiligungen

KOMM24 GmbH	- 20 %
Kommunale DatenNetz GmbH	- 100 %
Lecos GmbH	- 10 %
ProVitako eG	- Geschäftsanteil i.H.v. 5.000 EUR

Aufgaben des Zweckverbandes:

Der Zweckverband stellt seinen Mitgliedern Datenverarbeitungsverfahren, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörige Serviceleistungen zur Erledigung oder Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikerunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung, welche die Mitglieder ganz oder teilweise in freier Entscheidung nutzen können.

Zu den Leistungen und Aufgaben des Zweckverbandes gehören insbesondere die nachfolgend aufgezählten:

- a) Wartung, Pflege, Weiterentwicklung und erforderlichenfalls geordnete Ablösung der bereitgestellten Verfahren;
- b) Gewährleistung eines möglichst integrierten Einsatzes der angebotenen Verfahren durch Bereitstellung entsprechender Schnittstellen;
- c) Beratung und Unterstützung der Mitglieder sowie der sonstigen Kunden in allen Fragen, die mit den Leistungen nach Abs. 1 im Zusammenhang stehen, in allen sonstigen Anwendungsfragen und bei der Auswahl, Beschaffung und Nutzung von Hardware und Software, wobei Rechtsberatung ausgeschlossen ist;
- d) Durchführung von Schulungen;
- e) Erwerb von Gebietslizenzen und Abschluss von Rahmenverträgen mit Dritten über Lieferungen und Leistungen;
- f) Bereitstellung eines Übertragungsnetzes zur Nutzung der Datenverarbeitungsverfahren und für andere Netzdienste;
- g) Vertretung der Interessen der Verbandsmitglieder auf dem Gebiet der technikerunterstützten Informationsverarbeitung;
- h) Erwerb und Überlassung von Informationstechnik sowie damit verbundene Betreiberleistungen.

- i) Der Verband stellt beruflich qualifiziertes und sachkundiges Personal bereit, das befähigt ist, als Datenschutzbeauftragter gemäß Art. 37 Datenschutz-Grundverordnung Verwendung zu finden. Mitglieder der KISA erhalten das Entscheidungsrecht, bereitgestelltes Personal zum Datenschutzbeauftragten gemäß Art. 37 Datenschutz-Grundverordnung bei Verfügbarkeit zu benennen. Im Falle seiner Benennung erfüllt der jeweilige Datenschutzbeauftragte seine Pflichten und Aufgaben gegenüber der Geschäftsleitung des Verbandes unabhängig und berichtet unmittelbar und ausschließlich dem Verantwortlichen, d.h. der benennenden Stelle. Allein im Falle von Vertragsstörungen zwischen dem Verband und einem Verbandsmitglied bei der Wahrnehmung der Aufgabe, ist der Verband befugt, das von ihm gestellte Personal zum erbrachten Leistungsumfang zu befragen.

Organe des Zweckverbandes

Verbandsversammlung

Verbandsvorsitzender

Verwaltungsrat

Jahresergebnis

<u>BILANZ</u>	Stand 31.Dezember 2024	Stand 31.Dezember 2023
AKTIVA	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	510.709,09	926.365,40
II. Sachanlagen	2.329.079,21	2.018.201,97
III. Finanzanlagen	252.014,00	252.014,00
	<u>3.091.802,30</u>	<u>3.196.581,37</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	224.238,16	285.449,31
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.019.652,92	4.970.526,09
III. Wertpapiere	0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guth. bei Kreditinst.	6.588.099,00	7.257.194,23
	<u>13.831.990,08</u>	<u>12.513.169,63</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	103.382,47	147.942,65
<u>Summe Aktiva</u>	<u>17.027.174,85</u>	<u>15.857.693,65</u>
	Stand 31.Dezember 2024	Stand 31.Dezember 2023
PASSIVA	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
I. Kapitalrücklage	839.386,55	839.386,55
II. Gewinnrücklage	4.264.704,25	4.013.250,50
III. Jahresgewinn/-verlust	264.085,38	251.453,75
IV. Bilanzgewinn	<u>5.368.176,18</u>	<u>5.104.090,80</u>
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	121.353,00	253.741,00
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen	2.381.376,00	2.080.595,00
2. Steuerrückstellungen	92.507,62	0,00
3. Sonstige Rückstellungen	1.649.058,44	1.598.925,49
	<u>4.122.942,06</u>	<u>3.679.520,49</u>
D. Verbindlichkeiten	7.411.119,72	6.820.341,36
E. Rechnungsabgrenzungsposten	3.583,89	0,00
<u>Summe Passiva</u>	<u>17.027.174,85</u>	<u>15.857.693,65</u>

Gewinn- und Verlustrechnung

	Stand	Stand
	31.Dezember 2024	31.Dezember 2023
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	34.659.470,38	28.062.311,31
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.048.399,55	498.059,85
3. Materialaufwand	18.371.689,13	13.801.588,88
4. Personalaufwand	13.448.998,32	11.078.748,05
5. Abschreibungen	1.256.477,29	1.131.779,37
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.387.287,66	2.426.644,04
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	149.076,85	43.030,51
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	66.766,73	79.043,58
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	21.122,27	-173.306,44
10. Ergebnis nach Steuern	304.605,38	258.904,19
11. Sonstige Steuern	40.520,00	7.450,44
12. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	264.085,38	251.453,75

15 Zweckverband ÖPNV Saale-Orla

Grundlagen

Bezeichnung:

Zweckverband ÖPNV Saale-Orla

Sitz:

Saalfeld/Saale

Verbandssatzung:

vom 23. August 1993, i. d. F. der 4. Änderungssatzung vom 12.11.2024

Geschäftsleiter:

Die Geschäftsstelle ist organisatorisch dem Teilnehmungsmanagement des Landratsamtes zugeordnet. Zuständige Sachbearbeiterin ist der Frau Anja Müller.

Mitglieder:

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt

Saale-Orla-Kreis

Umlageschlüssel:

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt 59,63 % (Umlage 2024: 8.227.425,40 EUR)

Saale-Orla-Kreis 40,37 % (Umlage 2024: 5.570.034,60 EUR)

Stimmverteilung:

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt 5 Stimmen

Saale-Orla-Kreis 5 Stimmen

Aufgabe des Zweckverbandes:

Gemäß § 4 der Satzung hat der Zweckverband die Aufgabe, das ThürÖPNVG in der jeweils gültigen Fassung für die Verbandsmitglieder zu vollziehen. Mit der Verwirklichung dieser Aufgabe verfolgt der Zweckverband folgende Ziele:

- Der öffentliche Personennahverkehr soll eine den verkehrlichen und wirtschaftlichen Erfordernissen entsprechende flächendeckende, häufige, regelmäßige, pünktliche, schnelle und bequeme Verkehrsbedienung bieten. Das Verkehrs- und Tarifangebot ist fahrgastfreundlich und verständlich zu gestalten.
- Das Verkehrsnetz ist so zu planen und zu gestalten, dass dem qualitativ und quantitativ notwendigen Leistungsangebot und der Wirtschaftlichkeit des öffentlichen Personennahverkehrs Rechnung getragen wird.
- Der Schülerverkehr ist soweit wie möglich in den Linienverkehr zu integrieren.
- Ein gemeinsamer Tarif und Fahrschein ist mit benachbarten Verkehrsgebieten anzustreben.

Beteiligungen an Unternehmen:

keine

Organe des Zweckverbandes

Vorsitzender:

Herr Bernhard Schmidt

Zweckverbandsversammlung:

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt:

Herr Landrat Marko Wolfram

Herr Bernhard Schmidt

Herr Toni Hübler

Herr Andreas Spanjer

Herr Andreas Gloth-Pfaff (bis 08/2024)

Herr Mike George (ab 08/2024)

Saale-Orla-Kreis:

Herr Landrat Christian Herrgott

Herr Peter Orosz (bis 09/2024)

Herr Christian Meyer (bis 09/2024)

Herr Jörg Fischer (bis 09/2024)

Herr Roland Wetzel (bis 09/2024)

Herr Carsten Sachse (ab 09/2024)

Herr Johannes Linke (ab 09/2024)

Herr Wolfgang Kleindienst (ab 09/2024)

Herr Tom Tetzl (ab 09/2024)

Übersicht über die Entwicklung des Vermögens, der Schulden und der Rücklagen für die Zeit vom
1. Januar bis 31. Dezember 2023

Vermögen	Stand zu Beginn des Haushalts- jahres	Zugang	Abgang	Abschrei- bungen	Stand am Ende des Haushalts- jahres
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Vermögen nach § 76 Abs. 1 ThürGemHV	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2. Vermögen nach § 76 Abs. 2 ThürGemHV	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Rücklagen	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Zuführungen	Entnahmen	Stand am Ende des Haushaltsjahres
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Allgemeine Rücklagen	3.687,2	2.669,5	0,0	6.356,7
2. Sonderrücklagen	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe	3.687,2	2.669,5	0,0	6.356,7

Schulden	Stand zu Beginn des Haushalts- jahres	Kredit- aufnahme	Sonstige Zugänge	Tilgung	Sonstige Abgänge	Stand am Ende des Haushalts- jahres
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Schulden insgesamt	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

nachrichtliche Informationen	Plan in TEUR	Rechnungsergebnis in TEUR
Zuführung vom Vermögenshaushalt zum Verwaltungshaushalt	1,0	0,0
Zuführung vom Verwaltungshaushalt in Vermögenshaushalt	49,0	2.621,3

Hinweis: Zum Erstellungszeitpunkt des Beteiligungsberichtes lag die Prüfung und Feststellung der Jahresrechnung 2024 des ZV ÖPNV Saale-Orla nicht vor. Die Ergänzung erfolgt redaktionell, sobald die Unterlagen zur Verfügung stehen.

Jahresergebnis

Feststellung des Jahresergebnisses der Haushaltsrechnung für die Zeit vom
1. Januar bis 31. Dezember 2023

	Verwaltungs haushalt EUR	Vermögens haushalt EUR	Gesamthaushalt EUR
Einnahmen			
Solleinnahmen (= Anordnungssoll)	20.368.513,32	2.669.502,66	23.038.015,98
neue Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	0,00
Abgang alter Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	0,00
Abgang alter Kasseneinnahmereste	0,00	0,00	0,00
Summe bereinigter Solleinnahmen	20.368.513,32	2.669.502,66	23.038.015,98
Ausgaben			
Sollausgaben (= Anordnungssoll)	20.368.513,32	2.669.502,66	23.038.015,98
neue Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00
Abgang alter Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00
Abgang alter Kassenausgabereste	0,00	0,00	0,00
Summe bereinigter Sollausgaben	20.368.513,32	2.669.502,66	23.038.015,98
Unterschied			
Etwaiger Unterschied (bereinigte Solleinnahmen ./ bereinigte Sollausgaben)	0,00	0,00	0,00
Differenz/Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00

Hinweis: Zum Erstellungszeitpunkt des Beteiligungsberichtes lag die Prüfung und Feststellung der Jahresrechnung 2024 des ZV ÖPNV Saale-Orla nicht vor. Die Ergänzung erfolgt redaktionell, sobald die Unterlagen zur Verfügung stehen.

16 Zweckverband Restabfallbehandlung Ostthüringen (ZRO)

Grundlagen

Unternehmen:

Zweckverband Restabfallbehandlung Ostthüringen (ZRO)

Sitz:

Gera

Verbandssatzung:

vom 3. Dezember 1996, i. d. F. der 14. Änderungssatzung vom 13.12.2021

Geschäftsleitung:

Herr Tim Wagner

Mitglieder:

Landkreis Altenburger Land

Landkreis Saale-Holzland-Kreis

Stadt Jena

Abfallwirtschaftszweckverband Ostthüringen (AWV)

Zweckverband Abfallwirtschaft Saale-Orla (ZASO)

Umlageschlüssel:

Abfallmengen (Betriebskostenumlage)

Proportional zur Einwohnerzahl gemäß der letzten amtlichen Statistik (allgemeine Umlage)

Stimmverteilung:

Landkreis Altenburger Land	3 Stimmen
Saale-Holzland-Kreis	2 Stimmen
Stadt Jena	2 Stimmen
Abfallwirtschaftszweckverband Ostthüringen (AWV)	6 Stimmen
Zweckverband Abfallwirtschaft Saale-Orla (ZASO)	5 Stimmen

Organe des Zweckverbandes

Vorsitzender:

Herr Christian Klein

Zweckverbandsversammlung:

Zusammensetzung gemäß § 28 Abs. 2 und 3 ThürKGG

Landkreise:	Vertreter gemäß § 109 Abs. 1 ThürKO/§ 28 Abs. 2 ThürKGG
Gemeinden:	Vertreter gemäß § 31 Abs. 1 ThürKO/§ 28 Abs. 2 ThürKGG
Zweckverbände:	Vertreter gemäß § 33 Abs. 1 ThürKGG

Aufgabe des Zweckverbandes:

Gemäß § 3 der Satzung verfolgt der Zweckverband als zuständige Körperschaft gemäß § 17 Abs. 1 des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen - KrWG - in Vollzug des § 2 Abs. 1 Thüringer Abfallwirtschaftsgesetz - ThürAbfG - und den zugehörigen Verordnungen sowie nach Maßgabe dieser Satzung das Ziel, die Restabfallbehandlung für das Verbandsgebiet sicherzustellen. Darüber hinaus ist der ZRO zur Sicherstellung der Restabfallbehandlung für Gebietskörperschaften, die nicht Mitglied des ZRO sind, berechtigt. Näheres regelt im Einzelfall eine Zweckvereinbarung nach § 7 Abs. 2 ThürKGG i.V.m. § 1 Abs. 2 ThürKGG, die gesondert zu beschließen ist.

Zur Sicherstellung des Zieles hat der Zweckverband die Aufgabe, ein zur Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen erforderliches Abfallbehandlungskonzept zu planen, zu entwickeln und zu realisieren. Die Verbandsmitglieder haben den nach Vermeidung, Verwertung und ggf. nach spezifischer Vorbehandlung verbleibenden Restabfall dem Zweckverband zu überlassen, sobald dieser ein Konzept zur Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen für die einheitliche Behandlung des überlassenen Restabfalls realisiert hat.

Des Weiteren kann der ZRO ihm von den Körperschaften übertragene Deponien führen und bewirtschaften. Näheres regelt im Einzelfall ein gesonderter Beschluss oder Vertrag. Der Zweckverband übernimmt im Rahmen der Führung und Bewirtschaftung der ihm übertragenen Deponien die Aufgabe, Abfälle zur Beseitigung, die bei der Restabfallbehandlung auf dem Verbandsgebiet anfallen, abzulagern. Der Zweckverband übernimmt ab dem 01.01.2002 für die Verbandsmitglieder Stadt Jena und Landkreis Saale-Holzland-Kreis sowie ab dem 01.06.2005 für das Verbandsmitglied Landkreis Altenburger Land die Aufgabe der Ablagerung von Abfällen zur Beseitigung. Der Zweckverband übernimmt ab dem 01.01.2002 für die Verbandsmitglieder Stadt Jena und Landkreis Saale-Holzland-Kreis die Aufgabe, die Mitglieder, zugehörigen Gemeinden, Bürger und Gewerbetreibenden zur Ablagerung von Abfällen zur Beseitigung zu beraten. Der ZRO kann für die Verbandsmitglieder, für Zusammenschlüsse von Verbandsmitgliedern und für die Mitglieder von Verbandsmitgliedern die ihnen obliegende Aufgabe der Deponienachsorge als Leistung erfüllen. Näheres regelt im Einzelfall ein gesonderter Vertrag.

Auf Grundlage der Abfallwirtschaftskonzepte und der Abfallmengenbilanzen der Verbandsmitglieder sowie unter Beachtung insbesondere von § 1 Nr. 4 ThürAbfG (Ausschöpfung der Vermeidungs- und Verwertungsmöglichkeiten) beschließt der Zweckverband ein Restabfallbehandlungskonzept als verbindliche Planungsgrundlage. Der ZRO kann in diesem oder in anderen Zusammenhängen festlegen, ob er eigene Anlagen betreibt und ob und in welchem Umfang dezentrale Behandlungsanlagen von Verbandsmitgliedern im Auftrag des ZRO betrieben werden können. Das Restabfallbehandlungskonzept ist bei Bedarf fortzuschreiben.

Der Zweckverband erlässt anstelle der Verbandsmitglieder Satzungen über das übertragene Aufgabengebiet. Für seine Leistung kann er Gebühren oder Entgelte erheben. Ausgenommen davon ist das Recht, Gebühren für die Restabfallbehandlung zu erheben. Das Recht zum Satzungserlass verbleibt in diesem Fall bei den Verbandsmitgliedern. Der Zweckverband kann zur Erledigung seiner Aufgaben private Gesellschaften gründen oder sich an solchen beteiligen. Er kann sich eines beauftragten Dritten bedienen; dies kann auch ein Verbandsmitglied sein.

Jahresabschluss

<u>BILANZ</u>	Stand	Stand
	31. Dezember 2024	31. Dezember 2023
AKTIVA	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	19.684,02	26.436,51
II. Sachanlagen	3.590.821,97	3.706.274,39
III. Finanzanlagen	20.300.000,00	20.300.000,00
	<u>23.910.505,99</u>	<u>24.032.710,90</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	30.670,68	17.111,79
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	292.931,10	326.716,25
III. Wertpapiere	0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guth. bei Kreditinst.	5.598.282,58	6.051.198,93
	<u>5.921.884,36</u>	<u>6.395.026,97</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	28.748,53	54.244,08
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	2.469,04	4.515,91
<u>Summe Aktiva</u>	<u>29.863.607,92</u>	<u>30.486.497,86</u>
	Stand	Stand
	31. Dezember 2024	31. Dezember 2023
PASSIVA	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
I. Zweckgebundene Rücklage	0,00	0,00
II. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00
	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
B. Sonderposten für Investitionszuwendungen	2.211.657,09	2.313.733,43
C. Rückstellungen	25.329.029,02	25.182.505,44
D. Verbindlichkeiten	2.322.921,81	2.990.258,99
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
<u>Summe Passiva</u>	<u>29.863.607,92</u>	<u>30.486.497,86</u>

Gewinn- und Verlustrechnung	Stand 31. Dezember 2024 EUR	Stand 31. Dezember 2023 EUR
1. Umsatzerlöse	17.547.178,57	15.961.716,43
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
4. Sonstige betriebliche Erträge	744.184,01	291.982,06
5. Materialaufwand	13.417.881,91	16.523.962,47
6. Personalaufwand	1.005.020,70	924.053,58
7. Abschreibungen	656.341,36	623.150,88
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	708.334,77	502.883,63
9. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
10. Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00
11. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	243.694,90	2.781.399,12
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.687.940,00	375.623,00
14. Ergebnis der gewöohnl. Geschäftstätigkeit	3.334,42	1.803,60
15. außerordentliche Erträge	0,00	0,00
16. außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
17. außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00
19. Sonstige Steuern	1.287,55	1.291,19
20. Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	2.046,87	512,41
21. Entnahme aus zweckgebundener Rücklage	0,00	0,00
22. Bilanzgewinn/ Bilanzverlust	2.046,87	512,41

17 Zweckverband Thüringer Landestheater Rudolstadt und Thüringer Symphoniker

Grundlagen

Bezeichnung:

Zweckverband Thüringer Landestheater Rudolstadt und Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt

Sitz:

Saalfeld/Saale

Verbandssatzung:

vom 12. November 1993, zuletzt geändert am 19.08.2014

Geschäftsstelle:

Die Geschäftsstelle ist organisatorisch dem Beteiligungsmanagement des Landratsamtes zugeordnet. Zuständiger Sachbearbeiter ist der Leiter Beteiligungsmanagement, Herr Patrick Stadermann.

Mitglieder:

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt
Stadt Rudolstadt
Stadt Saalfeld

Umlageschlüssel:

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt	50 %
Stadt Rudolstadt	38 %
Stadt Saalfeld	12 %

Stimmverteilung:

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt	50 Stimmen
Stadt Rudolstadt	38 Stimmen
Stadt Saalfeld	12 Stimmen

Aufgabe des Zweckverbandes:

Gegenstand der Theater GmbH ist der Betrieb eines Theaters zur Wahrnehmung und Förderung kultureller Aufgaben. Der Gesellschaftszweck wird insbesondere verwirklicht durch die Aufführung von Bühnenwerken aller Gattungen im Musik-, Sprech- und Tanztheater sowie die Darbietung von Musikstücken im Bereich der Konzertsinfonik. Die Theater GmbH unterhält dazu ein Orchester und ein Sprechtheater, Das Orchester führt den Namen „Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt“.

Die Theater GmbH ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks geeignet sind bzw. diese fördern. Dazu gehört auch die Aufnahme und Umsetzung von Kooperationsbeziehungen mit anderen Thüringer Theatern und Einrichtungen.

Beteiligungen:

Der Zweckverband ist Träger und alleiniger Gesellschafter der „Thüringer Landestheater Rudolstadt und Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt GmbH“ (Theater GmbH). Die Theater GmbH wird in der Rechtsform des privaten Rechts betrieben.

Organe des Zweckverbandes

Vorsitzender:

Herr Landrat Marko Wolfram

Zweckverbandsversammlung:

Verbandsräte Kraft Amtes:

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt:

Stadt Rudolstadt

Stadt Saalfeld

Herr Landrat Marko Wolfram

Herr Bürgermeister Jörg Reichl

Herr Bürgermeister Dr. Steffen Kania

weitere Verbandsräte

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt:

Stadt Rudolstadt

Stadt Rudolstadt

Stadt Saalfeld

Stadt Saalfeld

Kreistagsmitglied Herr Dr. Thomas Lange

Stadtratsmitglied Frau Almut Steinmetz (bis 07/2024)

Stadtratsmitglied Harry Weidmann (ab 07/2024)

Stadtratsmitglied Frau Christine Lehder (bis 06/2024)

Stadtratsmitglied Herr Bruno Emil Pelz (ab 06/2024)

Übersicht über das Vermögen , die Schulden und die Rücklagen für die Zeit vom
1. Januar bis 31. Dezember 2023

Vermögen	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Zugang	Abgang	Abschreibungen	Stand am Ende des Haushaltsjahres
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Vermögen nach § 76 Abs. 1 ThürGemHV	30.750	0	0	0	30.750
2. Vermögen nach § 76 Abs. 2 ThürGemHV	0	0	0	0	0
Summe	30.750	0	0	0	30.750

Rücklagen	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Zuführungen	Entnahmen	Stand am Ende des Haushaltsjahres
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Allgemeine Rücklagen	24.738	0	726	24.012
2. Sonderrücklagen	0	0	0	0
Summe	24.738	0	726	24.012

Schulden	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Kreditaufnahme	Sonstige Zugänge	Tilgung	Sonstige Abgänge	Stand am Ende des Haushaltsjahres
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Schulden insgesamt	0	0	0	0	0	0

nachrichtliche Informationen	Plan in TEUR	Rechnungsergebnis in TEUR
Zuführung vom Vermögenshaushalt zum Verwaltungshaushalt	0,0	0,7
Zuführung vom Verwaltungshaushalt in Vermögenshaushalt	0,0	0,0

Hinweis: Zum Erstellungszeitpunkt des Beteiligungsberichtes lag die Prüfung und Feststellung der Jahresrechnung 2024 des ZV Theater nicht vor. Die Ergänzung erfolgt redaktionell, sobald die Unterlagen zur Verfügung stehen.

Jahresergebnis

Feststellung des Jahresergebnisses der Haushaltsrechnung für die Zeit vom
1. Januar bis 31. Dezember 2023

	Verwaltungs haushalt	Vermögens haushalt	Gesamthaushalt
	EUR	EUR	EUR
Einnahmen			
Solleinnahmen (= Anordnungssoll)	5.186.184,20	725,82	5.186.910,02
neue Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	0,00
Abgang alter Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	0,00
Abgang alter Kasseneinnahmereste	0,00	0,00	0,00
Summe bereinigter Solleinnahmen	5.186.184,20	725,82	5.186.910,02

Ausgaben

Sollausgaben (= Anordnungssoll)	5.186.184,20	725,82	5.186.910,02
neue Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00
Abgang alter Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00
Abgang alter Kassenausgabereste	0,00	0,00	0,00
Summe bereinigter Sollausgaben	5.186.184,20	725,82	5.186.910,02

Unterschied			
Etwaiger Unterschied bereinigte Solleinnahmen ./.. Bereinigte Soll-ausgaben			
Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00

Hinweis: Zum Erstellungszeitpunkt des Beteiligungsberichtes lag die Prüfung und Feststellung der Jahresrechnung 2024 des ZV Theater nicht vor. Die Ergänzung erfolgt redaktionell, sobald die Unterlagen zur Verfügung stehen.

18 Thüringer Landestheater Rudolstadt – Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt GmbH

Grundlagen

Unternehmen:

Thüringer Landestheater Rudolstadt und Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt GmbH

Sitz:

Rudolstadt

Handelsregister:

Amtsgericht Jena, HRB 209848

Gesellschafter:

Zweckverband Thüringer Landestheater Rudolstadt und Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt – 100 %

Gesellschaftsvertrag:

vom 20.08.2003

Stammkapital:

30.750,00 EUR

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Theaters zur Wahrnehmung und Förderung der den Gesellschaftern obliegenden kulturellen Aufgaben.

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere verwirklicht durch die Aufführung von Bühnenwerken aller Gattungen im Musik-, Sprech- und Tanztheater und die Darbietung von Musikstücken im Bereich der Konzertsinfonik. Die Gesellschaft unterhält dazu ein Orchester und ein Sprechtheater. Das Orchester führt den Namen „Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt“.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die in unmittelbarem und wirtschaftlichem Zusammenhang mit der Erreichung des Gesellschaftszweckes stehen. Dazu gehört auch die Aufnahme und Umsetzung von Kooperationsbeziehungen mit anderen Thüringer Theatern und Einrichtungen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Gesellschaft wird gemäß des Gesellschaftsvertrages und der Satzung des Zweckverbandes der Aufgabe gerecht, die Gestaltung des kulturellen Lebens in Form eines qualitativ hochwertigen Angebotes am Theater Rudolstadt vorzuhalten. Außerdem werden auch Aufführungen an anderen Orten im Kreisgebiet angeboten.

Beteiligungen an Unternehmen:

keine

Zuschüsse und Kapitalentnahmen des Gesellschafters:

Zuschuss in Höhe von 4.761.163,00 EUR

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Herr Steffen Mensching

Gesellschafterversammlung:

Zweckverband Thüringer Landestheater Rudolstadt und Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt:

Aufsichtsrat:

Herr Marko Wolfram

Landrat und Vorsitzender Aufsichtsrat

Herr Jörg Reichl

Bürgermeister Stadt Rudolstadt, Stellv. Vorsitzender AR

Dr. Steffen Kania

Bürgermeister Stadt Saalfeld

Herr Carsten Pettig

Thüringer Staatskanzlei, Abteilung Kultur und Kunst

Frau Petra Rottschalk

Stadt Rudolstadt, Fachdienstleiterin Kultur, Jugend, Tourismus und Sport

Herr Peter Lahann

Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt, Leiter Presse- und Kulturamt

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates:

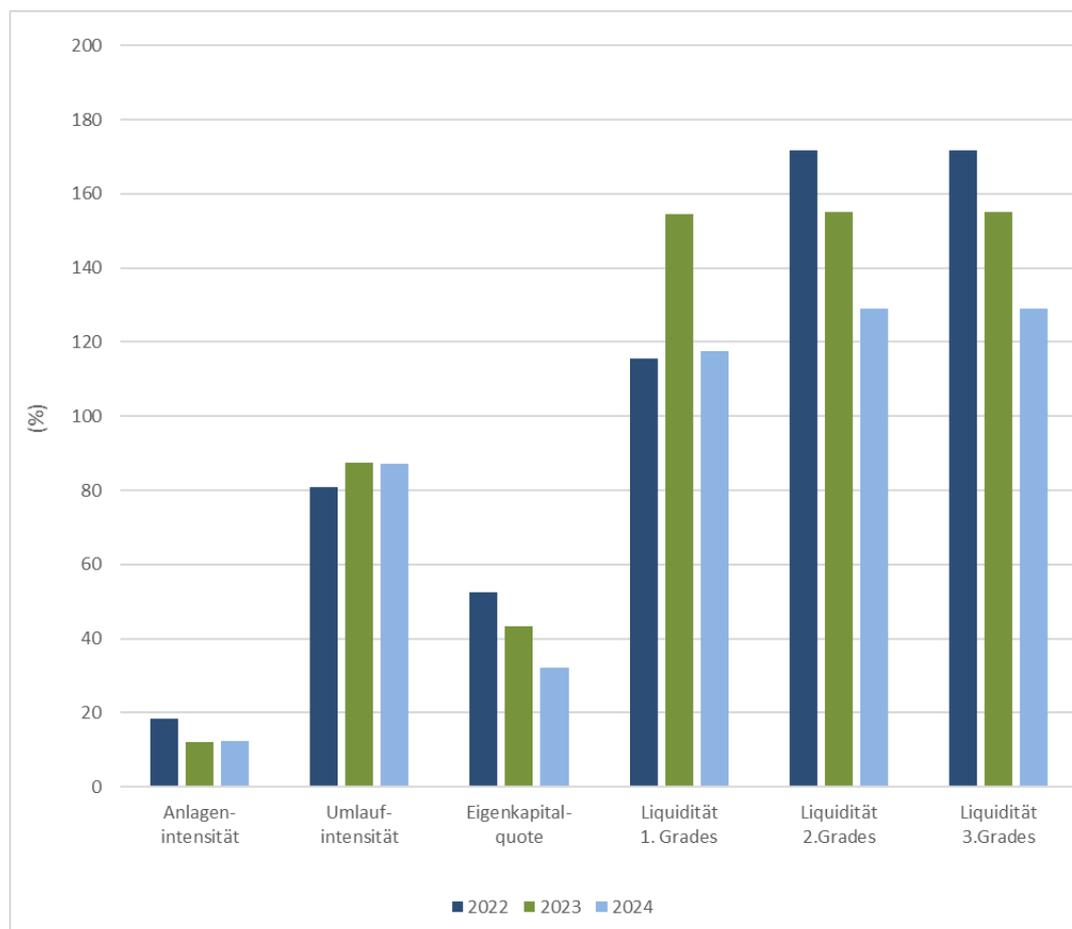
Geschäftsführung:

keine Angaben gemäß § 286 Abs. 4 HGB

Aufsichtsrat:

0,00 EUR (Vorjahr: 0,00 EUR)

Wichtige Kennzahlen der Vermögens- und Ertragslage



Jahresabschluss

<u>BILANZ</u>	Stand	Stand
	31. Dezember 2024	31. Dezember 2023
<u>AKTIVA</u>	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4,51	4,51
II. Sachanlagen	838.581,50	686.194,17
III. Finanzanlagen	0	0
	<u>838.586,01</u>	<u>686.198,68</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	0,00	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	136.481,68	1.175.662,16
III. Wertpapiere	0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	5.785.139,33	3.798.519,21
	<u>5.921.621,01</u>	<u>4.974.181,37</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	39.978,81	34.788,27
Summe Aktiva	<u>6.800.185,83</u>	<u>5.695.168,32</u>
Treuhandvermögen		
	Stand	Stand
	31. Dezember 2024	31. Dezember 2023
	EUR	EUR
<u>PASSIVA</u>		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	30.750,00	30.750,00
II. Kapitalrücklage	557.518,78	557.518,78
III. Gewinnrücklage (+Gewinnvortrag)	1.774.883,90	1.427.499,30
VI. Jahresüberschuss	-253.041,81	347.384,60
V. Bilanzgewinn	<u>2.110.110,87</u>	<u>2.363.152,68</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	69.349,53	99.917,79
C. Rückstellungen	278.906,65	266.306,65
D. Verbindlichkeiten	4.156.780,91	2.790.480,45
E. Rechnungsabgrenzungsposten	185.037,90	175.310,75
Summe Passiva	<u>6.800.185,86</u>	<u>5.695.168,32</u>
Treuhandvermögen	<u>4.603,85</u>	<u>4.603,85</u>

Gewinn- und Verlustrechnung

	Stand 31. Dezember 2024 EUR	Stand 31. Dezember 2023 EUR
1. Umsatzerlöse	1.164.760,69	1.005.900,05
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
4. Zuwendungen aus Fördermitteln	9.522.326,00	9.244.978,00
5. Sonstige betriebliche Erträge	4.398.103,01	2.948.403,37
6. Spielbetriebsaufwand	557.932,15	508.835,30
7. Personalaufwand	9.542.735,86	8.476.532,32
8. Abschreibungen	174.265,18	155.685,77
9. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	30.568,26	30.568,26
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.104.720,49	3.735.487,06
10. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
11. Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14.484,64	0,00
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	2.265,00
15. Ergebnis der gewöhl. Geschäftstätigkeit	-249.411,08	351.044,23
16. außerordentliche Erträge	0,00	0,00
17. außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
18. außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
19. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00
20. Sonstige Steuern	3.630,76	3.659,63
21. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-253.041,84	347.384,60
22. Entnahme aus/ Einstellung in die Gewinnrücklage	0,00	0,00
23. Bilanzgewinn	0,00	0,00

Lagebericht

Thüringer Landestheater Rudolstadt – Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt GmbH

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

1. Allgemeine Ausführungen und Grundlagen der Gesellschaft

Alleiniger Gesellschafter der Thüringer Landestheater Rudolstadt –Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt GmbH, Rudolstadt ist der Zweckverband Thüringer Landestheater Rudolstadt und Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt und Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Theaters zur Wahrnehmung und Förderung der den Gesellschaftern obliegenden kulturellen Aufgaben. Insbesondere wird der Gesellschaftszweck durch die Auf-führung von Bühnenwerken aller Gattungen im Musik-, Sprech- und Tanztheater und die Darbietung von Musikstücken im Bereich der Konzertsinfonik verwirklicht. Die Gesellschaft unterhält hierzu ein Orchester und ein Sprechtheater. Das Orchester führt den Namen „Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt“. Neben den genannten Aufgaben bieten das Theater und das Orchester altersgerechte Angebote im Bereich kultureller Bildung für Kinder, Jugendliche und Menschen mit Integrationsbedarf an.

Für die Gesellschaft gilt noch bis einschließlich 2024 die zwischen dem Freistaat und den wirtschaftli-chen Trägern abgeschlossene Finanzierungsvereinbarung. Für die zukünftige Finanzierungsperiode 2025 bis 2030 liegt die Finanzierungsvereinbarung aktuell vor. Für die Sicherung des Gesellschafts-zwecks ist im Rahmen der vorgenannten Vereinbarung eine Förderung als Festbetragsfinanzierung für die Jahre 2025-2030 mit Verlängerungsoption bis zum Jahr 2032 vorgesehen. Die Finanzierung erfolgt zu je 50 % durch den Freistaat Thüringen und den o. g. Zweckverband.

2. Geschäftsverlauf

Die Theaterbranche hat sich nach der Corona-Pandemie fast vollständig erholt. Im Verlauf des Ge-schäftsjahres hatte die Gesellschaft zwar mit einer erheblichen Krankheitswelle zu kämpfen. Es gab jedoch nur einen Komplettausfall einer Vorstellung, so dass die Umsetzung des geplanten Vorstellungsbetriebes hinreichend stabil verlief. Die Situation spiegelt sich auch in der Auslastung wider. Das Ein-spielergebnis liegt wegen des sehr gut verlaufenen Sommertheaters und der nachfolgenden Aktivitä-ten an den Thüringer Bauernhäusern oberhalb des Vorjahresniveaus. Die Umsatzerlöse i. H. v. von TEUR 1.165 liegen deutlich über dem laut Wirtschaftsplan geplanten Wert in Höhe von TEUR 800. Die erzielten Erträge aus Fördermitteln setzen sich aus der Festbetragsfinanzierung auf Grundlage der Fi-nanzierungsvereinbarung i. H. v. TEUR 9.522 und der Theaterpauschale i. H. v. TEUR 1.465 zusammen und entsprechend damit genau den laut fortgeschriebenen Wirtschaftsplan 2024 prognostizierten Werten.

Die personelle Situation der Gesellschaft hat sich im Jahr 2024 nicht verändert. Die Anzahl der ange-kündigten Renteneintritte nimmt zu, die Nachbesetzungen erfordern immer mehr Kraftanstrengun-gen. Während dies im Segment bis Facharbeiterniveau noch glimpflich verläuft, ist es im Bereich der Fach- und Führungskräfte als katastrophal einzuschätzen. In letzter Konsequenz könnte eine Leistungs-bzw. Qualitätseinschränkung bevorstehen.

Seit dem 1. März 2024 (Orchester ab 1. August 2024) wird in der Gesellschaft Tarif- bzw. tarifverglei-chendes Entgelt gezahlt. Damit ist die lange Zeit der Haustarifverträge für die Gesellschaft beendet.

Hinter dieser knappen Aussage steht eine wichtige Aussage für die Gesellschaft und vor allem auch die Anerkennung der Arbeit aller Mitarbeitenden des Theaters. Die Gehaltssteigerung spiegelt sich auch im Personalaufwand der Gesellschaft i. H. v. TEUR 9.543 wider, der damit TEUR 1.066 über dem Vorjahresniveau, jedoch mit TEUR 1.219 unter dem Wirtschaftsplan liegt.

Vergleichbar zu den vergangenen Jahren konnten dem Publikum 26 Produktionen angeboten werden. Dies umfasst neben dem symphonischen Konzertrepertoire, Produktionen im Bereich Schauspiel, Musiktheater, Junges Theater und Produktionen des Theater Jugendclubs. Im Bereich des Musiktheaters besteht die Kooperation mit dem Theater Nordhausen und im Jungen Theater die Kooperation mit dem Theater Eisenach. Zu erwähnen ist hierbei auch die für unsere Bühne nicht unerhebliche Anzahl von Eigengastspielen an anderen Orten. Ebenso wurden im geringeren Umfang auch Fremdgastspiele auf den eigenen Bühnen umgesetzt.

Bezogen auf die Spielzeit 2023/2024 (1. August 2023 bis 31. Juli 2024) wurden insgesamt 465 Vorstellungen dem Publikum angeboten, was eine Steigerung von 23 Vorstellungen im Vergleich der davorliegenden Spielzeit 2022/2023 bedeutet. Ebenso stieg die Anzahl der Besuchenden im gleichen Vergleichszeitraum um rund 13.000 von 66.149 auf 79.166. Der umgesetzte Spiel- und Konzertplan stellt eine ausgewogene Mischung zwischen der Vermittlung des Kultur- und Kunstauftrages sowie der Unterhaltungsformate dar. Auch auf Grund dieser Bandbreite im Repertoire genießt die Gesellschaft respektive das Theater Rudolstadt und die Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt einen sehr guten Ruf über die Grenzen des Freistaates Thüringen hinaus.

Darüber hinaus wurde im Geschäftsjahr 2024 die Sanierung des Großen Hauses weiter fortgeführt. Insgesamt fielen Instandhaltungsaufwendungen i. H. v. TEUR 3.947 an, die mit TEUR 277 über den geplanten Aufwendungen lagen. Die übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen i. H. v. TEUR 1.158 lagen um TEUR 153 unter den geplanten Werten.

Der Spielbetriebsaufwand liegt um TEUR 58 über den im laut Wirtschaftsplan prognostizierten Werten, was auch durch die erhöhte Anzahl der Vorstellungen begründet ist.

Insgesamt erzielte die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag i. H. v. TEUR 253, der im Vergleich zum Plan (TEUR -431) besser ausgefallen ist als erwartet.

3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Die Finanzierung der Gesellschaft wird auch in diesem Jahr maßgeblich durch die ab dem 1. August 2017 für die Jahre 2017 bis 2024 geltende Finanzierungsvereinbarung des Freistaates Thüringen gesichert. Insgesamt schließt die Gesellschaft das Geschäftsjahr 2024 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 253 ab. Dieser Fehlbetrag ist bereits im Wirtschaftsplan für das Jahr 2024 ausgewiesen, da es sich hier um Aufwand für Eigenmittel für das Bauvorhaben am Theater handelt.

Der Ertragslage der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	2024		2023		Veränderung T€
	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse	1.165	7,7	1.006	7,6	159
Zuwendungen aus Fördermitteln	9.522	63,3	9.245	70,1	277
Sonstige betriebliche Erträge	4.365	29,0	2.941	22,3	1.424
Betriebsleistung	15.052	100,0	13.192	100,0	1.860
Spielbetriebsaufwand	558	3,7	509	3,9	49
Personalaufwand	9.542	63,4	8.477	64,3	1.065
Abschreibungen	174	1,2	156	1,2	18
Ertrag Auflösung Sonderposten	-31	-0,2	-31	-0,2	0
Betriebliche Steuern	4	0,0	4	0,0	0
Übrige Betriebsaufwendungen	5.104	33,9	3.735	28,3	1.369
Betriebsaufwendungen gesamt	15.351	102,0	12.850	97,4	2.501
Betriebsergebnis	-299	-2,0	342	2,6	-641
Finanzergebnis	14	0,1	-2	0,0	16
Neutrales Ergebnis	32	0,2	7	0,1	25
Jahresergebnis	-253	-1,7	347	2,9	-600

Im Geschäftsjahr 2024 konnte gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg der Zuwendungen aus Fördermitteln um TEUR 277 ertragswirksam vereinnahmt werden. Die Erhöhung resultiert aus der zwischen dem Freistaat Thüringen und dem Zweckverband Thüringer Landestheater Rudolstadt und Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt „Gemeinsamen Vereinbarung zur Finanzierung der Thüringer Landestheater Rudolstadt und Thüringer Symphoniker Saalfeld- Rudolstadt GmbH“ fixierten zweckgebundenen Zuwendung zur Finanzierung der laufenden Betriebsausgaben sowie der jährlichen Zuwendung im Rahmen der Festbetragsfinanzierung durch den Zweckverband.

Ferner erhöhten sich die sonstigen betrieblichen Erträge deutlich um TEUR 1.424. Im Geschäftsjahr 2024 erhielt die Gesellschaft weitere Zuwendungen aus dem Landeshaushalt Kapitel 8620 Titel 893-26 und Kapitel 0208 Titel 883-79 für das Vorhaben „Sanierung der Hochwasserschäden und präventiver Hochwasserschutz im Thüringer Landestheater Rudolstadt“ im Rahmen der Richtlinie des Thüringer Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur über die Gewährung von staatlichen Zuwendungen aus dem Aufbauhilfsfonds des Bundes und der Länder für ein „Ausbauhilfeprogramm zur Beseitigung von Schäden infolge des Hochwassers vom 18. Mai bis 4. Juli 2013 in Thüringen bei kulturellen Einrichtungen und Kulturdenkmälern unabhängig von der Trägerschaft“.

Mit dem 7. Änderungsbescheid vom 9. Dezember 2024 erhöhte der Freistaat erneut die Zuwendung um TEUR 1.000 und unter der Bedingung, dass die Gesellschaft und die kommunalen Träger einen Anteil i. H. v. TEUR 1.617 als Eigenmittel in das Investitionsvorhaben einbringen. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 wurde unter der Fiktion aufgestellt, dass zuerst der Eigenanteil von Gesellschaft und kommunalen Trägern in Höhe von TEUR 1.617 verbraucht werden und die Mittel des Freistaates Thüringen insoweit als Rückzahlungsverpflichtung unter den „sonstigen Verbindlichkeiten“ passiviert werden. Der sich ergebende Unterschiedsbetrag aus den förderfähigen Baukosten i. H. v. TEUR 3.947 für die Sanierung des Großen Hauses und dem zunächst verwendeten Eigenanteil i. H. v. TEUR 1.617 beträgt TEUR 2.329, die im Berichtsjahr zu Gunsten der sonstigen betrieblichen Erträge aufzulösen waren.

Darüber hinaus erhielt das Theater erstmalig eine Theaterpauschale von der Stadt Saalfeld, der Stadt Rudolstadt und dem Landkreis Saalfeld – Rudolstadt (TEUR 1.465). Der Zweckverband Thüringer Landestheater Rudolstadt und Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt hat mit dem Änderungsbescheid zum Zuwendungsbescheid vom 12. April 2023 weitere Zuwendungen i. H. v. TEUR 559 zur tariflichen Anpassungen der Löhne und Gehältern der Mitarbeitenden ab Mai 2024 genehmigt. Aufgrund dessen war der Betrag, der im Vorjahr in den sonstigen Verbindlichkeiten bilanziert war, im Jahr 2024 zu Gunsten der sonstigen betrieblichen Erträge aufzulösen.

Die Erhöhung der Betriebsaufwendungen um TEUR 1.369 lässt sich vornehmlich auf höhere Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen für die Sanierung des Großen Hauses (TEUR 3.947; Vorjahr: TEUR 2.649) zurückführen. Darüber hinaus stiegen die Personalaufwendungen um TEUR 1.065 aufgrund der schrittweisen Anpassung der Löhne und Gehälter an den vergleichbaren Tarifvertrag.

Das operative Betriebsergebnis fiel mit TEUR -299 negativ aus.

Das Jahresergebnis 2024 enthält periodenfremde, nicht liquiditätswirksame Effekte i. H. v. TEUR 32. Diese wurden in das neutrale Ergebnis eingestellt und aus dem operativen Betriebsergebnis herausgerechnet. Das neutrale Ergebnis beinhaltet ertragsseitig im Wesentlichen periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 31, die größtenteils aus der Ausbuchung von Regressansprüchen von Kunden, die während der Corona-Pandemie entstanden sind, resultieren sowie Versicherungsentschädigungen (TEUR 2).

Insgesamt schließt die Gesellschaft das Geschäftsjahr 2024 mit einem Jahresfehlbetrag i. H. v. TEUR 253 ab. Die Geschäftsführung wird dem Aufsichtsrat vorschlagen, diesen Fehlbetrag mit der Gewinnrücklage zu verrechnen.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

	31.12.2024		31.12.2023		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
VERMÖGEN						
Sachanlagen	839	12,3	686	12,0	153	22,3
Mittel- und langfristig gebundenes Vermögen	839	12,3	686	12,0	153	22,3
Kurzfristige Forderungen/ARAP	176	2,6	1.210	21,2	-1.034	-85,5
Flüssige Mittel	5.785	85,1	3.799	66,7	1.986	52,3
Kurzfristig gebundenes Vermögen	5.961	87,7	5.009	88,0	952	19,0
Vermögen insgesamt	6.800	100,0	5.695	100,0	1.105	19,4
KAPITAL						
Gezeichnetes Kapital	31	0,5	31	0,5	0	0,0
Kapitalrücklage	558	8,2	558	9,8	0	0,0
Gewinnrücklagen	1.428	21,0	1.428	25,1	0	0,0
Gewinnvortrag	347	5,1	0	0,0	347	24,3
Jahresergebnis	-253	-3,7	347	6,1	-600	-172,9
Sonderposten	69	1,0	100	1,8	-31	-31,0
Wirtschaftliches Eigenkapital	2.180	32,1	2.464	43,3	-284	-11,5
Rückstellungen	279	4,1	266	4,7	13	4,9
Erhaltene Anzahlungen	37	0,5	24	0,4	13	54,2
Lieferantenschulden	528	7,8	568	10,0	-40	-7,0
Sonstige kurzfristige Passiva/PRAP	3.776	55,5	2.373	41,7	1.403	59,1
Kurzfristiges Fremdkapital	4.620	67,9	3.231	56,7	1.389	43,0
Kapital insgesamt	6.800	100,0	5.695	100,0	1.105	19,4

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um TEUR 1.105 bzw. 19,4 % auf insgesamt TEUR 6.800 erhöht. Hervorzuheben ist an dieser Stelle der um TEUR 1.986 angestiegene Bankbestand, der im Wesentlichen aus noch nicht verbrauchten Zuschüssen resultiert.

Auf der Aktivseite ist hierbei die Verringerung der kurzfristigen Forderungen um TEUR 1.034 ebenfalls signifikant. Der Rückgang resultiert aus dem Ausgleich einer Forderung gegen den Freistaat Thüringen i. H. v. TEUR 1.059, die im Vorjahr aufgrund noch nicht abgerufener Fördermittel für die Baumaßnahme „Großes Haus“ gebildet wurde.

Auf der Passivseite erhöhten sich demgegenüber die kurzfristigen Verbindlichkeiten um TEUR 1.403. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die Passivierung von Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber dem Freistaat Thüringen i. H. v. TEUR 1.184 aus der Baumaßnahme „Großes Haus“ zurückzuführen. Darüber hinaus erhielt das Landestheater Rudolstadt mit Bescheid vom 25. November 2024 nicht rückzahlbare Zuwendungen aus dem Landeshaushalt für das Vorhaben "Ersatzinvestitionen und Anschaffung nach erfolgtem Um- und Neubau des Landestheaters Rudolstadt" im Rahmen der Richtlinie zur Förderung von Kultur und Kunst i. H. v. bis zu TEUR 800, die bereits ertragswirksam vereinnahmt wurden. Insgesamt fielen für den o. g. Zweck im Jahr 2024 TEUR 123 an. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 wurde unter der Fiktion aufgestellt, dass zunächst der Eigenanteil des Theaters i. H. v. TEUR 115 verbraucht wird, sodass aus den passivierten Zuschüssen ein Anteil in Höhe von TEUR 8 zu Gunsten der sonstigen betrieblichen Erträge aufzulösen war.

Das mittel- und langfristig gebundene Vermögen von TEUR 839 beträgt insgesamt 12 % der Bilanzsumme. Es erhöhte sich um die getätigten Investitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Hierbei stehen den Investitionen von TEUR 327 planmäßige Abschreibungen von TEUR 174 gegenüber.

Das kurzfristig gebundene Vermögen zum Bilanzstichtag beträgt TEUR 5.961. Es deckt vollständig das kurzfristige Fremdkapital i. H. v. TEUR 4.620.

Die Finanzlage der Gesellschaft stellt sich im Berichtsjahr wie folgt dar:

	2024 TEUR	2023 TEUR
Jahresergebnis	-253	347
Abschreibungen (+) auf Gegenstände des Anlagevermögens	174	156
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	13	-15
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) / Erträge (-)	-31	-31
Zunahme (-) / Abnahme (+) der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder der Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.034	-873
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder der Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.377	1.312
Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	2.314	896
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen (-)	-327	-86
Mittelzufluss/-abfluss aus der Investitionstätigkeit	-327	-86
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	1.987	810
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode (+)	3.798	2.988
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	5.785	3.798

Die Investitionen des Berichtsjahres wurden vollständig aus dem Mittelzufluss der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert. Der Finanzmittelfonds setzt sich im Geschäftsjahr 2024 aus einem Kassenbestand i. H. v. TEUR 15 sowie Guthaben bei Kreditinstituten i. H. v. TEUR 5.770 zusammen. Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2024 durchgängig gesichert.

4. Personalentwicklung

Auch im Jahr 2024 gab es keine Veränderungen im Stellenplan. In der Gesellschaft gelten keine Haustarifverträge mehr, die einen Gehalts- oder Steuerungsverzicht festschreiben. Daher werden für die tariflichen Mitarbeitenden im künstlerischen sowie künstlerisch-technischen Bereich und für die Musikerinnen und Musiker unseres Orchesters die jeweiligen Tarifverträge umfänglich angewendet. Für die nicht tarifgebundenen Mitarbeitenden zahlt die Gesellschaft tarifvergleichendes Entgelt auf Basis einer Betriebsvereinbarung.

Die Anzahl der Auszubildenden in theatertechnischen Berufen ist weiterhin signifikant rückläufig. Praktika für die verschiedenen Schul- und Ausbildungsformen (Hauptschule bis universitäres Studium) werden nach wie vor angeboten. Das Theater hat eine Personalvertretung in Form eines Betriebsrates. Zu den entsprechenden Entscheidungen wird der Betriebsrat einbezogen. Des Weiteren wirken die weisungsfreigestellte Sicherheitsfachkraft und der Systemadministrator bei der Wahrung der schutzwürdigen Interessen der Belegschaft mit.

Zum 31.12.2024 waren 184 Mitarbeitende im Unternehmen tätig.

5. Prognosebericht – Zukünftige Entwicklung 2025

Der Wirtschaftsplan 2025 wurde vom Aufsichtsrat beschlossen und stellt sich wie folgt dar:

	2025
	TEUR
Umsatzerlöse	805
Sonstige betriebliche Erträge	100
Investitionszuschüsse (Sanierung Großes Haus)	2.118
Abschreibungen	200
Spielbetriebsaufwand	530
Personalaufwand	11.205
Sonstiger betrieblicher Aufwand	6.177
Zuwendungen	12.977
Jahresergebnis	-2.116
Investitionen	325

Grundsätzlich ist für das Jahr 2025 wiederum ein ausgewogener Spiel- und Konzertplan vorgesehen. Jedoch stellt die Finanzierung des Bauvorhabens die Gesellschaft vor größere Herausforderungen.

Für das Geschäftsjahr 2025 erwartet die Geschäftsführung steigende Erlöse aus dem Verkauf von Eintrittskarten. Als Meilenstein wird im September 2025 die Wiedereröffnung des Großen Hauses anstehen.

6. Investitionen

Weiterer Schwerpunkt ist die Fortführung des Bauvorhabens am Großen Haus. Im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen „Sanierung der Hochwasserschäden und präventiver Hochwasserschutz im Thüringer Landestheater Rudolstadt“ werden im Geschäftsjahr 2025 die Sanierungsmaßnahmen am Großen Haus weitergeführt.

7. Forschung und Entwicklung

Forschung und Entwicklung wird aufgrund des Tätigkeitsbereiches der Gesellschaft nicht durchgeführt.

8. Risiko- und Chancenbericht

Nach wie vor sieht die Gesellschaft ein Risiko in der aktuellen Baumaßnahme sowie gleichrangig im stetig wachsenden Arbeits- bzw. Fachkräftemangel.

Die Geschäftsführung analysiert stetig alle Prozesse des Theaters. Intendant und Geschäftsführer und der Verwaltungsdirektor haben eine vom Aufsichtsrat vorgegebene Aufgabenteilung und Ergänzungsfunktion, die eine effektive Führung der Thüringer Landestheater Rudolstadt – Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt GmbH sicherstellt.

Dem Risiko von Kostenüberschreitungen im Rahmen der Sanierung wird durch regelmäßige Baubegehungen und Abstimmung mit dem Generalplaner sowie die Überwachung über das Bauausgabebuch entgegengewirkt.

Durch eine gezielte Personalentwicklung, der Entlohnung in Anlehnung an tarifvertragliche Regelungen und der Bereitstellung von im Zuge der Sanierung modernisierten Arbeitsplätze sollen die Risiken des Fachkräftemangels im Rahmen des im Theater möglichen reduziert werden. Durch den generellen Fachkräftemangel besteht zudem das Risiko von Arbeitsausfällen.

Tagaktuell werden Print- und elektronische Medien im Hinblick auf das Erscheinungsbild des Theaters sowie die Reflexion auf den künstlerischen Spielbetrieb in der Öffentlichkeit ausgewertet. Durch den Geschäftsführer erfolgt mindestens einmal in der Woche eine Abstimmungsberatung mit den Leistungsträgern des Theaters. Inhalte dieser Abstimmungsberatung sind Elemente, die dem Management Review zuzuordnen sind. Über diesen Weg ist der Informationsfluss im Theater durchgängig gewährleistet. Die Bewertung der kurz-, mittel- und langfristigen Risiken erfolgt anhand von Elementen, die dem Risikomanagement zuzuordnen sind.

Chancen werden vor allem in der weiteren Steigerung Besucherauslastung gesehen.

Die ab 2025 gültige Festbetragsfinanzierungsvereinbarung stellt die Finanzierung der Gesellschaft über das Jahr 2024 hinaus grundsätzlich sicher.

Im September 2025 ist die Wiedereröffnung des Großen Hauses geplant. Das Theater soll zudem einen neuen Namen erhalten und als Schiller-Theater Rudolstadt firmieren.

9. Risikoberichterstattung über die Verwendungen von Finanzierungsinstrumenten

Die originären Finanzierungsinstrumente umfassen auf der Aktivseite im Wesentlichen kurzfristige Forderungen und Guthaben bei Kreditinstituten. Die Ausfallrisiken, betreffend Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, werden als gering eingeschätzt.

Die originären Finanzinstrumente umfassen auf der Passivseite im Wesentlichen kurzfristige Lieferantenschulden und sonstige Verbindlichkeiten. Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen sämtliche am Bilanzstichtag erkennbaren Verpflichtungen, die auf vergangenen Ereignissen beruhen und deren Höhe oder Fälligkeit unsicher ist. Rückstellungen werden nur gebildet, wenn ihnen eine rechtliche oder faktische Verpflichtung gegenüber Dritten zugrunde liegt. Die Rückstellungen werden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt und nicht mit Erstattungsansprüchen saldiert.

Rudolstadt, 8. Juni 2025

Steffen Mensching
Intendant und Geschäftsführer

Mathias Moersch
Verwaltungsdirektor

19 Zweckverband Tierkörperbeseitigung Thüringen

Grundlagen

Bezeichnung:

Zweckverband Tierkörperbeseitigung Thüringen

Sitz:

Greiz

Verbandssatzung:

vom 19. November 1996, zuletzt geändert am 8. Juni 2009

Geschäftsleitung

Frau Becker

Mitglieder:

Ilm-Kreis	Landkreis Sömmerda
Kyffhäuserkreis	Landkreis Sonneberg
Landeshauptstadt Erfurt	Landkreis Weimarer Land
Landkreis Altenburger Land	Saale-Holzland-Kreis
Landkreis Eichsfeld	Saale-Orla-Kreis
Landkreis Gotha	Stadt Gera
Landkreis Greiz	Stadt Jena
Landkreis Hildburghausen	Stadt Suhl
Landkreis Nordhausen	Stadt Weimar
Landkreis Saalfeld-Rudolstadt	Unstrut-Hainich-Kreis
Landkreis Schmalkalden-Meiningen	Wartburgkreis

Umlageschlüssel:

Nachrangig erhebt der Zweckverband von seinen Mitgliedern eine Umlage. Zehn Prozent des Umlagebedarfes werden auf die Verbandsmitglieder im Verhältnis 1:1 verteilt. Neunzig Prozent des Umlagebedarfes richten sich nach den beim Zweckverband abgerechneten durchschnittlichen jährlichen Entsorgungskosten der letzten drei Kalenderjahre vor der Umlageerhebung, bezogen auf das Zuständigkeitsgebiet des jeweiligen Verbandsmitgliedes und auf die tatsächliche Dauer seiner Mitgliedschaft in diesem Zeitraum.

Stimmverteilung:

Jedes Verbandsrat hat eine Stimme.

Aufgabe des Zweckverbandes:

Der Zweckverband ist Aufgabenträger nach § 2 Thüringer Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz (ThürTierNebG). Er hat die in seinem Gebiet anfallenden Tierkörper (tierische Nebenprodukte der Kategorie 1 und 2) im Sinne des § 3 TierNebG vom 25. Januar 2004, BGBl. I S. 82 (TierNebG) i. V. m. Art. 8 und 9 der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 abzuholen, zu sammeln, zu befördern, zu lagern, zu behandeln, zu verarbeiten oder zu beseitigen. Er bedient sich zur Erfüllung seiner Pflicht gemäß § 3 Abs. 1 Satz 3 TierNebG eines Dritten (Entsorgungsunternehmen).

Der Zweckverband erlässt anstelle der Verbandsmitglieder Satzungen für das übertragene Aufgabengebiet.

Organe des Zweckverbandes

Vorsitzende:

Herr Dr. Ulli Schäfer

Landrat Landkreis Greiz

Präsidiumsmitglieder:

Herr Dr. Ulli Schäfer

Landrat Landkreis Greiz

Herr Christian Karl

Landrat Sömmerda

Herr Johann Waschnewski

Landrat Saale-Holzland-Kreis

Zweckverbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung besteht aus dem Verbandsvorsitzenden und den übrigen Verbandsräten. Verbandsräte sind die Landräte der Landkreise sowie die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte, Stellvertreter sind deren gesetzliche Vertreter.

Übersicht über die Entwicklung des Vermögens, der Schulden und der Rücklagen für die Zeit vom
1. Januar bis 31. Dezember 2023

Vermögen	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Zugang	Abgang	Abschreibungen	Stand am Ende des Haushaltsjahres
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Vermögen nach § 76 Abs. 1 ThürGemHV	0,0 €	0,0 €	0,0 €	0,0 €	0,0 €
2. Vermögen nach § 76 Abs. 2 ThürGemHV	0,3 €	0,0 €	0,0 €	0,2 €	0,1 €
Summe	0,3 €	0,0 €	0,0 €	0,2 €	0,1 €

Rücklagen	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Zuführungen	Entnahmen	Stand am Ende des Haushaltsjahres
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Allgemeine Rücklagen	133,9	0,7	0,0	134,6
2. Sonderrücklagen	180,7	0,0	46,5	134,2
Summe	314,6	0,7	46,5	268,8

Schulden	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Kreditaufnahme	Sonstige Zugänge	Tilgung	Sonstige Abgänge	Stand am Ende des Haushaltsjahres
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Schulden insgesamt	0	0	0	0	0	0

Übersicht über die Entwicklung des Vermögens, der Schulden und der Rücklagen in der Zeit vom 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2024

Vermögen		Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Zugang	Abgang	Abschreibungen	Stand am Ende des Haushaltsjahres
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1	Vermögen nach § 76 Abs. 1 ThürGemHV	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2	Vermögen nach § 76 Abs. 2 ThürGemHV	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0

Rücklagen		Stand zu Beginn des Haushalts-	Zuführungen	Entnahmen	Stand am Ende des Haushalts-
1		2	3	4	5
1.	Allgemeine Rücklagen	134,6	65,2	0,0	199,8
2.	Sonderrücklagen	134,2	0,0	53,0	81,1
Summe		268,8	65,2	53,0	280,9

Schulden		Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Kredit-auf-nahme	Sonstige Zugänge	Tilgung	Sonstige Abgänge	Stand am Ende des Haushaltsjahres
			im Haushaltsjahr				
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1.	Schulden gesamt	0	0	0	0	0	0

nachrichtliche Informationen	Plan in TEUR	Rechnungsergebnis in TEUR
Zuführung vom Vermögenshaushalt zum Verwaltungshaushalt (einschl. allg. Haushalt und Gebührenhaushalt)	53,04	60,52
Zuführung vom Verwaltungshaushalt in Vermögenshaushalt (einschl. allg. Haushalt und Gebührenhaushalt)	61,83	65,2

Jahresergebnis

Feststellung des Jahresergebnisses der Haushaltsrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

	Bezeichnung	Verwaltungs- haushalt €	Vermögens- haushalt €	Gesamt €
1	2	3	4	5
1.	Soll-Einnahmen	8.335.318,85	118.236,88	8.453.555,73
2.	+ neue Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	0,00
3.	./. Abgang alter Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	0,00
4.	./. Abgang alter Kasseneinnahmereste	13.156,62	0,00	13.156,62
5.	Summe bereinigter Soll- Einnahmen	8.322.162,23	118.236,88 ³⁾	8.440.399,11 ³⁾
6.	Soll-Ausgaben	8.322.162,23	118.236,88	8.440.399,11
7.	+ neue Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00
8.	./. Abgang alter Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00
9.	./. Abgang alter Kassenausgabereste	0,00	0,00	0,00
10.	Summe bereinigter Soll- Ausgaben	8.322.162,23 ¹⁾	118.236,88 ²⁾	8.440.399,11 ²⁾
11.	Ausgleich	0,00	0,00	0,00

1)	Darin enthalten:	Zuführung zum Vermögenshaushalt (ohne Gebührenaussgleichsrücklage)	65.199,52
		Zuführung zum Vermögenshaushalt (mit Gebührenaussgleichsrücklage)	65.199,52
2)	Darin enthalten:	Überschuss nach § 79 Abs. 3 ThürGemHV (Zuführung zur allgemeinen Rücklage)	65.199,52
3)	Darin enthalten:	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	0,00
		Entnahme aus Sonderrücklage (Gebührenaussgleichsrücklage)	53.037,36

20 Zweckverband Tourismus und Infrastruktur „Thüringer Meer“

Grundlagen

Bezeichnung:

Zweckverband Tourismus und Infrastruktur „Thüringer Meer“

Sitz:

Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt, Schloßstraße 24, 07318 Saalfeld

Mitglieder:

Landkreis Saale-Orla
 Landkreis Saalfeld-Rudolstadt
 Stadt Bad Lobenstein
 Stadt Leutenberg
 Stadt Schleiz
 Stadt Ziegenrück
 Gemeinde Drognitz
 Gemeinde Hohenwarte
 Gemeinden Krölpa
 Gemeinde Remptendorf
 Gemeinde Rosenthal am Rennsteig
 Gemeinde Unterwellenborn
 Gemeinde Willhelmsdorf
 Stadt Saalburg – Ebersdorf
 Stadt Hirschberg

Umlageschlüssel:

Der Zweckverband erhebt von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, soweit seine Einnahmen aus besonderen Entgelten für die von ihm erbrachten Leistungen und seine sonstigen Einnahmen nicht ausreichen, um seinen Finanzbedarf zu decken.

Die Umlage setzt sich aus einem Sockelbetrag, einem Investitionsbetrag und einen sonstigen Umlagebedarf zusammen. Der Sockelbetrag wird hälftig von den beiden Mitgliedslandkreisen getragen. Der Investitionsbetrag wird jeweils von dem Verbandsmitglied getragen, auf dessen Hoheitsgebiet das touristische Infrastrukturprojekt realisiert wird. Der Sonstige Umlagebedarf wird zur Hälfte von den beiden Mitgliedslandkreisen und zur anderen Hälfte von den übrigen Verbandsmitgliedern getragen.

Stimmverteilung:

Jedes Verbandsmitglied hat eine Stimme.

Aufgabe des Zweckverbandes:

Gemäß § 4 der Satzung hat der Zweckverband die Aufgabe, die touristische Entwicklung der Region „Thüringer Meer“ zu fördern und touristische Infrastruktur zu planen, herzustellen und zu unterhalten.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben kann sich der Zweckverband Dritter bedienen, insbesondere kann er mit Privaten Verträge abschließen. Der Zweckverband hat das Recht, anstelle der Verbandsmitglieder Satzungen und Verordnungen für das ihm übertragene Aufgabengebiet zu erlassen.

Beteiligungen an Unternehmen: Keine

Organe des Zweckverbandes

Vorsitzender:

Herr Robert Geheeb (bis 29.08.2024)

Herr Jonas Chudasch (ab 29.08.2024)

Zweckverbandsversammlung:

Herr Landrat Marko Wolfram

Herr Landrat Thomas Fügmann

Herr Bürgermeister Tom Zimmermann

Herr Bürgermeister Manfred Drieling

Herr Bürgermeister Jonas Chudasch

Herr Bürgermeister Tino König

Herr Bürgermeister Alex Neumüller

Frau Bürgermeisterin Andrea Wende

Frau Bürgermeisterin Anke Czieslik

Herr 1. Beigeordneter Andree Burkhardt

Herr Bürgermeister Robert Geheeb

Herr Bürgermeister Marko Bias

Herr Bürgermeister Chris Lange

Herr Bürgermeister Carsten Hahn

Herr Bürgermeister Rüdiger Wohl

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt

Landkreis Saale-Orla

Gemeinde Drognitz

Gemeinde Hohenwarte

Gemeinde Krölpa

Gemeinde Remptendorf

Gemeinde Rosenthal am Rennsteig

Gemeinde Unterwellenborn

Gemeinde Willhelmsdorf

Stadt Bad Lobenstein

Stadt Leutenberg

Stadt Schleiz

Stadt Ziegenrück

Stadt Saalburg – Ebersdorf

Stadt Hirschberg

Übersicht über die Entwicklung des Vermögens, der Schulden und der Rücklagen für die Zeit vom
1. Januar bis 31. Dezember 2023

Vermögen	Stand zu Beginn des Haushalts- jahres	Zugang	Abgang	Abschrei- bungen	Stand am Ende des Haushalts- jahres
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Vermögen nach § 76 Abs. 1 ThürGemHV	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2. Vermögen nach § 76 Abs. 2 ThürGemHV	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Rücklagen	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Zuführungen	Entnahmen	Stand am Ende des Haushaltsjahres
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Allgemeine Rücklagen	74,8	2,9	0,0	77,7
2. Sonderrücklagen	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe	74,8	2,9	0,0	77,7

Schulden	Stand zu Beginn des Haushalts- jahres	Kredit- aufnahme	Sonstige Zugänge	Tilgung	Sonstige Abgänge	Stand am Ende des Haushalts- jahres
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Schulden insgesamt	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

nachrichtliche Informationen	Plan in TEUR	Rechnungsergebnis in TEUR
Zuführung vom Vermögenshaushalt zum Verwaltungshaushalt	0,0	0,0
Zuführung vom Verwaltungshaushalt in Vermögenshaushalt	0,0	3,231

Hinweis: Zum Erstellungszeitpunkt des Beteiligungsberichtes lag die Prüfung und Feststellung der Jahresrechnung 2024 des ZV Thüringer Meer nicht vor. Die Ergänzung erfolgt redaktionell, sobald die Unterlagen zur Verfügung stehen.

Jahresergebnis

Feststellung des Jahresergebnisses der Haushaltsrechnung für die Zeit vom
1. Januar bis 31. Dezember 2023

	Verwaltungs haushalt	Vermögens haushalt	Gesamthaushalt
	EUR	EUR	EUR
Einnahmen			
Solleinnahmen (= Anordnungssoll)	96.299,99	111.314,85	207.614,84
neue Haushaltseinnahmereste	0,00	144,29	144,29
Abgang alter Haushaltseinnahmereste	17.900,00	0,00	17.900,00
Abgang alter Kasseneinnahmereste		0,00	0,00
Summe bereinigter Solleinnahmen	78.399,99	111.459,14	189.859,13
Ausgaben			
Sollausgaben (= Anordnungssoll)	78.399,99	111.314,85	189.714,84
neue Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00
Abgang alter Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00
Abgang alter Kassenausgabereste	0,00	0,00	0,00
Summe bereinigter Sollausgaben	78.399,99	111.314,85	189.714,84
Unterschied			
Etwaiger Unterschied (bereinigte Solleinnahmen ./ bereinigte Sollausgaben)	0,00	144,29	144,29
Differenz/Fehlbetrag	0,00	144,29	144,29

Hinweis: Zum Erstellungszeitpunkt des Beteiligungsberichtes lag die Prüfung und Feststellung der Jahresrechnung 2024 des ZV Thüringer Meer nicht vor. Die Ergänzung erfolgt redaktionell, sobald die Unterlagen zur Verfügung stehen.

Teil D – Anstalten

21 Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt

Grundlagen

Bezeichnung:

Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt

Sitz:

Saalfeld

Rechtsnatur:

Die Sparkasse ist eine mündelsichere, rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts.

Träger:

Landkreis Saalfeld-Rudolstadt

Satzung:

In der Fassung vom 27. Juli 2000 in Verbindung mit den Änderungen vom 17. Dezember 2002 sowie 19. Juli 2025.

öffentlicher Auftrag:

Gemäß § 2 der Satzung hat die Sparkasse die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen in ihrem Geschäftsgebiet die Versorgung mit Finanzdienstleistungen sicherzustellen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben.

Die Sparkasse dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes und des Handwerks sowie der öffentlichen Hand, und führt ihre Geschäfte auf der Grundlage der Thüringer Sparkassenverordnung nach kaufmännischen Grundsätzen. Die Gewinnerzielung ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

Organe der Sparkasse

Verwaltungsrat:

Vorsitzender

Herr Marko Wolfram

Landrat des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt

Erster stellvertretender Vorsitzender

Herr Dr. Jochen Tscharnke (bis 09/2024)

Chefarzt im Ruhestand – Kreistagsmitglied

Herr Martin Friedrich (ab 09/2024)

Geschäftsführer CDU Kreisverband, Mitarbeiter im Büro des Landtagsabgeordneten

Zweite stellvertretende Vorsitzende

Frau Petra Rottschalk

Stadtverwaltung Rudolstadt, Fachdienstleiterin Kultur, Jugend, Tourismus und Sport; Kreistagsmitglied

Durch Kreistag gewählte Mitglieder

Frau Kerstin Barczus

Bürgermeisterin Gemeinde Kaulsdorf, Geschäftsführerin

Herr Thomas Benninghaus (bis 09/2024)

Technischer Angestellter W. S. Gewerbebau GmbH

Frau Birgit Engelhardt (seit 09/2024)

Buchhalterin, Firma Elektro Schniz

Frau Doris Födisch (bis 09/2024)

Lohnbuchhalterin, Thüringer Landestheater Rudolstadt

Herr Karl-Heinz Frosch

Geschäftsführer im Ruhestand

Herr Marcel Günther (seit 09/2024)

kaufmännischer Leiter, GAT mbH

Herr Gerhard Weedermann (seit 09/2024)

Malermeister, Geschäftsführer, Malerfachbetrieb Weedermann GmbH

Herr Christoph Majewski

Geschäftsführer Bildungszentrum Saalfeld GmbH

Durch Beschäftigte der Kreissparkasse gewählte Mitglieder

Herr Silvio Kirow

Geschäftsstellenleiter, Kreissparkasse

Frau Gabriele Prause (bis 09/2024)

Geschäftsstellenleiterin, Kreissparkasse

Herr Thomas Zapfe (ab 09/2024)

Gruppenleiter Marktfolge Passiv, Kreissparkasse

Herr Maik Winkler

Personalratsvorsitzender, Kreissparkasse

Herr Tom Zimmermann

Sachbearbeiter Allgemeine Verwaltung, Kreissparkasse

Vorstand:

Vorsitzender

Herr Martin Bayer

Mitglied

Herr Carsten Sprenger

Jahresabschluss

<u>BILANZ</u>	Stand	Stand
	31. Dezember 2024	31. Dezember 2023
<u>AKTIVA</u>	EUR	EUR
1. Barreserve	26.988.446,55	28.443.754,41
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur	0,00	0,00
2. Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank		
zugelassen sind		
3. Forderungen an Kreditinstitute	157.998.326,19	154.262.673,56
4. Forderungen an Kunden	806.427.523,35	806.506.568,71
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche		
Wertpapiere	430.298.145,11	399.005.548,09
6. Aktien und andere nicht festverzinsl. Wertpapiere	134.044.970,30	128.581.505,56
7. Beteiligungen	12.458.580,47	12.366.122,14
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	5.590.000,00	5.210.000,00
9. Treuhandvermögen	3.412.532,08	3.847.274,45
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand	0,00	0,00
10. einschließlich Schuldverschreibungen aus deren		
Umtausch		
11. Immaterielle Anlagenwerte	26.372,00	44.861,00
12. Sachanlagen	5.020.899,67	5.019.012,30
15. Sonstige Vermögensgegenstände	396.570,07	1.782.957,25
16. Rechnungsabgrenzungsposten	44.581,02	46.389,15
<u>Summe Aktiva</u>	<u>1.582.706.946,81</u>	<u>1.545.116.666,62</u>
	Stand	Stand
	31. Dezember 2024	31. Dezember 2023
<u>PASSIVA</u>	EUR	EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	70.945.984,88	77.095.923,00
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.338.809.863,64	1.311.383.941,03
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	0,00	0,00
4. Treuhandverbindlichkeiten	3.412.532,08	3.847.274,45
5. Sonstige Verbindlichkeiten	1.077.262,80	1.076.665,72
6. Rechnungsabgrenzungsposten	24.314,16	26.279,83
7. Rückstellungen	21.185.977,99	18.387.984,82
8. Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00
9. Nachrangige Verbindlichkeiten	420.000,00	220.000,00
10. Genußrechtskapital	0,00	0,00
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken	87.000.000,00	74.300.000,00
12. Eigenkapital	59.831.011,26	58.778.597,77
<u>Summe Passiva</u>	<u>1.582.706.946,81</u>	<u>1.545.116.666,62</u>

<u>Gewinn- und Verlustrechnung</u>	Stand 31. Dezember 2024 EUR	Stand 31. Dezember 2023 EUR
1. Zinserträge	36.452.858,14	35.084.667,94
2. Zinsaufwendungen	26.729.561,25	20.113.230,27
Laufende Erträge aus Aktien, nicht festverzinslichen	4.358.451,52	3.958.973,71
3. Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen		
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	381.039,29	273.036,20
5. Provisionserträge	12.985.012,69	11.600.671,84
6. Provisionsaufwendungen	558.984,11	550.958,47
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand aus Finanzgeschäften	0,00	0,00
8. sonstige betriebliche Erträge	1.461.297,17	1.586.429,52
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	22.985.165,04	21.839.257,85
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	499.949,65	496.485,84
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen	675.324,20	799.000,00
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf		
13. Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	1.838.848,87	0,00
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und		
14. bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,00	3.250.315,13
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf		
15. Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	335.267,38	0,00
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an		
16. verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	0,00	345.316,70
17. Aufwendungen aus Verlustübernahmen	0,00	0,00
18. Zuführung zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	12.700.000,00	12.000.000,00
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	6.321.822,67	5.442.532,12
20. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
21. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
22. Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
23. Steuern vom Einkommen und Ertrag	5.237.456,47	4.576.615,21
24. sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	31.952,71	38.769,09
25. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.052.413,49	827.147,82
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	0,00	0,00
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen	0,00	0,00
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen	0,00	0,00
29. Bilanzgewinn	1.052.413,49	827.147,82

Lagebericht

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024

1 Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen

1.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2024 vollzog sich in der Weltwirtschaft eine moderate Expansion. Die in den Vorjahren noch hohen Inflationsraten – in Gang gesetzt durch die Auswirkungen der Corona-Virus-Pandemie und die wirtschaftspolitischen Reaktionen und verstärkt durch den Russland-Ukraine-Krieg – konnten weitestgehend unter Kontrolle gebracht werden. Nachlassende Energiepreise und die straffere Geldpolitik vieler Zentralbanken trugen zu einer stabileren Preisentwicklung bei (Quelle: Deutsche Bundesbank).

Von dem weltweit trotz aller Kriege und politischen Krisen wirtschaftlich relativ günstigen Umfeld konnte Deutschland beim Wachstum nicht profitieren. Das preisbereinigte deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) fiel um 0,2 % niedriger als 2023 aus und verharrte in einer ausgeprägten Schwächephase das zweite Jahr in Folge knapp unter der Nulllinie, während fast alle anderen Länder bessere Entwicklungen nach der Pandemie verbuchten.

Im internationalen Handel verlor Deutschland an Wettbewerbsfähigkeit und Marktanteilen. Der Außenhandel dämpfte die Entwicklung des deutschen BIP infolge leicht rückläufiger Exporte (real -0,8 %), unter anderem von elektrischen Ausrüstungen, Maschinen und Kraftfahrzeugen, und leicht erhöhter Importe (real +0,2 %), in erster Linie Dienstleistungseinfuhren (Quelle: Statistisches Bundesamt und Deutsche Bundesbank).

Die unsicheren wirtschaftlichen Aussichten und das hohe Zinsniveau hemmten die Investitionstätigkeit in Deutschland. Vor allem die Unklarheit über den Entwicklungspfad des energetischen Umbaus, Bürokratie und Regulierung belasteten die Planungen der Unternehmen.

Die Bautätigkeit ging stark zurück, fand allerdings auf niedrigem Niveau einen Boden. Infolge der stetig hohen Baupreise und Zinsen wurden insbesondere weniger Wohngebäude errichtet. Nur der Tiefbau legte durch Modernisierung und Neubau von Straßen, Bahnverkehrsstrecken und Leitungen etwas zu.

Im verarbeitenden Gewerbe erwirtschafteten die wichtigen Segmente Maschinenbau und Automobilindustrie deutlich weniger. Die energieintensiven Zweige, wie z. B. die Chemie- und Metallindustrie, blieben auf einem durch stark gestiegene Energiepreise zurückgegangenen Produktionsniveau.

Uneinheitlich, aber insgesamt positiv zeigten sich die Dienstleistungsbereiche. Während sich die Bruttowertschöpfung im Einzelhandel und bei den Anbietern von Verkehrsdienstleistungen gegenüber dem Vorjahr erhöhte, nahm sie im Kfz- und Großhandel sowie bei der Gastronomie ab. Eine Stagnation spürten die Unternehmensdienstleister. Der Aufwärtstrend für Information und Kommunikation, Erziehung und Unterricht sowie Gesundheitswesen setzte sich fort (Quelle: Statistisches Bundesamt).

Die größte Verwendungskomponente des BIP, der Konsum, erholte sich nur leicht. Die Lohnsteigerungen für viele Arbeitnehmer und die abschwächende Teuerung kurbelten die Käufe lediglich bedingt an. Die Erklärung für das Auseinanderlaufen ist eine einmal mehr gestiegene Sparquote der privaten Haushalte (11,6 %). Deutlicher als der private Konsum legte hingegen der Staatskonsum zu, insbesondere wegen gestiegener sozialer Sachleistungen, wie unter anderem für Krankenhausbehandlungen, Medikamente und Pflege. Den Konsum der Gebietskörperschaften beeinflussten vor allem Änderungen in der Sozialgesetzgebung im Bereich Jugend- und Eingliederungshilfe.

Der Arbeitsmarkt erreichte 2024 im Durchschnitt einen Höchststand. Im Jahresverlauf flachte die Entwicklung der Erwerbstätigkeit aber sukzessive ab. Ein Beschäftigungsaufbau vollzog sich ausschließlich in den Dienstleistungsbereichen. Im produzierenden Gewerbe und im Baugewerbe reduzierten sich die Arbeitskräftezahlen. Die Arbeitsmarktperspektiven erklären die gestiegene Vorsicht der privaten Haushalte und die Sparquote.

Der von der Industrie- und Handelskammer Ostthüringen erhobene Konjunkturklimaindikator (Konjunkturumfrage zum Jahreswechsel 2024/2025) spiegelte in der hiesigen Wirtschaft Skepsis wegen der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, der Energiepreise, Arbeitskosten sowie der Nachfrageentwicklung wider. 36 % der Unternehmen zeigten sich unzufrieden mit ihrer gegenwärtigen Geschäftslage, nur 22,0 % urteilten positiv.

Bezogen auf die Zahl der Erwerbstätigen verzeichnete Thüringen 2024 im Vergleich zu 2023 eine Minderung um 0,8 % und zählte damit zu den beiden Bundesländern mit dem stärksten Rückgang. Die Lage auf dem Thüringer Arbeitsmarkt ist angespannt. Bereits seit sechs Jahren ermäßigt sich die Erwerbstätigenzahl, mit Ausnahme der Erholung nach der Corona-Pandemie 2022 (Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik).

Die Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt) belief sich im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt gemäß dem Thüringer Landesamt für Statistik auf 6,2 % und nahm gegenüber dem Vorjahr um 0,1 %-Punkte zu. Sie befand sich auf gleichem Niveau wie der um 0,3 %-Punkte gestiegene Thüringendurchschnitt.

In dem vom Thüringer Landesamt für Statistik veröffentlichten Ranking der Thüringer Landkreise und kreisfreien Städte – hinsichtlich der Umsätze der Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten – nimmt der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt den 5. Rang ein (2023: 6. Rang).

Er verzeichnete im Berichtsjahr 558 Gewerbeanmeldungen (Vorjahr: 507) und 575 Gewerbeabmeldungen (Vorjahr: 536) sowie 125 Insolvenzverfahren (Vorjahr: 147).

Die Bevölkerungsentwicklung seit 1995 ist von einer negativen natürlichen Bevölkerungsbewegung gekennzeichnet. Mit der Verringerung der Einwohnerzahl geht auch eine Alterung der Gesellschaft einher. Das Thüringer Landesamt für Statistik hat in seiner Bevölkerungsvorausberechnung für den Zeitraum 2021 bis 2042 einen Rückgang um 17,6 % für unser Geschäftsgebiet ermittelt.

1.2 Geldpolitische Rahmenbedingungen

Nachdem die Jahre 2022 und 2023 von signifikanten Leitzinserhöhungen der Europäischen Zentralbank (EZB) geprägt waren, kehrte sich die Situation 2024 um. Ausgehend von 4,0 % (Zinssatz für die Einlagenfazilität) bzw. 4,5 % (Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte) traf der EZB-Rat Entscheidungen, die Euro-Leitzinsen in mehreren Schritten auf 3,0 % (Zinssatz für die Einlagenfazilität) bzw. 3,15 % (Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte) zu senken.

Infolgedessen verzeichnete der Geldmarkt Zinsrückgänge. Der 3-Monats-EURIBOR lag Ende 2024 bei 2,71 % nach 3,91 % gegen Ende 2023. Die 10-jährigen Swap-Sätze waren nur leicht rückläufig und lagen zum Jahresende 2024 bei 2,34 % nach 2,40 % gegen Ende 2023. Damit löste sich die Inversion der Zins- und Renditekurve vom kurzen Ende der Kurve her teilweise auf.

Die Notenbanken im Eurosystem hielten aus den in den vergangenen Jahren im Rahmen von verschiedenen Ankaufprogrammen der EZB erworbenen Anleihen per Ende Dezember 2024 ein Volumen von 4,3 Billionen EUR nach 4,7 Billionen EUR im Vorjahr. Dieser Abbau zog eine Verringerung der Überschussreserven und sinkende Anlagen in der Einlagefazilität nach sich. Ende Dezember 2024 legten

Banken in der Eurozone Guthaben in der Einlagefazilität in Höhe von 2,8 Billionen EUR an, nach 3,3 Billionen EUR Ende 2023.

Die Aktienmärkte entwickelten sich positiv. Ausgehend von einem Schlusstand von 16.752 Punkten Ende 2023 stieg der Deutsche Aktienindex (DAX) um 3.157 Punkte und beendete das Jahr 2024 auf einem Niveau von 19.909 Punkten. Dies entspricht einem Anstieg von rund 19 % (Quellen: Internetseite der EZB, Refinitiv EIKON).

1.3 Branchensituation

Das deutsche Finanzsystem verkraftete die starke Zinswende gut und die Ertragslage 2024 gestaltete sich positiv. Das makrofinanzielle Umfeld bleibt herausfordernd. Im Berichtsjahr stützte der Zinsüberschuss die Ertragslage im Bankensektor. Insbesondere durch Direktbanken geriet der Einlagenwettbewerb in Bewegung. Der restriktive geldpolitische Kurs spiegelte die Beurteilung der Inflationsaussichten wider. Die künftige Entwicklung der Zinserträge und -aufwendungen der Banken bleibt abzuwarten. Erhöhtes Augenmerk erfordert die Kapitaldienstfähigkeit der Kreditnehmer, denn vor dem Hintergrund sich zunehmend materialisierender Kreditrisiken, der gesamtwirtschaftlichen Unsicherheit durch geopolitische Spannungen und gestiegener Kreditzinsen ist im Kreditportfolio von Risikopotenzial auszugehen, besonders im Gewerbeimmobiliensektor (Quelle: Deutsche Bundesbank).

Mit der am 9. Juli 2024 in Kraft getretenen und ab 1. Januar 2025 anzuwendenden Kapitaladäquanzverordnung und -richtlinie (CRR III – Capital Requirements Regulation) soll die Widerstandsfähigkeit der Banken erhöht und das Risikomanagement gestärkt werden. Sie betrifft sämtliche Risikoarten und hat weitreichende Auswirkungen auf die Gesamtbanksteuerung (Quelle: Deutsche Bundesbank). Für die Kapitalplanung ist vor allem eine teils erhöhte Eigenmittelunterlegung für bestimmte Kreditrisikopositionen zu beachten.

Um mit den realwirtschaftlichen, finanziellen und operationellen Risiken umgehen zu können, müssen die Kreditinstitute ihre Robustheit ausbauen. Steigende Kapitalanforderungen gilt es mit den Rentabilitätsansprüchen, der Kreditqualität und der Liquidität in Einklang zu bringen. Entscheidend ist bei ungünstigen Entwicklungen neben einem guten Risikomanagement insbesondere die Eigenkapitalquote.

Am 29. Mai 2024 veröffentlichte die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) die 8. Novelle der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Mit ihr erfolgte eine deutliche Weiterentwicklung und Präzisierung der regulatorischen Anforderungen. Für die Kreditinstitute zieht dies das Erfordernis nach sich, umfassendere und detailliertere Maßnahmen zur Risikosteuerung und -kontrolle zu implementieren. Im Kern der Novellierung geht es um die vollständige Integration der Leitlinien der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde zu Zinsänderungs- & Kreditspreadrisiken im Anlagebuch.

Angesichts der fortwährenden strukturellen Veränderungen, wie der digitalen Transformation im Zusammenspiel mit dem demografischen Wandel, dem Übergang zur Klimaneutralität, der Nachhaltigkeit und der ökonomischen Transformation sowie geänderten Kundenbedürfnissen, besteht das Erfordernis von Anpassungen der Vertriebs- und Zugangswege, Investitionen in die Infrastruktur und gut ausgebildeter Mitarbeitender.

Die Finanzinstitute erleben einen Personalumbruch. Der Fachkräftemangel beeinflusst die Strukturen. Gefragt ist ein zielgerichtetes Personalmanagement. Anforderungsprofile der Mitarbeitenden verändern sich. Perspektivisch konzentrieren sie sich vor allem auf Aufgaben, die menschliche Stärken erfordern, währenddessen Algorithmen automatisierbare Prozesse übernehmen. Essenziell ist ein demografiefester Personalumbau.

Mithilfe der Automatisierung lassen sich Prozesse effizienter gestalten und es ergeben sich Möglichkeiten zur Aufwandssenkung. Allerdings bedarf es eines Ausbaus der IT-Infrastruktur und der Sicherstellung der IT-Sicherheit, was mit erheblichen Investitionen verbunden ist. Eine hohe Bedeutung kommt der Abschirmung von Cyber-Risiken zu.

Mit der ab dem 17. Januar 2025 Anwendung findenden Verordnung 2022/2554 (DORA – Digital Operational Resilience Act) verpflichtet die Europäische Union (EU) Finanzunternehmen zur Stärkung ihrer digitalen operationalen Resilienz. DORA beinhaltet technische Regulierungsstandards (Regulatory Technical Standards – RTS) zur Klarstellung und technische Durchführungsstandards (Implementing Technical Standards – ITS) zur Umsetzung. Es geht um die Harmonisierung der Standards zur Betriebsstabilität digitaler Systeme im Finanzsektor der EU, die Widerstandsfähigkeit des IT-Betriebs und den Schutz vor möglicherweise zunehmenden Cyber-attacken. Um den Anforderungen ordnungsgemäß zu entsprechen, legte unser Haus ein internes Projekt auf.

Die Konkurrenzsituation unserer Sparkasse ist von zunehmender Vernetzung und Transparenz gekennzeichnet. Neben den Volks- und Raiffeisenbanken sowie den Großbanken stehen wir im Wettbewerb mit zahlreichen Anbietern von Finanzdienstleistungen, wie z. B. in- und ausländische Direktbanken, Konsumbanken von Automobilkonzernen, Strukturvertriebe und Crowdfunding-Plattformen sowie Anbieter für digitale und mobile Bezahlsysteme. Für die Kreditinstitute ergibt sich deshalb das Erfordernis, ihre Geschäftsmodelle zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

1.4 Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt ist eine mündelsichere, rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Saalfeld. Sie hat gemäß ihrer Satzung die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen in ihrem Geschäftsgebiet die Versorgung mit Finanzdienstleistungen sicherzustellen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Weiterhin dient sie der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, der Wirtschaft, speziell des Mittelstandes und des Handwerks, sowie der öffentlichen Hand. Träger der Sparkasse ist der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt. Die Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt führt ihre Geschäfte auf der Grundlage der Thüringer Sparkassenverordnung nach kaufmännischen Grundsätzen und ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT).

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen (LBS) besteht ein Haftungsverbund. Die BaFin hat dieses System als Einlagensicherungssystem nach dem deutschen Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) anerkannt. Kernelement ist das Ansparen eines Zielvolumens von 0,8 % der gedeckten Einlagen über einen Zeitraum von zehn Jahren, der im Jahr 2024 endete. Hierdurch wird sichergestellt, dass Einlagen pro Einleger im Regelfall bis zu 100 TEUR, in Sonderfällen auch bis zu 500 TEUR, gesichert sind und Entschädigungszahlungen – spätestens sieben Arbeitstage nach der Feststellung des Entschädigungsfalls durch die BaFin – geleistet werden. Das Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation umfasst u. a. ein Risikomonitoringsystem zur Früherkennung von Risiken sowie eine risikoorientierte Beitragsbemessung.

Um die Effizienz und Schlagkraft zu erhöhen, bauen alle Institute der Sparkassen-Finanzgruppe ab 2025 einen Zusatzfonds auf, der ergänzend zu den bestehenden Sicherungsmitteln zur Verfügung steht. Er dient neben der Erfüllung bankaufsichtlicher Anforderungen dazu, im Falle einer Krise noch schneller handlungsfähig zu sein und Institute im Bedarfsfall flexibel zu unterstützen.

Im Rahmen des Verbundkonzepts – einem Geschäftsmodell der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen – besteht ein auf der Risikostrategie aufsetzendes gemeinsames Risikomanagement. Je nach Risikolage sind Informations-, Einblicks- und Einflussrechte vorgesehen. Darüber hinaus

wurde in den vergangenen Jahren ein zusätzlicher regionaler Reservefonds mit einem Volumen von 600 Mio EUR von den Sparkassen in Hessen und Thüringen sowie der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) dotiert. Dieser Fonds wird ab 2025 in acht linearen Raten in den parallel aufzubauenden Zusatzfonds des Institutssicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe überführt.

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat mit Urteil vom 6. Oktober 2021 (XI ZR 234/20) über die Revision in einem Musterfeststellungsverfahren zu Zinsanpassungsklauseln bei Prämiensparverträgen entschieden. Gegenstand des Verfahrens war im Kern die Frage, wie der während der Vertragslaufzeit variable Zinssatz zu berechnen ist. Nach dem Urteil des BGH sind Zinsanpassungsklauseln, die eine Festlegung im Ermessen des Kreditinstituts vorsehen, unwirksam. Der BGH entschied, dass für die Höhe der variablen Verzinsung ein öffentlich zugänglicher Referenzzinssatz in Anlehnung an die Entwicklung von Zinssätzen für langfristige Spareinlagen zu bestimmen ist. Bei der Zinsanpassung ist im Rahmen einer monatlichen Anpassung der ursprüngliche relative Abstand des Vertragszinssatzes zum Referenzzinssatz beizubehalten. Zur Frage eines geeigneten Referenzzinssatzes traf der BGH am 9. Juli 2024 eine Entscheidung und bestätigte das Urteil des OLG Dresden vom 22. März 2023. Ungeachtet der Tatsache, dass wir nicht unmittelbar am Verfahren beteiligt waren, haben wir die Auswirkungen des BGH-Urteils analysiert und geprüft, ob die von uns in der Vergangenheit mit unseren Kunden geschlossenen Sparverträge mit vergleichbaren Zinsanpassungsklauseln ausgestaltet sind. Zur handelsrechtlichen Behandlung der Auswirkungen des BGH-Urteils verweisen wir auf den Anhang als Teil des Jahresabschlusses.

1.5 Bedeutsamste finanzielle Leistungsindikatoren

Folgende Kennzahlen stellen die im Rahmen unserer Unternehmenssteuerung definierten bedeutendsten finanziellen Leistungsindikatoren dar:

Stabilisierung der Cost-Income-Ratio ([CIR] Verwaltungsaufwand in Relation zum Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich Saldo der sonstigen ordentlichen Erträge und Aufwendungen, bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen im Sinne des Sparkassenbetriebsvergleichs) um 65 % (Strategie 2024) bzw. unter 65 % (Strategie 2025)

Betriebsergebnis vor Bewertung = Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich Saldo der sonstigen ordentlichen Erträge und Aufwendungen und abzüglich der Verwaltungsaufwendungen, bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen im Sinne des Sparkassenbetriebsvergleichs gemäß unserer Unternehmensplanung von 21,9 Mio EUR (Strategie 2024) bzw. 19,7 Mio EUR (Strategie 2025)

nachhaltig positive Eigenkapitalrentabilität vor Steuern (Ergebnis vor Ertragsteuern bezogen auf das wirtschaftliche Eigenkapital) von 4,0 % (Strategie 2024 und 2025), mindestens der gleitende 10-Jahres-Durchschnitt der Rendite von Bundeswertpapieren mit 10 Jahren Restlaufzeit zuzüglich eines Risikoaufschlages von 2,0 %

Warnschwellenwert für Liquidity Coverage Ratio (LCR) von 200 % (Frühwarnung für einen sich abzeichnenden Liquiditätsengpass)

Stabilisierung der harten Kernkapitalquote um 16 % (Strategie 2024) bzw. kontinuierlicher Ausbau der Kernkapitalquote bis 2029 auf 20 % (Strategie 2025).

1.6 Darstellung der Geschäftsentwicklung

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme stieg gegenüber dem Vorjahr um 2,4 % auf 1.582,7 Mio EUR. Dabei war die Geschäftsentwicklung auf der Aktivseite von stärkeren Zuwächsen bei den Wertpapierpositionen und einem moderaten Anstieg der Forderungen an Kreditinstitute gekennzeichnet. Die Forderungen an Kunden blieben nahezu unverändert. Die Passivseite prägten ein leichter Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und ein deutlicher Anstieg der Einlagen unserer Kunden. Das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten) erhöhte sich auf 1.604,5 Mio EUR.

	31.12.2024	31.12.2023	Veränderungen	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Aktiva				
Forderungen an Kreditinstitute	157.998	154.263	3.735	2,4
Forderungen an Kunden	806.427	806.507	-80	-0,0
Wertpapiere	564.343	527.587	36.756	7,0
sonstige Aktiva	53.939	56.760	-2.821	-5,0
Bilanzsumme	1.582.707	1.545.117	37.590	2,4
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	70.946	77.096	-6.150	-8,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Spareinlagen)	1.338.810	1.311.384	27.426	2,1
andere Verbindlichkeiten)	(322.831)	(400.345)	(-77.514)	(-19,4)
nachrangige Verbindlichkeiten	(1.015.979)	(911.039)	(104.940)	(11,5)
Fonds für allgemeine Bankrisiken und Eigenkapital	420	220	200	90,9
sonstige Passiva	146.831	133.079	13.752	10,3
Bilanzsumme	1.582.707	1.545.117	37.590	2,4
Eventualverbindlichkeiten	25.700	23.338	2.362	10,1
Geschäftsvolumen	21.743	23.913	-2.170	-9,1
	1.604.450	1.569.030	35.420	2,3

Kreditgeschäft

Die Position Forderungen an Kunden verblieb mit 806,4 Mio EUR erwartungsgemäß auf dem Niveau des Vorjahres. Im originären Kreditgeschäft mit Kunden erhöhten sich die Kontokorrentkredite um 7,5 Mio EUR, während die Darlehen an Privat- und Geschäftskunden sowie an öffentliche Haushalte um 5,2 Mio EUR und die Weiterleitungsdarlehen um 6,1 Mio EUR zurückgingen. Das Geschäft mit Schuldscheindarlehen erhöhte sich um 4,3 Mio EUR.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen an Unternehmen, Privatpersonen und Kommunen betragen am 31. Dezember 2024 insgesamt 24,3 Mio EUR und gingen somit gegenüber dem Vorjahr um 6,1 Mio EUR zurück. Das gesamte Kundenkreditvolumen (inklusive der unwiderruflichen Kreditzusagen) verringerte sich marginal um 0,7 % auf 830,7 Mio EUR.

Die Schwerpunkte unseres gewerblichen Kreditportfolios bildeten die Branchen Wohnungswesen, Energie, verarbeitendes Gewerbe sowie Beratung, Planung und Holding.

Alle erkennbaren Risiken des Kreditgeschäfts sind in ausreichender Höhe durch entsprechende Risikovorsorgen abgesichert.

Eigenanlagen in Wertpapieren

Die Wertpapierpositionen (Aktiva 5 und 6) erhöhten sich abweichend zur geplanten konstanten Entwicklung aufgrund erhöhter Kundeneinlagen insgesamt um 36,8 Mio EUR auf 564,3 Mio EUR. Dabei investierten wir verstärkt in festverzinsliche Wertpapiere und bauten diese um 31,3 Mio EUR auf.

Der moderate Zuwachs bei den Anteilen an Investmentvermögen von 5,5 Mio EUR steht im Zusammenhang mit der Aufstockung unseres Spezialfonds und dem Abruf bereits zugesagter Zeichnungen von Investmentanteilen.

Sonstige Aktiva

Die sonstigen Aktiva reduzierten sich um 2,8 Mio EUR auf 53,9 Mio EUR. Diese Veränderung ergibt sich hauptsächlich aus den Bilanzpositionen „Barreserve“ und „Sonstige Vermögensgegenstände“.

Kundeneinlagen und verbrieftete Verbindlichkeiten

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden zeigte sich im Geschäftsjahr ein Wachstum um 27,4 Mio EUR auf 1.338,8 Mio EUR. Unsere Annahme leicht steigender Bestände der privaten Einlagen wurde damit übertroffen.

Unsere Kunden legten auch 2024 ihren Anlageschwerpunkt auf die kurzfristig verfügbaren Einlagen. So stiegen die täglich fälligen Einlagen um 70,2 Mio EUR. Weiterhin waren strukturelle Veränderungen der Kundeneinlagen zu beobachten, die mit dem Anstieg des Zinsniveaus und attraktiveren Anlagemöglichkeiten zusammenhingen. Während die Spareinlagen um 77,5 Mio EUR und die unverzinslichen Sichteinlagen um 9,4 Mio EUR zurückgingen, erhöhten sich die Guthaben auf Geldmarktkonten und die Tagesgelder um 79,6 Mio EUR sowie die befristeten Einlagen (Termingelder und Sparkassenbriefe) um 34,7 Mio EUR.

Um unseren Kunden mit Prämiensparverträgen, die von dem BGH-Urteil vom 6. Oktober 2021 (XI ZR 234/20) betroffen sind, Rechtssicherheit zu bieten, vereinbarten wir im Geschäftsjahr weitere Vergleichslösungen zur Fortführung oder Beendigung der Verträge.

Interbankengeschäft

Die Position Forderungen an Kreditinstitute erhöhte sich moderat um 3,7 Mio EUR auf 158,0 Mio EUR. Diese Veränderung ergibt sich im Wesentlichen aus den laufenden Guthaben.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich um 6,2 Mio EUR auf 70,9 Mio EUR. Ursächlich hierfür waren die Rückgänge bei den im Rahmen zentraler Kreditaktionen bereitgestellten Mitteln (Weiterleitungsmittel).

Nicht bilanzwirksames Kundengeschäft

Die Anzahl der Kundendepots (Depot B, DekaBank und S-Broker) stieg gegenüber dem Vorjahr um 421 auf 12.422 Stück. Das auf den Depots verwaltete Wertpapiervolumen erhöhte sich um 59,0 Mio EUR auf 436,7 Mio EUR. Der Nettoabsatz im Wertpapiergeschäft belief sich auf 38,5 Mio EUR und übertraf unsere Erwartungen deutlich.

In dem für unser Provisionsergebnis bedeutsamen Verbundgeschäft vermittelten wir Bausparverträge über insgesamt 23,8 Mio EUR Bausparsumme (Vorjahr: 27,4 Mio EUR) an die LBS und Lebensversicherungen über 8,3 Mio EUR Versicherungssumme (Vorjahr: 8,1 Mio EUR) an die SV Sparkassenversicherung (SV).

Geldvermögensbildung

Die Geldvermögensbildung betrug im Geschäftsjahr 66,1 Mio EUR. Der Zuwachs verteilte sich mit 27,6 Mio EUR auf die bilanziellen Einlagen (Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und nachrangige Verbindlichkeiten) sowie mit 38,5 Mio EUR auf das Wertpapiernettogeschäft mit Kunden.

Nicht bilanzwirksames Eigengeschäft

Im Rahmen der Zinsbuchsteuerung setzte unsere Sparkasse Zinsswaps ein. Deren Nominalvolumen belief sich zum Bilanzstichtag auf 293,5 Mio EUR.

2 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Gesamtentwicklung der Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt im Jahr 2024 beurteilt der Vorstand als erwartungsgemäß weiter verbessert. Im bilanziellen Geschäft erreichten wir bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stärkere Erhöhungen als geplant. Das Kundenkreditgeschäft bewegte sich im Rahmen unserer Annahmen.

Gemessen am Jahresergebnis stellte sich unsere Ertragslage zufriedenstellend und gemäß unseren Erwartungen dar. Im Vergleich zu unserer Planung ergaben sich bei einzelnen Erfolgskomponenten deutliche Abweichungen. Der Zinsüberschuss stieg deutlich an, blieb jedoch hinter unserer ursprünglichen Erwartung zurück. Das Provisionsergebnis und die Verwaltungsaufwendungen entwickelten sich deutlich günstiger als geplant. Während sich das Bewertungsergebnis Wertpapiergeschäft schlechter als prognostiziert entwickelte, stellte sich das Bewertungsergebnis Kreditgeschäft günstiger als erwartet dar und ließ eine höhere Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken zu.

Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen wurden erwartungsgemäß erfüllt.

Unsere Vermögenslage stellt sich mit der Dotierung der Sicherheitsrücklage und des Fonds für allgemeine Bankrisiken unseren Planungen entsprechend verbessert dar und bildet eine stabile Grundlage für künftige Geschäftsausweitungen.

2.1 Ertragslage

Für die Analyse der Ertragslage legen wir die nach den Regeln des Betriebsvergleichs der Sparkassenorganisation ermittelten Kennzahlen zugrunde. Hierbei handelt es sich um eine betriebswirtschaftliche Darstellung von Erfolgskennzahlen in Bezug auf die Durchschnittsbilanzsumme (DBS) des Geschäftsjahrs oder andere einheitliche Ermittlungsverfahren.

Ausgehend von der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) nahmen wir die folgende Überleitung auf die betriebswirtschaftliche Darstellung vor:

Gewinn- und Verlustrechnung	2024	Überleitung	2024	Betriebswirtschaftliches Ergebnis
	TEUR	TEUR	TEUR	
Zinsüberschuss einschließlich laufender Erträge	31.469	131	31.600	Zinsüberschuss
Provisionsüberschuss	12.426	-8	12.418	Provisionsüberschuss
Sonstige betriebliche Erträge	1.461	-434	1.027	Sonstiger ordentlicher Ertrag
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	23.485	-710	22.775	Verwaltungsaufwand
Sonstige betriebliche Aufwendungen	675	-134	541	Sonstiger ordentlicher Aufwand
Betriebsergebnis vor Bewertung	21.196	533	21.729	Betriebsergebnis vor Bewertung
Bewertungsergebnis	-14.874	15	-14.859	Bewertungsergebnis
Betriebsergebnis nach Bewertung	6.322	548	6.870	Betriebsergebnis nach Bewertung
Außerordentliches Ergebnis	-	-580	-580	Neutrales Ergebnis
Ergebnis vor Steuern	6.322	-32	6.290	Ergebnis vor Steuern
Steuern	5.270	-32	5.238	Gewinnabhängige Steuern
Jahresüberschuss	1.052	-	1.052	Jahresüberschuss

Im Vergleich zur GuV haben wir in unserer betriebswirtschaftlichen Darstellung insbesondere die folgenden Posten abweichend zugeordnet:

Sachverhalte	Gewinn- und Verlustrechnung	Betriebswirtschaftliches Ergebnis
Aperiodische Zinserträge sowie aperiodische Zinsaufwendungen, insbesondere Close-Out-Zahlungen für Swaps	Zinsüberschuss einschließlich laufender Erträge	Neutrales Ergebnis
Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen für Pensionsansparungen und anderer nicht mit dem Bankgeschäft in Zusammenhang stehender Rückstellungen	Sonstige betriebliche Erträge	Zinsergebnis
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, Erstattung von Verwaltungskosten aus Vorjahren	Sonstige betriebliche Erträge	Neutrales Ergebnis
Zuführungen zu den Rückstellungen für laufende Pensionen und andere aperiodische Personal- und Sachaufwendungen	Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	Neutrales Ergebnis
Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen für Pensionsansparungen und anderer nicht mit dem Bankgeschäft in Zusammenhang stehender Rückstellungen	Sonstige betriebliche Aufwendungen	Zinsergebnis
Spenden, Aufzinsung von Rückstellungen für laufende Pensionen	Sonstige betriebliche Aufwendungen	Neutrales Ergebnis

Der Jahresüberschuss unserer Sparkasse erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mio EUR auf 1,1 Mio EUR. Die Ertragslage war insbesondere durch ein deutlich verbessertes Zinsergebnis, einen

höheren Provisionsüberschuss, moderat gestiegene Verwaltungsaufwendungen, einen deutlich höheren Aufwandssaldo aus der Bewertung und stark gesunkene neutrale Aufwendungen gekennzeichnet.

Die wichtigsten Posten unserer betriebswirtschaftlichen Erfolgsrechnung stellen sich im Vergleich zum Vorjahr nach den absoluten Werten sowie im Verhältnis zur DBS wie folgt dar:

Betriebswirtschaftliche Erfolgsrechnung	2024		2023		Veränderungen	
	TEUR	% DBS	TEUR	% DBS	TEUR	%
Durchschnittsbilanzsumme	1.577.996		1.614.933		-36.937	-2,3
Zinsüberschuss	31.600	2,00	26.694	1,65	4.906	18,4
Provisionsüberschuss	12.418	0,79	11.047	0,68	1.371	12,4
Sonstiger ordentlicher Ertrag	1.027	0,06	910	0,06	117	12,9
Verwaltungsaufwand	22.775	1,44	21.892	1,36	883	4,0
Sonstiger ordentlicher Aufwand	541	0,03	537	0,03	4	0,7
Betriebsergebnis vor Bewertung	21.729	1,38	16.222	1,00	5.507	33,9
Bewertungsergebnis	-14.859	-0,94	-8.287	-0,51	-6.572	79,3
Betriebsergebnis nach Bewertung	6.870	0,44	7.935	0,49	-1.065	-13,4
Neutrales Ergebnis	-580	-0,04	-2.531	-0,16	1.951	-77,1
Ergebnis vor Steuern	6.290	0,40	5.404	0,33	886	16,4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5.238	0,33	4.577	0,28	661	14,4
Jahresüberschuss	1.052	0,07	827	0,05	225	27,2
Cost-Income-Ratio 1)	51,2 %		57,4 %			
Eigenkapitalrentabilität 2)	14,3 %		14,5 %			

1) Cost-Income-Ratio = Verwaltungsaufwand * 100 / (Zinsüberschuss + Provisionsüberschuss zuzüglich sonstiger ordentlicher Ertrag - sonstiger ordentlicher Aufwand)

2) Eigenkapitalrentabilität = (Ergebnis vor Steuern + Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken) / (Sicherheitsrücklage + Fonds für allgemeine Bankrisiken, jeweils vor Zuführung) * 100

Der Zinsüberschuss stieg im Jahr 2024 um 4,9 Mio EUR auf 31,6 Mio EUR. Im Rahmen unserer Planung für das Jahr 2024 waren wir zum Zeitpunkt der Erstellung des Vorjahresberichtes von einem Zinsüberschuss zwischen 32,7 Mio EUR und 34,0 Mio EUR ausgegangen. Einer Unschärfe bei der Parametrisierung der Steuerungssysteme, die erst im Laufe des Jahres 2024 zutage getreten ist, wurde durch unterjährige Anpassung des Planwertes auf 30,8 Mio EUR Rechnung getragen. Gegenüber dem angepassten Planwert stellt sich der Zinsüberschuss um 0,8 Mio EUR besser dar. In Relation zur DBS ergab sich eine Zinsspanne von 2,00 % nach 1,65 % im Jahr 2023.

Der Provisionsüberschuss nahm gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Mio EUR auf 12,4 Mio EUR zu und lag damit zugleich um 0,7 Mio EUR über unserem Planwert. In Relation zur DBS verbesserte sich das Provisionsergebnis gegenüber dem Vorjahr von 0,68 % auf 0,79 %. Zu der positiven Entwicklung trugen im Wesentlichen die Erträge aus dem Giroverkehr und die Erträge aus dem Wertpapiergeschäft bei. Die Provisionsaufwendungen blieben nahezu konstant.

Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Mio EUR auf 22,8 Mio EUR. Die Personalaufwendungen lagen leicht unter unserem Planansatz, während die Sachaufwendungen um rund 0,7 Mio EUR deutlicher unter unseren Erwartungen ausliefen. Hier wirkten sich unter anderem geringere Aufwendungen für Grundstücke und Gebäude, für sonstige Dienstleistungen Dritter und für Pflichtbeiträge aus.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung stieg gegenüber dem Vorjahr infolge der voran beschriebenen Entwicklung um 5,5 Mio EUR auf 21,7 Mio EUR und entspricht damit nahezu unserem Plan zum Ende des Vorjahres. Bezogen auf die unterjährig angepasste Planung ergibt sich eine positive Abweichung von 2,6 Mio EUR.

Das Aufwands-Ertrags-Verhältnis (Cost-Income-Ratio – CIR) verbesserte sich von 57,4 % im Vorjahr auf 51,2 % und liegt damit um 0,9 %-Punkte besser als erwartet.

Der Aufwandssaldo aus der Bewertung (im Wesentlichen Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft) und der Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken lag nach der zulässigen Verrechnung mit Erträgen bei 14,9 Mio EUR und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 6,6 Mio EUR.

Die marktinduzierten Abschreibungen auf Wertpapiere fielen höher als erwartet aus und führten zu einem um 0,9 Mio EUR unter dem Plan liegenden Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft. Teilweise wurden Wertpapiere zum gemilderten Niederstwertprinzip bewertet und Abschreibungen vermieden. Das Bewertungsergebnis im Kundenkreditgeschäft stellte sich demgegenüber um 1,5 Mio EUR besser als erwartet dar. Zur Vorsorge für allgemeine Bankrisiken dotierten wir die Reserven nach § 340g HGB mit 12,7 Mio EUR.

Das Betriebsergebnis nach Bewertung verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Mio EUR auf 6,9 Mio EUR.

Dem neutralen Ergebnis ordnen wir alle aperiodischen und außerordentlichen Posten zu, die nicht dem ordentlichen Ergebnis zuzurechnen sind, wie z. B. Zuführungs- und Aufzinsungsbeträge für Rückstellungen für laufende Pensionen, Spenden sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen. Gegenüber unserer Planung fiel der saldierte neutrale Aufwand nur marginal um 0,2 Mio EUR höher aus.

Mit einer Eigenkapitalrentabilität von 14,3 % liegen wir im Rahmen unserer strategischen Zielsetzung. Gegenüber unserer Planung stellt sich diese Kennzahl deutlich besser dar.

Nach Berücksichtigung der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ergibt sich für das Geschäftsjahr 2024 ein gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mio EUR erhöhter Jahresüberschuss von 1,1 Mio EUR.

2.2 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit unserer Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

Zur Sicherstellung einer ausreichend hohen Liquidität unter Stressannahmen für einen Betrachtungshorizont von 30 Tagen definiert das Basel III-Regelwerk eine Liquiditätsdeckungskennziffer (Liquidity Coverage Ratio [LCR]). Danach müssen Kreditinstitute über liquide Aktiva verfügen, deren Gesamtwert die Liquiditätsabflüsse abzüglich der Liquiditätszuflüsse unter Stressbedingungen abdeckt. Unsere Sparkasse hielt diese Anforderungen im gesamten Geschäftsjahr ein und erreichte zum 31. Dezember 2024 eine LCR von 451,05 %. Zusätzlich zu den aufsichtsrechtlichen Anforderungen festgelegte interne Warnschwellen unterschritten wir im Verlauf des Jahres zu keiner Zeit.

Daneben soll eine strukturelle Liquiditätsquote, die Net Stable Funding Ratio (NSFR), eine nachhaltige Refinanzierungsstruktur sicherstellen. Die Summe der nach ihrer dauerhaften Verfügbarkeit gewichteten Passiva muss mindestens der Summe der nach ihrer Liquiditätsbindung gewichteten Aktiva zuzüglich des mittelfristigen Refinanzierungsbedarfs aus außerbilanziellen Positionen entsprechen. Diese Anforderung erfüllten wir mit einer Quote von 166,97 %.

Die Mindestreservevorschriften wurden 2024 durchgängig eingehalten. Hierfür bestanden entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarkt-geschäften abzuschließen, nutzten wir nicht. Übernachtkredite nahmen wir – mit Ausnahme eines Testgeschäfts – nicht auf. Für die potenziellen Inanspruchnahmen der von der Deutschen Bundesbank eingeräumten Refinanzierungsangebote verpfändete unsere Sparkasse Wertpapiere im Rahmen des Pfandpoolverfahrens und trat sicherungsweise Schuldscheindarlehen ab.

Außerhalb unserer Bilanz bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Patronatserklärungen für unsere Tochtergesellschaft, GIV Gesellschaft für Immobilienentwicklung und -vertrieb mbH, im Rahmen von Darlehensgewährungen gegenüber der Darlehensgeberin. Darüber hinaus betragen die sonstigen finanziellen Verpflichtungen im Zusammenhang mit verbindlichen Zeichnungszusagen für Anteile an Investmentvermögen 3,8 Mio EUR. Auch unter der Annahme der Inanspruchnahme aus diesen Verpflichtungen ist eine ausreichende Liquidität sichergestellt.

Hinsichtlich der Steuerung der Liquiditätsrisiken verweisen wir auf die Ausführungen im Risikobericht.

2.3 Vermögenslage

Nach der bei Feststellung des Jahresabschlusses noch zu beschließenden Rücklagenzuführung wird sich die Sicherheitsrücklage voraussichtlich auf 59,8 Mio EUR (2023: 58,8 Mio EUR) belaufen. Gegenüber dem Vorjahr erhöht sich diese Position somit um 1,8 %.

Zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute hat unsere Sparkasse dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB 12,7 Mio EUR zugeführt. Er erhöht sich dadurch auf 87,0 Mio EUR.

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen nach der Kapitaladäquanzverordnung (Capital Requirements Regulation – CRR) sowie die zu ihrer Deckung vorhandenen Eigenmittel stellen sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Bankaufsichtliche Kennzahlen	31.12.2024	31.12.2023
	TEUR	TEUR
Sicherheitsrücklage	58.779	57.951
Gesamtrisikobetrag	749.674	749.129
Eigenmittel	136.761	123.108
darunter: Kernkapital	132.420	118.928
Eigenmittelquote (Gesamtkennziffer in %)	18,24	16,43
Kernkapitalquote (in %)	17,66	15,88

Neben der Sicherheitsrücklage und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB verfügt unsere Sparkasse über ergänzende Eigenkapitalbestandteile. Zum 31. Dezember 2024 enthielt das anrechenbare Ergänzungskapital zusätzlich zu nachrangigen Verbindlichkeiten auch Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB. Das Verhältnis der Eigenmittel zu den Risikopositionen lag deutlich über den geltenden Anforderungen von 15,09 % (Gesamtkapitalquote gemäß Art. 92 Abs. 1 lit. c CRR zzgl. SREP-Aufschlag, Kapitalerhaltungspuffer, institutsspezifischer antizyklischer Kapitalpuffer, Systemrisikopuffer und Eigenmittelempfehlung gemäß § 6d KWG). Die gesetzlich geforderte Kernkapitalquote gemäß Art. 92 Abs. 1 lit. b CRR von mindestens 6,0 % der Risikopositionen sowie die SREP-Kapitalanforderungen (SREP Supervisory Review and Evaluation Process) stellte unsere Sparkasse sicher.

Mit einer gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Eigenmittelquote von 18,24 % zum 31. Dezember 2024 sowie einer Kernkapitalquote von 17,66 % bewegten wir uns im Rahmen unserer Planung. Zur Sicherstellung unserer weiter steigenden Zielquote haben wir den Fonds für allgemeine Bankrisiken zur Stärkung des harten Kernkapitals mit 12,7 Mio EUR dotiert. Diese Veränderung entfaltet mit Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2024 ihre Wirkung. Unsere über den gesetzlichen Anforderungen liegende Eigenkapitalausstattung sichert die weiter steigenden bankaufsichtlichen Eigenmittelanforderungen ab und bildet die Basis für eine zukünftige Geschäftsausweitung.

Zur Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen nach der CRR wenden wir für das Adressenausfallrisiko den Kreditrisikostandardansatz (KSA) und für das operationelle Risiko den Basisindikatoransatz an.

3 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

3.1 Personal

In unserer Sparkasse waren am Jahresende 2024 insgesamt 233 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, davon 167 Frauen (Frauenanteil 2024: 71,7 %, 2023: 73,6 %). Wir übernahmen beide Ausländernde in ein Beschäftigungsverhältnis.

	31.12.2024		31.12.2023	
	Beschäftigte	%	Beschäftigte	%
Vollzeitkräfte	103	44,2	107	44,2
Teilzeitkräfte	118	50,6	126	52,1
Auszubildende	12	5,2	9	3,7
insgesamt	233	100,0	242	100,0

Auf Vollzeitkräfte umgerechnet belief sich die Mitarbeiterkapazität (inkl. Auszubildende) auf 207,6 (2023: 214,7 Mitarbeiterkapazität). In den kommenden Jahren soll sich diese nach unserer Planung nicht weiter reduzieren, weil perspektivischen rentenbedingten Austritten mit verstärkter Investition in Ausbildung und Übernahmen begegnet werden soll.

9 Personen (2023: 19 Personen) bzw. 3,9 % der Gesamtbeschäftigten (2023: 7,9 %) waren zum Stichtag freigestellt. Es handelte sich vor allem um Mitarbeiter in der Freistellungsphase der Altersteilzeit oder aufgrund Langzeiterkrankung.

Das Durchschnittsalter unserer Beschäftigten (ohne Auszubildende) betrug 49,0 Jahre (2023: 49,2 Jahre). Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit (ohne Auszubildende) lag bei 25,4 Jahren (2023: 25,5 Jahre). Diese Stabilität belegt den grundsätzlich langfristigen Beschäftigungshorizont.

Innerhalb der rechtlichen Rahmenbedingungen (Gesetze, Tarifvertrag, Dienstvereinbarung) nutzen wir seit vielen Jahren ein Modell der variablen Arbeitszeit, um betriebliche Erfordernisse abdecken sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei deren Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützen zu können.

Wir gewähren unseren Beschäftigten grundsätzlich fixe und/oder tarifliche sowie in untergeordnetem Umfang außertarifliche Vergütungselemente. Zu letzteren gehören Provisionen für die Vermittlung von Kauf- und Verkaufsinteressenten von Immobilien. Wir unterstützen unsere Beschäftigten mittels einer Zuzahlung in Höhe von 10,0 % des Beitrages zur arbeitnehmerfinanzierten betrieblichen Altersvorsorge und ausgewählter zusätzlicher Sozialleistungen.

Die gute Qualifizierung unserer Mitarbeitenden bleibt ein bedeutsamer nichtfinanzieller Leistungsindikator. Für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen wendeten wir im abgelaufenen Geschäftsjahr 191 TEUR (2023: 170 TEUR) auf. Fachseminare und Veranstaltungen wurden verstärkt in Präsenz durchgeführt. Daneben etablierte sich die Nutzung digitaler Schulungsangebote und es erfolgten erste Seminare und Qualifizierungen von Quereinsteigern. Die Qualifizierungsmaßnahmen orientieren sich in erster Linie an den Anforderungen der jeweiligen Stelle bzw. dienen der Erfüllung gesetzlicher Anforderungen.

3.2 Verantwortung für die Region

Als regional tätiges Kreditinstitut fühlen wir uns mit unserem Landkreis eng verbunden und engagieren uns auf vielfältige Weise für das Gemeinwohl und die Menschen, die hier leben.

Es gehört für uns zum Grundverständnis, das gemeinschaftliche Leben durch Förderleistungen zu komplementieren. Wichtige Aktivitäten werden oft erst durch unsere Spenden und Sponsoringleistungen möglich. 2024 unterstützten wir 425 individuelle Vorhaben, Wettbewerbe, Ausstattungen und gemeinnützige Projekte in den Bereichen Bildung (7 TEUR), Kultur (91 TEUR), Soziales (26 TEUR), Sport (223 TEUR) sowie Umwelt (5 TEUR) mit einem Gesamtvolumen von 352 TEUR.

Die im Jahr 2007 gegründete Stiftung der Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt ergänzte unser umfassendes Engagement. Sie setzte im Berichtsjahr insgesamt 35 TEUR für 7 Projekte zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Zwecke ein.

B Nachtragsbericht

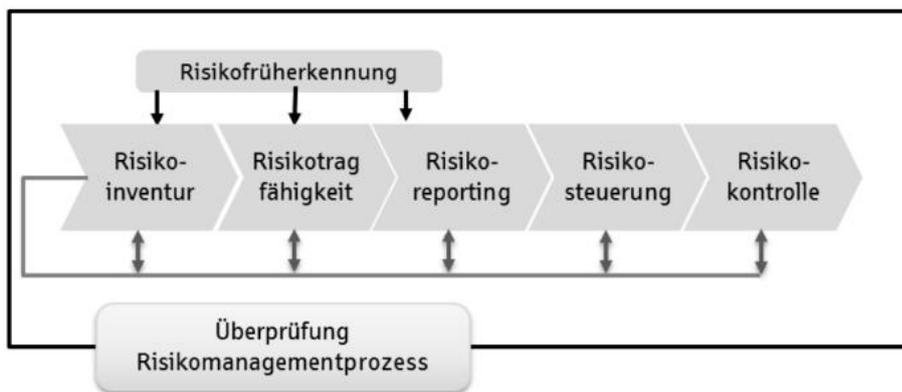
Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind und weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch in der Bilanz berücksichtigt wurden, liegen nicht vor.

C Risikobericht

1 Risikomanagementsystem und Risikotragfähigkeit

Unter dem Risikomanagement versteht die Sparkasse, dass Risiken frühzeitig und regelmäßig erkannt, analysiert, gesteuert und überwacht werden.

Der Risikomanagementprozess stellt sich wie folgt dar:



Die Risikotragfähigkeitskonzeption umfasst die Ermittlung des Risikodeckungspotenzials, die Risikomessung und die Begrenzung der Risiken durch Risikolimits. Zur Sicherstellung der langfristigen Fortführung der Unternehmenstätigkeit auf Basis der eigenen Substanz und Ertragskraft setzt die Sparkasse ein Risikotragfähigkeitskonzept mit einer vierteljährlichen (ökonomische Perspektive) bzw. einer jährlichen Berechnung der Risikotragfähigkeit (normative Perspektive) ein. Die Risikotragfähigkeitsberechnungen werden ergänzt um Stresstests (ökonomische Perspektive) und Betrachtungen adverser Szenarien (normative Perspektive).

In der Geschäfts- und Risikostrategie haben wir die Ziele der Sparkasse für jede wesentliche Geschäftstätigkeit sowie die Maßnahmen zur Zielerreichung dargestellt. Sie umfasst ebenso die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten. Risikomanagementziele sind u. a. das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen eines Risikotragfähigkeitskonzepts und einer ertrags- und wertorientierten Banksteuerung sowie die Beachtung gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

Ziel der Risikoinventur ist es, mindestens jährlich systematisch Risiken zu identifizieren, um deren Wesentlichkeit beurteilen zu können. Nachhaltigkeitsrisiken wurden als mögliche Risikotreiber bei der Beurteilung der Wesentlichkeit der Risiken qualitativ berücksichtigt. Zudem nehmen wir quantitative und qualitative Analysen zur Bestimmung von Risiko- und Ertragskonzentrationen vor. Auf der Grundlage der zuletzt durchgeführten Risikoinventur stufen wir folgende Risiken in der ökonomischen und der normativen Perspektive als wesentlich ein:

Risikoart	Risikokategorie
Adressenrisiko	Kundengeschäft Eigengeschäft
Marktpreisrisiko	Zinsänderungsrisiko Spreadrisiko Aktienrisiko Immobilienrisiko Infrastrukturrisiko
Liquiditätsrisiko	Refinanzierungskostenrisiko
Operationelles Risiko	
Beteiligungsrisiko	

Darüber hinaus ist das Zahlungsunfähigkeitsrisiko wesentlich, das keiner der beiden Perspektiven zugerechnet werden kann.

Mit Veröffentlichung der 7. MaRisk-Novelle im Juni 2023 sind auch ESG-Risiken in das Risikomanagementsystem sukzessive zu integrieren. Die Auswirkungen von ESG-Risiken auf die Risikoarten wurden zunächst qualitativ untersucht. Diese betrachten wir im Rahmen einer Nachhaltigkeitsrisikoinventur

mit einem Horizont von 1 bis 2 Jahren. Die strategische Relevanzbeurteilung (längerfristiger Betrachtungszeitraum) erfolgt mittels Abschätzung der Auswirkungen auf das Geschäftsmodell, die Strategie, die strategischen Kennzahlen und die Nachhaltigkeitsrisikoindikatoren. Wir haben Aussagen zur Nachhaltigkeit in unserer Geschäfts- und Risikostrategie aufgenommen.

Ziel der Ermittlung der Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive ist die Sicherstellung des Gläubigerschutzes. Das Risikodeckungspotenzial entspricht dem barwertigen Vermögenswert (Substanzwert) bezogen auf das Bestandsgeschäft und umfasst sämtliche Vermögenswerte und Schulden der Sparkasse. Zum 31. Dezember 2024 ermittelten wir ein ökonomisches Risikodeckungspotenzial von 280,2 Mio EUR. Das daraus abgeleitete Gesamtlimit von 145,0 Mio EUR wurde auf die wesentlichen Risiken verteilt und so bemessen, dass es eine angemessene Steuerung der Risiken ermöglicht. Die wesentlichen Risiken ermitteln wir vierteljährlich und stellen sie den Limiten gegenüber. Das RTF-Gesamtlimit reichte sowohl unterjährig als auch zum Bilanzstichtag aus, um die wesentlichen Risiken abzudecken.

Zur Berechnung des gesamtinstitutsbezogenen Risikos wurden für alle wesentlichen Risiken das Konfidenzniveau auf 99,9 % und der Risikobetrachtungshorizont auf ein Jahr rollierend festgelegt. Zwischen den wesentlichen Risikoarten berücksichtigen wir keine risikomindernden Diversifikationseffekte. Innerhalb des Adressenrisikos – zwischen dem Kunden- und dem Eigengeschäft – und innerhalb des Marktpreisrisikos – zwischen den Risikofaktoren Zinsen, Spreads und Aktien – bezogen wir risikomindernde Diversifikationseffekte ein.

Das eingerichtete **Limitsystem** stellt sich zum 31. Dezember 2024 wie folgt dar:

Risikoart	Limit	Limitauslastung	
	Mio EUR	Mio EUR	%
Adressenrisiko	19,0	14,3	75,3
Kundengeschäft	12,0	8,7	72,5
Eigengeschäft	7,0	5,6	80,0
Marktpreisrisiko	103,0	67,9	65,9
Zinsänderungsrisiko	48,0	28,3	58,9
Spreadrisiko	21,0	16,3	77,5
Aktienrisiko	10,0	5,8	58,1
Immobilienrisiko	20,0	14,8	74,0
Infrastrukturrisiko	4,0	2,7	67,5
Refinanzierungskostenrisiko	1,0	0,5	45,1
Operationelles Risiko	10,0	6,2	61,9
Beteiligungsrisiko	12,0	8,2	68,1
Risikotragfähigkeitslimit/Gesamtrisiko	145,0	97,0	66,9

Wir führen ergänzend vierteljährlich Stresstests für alle wesentlichen Risiken durch. Sie umfassen historische und hypothetische Szenarien, bei deren Festlegung die strategische Ausrichtung der Sparkasse und das wirtschaftliche Umfeld berücksichtigt werden.

Um die Auswirkungen auf die Verlustanfälligkeit zu untersuchen, haben wir folgende Stresstests definiert:

- schwerer konjunktureller Abschwung
- Markt- und Liquiditätskrise
- Immobilienkrise aufgrund von Zinsanstieg

Der Stresstest Immobilienkrise aufgrund Zinsanstieg führt zum größten Risikowert. Auch bei diesem Szenario ist die Risikotragfähigkeit gegeben.

Mindestens jährlich führt unsere Sparkasse inverse Stresstests durch, mit dem Ziel zu untersuchen, welche Ereignisse oder Szenarien die Sparkasse in ihrer Überlebensfähigkeit gefährden könnten. Letztere ist dann als gefährdet anzusehen, wenn das Geschäftsmodell nicht mehr durchführbar ist. Als Inversitätsschwelle in der ökonomischen Perspektive legten wir das nach Eintritt des Risikofalls verbleibende Risikodeckungspotenzial fest. Für die normative Perspektive gilt als Inversitätsschwelle die aufsichtliche Mindestkapitalanforderung (TSCR).

Die Ergebnisse der inversen Stresstests zeigen im Hinblick auf die Risikotragfähigkeit, dass das Geschäftsmodell der Sparkasse nur durch sehr unwahrscheinliche Ereignisse gefährdet werden könnte.

Ziel der Ermittlung der Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive ist die Unternehmensfortführung. Hierzu besteht ein zukunftsgerichteter Kapitalplanungsprozess bis zum Jahr 2029. Um einen Kapitalbedarf rechtzeitig identifizieren zu können, trafen wir folgende Annahmen über die künftige Ergebnisentwicklung für das Planszenario:

- Die Jahresüberschüsse werden vollständig thesauriert. Die Zuführungen erfolgen zugunsten der Sicherheitsrücklage und zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB sowie den Vorsorgereserven nach § 340f HGB. Im Jahr 2025 wurde zur Stärkung des Kernkapitals eine Teilumwandlung von Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB berücksichtigt.
- Für die zusätzliche Eigenmittelanforderung gemäß § 6c KWG (SREP-Zuschlag) wurde ab 2025 ein Wert in Höhe von 3,00 % (aktuell 1,25 %) und für die Eigenmittelempfehlung gemäß § 6d KWG ab 2025 ein Wert von 6,0 % (zum 31. Dezember 2024 4,8 % und ab dem 17. Februar 2025 4,9 %) für den gesamten Betrachtungszeitraum angesetzt. Da die Eigenmittelempfehlung oberhalb des Kapitalerhaltungspuffers (2,5 %) liegt, ist ein zusätzlicher Kapitalbedarf erforderlich.
- Das jährliche Wachstum der risikogewichteten Aktiva korrespondiert mit der Bilanz- und Positionsplanung. Effekte aus der CRR III wurden berücksichtigt. Insgesamt ergibt sich aus der erwarteten Entwicklung gegenüber dem Planungstichtag 30. September 2024 ein Anstieg des Gesamtrisikobetrags bis zum Jahr 2029 um 203,5 Mio EUR auf 957,6 Mio EUR bzw. um 27,0 %.

In der normativen Perspektive berücksichtigen wir alle regulatorischen und aufsichtlichen Anforderungen sowie die darauf basierenden internen Anforderungen. Relevante Steuerungsgrößen sind die Kernkapitalanforderung, die Gesamtkapitalanforderung (SREP³-Gesamtkapitalanforderung, die kombinierte Pufferanforderung und die Eigenmittelempfehlung) sowie die Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals, die Höchstverschuldungsgrenze und die Großkreditgrenze. Für den betrachteten Zeitraum von fünf Jahren können die aufsichtlichen Anforderungen im Planszenario vollständig erfüllt werden. Unsere strategische Kernkapitalquote von 20,0 % wird danach ab dem Jahr 2028 eingehalten.

Die in der normativen Perspektive anzuwendenden Verfahren zur Risikoquantifizierung ergeben sich für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken und Operationelle Risiken aus den rechtlichen Anforderungen der CRR, nach denen risikogewichtete Positionsbeträge zu ermitteln sind. Die Risikoquantifi-

³ SREP: Supervisory Review and Evaluation Process (aufsichtlicher Überprüfungs- und Bewertungsprozess)

zierung für Zinsänderungsrisiken sowie die weiteren wesentlichen Risiken ergeben sich aus dem Kapitalzuschlag im Rahmen des bankaufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (SREP) gemäß § 10 Abs. 3 Satz 1 und 2 Nr. 1 KWG.

Im adversen Szenario sind die harten Mindestkapitalanforderungen (Kapitalanforderungen gemäß CRR und SREP) zwingend einzuhalten. Für den betrachteten Zeitraum von fünf Jahren können die aufsichtlichen Anforderungen erfüllt werden. Für das adverse Szenario legten wir abweichend zum Planszenario folgende Annahmen auf Basis zentraler Empfehlungen der S Rating und Risikosysteme GmbH (SR) zugrunde:

- Adressenrisiko
- Verschlechterungen von Ratings
- Verschlechterungen von Verwertungsparametern (Verwertungserlösquoten, Einbringungsquoten, Recovery Rates)
- Marktpreisrisiko
- Zinsänderungsrisiko – Zinsanstieg
- Spreadrisiko – Spreaderhöhungen
- Aktienrisiko – Rückgang Aktienkurse
- Immobilienrisiko – Rückgang der Immobilienpreise und der Mieterträge
- Infrastrukturrisiko – Rückgang der Preise für Infrastrukturobjekte
- Refinanzierungskostenrisiko/Refinanzierungsplanung
- Spreadausweitungen (Verteuerung der Refinanzierung)
- Refinanzierungsstruktur – Einlagenabzug und erhöhte Kreditnachfrage
- Operationelles Risiko
- Aufschlag über adversen Faktor (= Erhöhung der operationellen Schäden)
- Beteiligungsrisiko
- Abschreibung auf Beteiligungsbuchwert

Die Ergebnisse der **Kapitalplanung** stellen sich zum Planungsstichtag 30. September 2024 wie folgt dar:

		2025	2026	2027	2028	2029
Planszenario	Eigenmittel (in TEUR)	155.441	162.696	176.289	191.207	196.776
	RWA (in TEUR)***	855.467	887.745	914.249	934.922	957.575
	Eigenmittelquote (EMQ)	18,17	18,33	19,28	20,45	20,55
	Mindest-EMQ*	18,00	17,99	17,98	17,98	17,97
adverses Szenario	Eigenmittel (in TEUR)	126.155	117.876	137.057	148.611	158.658
	RWA (in TEUR)***	829.677	870.143	889.390	903.957	923.635
	Eigenmittelquote (EMQ)	15,21	13,55	15,41	16,44	17,18
	Mindest-EMQ Szenario**	11,00	11,00	11,00	11,00	11,00

* Gesamtkapitalanforderung inklusive SREP-Aufschlag, antizyklischer Kapitalpuffer, systemischer Risikopuffer (sektoral), aufsichtliche Eigenmittelempfehlung

** Gesamtkapitalanforderung inklusive SREP-Aufschlag

*** Gesamtrisikobetrag gemäß Art. 92 Abs. 3 CRR

Auf die im Rahmen der Kapitalplanung vorgesehene Stärkung des Kernkapitals durch Umwandlung von Vorsorgereserven nach § 340f HGB im Jahr 2025 konnte auf Grund neuerer Informationen (niedrigere Eigenmittelempfehlung gemäß Schreiben der BaFin vom 17. Februar 2025 sowie keine deutlichen

Rückgänge der Kapitalquoten auf Basis der neuen Anforderungen nach CRR III) verzichtet werden. Danach liegt unsere Eigenmittelquote im Planszenario zwischen 17,00 % (2025) und 19,51 % (2029) und im adversen Szenario zwischen 12,40 % (2026) und 16,09 % (2029).

Die der Risikotragfähigkeit zugrunde liegenden Annahmen sowie die Angemessenheit der Methoden und Verfahren prüfen wir jährlich und passen sie bei Bedarf an (Validierung).

Die Risikosteuerung umfasst die Analyse sowie die zeitgerechte und situationsabhängige Auswahl und Anwendung der Instrumente zur Risikobewältigung. Hierzu gehört die Simulation der einzelnen Risikoabwehrmaßnahmen hinsichtlich ihrer Wirkung, um gezielt geeignete Maßnahmen auswählen zu können.

Unsere Sparkasse setzt zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken derivative Finanzinstrumente (Swapgeschäfte) ein; der Nominalwert belief sich zum 31. Dezember 2024 auf 293,5 Mio EUR. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuches gemäß IDW RS BFA 3 n. F. einbezogen.

Die Risikofrüherkennung umfasst die Identifizierung möglicherweise neu aufgetretener Risiken und das Erkennen eines bekannten Risikos sowie die Kommunikation im Rahmen des Risiko-reportings. Die Risikofrüherkennung bezieht sich dabei sowohl auf das Eintreten von Risiken als auch auf eine Reduzierung des Risikodeckungspotenzials. Für die frühzeitige Identifizierung von wesentlichen Risiken sowie von risikoartenübergreifenden Effekten haben wir Indikatoren abgeleitet, die auf quantitativen oder qualitativen Merkmalen basieren.

Die Risikokontrolle umfasst die Überprüfung der aufgenommenen Steuerungsmaßnahmen auf Effizienz sowie Effektivität und führt gegebenenfalls erneute Handlungen im Risikomanagementprozess herbei.

Durch das Risikoreporting wird die Risikosituation der Sparkasse abgebildet. Die vierteljährliche Risikoberichterstattung an den Vorstand umfasst den Gesamtrisikobericht und ergänzende Berichte zu ausgewählten Risikoarten. Diese enthalten neben quantitativen Informationen auch eine qualitative Beurteilung zu wesentlichen Positionen und Risiken. Auf besondere Risiken für die Geschäftsentwicklung und dafür geplante Maßnahmen wird gesondert eingegangen. Der Verwaltungsrat erhält vierteljährlich Informationen über die Risikosituation. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung haben wir auch geregelt, in welchen Fällen eine Ad-hoc-Information erfolgt.

Der Sicherung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit von Steuerungs- und Überwachungssystemen (Interne Kontrollverfahren) dienen neben eingerichteten Funktionstrennungen bei Zuständigkeiten und Arbeitsprozessen auch die Tätigkeiten der Risikocontrolling-Funktion, der Compliance-Funktion und der Internen Revision.

Die Ausgestaltung der Aufbau- und Ablauforganisation stellt sicher, dass miteinander unvereinbare Aufgaben durch unterschiedliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wahrgenommen werden. Die Funktionstrennung zwischen dem Risikocontrolling und den Marktbereichen ist bis zur Vorstandsebene und auch für den Vertretungsfall organisatorisch geregelt. Grundlegende Entscheidungen zur Anpassung des Risikomanagements werden vom Vorstand getroffen. Die operative Risikosteuerung erfolgt durch die Marktbereiche. Der direkt dem Vorstand unterstellte Bereich Unternehmenssteuerung ist für die Identifikation, Quantifizierung und Überwachung der Risiken verantwortlich.

Die Risikocontrolling-Funktion ist aufbauorganisatorisch von Bereichen, die Geschäfte initiieren oder abschließen, getrennt. Sie hat die Aufgabe, die wesentlichen Risiken zu identifizieren, zu beurteilen, zu überwachen und darüber zu berichten. Der Risikocontrolling-Funktion obliegt die Errichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse sowie die Überprüfung der Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren. Zusätzlich verantwortet sie die Umsetzung der

aufsichtlichen und gesetzlichen Anforderungen, die Erstellung der Risikotragfähigkeitsberechnung und die laufende Überwachung der Einhaltung von Limiten. Sie unterstützt den Vorstand in allen risikopolitischen Fragen und ist an der Erstellung und Umsetzung der Risikostrategie maßgeblich beteiligt. Die Risikocontrolling-Funktion wird durch die Mitarbeiter der Abteilung Controlling innerhalb des Bereichs Unternehmenssteuerung wahrgenommen.

Die Interne Revision prüft und beurteilt risikoorientiert und prozessunabhängig die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsystems im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Sie ist dem Vorstand unmittelbar unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig.

Zur Aufnahme von Geschäftsaktivitäten in neuen Produkten oder auf neuen Märkten wurden Verfahren festgelegt. Zur Einschätzung der Wesentlichkeit geplanter Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie den IT-Systemen bestehen Definitionen und Regelungen.

2 Adressenrisiko

Unter dem Adressenrisiko wird ein Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position verstanden, der durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich des Ausfalls eines Schuldners bedingt ist. Dabei wird das Adressenrisiko in das Ausfall- sowie das Migrationsrisiko eines Schuldners unterteilt. Das Ausfallrisiko umfasst die Gefahr eines Verlustes, welcher aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Schuldners entsteht. Das Migrationsrisiko bezeichnet die Gefahr eines Verlustes, der sich dadurch ergibt, dass sich die Bonitätseinstufung (Rating) des Schuldners verändert. Das Migrationsrisiko stellt dabei auf Veränderungen der Bonität im Zeitablauf ab, die keinen Ausfall darstellen.

Das Länderrisiko bezieht neben dem bonitätsinduzierten Länderrisiko auch das politische Risiko ein, z. B. aus einem Transferstopp. Das Länderrisiko im Sinne eines Ausfalls oder einer Bonitätsveränderung eines Schuldners ist Teil des Adressenrisikos im Kunden- und Eigengeschäft. Der Schuldner kann ein ausländischer öffentlicher Haushalt oder ein sonstiger Schuldner sein, der seinen Sitz im Ausland und somit in einem anderen Rechtsraum hat.

Die wertorientierte Messung des Adressenrisikos erfolgt über eine Monte-Carlo-Simulation mithilfe der Anwendung Credit Portfolio View (CPV). Dabei werden mögliche makroökonomische Rahmenbedingungen (z. B. durch Branchen-Ausfallwahrscheinlichkeiten, Korrelationen, Migrationsmatrizen) sowie die aktuelle Portfoliostruktur inklusive der Rating- und Sicherheiteninformationen sowie Konzentrationsrisiken berücksichtigt. Die Ergebnisse der simulierten Wertentwicklungen werden zu einer Wertänderungsverteilung zusammengeführt und daraus die erwartete Wertänderung und der Value-at-Risk abgeleitet. Auf Ebene der Risikoart Adressenrisiko erfolgt die Risikomessung integriert (Nutzung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikokategorien Adressenrisiko im Kundengeschäft und Adressenrisiko im Eigengeschäft).

2.1 Adressenrisiko im Kundengeschäft

Das Adressenrisiko im Kundengeschäft umfasst einerseits die Gefahr eines Verlustes durch einen drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines originären Kredites sowie von Eventualverbindlichkeiten, wie beispielsweise Avale (Ausfallrisiko). Andererseits schließt es auch die Gefahr ein, dass Sicherheiten teilweise oder ganz an Wert verlieren und deshalb zur Absicherung der Kredite nicht ausreichen oder nicht beitragen können (Sicherheitenverwertungs- und -einbringungsrisiko).

Teil des Adressenrisikos im Kundengeschäft ist zudem die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Ratingklasse) des Kreditnehmers ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko).

Die Steuerung des Adressenrisikos im Kundengeschäft erfolgt auf Portfolioebene entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen und der gestellten Sicherheiten. Daneben wurden Kreditvergabebedingungen auf Ebene der Kreditnehmer festgelegt, die das Kreditvolumen und den Risikogehalt berücksichtigen.

Der Risikomanagementprozess beinhaltet folgende wesentliche Elemente:

- Trennung zwischen Markt (1. Votum) und Marktfolge (2. Votum) bis in die Geschäftsverteilung des Vorstands
- regelmäßige Bonitätsbeurteilung und Beurteilung des Kapitaldienstes auf Basis aktueller Unterlagen
- Einsatz standardisierter Risikoklassifizierungsverfahren (Rating- und Scoringverfahren) in Kombination mit bonitätsabhängiger Preisgestaltung und bonitätsabhängigen Kompetenzen
- interne, bonitätsabhängige Richtwerte für Kreditobergrenzen, die unterhalb der Großkreditgrenzen des KWG liegen, dienen der Vermeidung von Risikokonzentrationen im Kundenkreditportfolio
- Einsatz eines Risikofrüherkennungsverfahrens, das auf der Basis von quantitativen Kriterien (bspw. Rating-/Scoringnote, Auffälligkeiten in der Kontoführung) und qualitativen Kriterien auf Ebene der Einzelkreditnehmer Risiken identifiziert und mithilfe einer Frühwarnliste kommuniziert
- festgelegte Kriterien zur Überleitung von Kreditengagements in die Intensivbetreuung oder Problemerkreditbearbeitung
- Berechnung des Adressenrisikos für die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive mit dem Kreditrisikomodell CPV
- Ermittlung von Sicherheitenwerten auf Basis der Vorgaben der Beleihungswertverordnung (BelWertV) bzw. der sparkassenrechtlichen Beleihungsgrundsätze
- turnusmäßige bzw. anlassbezogene Überprüfung der hereingenommenen Sicherheiten und Garantien hinsichtlich ihrer Werthaltigkeit
- Kreditportfolioüberwachung auf Gesamthausebene mittels regelmäßigen Reportings

Das Kreditgeschäft der Sparkasse gliedert sich nach Kundengruppen wie folgt:

Kreditgeschäft der Sparkasse	Kreditvolumen*	
	31.12.2024 Mio EUR	31.12.2023 Mio EUR
Firmenkundenkredite	457	466
Privatkundenkredite	432	440
Weiterleitungsdarlehen	65	70
darunter für den Wohnungsbau	(26)	(26)
Kommunalkredite und kommunalverbürgte Kredite	101	94
Gesamt	1.054	1.070

* Kredite inkl. Zusagen und vor Wertberichtigungen

Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Schwerpunkte bilden mit 25,6 % Ausleihungen im Bereich des Wohnungswesens, gefolgt von 15,6 % im Energiesektor. Darüber hinaus entfallen 13,2 % auf das verarbeitende Gewerbe, 12,5 % auf den Bereich Beratung, Planung, Holding und 4,7 % auf Handelsunternehmen.

Das Kreditvolumen weist am 31. Dezember 2024 folgende Größenklassenstruktur auf:

Größenklasse in TEUR	Anteil
> 3.000	24,1

750 <= 3.000	18,5
400 < 750	5,9
100 < 400	31,1
< 100	20,4
gesamt	100,0

Die Kreditrisikostrategie ist auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten ausgerichtet. Dies wird durch die Neugeschäftsplanung unterstützt. Zum 31. Dezember 2024 ergab sich im Kundengeschäft folgende Ratingklassenstruktur:

Bonitätsklassen DSGV Rating	Ausfallwahrscheinlichkeit in %	Kreditvolumen in Mio EUR	Anteil in %	Blankoanteil in Mio EUR	Anteil in %
1 – 5	0,1 – 0,4	890	84,4	401	85,9
6 – 9	0,6 – 2,0	110	10,5	41	8,8
10 – 12	3,0 – 6,7	32	3,0	15	3,2
13 – 15	10,0 – 45,0	4	0,4	2	0,4
16 – 18	100,0	17	1,6	8	1,7
geratet		1.053	99,9	467	100,0
nicht geratet		1	0,1	0	0,0
Kreditvolumen		1.054	100,0	467	100,0

Das an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland ausgereichte Volumen betrug 1,5 % des Gesamtkreditvolumens von 1.054 Mio EUR.

In 2024 bestanden, bis auf den Bereich der Grundpfandrechtlichen Sicherheiten, keine Risikokonzentrationen.

Quartalsweise oder anlassbezogen werden Prognosen zum voraussichtlichen Risikoversorgebedarf erstellt, die dazu dienen, gegebenenfalls ungünstige Entwicklungen im Kreditgeschäft zeitnah zu erkennen. Risikoversorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikoversorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Für latente Risiken im Forderungsbestand bildeten wir Pauschalwertberichtigungen. Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren.

Die Entwicklung der Risikoversorge in 2024 zeigt im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung. Diese resultiert aus der Entwicklung von zwei größeren Einzelengagements und lässt somit keinen grundlegenden Trend ableiten.

2.2 Adressenrisiko im Eigengeschäft

Das Adressenrisiko im Eigengeschäft (Wertpapiere und Forderungen an Kreditinstitute) umfasst die Gefahr eines Verlustes, der aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Emittenten oder eines Kontrahenten (Ausfallrisiko) resultieren kann.

Ebenso besteht die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Rating) des Schuldners ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko). Dabei unterteilt sich das Kontrahentenrisiko in ein Wiedereindeckungs-, ein Vorleistungs- und ein Erfüllungsrisiko.

Zudem gibt es im Eigengeschäft das Risiko, dass bei einem Ausfall die tatsächlich realisierbaren Zahlungen von den prognostizierten Werten abweichen.

Adressenrisiken aus den Fondsanlagen beziehen wir im Durchschauprinzip bei der Ermittlung der Risiken in den einzelnen Risikokategorien ein.

Die Steuerung des Adressenrisikos des Eigengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Bonitäten sowie des Risikos der Engagements.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Festlegung von Limiten je Kreditnehmer (Emittenten- und Kontrahentenlimite) und für Produktgruppen
- regelmäßige Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer anhand von externen Ratingeinstufungen sowie eigenen Analysen
- Berechnung des Adressenrisikos für die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive mit dem Kreditrisikomodell CPV

Das Volumen der Eigengeschäfte (Clean Value) belief sich zum Bilanzstichtag auf (655,0 Mio EUR). Es beinhaltete Schuldverschreibungen und Anleihen (416,5 Mio EUR), Tagesgeldanlagen (87,0 Mio EUR), Wertpapierspezialfonds (65,5 Mio EUR), sonstige Investmentfonds (18,9 Mio EUR), Immobilien- und Immobilienspezialfonds (47,6 Mio EUR), Infrastrukturspezialfonds (6,7 Mio EUR) und Zinsswaps (12,8 Mio EUR).

Dabei zeigte sich auf Basis der internen Risikoklassenstruktur zur Berechnung des Adressenrisikos nachfolgende Ratingverteilung:

Ratingklasse	Volumenanteile in %
1 bis 5 (Investment Grade)	97,3
6 bis 10	2,0
11 bis 15 C	0,6
16 bis 18	< 0,1

Zinsswaps und Wertpapierleihegeschäfte schließen wir ausschließlich mit Kontrahenten ab, die ein Investment Grade-Rating aufweisen.

Die Kontrahentenrisiken sind aufgrund bestehender Wertpapierleihegeschäfte (Nominalvolumen 200,0 Mio EUR) und Zinsswaps (positive Marktwerte 12,8 Mio EUR) von Bedeutung.

Forderungen an Landesbanken und die DekaBank aus den Eigenanlagen bestanden zum Jahresende in Höhe von rund 351,8 Mio EUR (Marktwerte Anleihen und Swaps sowie Wertpapierleihe-Positionen).

Das Länderrisiko ist für unsere Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das Volumen von entsprechenden Wertpapieren in Fondsanlagen betrug am 31. Dezember 2024 56,1 Mio EUR (Marktwert).

3 Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko wird definiert als Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der unerwarteten negativen Veränderung von Risikofaktoren (Zinsen, Spreads, Aktienkurse, Immobilienpreise und Preise für Infrastrukturobjekte) ergibt. Optionen bilden wir grundsätzlich innerhalb der betroffenen Risikokategorie ab. Dabei beziehen sich implizite Optionen auf in Produkte eingebettete Rechte (z. B. Kündigungsrechte bei Darlehen und Sparprodukten).

Marktpreisrisiken aus den Fondsanlagen werden nach dem Durchschauprinzip bei der Ermittlung der Risiken in den einzelnen Risikokategorien einbezogen.

Die Marktpreisrisikomessung erfolgt im Rahmen der ökonomischen Perspektive mit dem Varianz-Kovarianz-Ansatz, dem eine Normalverteilungsannahme der einzelnen Risikofaktoren zugrunde liegt. Die Parameter der Normalverteilung werden aus historischen Daten geschätzt. Unter Berücksichtigung der Portfoliostruktur verwendeten wir im Varianz-Kovarianz-Ansatz bis auf die Risikokategorien Immobilien und Infrastruktur die Delta-Gamma-Variante.

Die Steuerung des Marktpreisrisikos erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung festgelegter Limite sowie einzuhaltender Kennzahlen und der vereinbarten Anlagerichtlinien für unseren Spezialfonds.

3.1 Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus einer unerwarteten negativen Veränderung der risikolosen Zinskurve ergibt.

In einer periodischen Sicht bzw. in der normativen Perspektive können sich Veränderungen im Zinsüberschuss, im Bewertungsergebnis Wertpapiere sowie in einer Dotierung bzw. Veränderung einer Drohverlustrückstellung im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs gemäß IDW RS BFA 3 n. F. ergeben. Schwankungen im Zinskonditionsbeitrag sind in die Betrachtung des Zinsänderungsrisikos in der normativen Perspektive integriert.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- periodische Steuerung und normative Perspektive: Berechnungen auf Basis verschiedener Zinsszenarien mittels der IT-Anwendung „Gesamtbanksimulation (GBS)“, Betrachtung des laufenden Geschäftsjahres und der fünf Folgejahre bei der Bestimmung der Auswirkungen auf das handelsrechtliche Ergebnis
- ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk mittels der von der SR entwickelten IT-Anwendung MPR
- Steuerung des wertorientierten Zinsänderungsrisikos im Rahmen einer benchmarkorientierten Zinsbuchsteuerung: Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos orientieren wir uns an einer definierten Benchmark. Abweichungen zeigen ggf. einen Bedarf an Steuerungsmaßnahmen auf und dienen als zusätzliche Information für zu tätige Neuanlagen bzw. Absicherungen.
- IRRBB-Meldewesen (Interest Rate Risks in the Banking Book): Ermittlung der Zinsänderungsrisiken auf Basis aufsichtlicher Schockszenarien in der wertorientierten und ertragsorientierten Perspektive
- Für Geschäfte mit unbestimmter Fälligkeit oder mit Kundenkündigungsrechten wurden für die Messung der Zinsänderungsrisiken Annahmen (z. B. Bodensatz-, Zinsbindungsfiktion) getroffen. Die Cashflows variabel verzinslicher Produkte bilden wir über das Konzept der gleitenden Durchschnitte ab.

Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie auf der Grundlage der bereitgestellten Limite. Als Risikotoleranz wurde eine Obergrenze für die aufsichtlichen Schockszenarien in der wertorientierten Perspektive in Höhe von 22,5 % des Kernkapitals festgelegt, die wir im Geschäftsjahr 2024 einhielten. Im Rahmen der benchmarkorientierten Zinsbuchsteuerung beachten wir ein Risikolimit sowie Cashflow-Abweichungslimite.

Zur Steuerung und Absicherung von Zinsänderungsrisiken setzten wir auch derivative Finanzinstrumente in Form von Zinsswaps ein (vgl. Angaben im Anhang zum Jahresabschluss).

Unsere Sparkasse prognostiziert die Entwicklung der Zinsspanne sowie der zinsinduzierten Abschreibungsrisiken auf Grundlage verschiedener Szenarien für die Zinsentwicklung. Wir betrachten dabei die ggf. zeitverzögerten Auswirkungen von Zinsänderungen auf die Zinsspanne und die zinsinduzierten Abschreibungsrisiken bis zum Jahr 2029.

Die Auswirkungen der aufsichtlichen Schockszenarien im Rahmen des IRRBB-Meldewesens (Barwertveränderung der zinstragenden Geschäfte des Anlagebuchs gemäß dem aggregierten Bogen J.01.00 CTOTL sowie Veränderung der Nettozinserträge jeweils im Verhältnis zum Kernkapital auf Basis der DelVO (EU) 2024/856 und der DelVO (EU) 2024/857 jeweils vom 1. Dezember 2023) stellen sich zum 31. Dezember 2024 wie folgt dar:

Szenarien	Barwert in Mio EUR	Kernkapital
in Mio EUR		132,4
Schwelle		-15,0 %
EVE*-Niveau im Basisszenario	157,2	
Veränderung EVE bei:		
parallelem Aufwärtsschock	-19,4	-14,6 %
parallelem Abwärtsschock	10,3	7,8 %
Steeper-Schock	-3,5	-2,6 %
Flattener-Schock	0,0	0,0 %
Kurzfristzins-Aufwärtsschock	-5,6	-4,2 %
Kurzfristzins-Abwärtsschock	2,9	2,2 %

*wirtschaftlicher Wert des Eigenkapitals (EVE – economic value of equity)

Szenarien	Zinsüberschuss in Mio EUR	Kernkapital
in Mio EUR		132,4
Schwelle		-5,0 %
NII*-Niveau im Basisszenario	30,3	
Veränderung NII bei:		
parallelem Aufwärtsschock	0,2	0,2 %
parallelem Abwärtsschock	-2,6	-2,0 %

*Nettozinsertrag (NII – net interest income)

3.2 Spreadrisiko

Das Spreadrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Spreads bei gleichbleibendem Rating ergibt. Dabei wird unter einem Spread die Differenz zwischen einer risikobehafteten und einer risikolosen Zinskurve verstanden. Der Spread ist unabhängig von der zugrunde liegenden Zinskurve zu sehen, d. h., ein Spread in einer anderen Währung wird analog einem Spread in Euro behandelt. Wir nehmen eine integrierte Betrachtung von Zins- und Spreadrisiken vor.

Die Steuerung des Spreadrisikos erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie auf der Grundlage der bereitgestellten Risikolimits.

Konzentrationen im Bereich Spreadrisiken liegen bei Staatsanleihen mit Rating AAA vor und werden in unserem Risikotragfähigkeitsmanagement entsprechend berücksichtigt.

Im Rahmen der ökonomischen Perspektive erfolgt die Ermittlung des Value-at-Risk mittels der IT-Anwendung MPR.

Betrachtungen in der normativen Perspektive nehmen wir auf Basis verschiedener Szenarien mittels der Anwendung GBS vor.

3.3 Aktienrisiko

Das Aktienrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Aktienkursen ergibt. Neben dem Marktpreisrisiko beinhalten Aktien auch eine Adressenrisikokomponente. Bei der Ermittlung des Marktpreisrisikos aus Aktien betrachten wir das allgemeine und das besondere Kursrisiko gemeinsam.

In der normativen Perspektive umfasst das Aktienrisiko darüber hinaus das Risiko, Dividendenerträge nicht in der erwarteten Höhe erzielen zu können.

Die Steuerung des Aktienrisikos erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie auf der Grundlage der bereitgestellten Risikolimits.

Im Rahmen der ökonomischen Perspektive erfolgt die Ermittlung des Value-at-Risk mittels der IT-Anwendung MPR.

Aktien hält unsere Sparkasse zurzeit ausschließlich im Spezialfonds. Bezogen auf das Gesamtengagement in Aktien ergibt sich eine Konzentration im Bereich des Euro Stoxx 50 Price Index.

Betrachtungen in der normativen Perspektive nehmen wir auf Basis verschiedener Szenarien mittels der Anwendung GBS vor.

3.4 Immobilienrisiko

Das Immobilienrisiko wird als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position definiert, welcher sich aus der Veränderung von Marktwerten aus Immobilien ergibt. Immobilieninvestitionen können sowohl Direktinvestitionen als auch indirekte Investitionen (Immobilienfonds, Beteiligungen in Immobiliengesellschaften) umfassen.

Die Steuerung des Immobilienrisikos erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie auf der Grundlage der bereitgestellten Risikolimits.

Im Rahmen der ökonomischen Perspektive ermitteln wir den Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes mittels der IT-Anwendung caballito, wobei wir als Datenbasis für die Benchmarkzeitreihen die nach Land und Nutzungsart segmentierten IPD-Indizes mit einer Historie seit 2001 nutzen, welche vom Index-Anbieter MSCI erstellt und uns durch Property & Data Analytics GmbH bereitgestellt werden.

Betrachtungen in der normativen Perspektive nehmen wir auf Basis verschiedener Szenarien mittels der Anwendung GBS vor.

Konzentrationen bestehen geschäftsmodelltypisch im Bereich der inländischen Wohnimmobilien.

3.5 Infrastrukturrisiko

Das Infrastrukturrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Marktwerten aus Infrastrukturobjekten ergibt.

Die Steuerung des Infrastrukturrisikos erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie auf der Grundlage der bereitgestellten Risikolimits.

Im Rahmen der ökonomischen Perspektive erfolgt die Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Infrastructure-Return-Modells (IRM). Die Grunddaten hierfür stellt Property & Data Analytics GmbH bereit.

Betrachtungen in der normativen Perspektive werden auf Basis verschiedener Szenarien mittels der Anwendung GBS vorgenommen.

4 Beteiligungsrisiko

Das Beteiligungsrisiko umfasst die Gefahr eines Verlustes durch eine unerwartete negative Wertänderung einer Beteiligung.

Die Steuerung des Beteiligungsrisikos erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie im Rahmen des Beteiligungsmanagements. Je nach Beteiligungsart wird nach dem Risiko aus strategischen Beteiligungen, Funktionsbeteiligungen und Kapitalbeteiligungen unterschieden.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Rückgriff auf das Beteiligungscontrolling des SGVHT für die Verbundbeteiligungen
- Berücksichtigung der Auswirkung auf aufsichtliche Quoten durch Beteiligungen in der normativen Perspektive
- Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis einer Szenarioanalyse in der ökonomischen Perspektive
- regelmäßige Auswertung und Beurteilung der Jahresabschlüsse der Beteiligungsunternehmen
- regelmäßige qualitative Beurteilung der Unternehmensentwicklung, der strategischen Ausrichtung sowie der Marktstellung des jeweiligen Beteiligungsunternehmens

Für die Risikoermittlung setzt die Sparkasse folgende Parameter ein:

- SR-Parameter für Verbundbeteiligungen (Mischungsindex 80 % „iBoxx Euro Financials Subordinated Total Return“ für europäische Nachranganleihen und 20 % „EURO STOXX Financials Euro - Total Return“ für europäische Aktien)

Wertansätze für Beteiligungsinstrumente zum 31. Dezember 2024:

Gruppen von Beteiligungsinstrumenten	Buchwert in Mio EUR
Strategische Beteiligungen	12,5
Funktionsbeteiligungen	5,6
Kapitalbeteiligungen	0,0

Konzentrationen bestehen aufgrund des Verbundgedankens in der S-Finanzgruppe im Bereich der strategischen Verbundbeteiligungen.

5 Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko setzt sich aus dem Zahlungsunfähigkeits- und dem Refinanzierungskostenrisiko zusammen. Das Liquiditätsrisiko umfasst in beiden Bestandteilen auch das Marktliquiditätsrisiko. Es handelt sich dabei um das Risiko, dass aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanztitel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder nicht zu fairen Preisen gehandelt werden können.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko stellt die Gefahr dar, Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht fristgerecht nachzukommen.

Das Refinanzierungskostenrisiko bildet die Gefahr ab, dass die Refinanzierungskosten über der in der Planung angesetzten Höhe liegen. Dies kann auf der Schwankung des institutseigenen Spreads sowie aus der unerwarteten Veränderung der Refinanzierungsstruktur beruhen.

Das Refinanzierungskostenrisiko in der ökonomischen Perspektive ergibt sich aus der negativen Veränderung des Liquiditätsbeitrages aufgrund von marktbedingten Spreadschwankungen. Die Berechnung des Refinanzierungskostenrisikos erfolgt mit der von der SR entwickelten IT-Anwendung RKR über einen Varianz-Kovarianz-Ansatz mit den wesentlichen Annahmen der Normalverteilung und eines Erwartungswerts von Null und berücksichtigt ausschließlich den Refinanzierungsspreads. Die voraussichtliche Liquiditätsspreadbindungsdauer der variabel verzinslichen Geschäfte wird über Liquiditätsmischungsverhältnisse berücksichtigt.

Die normative Perspektive bildet die GuV-Auswirkung des Refinanzierungskostenrisikos in Form höherer Zinsaufwendungen ab. Aufgrund des Einflusses von Bilanzbeständen und der Zinsentwicklung wird das Refinanzierungskostenrisiko zusammen mit dem Zinsänderungsrisiko betrachtet.

Die Steuerung des Liquiditätsrisikos erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie auf der Grundlage von Risikolimiten. Als Steuerungsgröße verwenden wir daneben das Risikomaß eines Überlebenshorizonts (Survival Period) auf Basis der Festlegung, dass der Überlebenshorizont mindestens drei Monate betragen soll. Der zum 31. Dezember 2024 ermittelte Überlebenshorizont unserer Sparkasse liegt über fünf Jahre.

Eine weitere Festlegung besteht darin, dass die aufsichtlichen Liquiditätskennzahlen LCR und NSFR die festgelegten Schwellenwerte dauerhaft nicht unterschreiten sollen. Die LCR und die NSFR unserer Sparkasse lagen im Jahr 2024 stets über dem definierten Schwellenwert von 200 % bzw. 125 %.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- regelmäßige Ermittlung und Überwachung der LCR und der NSFR
- regelmäßige szenariospezifische Ermittlung der Survival Period und Festlegung einer Risikotoleranz
- Diversifikation der Vermögens- und Kapitalstruktur
- regelmäßige Erstellung von Liquiditätsübersichten auf Basis einer hausinternen Liquiditätsplanung, in der die erwarteten Mittelzuflüsse den erwarteten Mittelabflüssen gegenübergestellt werden
- tägliche Disposition der laufenden Konten
- Berücksichtigung des Liquiditätsverbunds in der Sparkassenorganisation
- Definition eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses sowie eines Notfallplans
- Erstellung einer Refinanzierungsplanung

Unplanmäßige Entwicklungen, wie z. B. vorzeitige Kündigungen sowie Zahlungsunfähigkeit von Geschäftspartnern, berücksichtigen wir, indem wir im Rahmen der Risiko- und Stressszenarien sowohl

einen Abfluss von Kundeneinlagen als auch eine erhöhte Inanspruchnahme offener Kreditlinien simulieren.

Refinanzierungskostenrisiken bestehen im Bereich des langfristigen Kundenkreditgeschäfts bei der Stützstelle acht Jahre.

Die Zahlungsfähigkeit unserer Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

6 Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko (OpRisk) bedeutet die Gefahr eines Verlustes durch Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitenden, der Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Die Steuerung der operationellen Risiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie auf der Grundlage der bereitgestellten Risikolimits. Es werden OpRisk-Szenarien zur Erhebung von Ex-ante-Daten genutzt sowie eine Schadensfalldatenbank zur Erhebung von Ex-post-Daten eingesetzt. Zum Umgang mit den ermittelten operationellen Risiken nutzt unsere Sparkasse die Handlungsalternativen Risikoakzeptanz, -reduzierung und -transfer. Den operationellen Risiken wird u. a. auch im Rahmen der Gestaltung und Überwachung von Prozessen durch Kontrollmechanismen und Dokumentationen sowie durch Vorsorgemaßnahmen, Notfallkonzepte und den Abschluss von Versicherungen Rechnung getragen.

Operationelle Risiken in der ökonomischen Perspektive messen wir mithilfe des von der SR bereitgestellten OpRisk-Schätzverfahrens. Nach der Methodik dieses Verfahrens schätzt unsere Sparkasse zunächst basierend auf ihrer eigenen Verlusthistorie den Median ihrer Gesamtjahresverlustverteilung. Dieser wird zusätzlich mit dem Median des OpRisk-Pools für Schadensfälle adjustiert. Der erwartete periodische Verlust für ein Jahr dient als Ausgangsbasis für die Berechnung des erwarteten barwertigen Verlustes, die weitere Faktoren (z. B. Bestandsgeschäftsfaktor, Nachlaufzeit) berücksichtigt.

Zum Risikomanagementprozess gehören folgende wesentliche Elemente:

- jährliche Schätzung von operationellen Risiken auf Basis der szenariobezogenen Schätzung von risikorelevanten Verlustpotenzialen aus der IT-Anwendung „OpRisk-Szenarien“
- systematische Sammlung und Analyse eingetretener Schadensfälle in einer Schadensfalldatenbank
- periodische Steuerung und normative Perspektive: Abbildung im Plan- und adversen Szenario
- ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis der IT-Anwendung „OpRisk-Schätzverfahren“
- Erstellung von Notfallplänen, insbesondere im Bereich der IT

Aufgrund der überwiegenden Nutzung von IT-Anwendungen des Sparkassenverbands bzw. der SR bestehen hohe Abhängigkeiten im Falle eines Ausfalls der IT.

7 Sonstige Risiken

Im Rahmen der Risikoinventur identifizierte unsere Sparkasse über die vorstehenden Risiken hinaus keine weiteren wesentlichen Risiken.

8 Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Risiken der Sparkasse waren im Jahr 2024 stets mit ausreichend Risikodeckungspotenzial unterlegt (ökonomische Perspektive). Sie bewegten sich innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen RTF-Gesamt-Limits. Das Risikotragfähigkeitslimit war am Bilanzstichtag mit 66,9 % ausgelastet. Die durchgeführten Stresstests zeigen, dass auch außergewöhnliche Ereignisse durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können.

Die Mindestanforderungen an die Einhaltung aufsichtlicher Kenngrößen der normativen Perspektive der Risikotragfähigkeit erfüllten wir sowohl im Planszenario als auch unter der Berücksichtigung adverser Entwicklungen. Demnach ist die Risikotragfähigkeit derzeit gegeben.

Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage unter Berücksichtigung der aktuellen Rahmenbedingungen als angemessen.

D Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die zukünftige Entwicklung unserer Sparkasse wird von einer Vielzahl von Faktoren und Ereignissen beeinflusst, deren vollständige Tragweite und Auswirkungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend beurteilbar sind. Trotz sorgfältig erstellter Prognosen können deshalb die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen. Wie bereits in den Ausführungen zum Risikobericht beschrieben, verfügt unser Haus über Instrumente und Prozesse, um Abweichungen von den Erwartungen frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und gegebenenfalls steuernd einzugreifen.

Die führenden deutschsprachigen Wirtschaftsforschungsinstitute (DIW Berlin, ifo München, IfW Kiel, IWH Halle und RWI Essen – teils in Konsortien mit ausländischen Partnern) haben am 26. September 2024 ihre neue Gemeinschaftsdiagnose veröffentlicht. Sie wird im halbjährlichen Turnus im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz erstellt. Die Ergebnisse bildeten die Grundlage unserer Planungen für das Jahr 2025.

Aussagen zur Geldpolitik

Vor allem in den großen Währungsräumen sind die Zinsen – im Vergleich zu den 2010er Jahren – nach wie vor hoch und sie werden angesichts der nur langsamen Annäherung der Inflation an ihr Ziel wohl behutsamer gesenkt als vor einigen Monaten erwartet. Damit dürfte die Geldpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften noch einige Zeit restriktiv wirken.

Prognosen für die Weltwirtschaft und zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland

Die Aussichten für die Weltkonjunktur haben sich in dem aktuellen Gutachten gegenüber dem vorangegangenen Frühjahrsgutachten etwas verschoben, und zwar sowohl in zeitlicher als auch in regionaler Perspektive. Für 2024 erkennen die Institute für die meisten Länder (ausdrücklich nicht für Deutschland) eine höhere Wachstumsdynamik als zuvor erwartet.

Insgesamt bleibe das Wachstum der Weltwirtschaft im Hauptszenario der Prognose intakt. Das gelte auch für den Euroraum mit einer prognostizierten Wachstumsrate von 1,4 % in 2025. Positiv gesehen

werde auch, dass die 2022 ausgebrochene Inflation in den meisten wichtigen Währungsräumen inzwischen unter Kontrolle gebracht sei.

Das Gutachten verweist zugleich aber auf die weiterhin bestehenden hohen geopolitischen Risiken.

Die Institute stellen einen einsetzenden zyklischen Aufschwung mit einem BIP-Wachstum von 0,8 % in 2025 in Aussicht. Antrieb werde vor allem der Konsum sein. Die durch die verlängerte Stagnation verschobene Erholung verspäte sich nur, falle aber nicht gänzlich aus. Die prognostizierten Raten sind allerdings etwas geringer als noch im Frühjahr 2024. In jedem Fall habe Deutschland mit der schwachen Entwicklung der letzten Jahre Wohlstand eingebüßt. Das Produktionspotenzial sei derzeit um rund 4 % geringer, als 2019 aus der Vor-Corona-Perspektive zu erwarten gewesen wäre.

Die Verbraucherpreisentwicklung schwenke mit prognostizierten jahresdurchschnittlichen 2,0 % für 2025 im Einklang mit einer ähnlichen Entwicklung auf der Ebene des Euroraums auf das Zielniveau der EZB ein.

Erfreulich sei der trotz der verlängerten Stagnation immer noch stabile Arbeitsmarkt in Deutschland. Die Arbeitslosenquote steige derzeit etwas an, aber nur moderat und vorübergehend. Die Zahl der Erwerbstätigen bleibe mit rund 46,2 Millionen im Prognosezeitraum etwa konstant. Das markiere mutmaßlich den historischen Höchststand und Wendepunkt für Deutschland. Danach gehe die Zahl aufgrund der Demografie wohl zurück.

Planungen der Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt

Die unserer mittelfristigen Unternehmensplanung zugrunde gelegten Annahmen und Parameter haben wir im Rahmen des Strategie- und Planungsprozesses im 2. Halbjahr 2024 getroffen bzw. festgelegt. Auf Basis der Stichtagsdaten per 30. September 2024 erfolgten die Bilanzstrukturplanung und die Erfolgsspannenrechnung.

Im Kreditgeschäft mit privaten Kunden erwies sich der Sparkassen-Privatkredit in der Vergangenheit als eine tragende Säule. Ein weiterer Ausbau konnte allerdings in den Jahren 2022 bis 2024 nicht erfolgen. Wir gehen davon aus, dass über den gesamten Planungszeitraum die Fälligkeiten durch Neugeschäft ersetzt werden können und somit der Bestand gehalten werden kann.

In den vergangenen Jahren verzeichneten wir einen erfreulichen Anstieg des Volumens privater Immobilienfinanzierungen. Diese Entwicklung wurde durch die Niedrigzinsphase sowie die Vermittlungen über digitale Finanzierungsplattformen positiv beeinflusst. Das Jahr 2024 war von einer Stagnation bzw. einem leichten Rückgang gekennzeichnet. Entsprechend den aktuellen Rahmenbedingungen (höheres Zinsniveau, hohe Baukosten, hohe Lebenshaltungskosten) planen wir für 2025 lediglich eine Seitwärtsentwicklung.

Für den gewerblichen Wohnungsbau erwarten wir für den gesamten Planungszeitraum eine Seitwärtsentwicklung.

Im Bereich der sonstigen Unternehmensfinanzierungen gehen wir für 2025 auch von einem Seitwärtstrend aus. Die Ursachen sehen wir insbesondere im hohen Zinsniveau sowie in einer generellen Investitionszurückhaltung infolge der bestehenden Unsicherheiten.

Den Finanzierungsbedarf der Kommunen wollen wir analog den Vorjahren sicherstellen. Dementsprechend unterstellen wir gleichbleibende Bestände in der Planungsrechnung.

Der Bestand an Weiterleitungsdarlehen hat sich seit 2021 kontinuierlich reduziert. Für das Jahr 2025 gehen wir, insbesondere im Zusammenhang mit dem Wohnungsbaukreditgeschäft, von einem Seitwärtstrend aus.

Im originären Kundenkreditgeschäft erwarten wir im Jahr 2025 somit eine Seitwärtsentwicklung.

Zusätzlich planen wir, im bestehenden Portfolio der Schuldscheindarlehen (= Kreditersatzgeschäft) die anstehenden Fälligkeiten durch Neugeschäft zu ersetzen. Dabei gilt es, attraktive Zinserträge unter Eingehung überschaubarer Risiken zu erzielen. Wir sind uns hier auch bewusst, dass nicht alle Angebote durchgehend unseren Risiko-Ertrags-Vorstellungen entsprechen und es somit auch zu temporären Bestandsrückgängen kommen kann.

Auf der Einlagenseite gehen wir von leicht steigenden Beständen der privaten Einlagen aus. Unsere Planungen stehen im Zusammenhang mit den nach wie vor unsicheren gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Mit der Zinswende haben sich die Bestände der Spareinlagen 2023 und 2024 in größerem Umfang reduziert. Wir nehmen an, dass sich infolge der Zinsentwicklung die Umschichtungen zugunsten höher verzinslicher Produkte wie Sparbriefe und Geldmarktkonten weiter fortsetzen wird.

In allen Laufzeiten der Sparbriefe wurden die Bestände in der Niedrigzinsphase der vergangenen Jahre abgebaut. Mit der eingetretenen Zinswende erfolgte 2023 und 2024 ein entsprechender Bestandsaufbau, insbesondere im Laufzeitbereich bis zwei Jahre. Infolge der eingetretenen Zinsentwicklung planen wir hier weiterhin mit deutlichen Erhöhungen von insgesamt rund 19 % im Jahr 2025.

2025 rechnen wir mit einem leichten Rückgang der privaten Sichteinlagen. Aktuell deutet nichts darauf hin, dass die aufgebauten Bestände massiv zurückgeführt werden könnten.

Für die Geldmarktkonten gehen wir in unseren Planungen davon aus, dass sich hier – durch die Zinsentwicklung bedingt – weitere Erhöhungen von rund 12 % im Jahr 2025 ergeben werden.

2023 und 2024 erfolgte ein erster Abbau der gewerblichen und kommunalen Sichteinlagen in Verbindung mit einem Aufbau der Tages- und Termingelder. Für das Jahr 2025 erwarten wir eine Fortsetzung dieser Entwicklung. Während nach unseren Planungen die gewerblichen und kommunalen Sichteinlagen um rund 12 % sinken, werden die Tages- und Termingelder um rund 14 % steigen.

Unter den aktuellen Rahmenbedingungen gehen wir im Planszenario von einem moderaten Wachstum der Einlagen in Höhe von 5,0 Mio EUR aus.

Durch die schnell und dramatisch eingetretene Zinswende wird sich die Verzinsung der fälligen Eigenanlagen und Kundenkredite weiter erhöhen, wenn auch nicht mehr mit der Dynamik der letzten beiden Jahre. Der Zinsaufwand unserer Kundeneinlagen wird im Planungszeitraum, mit Schwankungen durchgesetzt, nur moderat ansteigen. Dementsprechend erwarten wir für 2025 eine Steigerung des Zinsüberschusses um 5,0 % gegenüber 2024 auf 33,2 Mio EUR. Im optimistischen Szenario gehen wir von einem Zinsüberschuss von 31,4 Mio EUR und im pessimistischen Szenario von 33,0 Mio EUR aus.

Der 2024 erzielte Provisionsüberschuss stellt ein sehr gutes Ergebnis dar. Im Planungszeitraum haben wir aktuell keine bedeutenden Preisanpassungen vorgesehen. Wir gehen in einzelnen Teilbereichen von einer leichten Konsolidierung aus und erwarten darüber hinaus aufgrund der demografischen Entwicklung insbesondere im Privatgirobereich sinkende Erträge. In Summe kalkulieren wir für 2025 einen Rückgang um 3,1 %.

Es ist das Ziel unserer Sparkasse, durch konsequente Kostenoptimierung die durch die externen Rahmenbedingungen bedingte Steigerung des Verwaltungsaufwands in Grenzen zu halten.

Die Entwicklung des Personalaufwands wird im Wesentlichen durch die Strukturen des Tarifvertrags (Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst, Besonderer Teil Sparkassen - TVöD-S) sowie weitere Tarifsteigerungen beeinflusst. Die Personalkosten erhöhen sich dementsprechend infolge der erwarteten hohen Tarifabschlüsse weiter. Insgesamt gehen wir für 2025 von einem Anstieg um 10,5 % aus.

Wir arbeiten kontinuierlich an der Verbesserung von Prozessen und der systematischen, anlassbezogenen Reorganisation bei bekannten personellen Veränderungen, um bei relativ konstanten Mitarbeiterkapazitäten unseren Geschäftsablauf weiterhin sicherzustellen. Den wachsenden Anforderungen an die Qualifikation unserer Mitarbeiter tragen wir durch eine gezielte und kontinuierliche Weiterbildung Rechnung.

Entsprechend unseren Planannahmen führen Preissteigerungen sowie erforderliche Instandhaltungsmaßnahmen und Investitionen zu deutlich steigenden Sachaufwendungen. Insgesamt gehen wir für 2025 von einem Anstieg um 18,5 % aus.

Für die Renditen am Geld- und Kapitalmarkt rechnen wir im Jahr 2025 im Geldmarktbereich (Laufzeit bis 12 Monate) mit rückläufigen Werten. In den längeren Laufzeitbereichen erwarten wir moderate Steigerungen.

Wir rechnen entsprechend den beschriebenen Rahmenbedingungen gemäß unserer Unternehmensplanung für 2025 gegenüber 2024 mit einem rückläufigen Betriebsergebnis vor Bewertung (1,25 % der DBS von 1.583,4 Mio EUR). Die sich damit verschlechternde CIR bewegt sich mit voraussichtlich 56,7 % ebenso wie die Eigenkapitalrentabilität mit 9,1 % im Rahmen unserer geschäftspolitischen Zielstellung. Auch bei den weiteren bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren (vgl. A. 1.5) gehen wir von einer entsprechenden Erfüllung der Ziele aus.

Das aktuelle Zinsniveau beeinflusst unsere Margen und somit die Ertragskraft weiter positiv.

Risiken aus der gegenwärtigen Wettbewerbssituation bzw. dem sich verändernden Nutzungsverhalten unserer Kunden sowie der demografischen Entwicklung im Geschäftsgebiet sind vorhanden. Zusätzliche Risiken können dann entstehen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung schlechter als angenommen verläuft und sich damit verbundene prognostizierte Rahmenbedingungen verschlechtert darstellen.

Chancen ergeben sich bei einer höheren Steilheit der Zinsstruktur bei gleichzeitig moderaten Inflationserwartungen. Über diese Entwicklungen hinaus sind zusätzliche Erfolgchancen möglich, sofern sich insbesondere die im Rahmen unserer Strategieprozesse festgelegten Handlungsfelder zur sukzessiven und nachhaltigen Ergebnisoptimierung sowie vorgesehene Prozessstandardisierungen besser als erwartet auswirken.

Durch unsere Kreditpolitik der vergangenen Jahre haben wir gute Voraussetzungen für eine niedrige Risikovorsorge in der Zukunft geschaffen. Die aktuell eher ungünstigen allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen können allerdings einen erhöhten Bewertungsbedarf zur Folge haben. Wir gehen daher zumindest für 2025 von einem deutlich erhöhten Bewertungsbedarf aus.

Der Bewertungsbedarf im Wertpapierbereich wird sich aufgrund der erwarteten Zinsentwicklung sowie in Abhängigkeit von Spreads, Aktienkursen und weiteren Assetklassen entwickeln. Gegenüber 2024 gehen wir von einem ausgeglichenen und damit einem etwas günstigeren Ergebnis aus.

Zusammenfassend erwarten wir im Rahmen der Szenarien unserer Unternehmensplanung für 2025 ein Betriebsergebnis nach Bewertung in einer Bandbreite von 12,0 Mio EUR bis 18,3 Mio EUR.

Nach der sogenannten standardisierten Hochrechnung von Ende April 2025 liegt das Betriebsergebnis vor Bewertung für das Jahr 2025 mit 20,7 Mio EUR (1,27 % der DBS) über dem ursprünglichen Planwert von 19,7 Mio TEUR (1,25 % der DBS) aber weiterhin unter dem Wert des Jahres 2024 von 21,7 Mio EUR bzw. (1,38 % der DBS). Gegenüber der ursprünglichen Planungsrechnung wird insbesondere eine Erhöhung des Zinsüberschusses von 33,2 Mio EUR auf 34,1 Mio EUR prognostiziert. Die Entwicklung der Zinsspanne wird maßgeblich beeinflusst durch die Entwicklung des Zinsniveaus am Geld- und Kapitalmarkt.

Wir erwarten in 2025 auf Basis der Kapitalplanung eine Kernkapitalquote von 17,7 %, die noch unter unserem neuen strategischen Zielwert von 20,0 % liegt.

Auf Grundlage einer detaillierten Bilanzstrukturplanung gehen wir im Hinblick auf die Liquiditätskennzahlen von einer angemessenen Liquiditätsausstattung und der Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen aus.

Der Vorstand der Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt erwartet unter den voran dargestellten Einschätzungen für 2025 ein im Vergleich zum Vorjahr moderat rückläufiges Geschäftsergebnis (Jahresüberschuss vor Reservenbildung), das durch Zuführung zu den Rücklagen aber weiterhin eine langfristige Unternehmenssicherung unterstützt.

Unsere Sparkasse hat zum Zeitpunkt der Erstellung der Planungsrechnung darüber hinausgehende Simulationsrechnungen vorgenommen. Auch bei Eintreten ungünstigerer Bedingungen ist dementsprechend die Unternehmensfortführung in den Folgejahren gesichert.

Saalfeld, im Juni 2025

Teil E – Mitgliedschaften

Liste der übrigen Mitgliedschaften und Beteiligungen

Stand: 31.12.2024

Bezeichnung	betreuender Bereich
<u>Vereine & Arbeitsgemeinschaften</u>	
Arbeitsgemeinschaft Bier- und Burgenstraße e. V.	Beteiligungsmanagement
Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommune Thüringen e. V. (AGFK Thüringen)	Beteiligungsmanagement
Berufsförderungszentrum Essen e. V.	Schulverwaltungsamt
Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrische Verbände e. V.	Gesundheitsamt
Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V.	Umwelt- und Bauordnungsamt
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.	Sozial- und Teilhabeamt
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e. V.	Jugendamt
Fachverband der Kommunalkassenverwalter Thüringen e. V.	Kreiskämmerei
Fachverband Standesämter Thüringen e. V.	Amt für öff. Ordnung u. Sicherheit
Geopark Schieferland e. V.	Beteiligungsmanagement
GlobalSocial-Network e. V.	Presse- und Kulturamt
Jobcenter Saalfeld-Rudolstadt	Sozial- und Teilhabeamt
KAG Rennsteig-Schwarzatal	Beteiligungsmanagement
Kommunaler Arbeitgeberverband e. V.	Personal- und Organisationsamt
Kreispartnerschaftsverein e. V.	Presse- und Kulturamt
Landschaftspflegeverband "Thüringer Schiefergebirge/Obere Saale" e. V.	Umwelt- und Bauordnungsamt
Landschaftspflegeverband Thüringer Wald e. V.	Umwelt- und Bauordnungsamt
Museumsverband Thüringen e. V.	Presse- und Kulturamt
Qualitätsverbund Babylotse e. V.	Stabsstelle Planung & Controlling
Regionalverbund Thüringer Wald e. V.	Beteiligungsmanagement
Saaleradweg e. V.	Beteiligungsmanagement
Thür. Volkshochschulverband e. V.	Schulverwaltungsamt
Thüringischer Landkreistag e. V.	Büro Kreistag
TITK-Thüringisches Institut für Textil- und Kunststoffforschung Rudolstadt e. V.	Beteiligungsmanagement
Verband deutscher Musikschulen (für Rudolstadt) e. V.	Schulverwaltungsamt
Verband deutscher Musikschulen (für Saalfeld) e. V.	Schulverwaltungsamt
Verband Naturpark Thüringer Wald e. V.	Beteiligungsmanagement
Verein Kulturförderung Saalfeld e. V.	Presse- und Kulturamt
Verein Naturpark Schiefergebirge/Obere Saale e. V.	Beteiligungsmanagement
Verein Schloßkapelle Saalfeld e. V.	Presse- und Kulturamt
Verein Thüringer Porzellanstraße e. V.	Beteiligungsmanagement
WIFAG - Arbeitsgemein. Kommunale Wirtschaftsförderung Region Saalfeld-Rudolstadt	Beteiligungsmanagement
<u>Körperschaften des öffentlichen Rechts</u>	
Kommunaler Versorgungsverband Thüringen (KVT)	Personal- und Organisationsamt
KGSt - Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement	Amt für Innere Verwaltung
Regionale Planungsgemeinschaft Ostthüringen	Beteiligungsmanagement

Anhang

Formeln der Bilanzkennzahlen

$$\text{Anlagenintensität} = \frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Gesamtvermögen}}$$

$$\text{Umlaufintensität} = \frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{Gesamtvermögen}}$$

$$\text{Eigenkapitalquote} = \frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtvermögen}}$$

$$\text{Liquidität 1. Grades} = \frac{\text{Barvermögen} \times 100}{\text{kurzfristige Schulden}}$$

$$\text{Liquidität 2. Grades} = \frac{(\text{Barvermögen} + \text{kurzfristige Forderungen}) \times 100}{\text{kurzfristige Schulden}}$$

$$\text{Liquidität 3. Grades} = \frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{kurzfristige Schulden}}$$

Impressum

Herausgeber:

Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt
Schloßstraße 24
07318 Saalfeld/Saale

Redaktion:

Beteiligungsmanagement

Online-Version:

Eine Online-Version dieses Berichtes steht im Internet unter www.kreis-slf.de zum Nachlesen und zum Download bereit.

Korrekturhinweise sind erbeten unter 03671/ 823-438